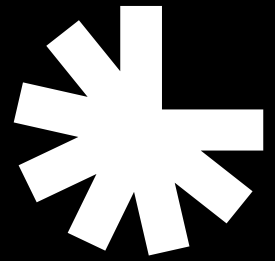


8



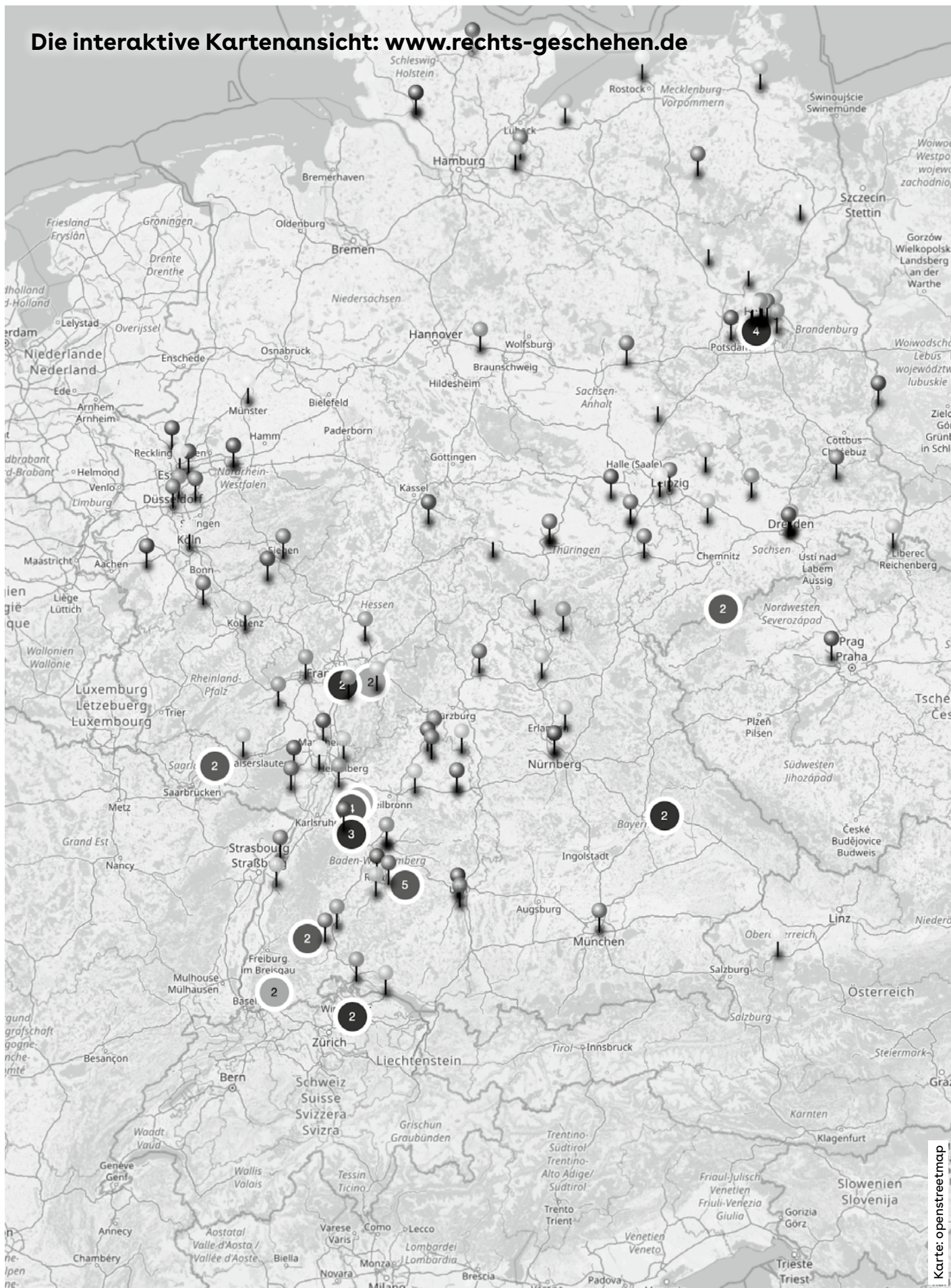
April bis Juni 2023

RECHTS.GESCHEHEN



**Landesarchiv
Baden-Württemberg**
Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus

Die interaktive Kartenansicht: www.rechts-geschehen.de



Inhaltsverzeichnis

Editorial Seite 5

Themenschwerpunkt: Rechter Terror gestern und heute

Anton Maegerle und Linda Roth: Vor 30 Jahren: Der Brandanschlag von Solingen.

Ein V-Mann, ein Bauunternehmer, ein Neonazi und die Brandstifter Seite 6

Andrea Röpke: Rechter Terror – Eine reale Gefahr Seite 13

Kontrovers: Thema V-Leute

Interview mit Frank Dittrich, Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Seite 17

Tanjev Schultz: Neonazis im staatlichen Auftrag Seite 20

Portrait

Linda Roth: Kameraden sind keine Freunde Seite 22

Aus dem Ländle

Linda Roth: Er ist wachsam gegenüber den Feinden der Demokratie.

Anton Maegerle mit Oppenheimer-Medaille ausgezeichnet Seite 26

Anton Maegerle: Eine Brandrede, keine Dankesrede Seite 27

Timo Büchner: „Der Judengott verglüht“ Seite 28

Ausland

Jesús Muñoz Morcillo: Parlamentswahlen in Spanien am 23. Juli 2023 Seite 31

Rezension

Petra Bonavita:

Nie aufgefliegen – Widerstand in der NS-Zeit im Polizeipräsidium Frankfurt am Main

(Friedrich Paul Heller / Anton Maegerle) Seite 32

Chronik

April bis Juni 2023 Seite 33

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

rechter Terror zeigt sich in vielen Facetten, aber er hat nur ein Gesicht – eine Fratze. Unschuldige sterben. Menschen trauern. Im Land hängen die Fahnen auf Halbmast. Jährlich wird gedacht. Jährlich wird gemahnt. Die Liste an Opfern wird dennoch immer länger. Die Gedenktage im Jahreskalender mehr.

Mit „Terror von Rechts. Gestern und Heute“ beschäftigte sich die diesjährige Vortragsreihe der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv. Zum Abschluss der Vortragsreihe ist dies auch in RECHTS.GESCHEHEN 8 der Themenschwerpunkt. Mit einer ausführlichen Hintergrundrecherche hat unser Redaktionsmitglied Anton Maegerle den schrecklichen Mordanschlag in Solingen im Mai 1993 detailliert aufgearbeitet. Wer waren die Täter? Aus welchem Umfeld kamen sie? Welche Rolle hatte ein V-Mann? Maegerle beantwortet Fragen und holt in die Gegenwart, was sich auch in Zukunft wiederholen kann. Die Investigativjournalistin Andrea Röpke knüpft in ihrem Beitrag dort an, wo Maegerles Recherche im Neonazi-Sumpf aufhört. Sie legt unter das Brennglas, was in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. „Terror und Militanz von rechts sind kein gesellschaftliches Randphänomen“, schreibt Röpke in ihrem Beitrag.

Außerdem beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe mit dem Thema V-Leute. Hierzu haben wir ein Interview mit dem stellvertretenden Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Frank Dittrich geführt. In seinem Gastbeitrag „Neonazis im staatlichen Auftrag“ setzt sich der Professor für Journalistik Tanjev Schultz kritisch mit dem V-Leute-System auseinander. In unserer Rubrik „Aus dem Ländle“ schaut der Investigativjournalist Timo Büchner auf eine Subkultur des Black Metal, die in ihren Texten brutal, antisemitisch, rassistisch und NS-verherrlichend ist. Der „National Socialist Black Metal“ hat auch bei uns in Baden-Württemberg Anhänger.

Jesús Muñoz Morcillo ist Privatdozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Für uns hat er die Wahlen in Spanien beobachtet und die Ergebnisse in einem Gastbeitrag in der Rubrik „Ausland“ analysiert.

Expertinnen und Experten warnen immer wieder vor der Macht der Musik, als Wegbereiter junger Leute in den Rechtsextremismus. Jonas hat unserem Redaktionsmitglied Linda Roth seine Geschichte erzählt.

Im Juli war das Team der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus zu Besuch bei den Kolleginnen und Kollegen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) in Wien. Rechtsextreme aus dem deutschsprachigen Raum pflegen enge Beziehungen zueinander. Deshalb ist auch bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus eine enge Zusammenarbeit und ein stetiger Austausch wichtig.

Das DÖW ist keine fünf Gehminuten entfernt vom „Mahnmahl für die österreichischen jüdischen Opfer der Schoah“. Ein Haus mitten auf dem Judenplatz, die Türen verschlossen, keine Klinke, um sie öffnen zu können, die Mauern Bücherreihen aus Stein. „Zum Gedenken an die mehr als 65.000 österreichischen Jüdinnen und Juden, die in der Zeit von 1938 bis 1945 von den Nationalsozialisten ermordet wurden“, lautet die Gedenkschrift am Boden.

Über Jahre haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DÖW Namen und Informationen von ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden recherchiert und zusammengetragen. In Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kulturgemeinschaft Wien haben sie hierzu einen Informationsbereich zur Schoah im Misrachi-Haus am Judenplatz in direkter Nähe zum Mahnmahl eingerichtet.

Das DÖW ist Bibliothek und Archiv, Museum, Forschungsstätte, Beratungsstelle, Erinnerungs- und Begegnungsort. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Gemeinsam gegen Rechtsextremismus.

Am 21. September 2023 wurde unser Redaktionsmitglied Anton Maegerle für seine jahrzehntelange investigative und publizistische Arbeit gegen Rechtsextremismus vom Landtag von Baden-Württemberg und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) mit der Joseph-Ben-Issachar-Süßkind-Oppenheimer-Medaille ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch an den „dienstältesten“ Fachjournalisten im Bereich Rechtsextremismus.

Karlsruhe, im Oktober 2023

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Themen- schwerpunkt:

Rechter Terror gestern und heute

Vor 30 Jahren: Der Brandanschlag von Solingen. Ein V-Mann, ein Bauunternehmer, ein Neonazi und die Brandstifter

Von unseren Redaktionsmitgliedern Anton Maegerle und Linda Roth

Vor 30 Jahren, im Mai 1993, verübten Neonazis einen Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus im nordrhein-westfälischen Solingen. Bei dem rassistisch motivierten Terroranschlag starben fünf Frauen und Kinder. Die Täter waren vier Neonazis, damals zwischen 16 und 23 Jahre alt. Drei von ihnen trainierten in derselben Kampfsportschule. Und deren Chef war ein V-Mann des Verfassungsschutzes. Möglich, dass die späteren Mörder hier politisiert und radikalisiert wurden. Bundesweit in rechtsextremen Zusammenhängen bekannt waren aus Solingen ein örtlicher Bauunternehmer und ein bekennender Nationalsozialist.

Gewalt hat viele Gesichter. Ihr hässlichstes ist der Hass selbst. Hass in Form von rechtsextremem Terror prägte das Bild der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 1990er Jahre. 1992 und 1993 kam es zeitweilig fast täglich zu Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Allein in diesen beiden Jahren starben in der Bundesrepublik 52 Menschen durch rechtsextreme Gewalt. Stellvertretend für alle Opfer dieser mörderischen Hasskriminalität stehen der 28-jährige Angolaner Amadeu Antonio (Eberswalde, 1990), der 23-jährige Punker Thorsten Lamprecht (Magdeburg, 1992), der 35-jährige Obdachlose Frank Bönisch (Koblenz, 1992) und der 27-jährige Antifaschist Silvio Meier (Berlin, 1992). Sie alle wurden von Rechtsextremisten ermordet. Fremdenfeindliche Anschläge und rassistische Pogrome gegen Ausländer und Asylbewerber ereigneten sich bundesweit – unter anderem in Hünxe (1990), Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mannheim-Schönau (1992) und Mölln (1992).

Im Mai 1993 wurde auch Solingen, eine Stadt im Bergischen Land, zum Tatort. Zu diesem Zeitpunkt hatte Solingen 165.000 Einwohner, darunter Migranten aus der Türkei und deren Nachkommen. Ca. 7.000 Personen umfasste die türkische Gemeinde der kreisfreien Großstadt im Regierungsbezirk Düsseldorf.

In der Nacht zum 29. Mai 1993, gegen 1:49 Uhr, verübten Neonazis einen Brandanschlag auf das Wohnhaus der türkischstämmigen Familie Genç, die 23 Jahre zuvor in die Bundesrepublik gekommen war. Drei Tage vor der Terrortat hatte der Bundestag nach jahrelangem Streit eine Verschärfung des Asylrechts beschlossen. Die Abstimmung über den so genannten „Asylkompromiss“ im Bundestag am 26. Mai 1993 wurde von Protesten begleitet. Rund 10.000 Demonstrierende legten das Regierungsviertel der Bundeshauptstadt Bonn lahm. Am Ende stimmten 521 Bundestagsabgeordnete für die Gesetzesänderung, 132 votierten dagegen. Die zur Grundgesetzänderung nötige Zweidrittelmehrheit war zustande gekommen. Für Neonazis muss der „Asylkompromiss“ wie eine Bestätigung ihres menschenverachtenden Hasses gewesen sein, quasi ein geistiger Brandbeschleuniger.

Im Haus in der Unteren Wernerstraße 81 in Solingen starben fünf Frauen und Kinder: Gülüstan Öztürk (12 Jahre) und Gürsün Ince (27 Jahre) sowie Saime Genç (4 Jahre), Hülya Genç (9 Jahre) und Hatice Genç (18 Jahre). Mehrere Familienmitglieder wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Der bis heute schlimmste fremdenfeindliche Anschlag in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen war der traurige Höhepunkt der Welle von rassistischen Anschlägen. Gut sechs Monate zuvor hatten bei einem ebenfalls fremdenfeindlich motivierten Anschlag im schleswig-holsteinischen Mölln die Türiinnen Bahide Arslan (51 Jahre), Ayse Yilmaz (14 Jahre) und Yeliz Arslan (10 Jahre) ihr Leben lassen müssen. Das ausgebrannte Haus der Familie Genç ließ die Stadt Solingen, die es zuvor gekauft hatte, im August 1993 abreißen. Es sollte kein Wallfahrtsort für antifaschistische Demonstranten werden.

Der Bauunternehmer: „Türkenbrand mit Todesfolgen“

Als „Türkenbrand mit Todesfolgen“ belächelte der Solinger Bauunternehmer und NPD-Spender Günther Kissel den Anschlag gegen die Familie Genç. Kissel zählte zu den erfolgreichsten Unternehmern Solingens, aber wegen seiner offen nach außen getragenen rechtsextremen Gesinnung auch zu den umstrittensten Persönlichkeiten in seiner Geburtsstadt. Fast dreißig Jahre lang amtierte Kissel als Obermeister der Solinger Bau-Innung. Seine Stammfirma Kissel-Rapid war bundesweit

tätig. Der ehemalige Kompaniechef der Hitler-Wehrmacht im Osten, der in rechtsextremen Kreisen als „Ausnahmepersönlichkeit“ geschätzt wurde, setzte sich für den verurteilten KZ-Aufseher Gottfried Weise ein und pflegte Kontakte zu notorischen Holocaust-Leugnern wie Ursula Haverbeck und David Irving. Kissel bezog auch selbst Stellung zur industriell betriebenen Massenvernichtung von jüdischen Menschen: „Als gesetzestreu Bürger darf ich zum Beispiel an der berühmten 6-Millionen (Holocaust) Zahl nicht zweifeln, sonst sperrt man mich ein und das hätte ich gar nicht so gerne. Aber muss ich dann auch gesetzestreu daran glauben?“ In den 1980er Jahren boykottierten Solinger Stadtvertreter die Einweihung einer von Kissel erbauten Seniorenwohnanlage, weil sich der Unternehmer geweigert hatte, eines der Häuser nach der israelischen Partnerstadt Ness Ziona zu benennen.

Kissel zählte zum internen Führungszirkel des national-konservativen Unternehmerkreises Düsseldorfer Herrenrunde. Der Runde gehörte auch der Solinger Wolfgang Frenz, ein NPD-Funktionär, an. Frenz wurde 2002 vom ARD-Politmagazin Report Mainz als langjähriger V-Mann des NRW-Verfassungsschutzes geoutet. Frenz stand stellvertretend für viele, die über eine lange Zeit übelste antisemitische Propaganda betreiben konnten, die die Grenze zum Justiziablen überschritten und dennoch vom Verfassungsschutz nicht gestoppt wurden. Kissel hatte Frenz in die Düsseldorfer Herrenrunde eingeführt. Dieser millionenschwere Club erfüllte eine ideologische Brückenfunktion zwischen rechts-extremen und konservativen Kreisen. Zu den Referenten der Düsseldorfer Herrenrunde zählten unter anderem der FPÖ-Bundesobmann Jörg Haider und der Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber. In den Räumen des Düsseldorfer Industrieclubs hatte Hitler 1932 erfolgreich um die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch das Großkapital geworben.

Bundesweite Schlagzeilen lieferte der 2011 im Alter von 94 Jahren verstorbene Kissel zuletzt 2007. An der Feier seines 90. Geburtstages im Solinger Romantikhôtel Gravenberg nahmen neben dem Oberbürgermeister und Lokalpolitikern auch bekannte Rechtsextremisten wie der NS-„Fliegerheld“ Hajo Herrmann und Alfred Mechtersheimer, Vorsitzender der rechtsextremen Deutschland-Bewegung, teil. Mechtersheimer, ein früheres CSU-Mitglied, hatte bereits zu Kissels 80. Geburtstag die Laudatio gehalten. Bei der Feier auf Schloß Burg (Solingen) betonte Mechtersheimer, dass Kissel zu jenen „bewußten Minderheiten“ gehöre, „die sich trotz Kriegs- und Nachkriegszeit den Glauben an ein Deutschland, an ihr Vaterland, nicht haben nehmen lassen.“ Beifall zollten Mechtersheimer gleichgesinnte Anwesende wie Werner Haverbeck, ab 1932 in der Reichsjugendführung der Hitler-Jugend für die weltanschauliche Schulung und Kulturarbeit verantwortlich, und der bekennende „Faschist“ Armin Mohler, ein Apologet der Konservativen Revolution der Weimarer Republik und Vordenker der Neuen Rechten.

Laudator der letzten großen Geburtstagsfeier von Kissel 2007 war der wegen Volksverhetzung verurteilte rechtsextreme Verleger Gert Sudholt, ein Ziehsohn des einstigen NS-Propagandisten Helmut Sündermann. Im NS-Staat bekleidete Sündermann den Rang eines SS-Obersturmbannführers und gehörte als stellvertretender Reichspressechef der NSDAP und der Reichsregierung zum engen Umfeld von Hitler. Das Motto von Sündermann in der Nachkriegszeit lautete: „Wir sind nicht die Letzten von gestern, sondern die Ersten von morgen!“ In seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2022 in der thüringischen Stadt Gera führte der rechtsextreme AfD-Politiker Björn Höcke in Anlehnung an Sündermann aus: „Wir sind die Ersten von Morgen.“ Seiner Einladung hatte Kissel eine 39-seitige Festrede beigelegt, in der unter anderem die Verbrechen der NS-Zeit in Frage stellte, den Holocaust relativierte und die Alliierten diffamierte.

Die Täter: Brandanschlag auf das „Türkenhaus“

Den Brandanschlag auf das von den Tätern als „Türkenhaus“ bezeichnete Wohnhaus der Familie Genç hatten vier männliche Jugendliche aus der Solinger Nachbarschaft, zwischen 16 und 23 Jahre alt, verübt. Das Quartett, zwei Schüler, ein Wehrpflichtiger und ein Arbeitsloser, war schon zuvor mit rechtsextremen Äußerungen aufgefallen. Den für den Anschlag verwendeten Kraftstoff sollen die Täter an einer Tankstelle besorgt haben.

Drei der Attentäter, Markus G., Felix K. und Christian B., gingen in der 1987 gegründeten Kampfsportschule Hak Pao (Schwarzer Panther) mit Sitz in der Straße In der Freiheit 22 von Bernd Schmitt ein und aus. Der diplomierte Sportlehrer Schmitt (Jg. 1944) war ein Fachmann für den Kampf Mann gegen Mann. In den Räumen von Hak-Pao residierte auch der Deutsche Hochleistungs-Kampfkunstverband (DHKKV) von Schmitt. Zu den Mitgliedern des DHKKV gehörten auch Markus G., Felix K. und Christian B. B. nahm zwischen August 1992 und seiner Verhaftung an 67 Veranstaltungen des DHKKV teil. Beim Freitagabendtraining des DHKKV waren regelmäßig Alt- und Neonazis anzutreffen. Sport war nicht für alle Anwesenden angesagt, manche kamen, um am Bartresen lautstark braunem Gedankengut zu huldigen. Ihre PKWs trugen Schriftzüge wie „Großdeutsches Reich“.

Vor Ort waren Aktivisten aus bundesweit aktiven Neonazi-Gangs wie der Wiking-Jugend (WJ), der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) oder der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Der DHKKV wirkte wie eine Vorfeldorganisation der bundesweit aktiven Neonazi-Truppe Nationalistische Front (NF). Die 1985 gegründete NF wurde zwar im November 1992 vom Bundesminister des Innern wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus als verfassungswidrige Organisation verboten, führte ihre Untergrundstrukturen nach dem Verbot jedoch weiter und war mit dem konspirativen Aufbau eines militanten Nationalen Einsatzkommandos (NEK) beschäftigt. Führer der NF vor und nach dem Verbot war der Neonazi Meinolf Schönborn. Schönborn referierte selbst am 7. März 1992 in den mit einem Hakenkreuz geschmückten Räumen von Hak Pao über „nationale Fragen“.

In einem Werbeflugblatt des DHKKV hieß es: „Leider sind die meisten Deutschen zu bequem geworden, sich einem intensiven sportlichen Training zu unterziehen. In den meisten Clubs und Schulen in Deutschland liegt der Ausländeranteil bei über 80 Prozent. Sollte dies nicht zu denken geben? Wir wollen keine Schläger ausbilden, aber hart trainieren“. Beim DHKKV wurde man beim „kanackenfreien Training“ für den Straßenkampf geschult. Nach erfolgreichem Training fungierten die ausgebildeten Schläger als Ordner und Personenschützer bei Neonazi-Veranstaltungen. So bewachte Schmitt mit acht kampferprobten Kameraden den damals international bekannten und eigens aus Kanada angereisten deutschen Holocaustleugner Ernst Zündel bei einer gemeinsamen Veranstaltung des neonazistischen Förderkreises Freies Deutschland und des NF-Stützpunktes Rhein-Sieg am 5. Juni 1992 in Bonn. In einem Veranstaltungsbericht der Organisatoren wird der DHKKV für sein Auftreten bei der Zündel-Veranstaltung gelobt: „Jeder von ihnen ist ein Meister seines Faches. Ihr diszipliniertes [...] Auftreten imponierte so manchen. Auch an sie ein dickes Dankeschön, die sie ihre Kampfkunst und auch Gesundheit im Ernstfall, der zum Glück nicht eintraf, selbstlos zum Einsatz gebracht hätten.“ Ordnerdienste hat Schmitt mit seiner Truppe neben der NF unter anderem auch für die Republikaner und die Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) gestellt.

Ehrenmitglied des DHKKV war der Alt-Nazi Otto-Ernst Remer. Remer war Kommandeur beim Wachbataillon Großdeutschland gewesen, das maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstandes gegen Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt war. Nach 1945 agitierte der holocaustleugnende Dauerredner in rechtsextremen Kreisen und gehörte zu den Gründungsmitgliedern der NS-treuen Sozialistischen Reichspartei (SRP). Remer lehnte die parlamentarische Demokratie ab und forderte offen eine nationalsozialistische Diktatur.

Der NS-Propagandist: Gegen die „Utopie einer multikulturellen Gesellschaft“

Bis Ende 1992 amtierte Bernd Koch als Schriftführer des DHKKV. Der bekennende Nationalsozialist munitionierte die Vereinskameraden, darunter den Attentäter Felix K., mit einschlägigen Propagandaschriften. Der arbeitslose Koch war zeitweilig „Stabschef“ der „Logistischen Kampfführung“ (LOKA) der NS-treuen Bergischen Front und Solinger Kreisvorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Gemeinsam mit Solinger Republikanern betrieb Koch im Arbeitskreis Deutscher Interessen (ADI), am 21. März 1993 gegründet, den Kampf gegen die „Utopie einer multikulturellen Gesellschaft“. Nach dem Brandanschlag führte Koch aus: „Das ist Scheiße, was da passiert ist. Es schadet mir, es schadet allen Kameraden hier.“ Überregional war Koch in der neonazistischen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. organisiert. Die Bedeutung der HNG lag in ihrer organisationsübergreifenden Arbeit. Inhaftierte Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland, darunter zahllose aus dem gewaltbereiten Bereich, wurden während der Zeit ihrer Inhaftierung unterstützt. Rechtsberatung, die Zusendung rechtsextremer Literatur und Briefmarken sowie die Vermittlung von Briefkontakten sollten der politischen und moralischen Unterstützung dienen. Auf einer umfangreichen Liste fanden sich in den „Nachrichten der HNG“ unter Angabe der jeweiligen Anschrift inhaftierte Rechtsextremisten, die Briefkontakte wünschten. Die inhaftierten „Kameraden“, so die Eigenbezeichnung, sollten während der Haft sozial und ideologisch an die Szene gebunden bleiben. Diese Inszenierung von „Kameradschaft“ diente auch dazu, staatliche Ausstiegsangebote zu unterlaufen. Eine Abkehr oder gar ein Ausstieg aus der rechtsextremen Szene sollten so verhindert werden. Einer der Solinger Attentäter, Christian R., wurde in den Folgejahren mehrfach auf den HNG-Gefangenenlisten geführt. In einem Brief an die HNG-Vorsitzende Ursel Müller teilte R. 1999 mit, dass er einem Aufnahmeantrag bei der NPD gestellt habe.

Im direkten Umfeld des DHKKV existierte noch eine weitere braune Handkantentruppe: die Deutsche Kampfsportinitiative (DKI). Bei dieser arbeitete Schmitt als Trainer. Die DKI verstand sich als „Zusammenschluss patriotisch denkender Kampfsportler, die es sich zum Ziel gesetzt haben, den Sport bzw. Kampfkünste im Nationalen Lager bundesweit zu fördern“. Werbeanzeigen der DKI wurden unter anderem im NPD-Bundesorgan Deutsche Stimme oder der Deutschen Rundschau,

dem Sprachrohr der NPD-Abspaltung Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH), platziert. Für einen DKI-Lehrgang am 5. Juni 1993 war neben dem bis heute bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch auch der Attentäter Markus G. vorgemerkt. Zum Termin des Lehrgangs konnte dieser nicht erscheinen, da er kurz zuvor wegen Beteiligung an dem Solinger Brandanschlag festgenommen worden war.

Der V-Mann und Kampfsportler: Angesetzt auf die NF

Im Juni 1994, dreizehn Monate nach dem Brandanschlag in Solingen, outete sich Bernd Schmitt selbst bei seiner Zeugenaussage vor dem OLG Düsseldorf als V-Mann. Schmitt war nach offizieller Darstellung seit dem 3. April 1992 als V-Mann (VP 309) für die nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbehörde im Einsatz. Nach Angaben eines ehemaligen Leiters des Referats Beschaffung des Verfassungsschutzes NRW, sei Bernd Schmitt auf den Hauptakteur der NF, Meinolf Schönborn, angesetzt gewesen. Er habe sich selber als Vertrauensperson (VP) angeboten und sei eine ganz gute Quelle gewesen.

Die Aussagen des V-Mannes vor Gericht brachten jedoch keine neuen Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Brandanschlag. Auf die rechtsextreme Jugendszene in Solingen angesprochen, sagte Schmitt bei seiner Zeugenaussage: „Ich rechne die dem alkoholischen Spektrum zu, nicht dem politischen.“ Dass er am Tag nach dem Brandanschlag Jugendliche aus seinem Vereinskompex vor möglichen Wohnungsdurchsuchungen der Polizei gewarnt habe, räumte er ein. Auf die Saalschutz-aufträge des DHKKV angesprochen, führte Schmitt aus: „Sie werden vielleicht lachen. Aber ich hätte auch eine Veranstaltung von Greenpeace geschützt!“ Fakt ist, dass die Polizei bei einer Wohnungsdurchsuchung bei Schmitt in einem seiner Notizbücher neben Namen und Adressen von einschlägigen Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet auch die Namen der vier Angeklagten fand. Eine schlüssige Antwort darauf blieb Schmitt schuldig.

Nach dem Brandanschlag brach im Vereinskompex von Schmitt Hektik aus. Zentnerweise wurden Unterlagen aus der Solinger Kampfsportschule geschleppt und in einen Mercedes-Lieferwagen gepackt. Der Wagen wurde bei einer Routinekontrolle zwar von der Polizei gestoppt, durfte dann aber weiterfahren. Erst einen Monat später wurde das geheime Archiv der Hak Pao, 55.000 Blatt, von der Polizei gehoben. Dabei stießen die Ermittler auf Lageskizzen von Wohnungen ausländischer Bürger und Anleitungen zum Bau von Molotow Cocktails.

Im Juli 1994 führte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) auf einer gemeinsamen Sitzung des Haupt-, Innen- und des Rechtsausschusses des Landtages aus, dass Hak Pao 450 Mitglieder hatte, 180 von ihnen haben demnach dem DHKKV angehört. Bei Hak Pao seien unter zehn Prozent Rechtsextremisten gewesen, im DHKKV rund 30 Prozent, so der Minister.

Nach dem Outing des Spitzels hatte Schnoor erklärt, dass Schmitt „sein Vorgehen immer mit dem Verfassungsschutz abgestimmt“ habe. Dem Verfassungsschutz habe Schmitt den Namen eines der Attentäter des Brandanschlags geliefert. Auch soll mit Schmitts Hilfe ein Anschlag von Skinheads auf ein Asylbewerberheim verhindert worden sein, so Schnoor. Seine V-Mann-Dienste soll Schmitt aus finanziellen Interessen geleistet haben. Dessen Bezüge verglich Schnoor mit dem Lohn eines „Arbeiters, der am Hochofen steht“.

An dieser Stelle ist kritisch anzumerken, dass V-Leute oft mehrere Loyalitäten haben, sie belügen und betrügen nicht nur die eigenen Gesinnungskameraden, sondern auch die Behörden. Sie tun, was ihrer jeweiligen Interessenlage entspricht. Eine Quelle, die aus dem terroristischen Unterstützerebereich gewonnen wird, gerät immer in einen unlösbaren Identitätskonflikt. Sie wird nie ganz auf der Seite des Staates stehen, weil sie sich immer auch den politischen Zielen ihrer Kameraden verpflichtet fühlt. Das heißt, der Staat wird einer solchen Quelle nie ganz vertrauen und sie kontrollieren können. Loyalität gilt nur gegenüber dem Geld, von dem viel in den Aufbau von Logistik und Kommunikation fließt. Ein staatlicher Steuergeldsegen für die erklärten Feinde der Verfassung, für Kriminelle im Dienste des Staates. Das Bundeskriminalamt (BKA) teilt(e) diese Sichtweise. In einem 14-seitigen Geheimpapier des BKA vom 3. Februar 1997 erhob der Staatsschutz schwere Vorwürfe gegen den Verfassungsschutz. Kern der „Anklageschrift“ gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz: Die V-Leute wirkten als Brandstifter und schaukelten sich gegenseitig hoch. Der Verfassungsschutz bekämpfe die Neonazi-Szene nicht entschieden, sondern schütze sie, beispielsweise vor Durchsuchungen. Wichtige Informationen seien zu spät an die Polizei weitergereicht worden. V-Leute seien kein Teil der Lösung, sondern ein Teil des Problems.

Das Prozessende

Der Prozess gegen die vier Angeklagten vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf erstreckte sich über anderthalb Jahre. Im Herbst 1995 wurde das Urteil verkündet. Am 13. Oktober 1995,

nach über 120 Verhandlungstagen, wurden alle vier Angeklagten des Solinger Brandanschlags wegen fünffachen Mordes in Tateinheit mit 14-fachem versuchten Mord und besonders schwerer Brandstiftung zu Jugend- und Haftstrafen zwischen zehn und 15 Jahren verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es, dass die Morde aus niederen, rassistischen Beweggründen begangen worden seien. Im August 1997 verwarf der Bundesgerichtshof die von drei der Verurteilten eingelegte Revision als unbegründet.

Die Täter haben ihre Strafen verbüßt und sind wieder auf freiem Fuß. Kritiker des Prozesses monierten, dass sich die Anklage auf Indizien gestützt hatte. Pannen in der Ermittlungsarbeit machten eine Rekonstruktion der Tat besonders schwierig. Mögliche Hinweise am Tatort waren zerstört worden. So hatte die Spurensicherung den Brandort zu früh mit einem C-Rohr reinigen lassen und vernichtete damit Hinweise auf einen möglichen Brandbeschleuniger. Dadurch waren Fingerabdrücke und Gewebeproben verloren gegangen.

Pannenhöhepunkt war, als der Vorsitzende Richter Wolfgang Steffen ein Dokument verlas, das die Täter zu Opfern machen sollte. Demnach habe ein Mitglied der Familie Genç eine türkische Frau vergewaltigt. Diese Tat sei mit dem Brandanschlag gerächt worden. Die vier in dem Prozess angeklagten Deutschen seien unschuldig, hieß es in der Erklärung. Erste spontane Bewertung vom Richter: „Eine Bombe.“ Ein Anwalt der Familie Genç bewertete die Erklärung als Versuch „irgendwelcher Rechtsradikaler, in das Verfahren einzugreifen und kurz vor dessen Ende Verwirrung zu stiften“. Dann entlarvten Anwälte die ominöse eidesstattliche Erklärung als Fake und brachten den Prozess am 100. Verhandlungstag fast zum Platzen. Richter Steffen räumte später ein, möglicherweise einer Fälschung aufgesessen zu sein.

In extrem rechten Zusammenhängen wurde das Urteil angefeindet. Bernd Kochs Arbeitskreis Deutsche Interessen sprach von einem „krassen Fehlurteil“, das nationaldemokratische Magazin Einheit und Kampf jammerte über das „Fehlurteil im Solingen-Prozess“, da „es nicht einen einzigen Beweis und keinen einzigen Zeugen gab“, die Junge Freiheit orakelte: „Für Insider war klar, daß es einen Freispruch angesichts der zu erwartenden Reaktionen schlichtweg nicht geben konnte. Der große internationale Erwartungsdruck und die Furcht vor neuerlichen Randalen ließen keine anderen Urteile als die ergangenen zu.“ Ein doppelseitiges Flugblatt aus dem Umfeld des neonazistischen Hamburger Standard lamentierte angesichts der „Schande von Solingen“: „BRD-System sperrt Unschuldige ein!“. Im Text heißt es: „Nie zuvor machte das BRD-System deutlicher, daß wir uns auf dem Weg in einen totalitären Staat befinden. Für die Regierenden ging es nur um die Verurteilung, um damit das ‚Ansehen der Bundesrepublik‘ im Ausland zurecht zurücken.“

Zur Höchststrafe nach Jugendrecht war der am Tattag 16-jährige Christian R. verurteilt worden: zehn Jahre. R., der schräg gegenüber dem Tatort in der Wohnung seiner Mutter lebte, hatte am Vortag der Tat gegenüber Freunden angedeutet, dass es bald bei der Familie Genç brennen würde. Im Gegensatz zu seinen Mittätern lebte R. seine rechtsextreme Gesinnung nach der Inhaftierung wegen des Brandanschlags öffentlich weiter. Im September 2005 wurde R. vom Landgericht Dortmund zu einer Haftstrafe von vier Monaten ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass R., kaum aus dem Knast entlassen, bei einer Neonazi-Demonstration in Hamm zweimal den verbotenen Hitlergruß gezeigt hatte.

Wenige Tage vor dem 30. Jahrestag des Brandanschlags äußerten sich drei der vier Verurteilten zu dem Brandanschlag. Über einen Solinger Rechtsanwalt wiesen die verurteilten Christian B., Markus G. und Felix K. eine Verantwortung für die Morde zurück und beteuerten, zu Unrecht zu hohen Haftstrafen verurteilt worden zu sein. Zur Erinnerung: Markus G., damals Mitglied der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU), hatte im Januar 1994 an die Familie Genç geschrieben „... ich kann aber eines: Ich kann Ihnen mit diesem Schreiben die Gewißheit geben, daß die richtigen Täter sitzen.“

Mevlüde Genç: Für Versöhnung sowie Verständigung

Mevlüde Genç, die fünf Familienmitglieder verlor, setzte sich bis zu ihrem Tod am 30. Oktober 2022 unermüdlich für Versöhnung sowie Verständigung ein. Sie prägte in Solingen den Dialog zwischen Deutschen und Menschen aus Migrationsfamilien und ihren Nachkommen. In einem Nachruf des Landes NRW auf sie heißt es: „Sie verstand es, den unermesslichen Schmerz, der ihr zugefügt wurde, umzuwandeln in Kraft, um sich für andere Menschen einzusetzen. Sie hat den Hass, die Gewalt und die Missgunst, die ihr entgegenschlugen, als Großherzigkeit und Toleranz zurückgegeben.“ Mit ihrer Haltung und Aussagen wurde Mevlüde Genç national und international respektiert. Sie leistete nicht nur 1993 einen großen Beitrag für ein friedliches Miteinander. Für ihre Anstrengungen um Versöhnung hat Mevlüde Genç 1996 das Bundesverdienstkreuz erhalten. Zu Ehren ihres Wirkens wird heute die Mevlüde-Genç-Medaille für Verständigung und Toleranz gestiftet.

30. Jahrestag des Brandanschlages

Im Vorfeld des 30. Jahrestages des Brandanschlages hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) der damaligen Bundesregierung von Kanzler Helmut Kohl (CDU) eine Mitverantwortung für den Brandanschlag gegeben. Kohl hatte kurz nach dem Brandanschlag erklärt, „die Täterschaft“ liege „im Bereich einer gewalttätigen Asozialität“, die es leider überall gebe. Der rassistische Anschlag sei jedoch „keineswegs aus dem Nichts“ gekommen, sagte Faeser: „Nach den rechtsextremistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, nach dem Mordanschlag von Mölln nur kurz zuvor hat die damalige Bundesregierung nicht mit aller Klarheit und Deutlichkeit gehandelt, um den mörderischen Rechtsextremismus zu stoppen.“ Die Regierung aus CDU, CSU und FDP habe „dem Hass nichts entgegengesetzt, keine rote Linie gezogen“, so die Ministerin. Debatten seien mit Sprüchen wie „Das Boot ist voll“ auf dem Rücken von Menschen ausgetragen worden. „Und nach diesen Taten fehlte an der Spitze der Bundesregierung auch noch das Mitgefühl, die Empathie und Zuwendung für die Opfer.“ Das sei für den deutschen Staat bis heute beschämend. Die Lehren aus dem Anschlag könnten nicht aktueller sein, postulierte Faeser. „Heute ist für uns sehr klar: Der Rechtsextremismus ist die größte extremistische Gefahr für unsere Demokratie – und für Menschen in unserem Land.“

Während sich der damalige Bundeskanzler Kohl unter Vorwänden bei der Trauerfeier in Solingen 1993 entschuldigen ließ, bezog die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine deutliche Position gegenüber rechtsextremen Positionen. Anlässlich des 25. Jahrestag des Brandanschlages von Solingen warnte sie vor Rassismus und Tabubrüchen von sogenannten Rechtspopulisten. Bei einer Gedenkfeier in der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf im Mai 2018 sagte Merkel, dass Tabubrüche in neue Gewalt ausarten können: „Zu oft werden die Grenzen der Meinungsfreiheit sehr kalkuliert ausgetestet und Tabubrüche leichtfertig als politisches Instrument eingesetzt“, betonte die Kanzlerin, ohne die AfD zu nennen. Dies sei ein Spiel mit dem Feuer. „Denn wer mit Worten Gewalt sät, nimmt zumindest billigend in Kauf, dass auch Gewalt geerntet wird.“

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen gedachte anlässlich des 30. Jahrestages des Brandanschlages am 26. Mai der Opfer und rief zum Kampf gegen Rechtsextremismus auf. Die Abgeordneten verabschiedeten einen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/4358). Darin heißt es: „Die Erinnerung an Solingen ist eine wichtige Mahnung, Rechtsextremismus und Rassismus einzudämmen und demokratische Haltungen in unserer Gesellschaft fortwährend zu stärken. Das ist eine wesentliche Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft.“ Die Landesregierung wird aufgefordert, den Ermittlungsdruck gegen rechtsextreme Straftaten hochzuhalten. Die AfD enthielt sich bei der Abstimmung. NRW-Ministerpräsident Henrik Wüst sieht im 29. Mai 1993 einen der dunkelsten Tage Nordrhein-Westfalens. Seitdem sei immer wieder die Rede von Fremdenfeindlichkeit. Doch sei Fremdenfeindlichkeit ein irreführender Begriff. Wüst spricht von Menschenfeindlichkeit. Den Rechtsextremismus nannte der Ministerpräsident die größte Gefahr für unsere Demokratie.

Das zentrale (bundesweite) Gedenken an die Opfer des Brandanschlags fand am 29. Mai in Solingen statt. An der Gedenkfeier im Konzert- und Theaterhaus nahmen rund 600 geladene Gäste teil. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dankte Mevlüde Genç dafür, dass sie nach dem Brandanschlag für Versöhnung eintrat, aber auch, dass sie von der gesamten Gesellschaft forderte, hart gegen Rechtsextremismus, Hass und Gewalt vorzugehen. „Rechtsextreme und Rassisten entmenslichen den Einzelnen, um ihn zu hassen – und verbreiten damit Angst und Schrecken unter all jenen, die zu Opfern werden könnten. Ich nenne das: Terror“, so Steinmeier. Dieser rechte Terror sei verantwortlich für die Toten in Solingen. Diesen rechten Terror habe es vor Solingen gegeben, und es gebe ihn nach Solingen. Steinmeier warnte davor, rechtsextreme Strukturen hierzulande zu unterschätzen und wandte sich gegen die Behauptung, dass in Deutschland lediglich „verblendete Einzeltäter“ ihr Unwesen trieben. „Die Strukturen dahinter und die Ideologie der Täterinnen und Täter wurden lange übersehen, ignoriert, teils auch verdrängt“, sagte Steinmeier. Dem Staat und dessen Sicherheitsarchitektur sprach der Bundespräsident eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit zu. Jeder Mensch müsse in der Bundesrepublik Deutschland sicher und in Frieden leben können. Die Machthabenden müssten dafür „noch mehr tun“ als bisher. „Fassungslos“ mache Steinmeier vor diesem Hintergrund, dass sich „einzelne Angehörige von Sicherheitsbehörden“ in rechtsextremen Chatgruppen organisierten. Das könne und dürfe der Staat nicht dulden.

Eine Woche nach dem mörderischen rassistischen Anschlag von Solingen brannte am 5. Juni 1993 das Haus der sechsköpfigen Familie Ü. in der benachbarten Stadt Hattingen (NRW). Fünf Kinder und die Mutter konnten sich aus dem brennenden Haus retten. Das Erdgeschoss des einstöckigen Hauses brannte völlig aus. An unterschiedlichen Stellen waren im Haus Brände gelegt worden. Die Ursache des Brandes ist bis heute ungeklärt.

<https://www.evangelisch.de/inhalte/216333/28-05-2023/faeser-rechtsextremismus-ist-die-groesste-gefahr-fuer-demokratie> / eingesehen am 29. Mai 2023

<https://www1.wdr.de/nachrichten/brandanschlag-solingen-gedenken-prozess100.html> / eingesehen am 20. Mai 2023

<https://www.bo-alternativ.de/2023/06/05/der-brandanschlag-von-hattingen-1993/> / eingesehen am 6. Juni 2023

Hans-W. Loos: „Man hat mir nur die Lüge geglaubt.“, in: Die Welt vom 11. März 1996

Neuer Eklat im Prozeß um Solinger Mordanschlag, in: Frankfurter Rundschau vom 1. Juni 1995

<https://www.landtag.nrw.de/home/aktuelles/meldungen-und-berichte/meldungen-berichte-und-informati/meldungen-und-berichte/2023/05/2605-solingen.html> / eingesehen am 7. Juni 2023

<https://www1.wdr.de/nachrichten/brandanschlag-solingen-verurteilte-veroeffentlichen-erklaerungen-100.html> / eingesehen am 26. Mai 2023

<https://www1.wdr.de/nachrichten/brandanschlag-solingen-gedenken-prozess100.html> / eingesehen am 20. Mai 2023

<https://www.morgenpost.de/politik/article238520795/solingen-anschlag-helmut-kohl-nancy-faeser-vorwuerfe.html> / eingesehen am 29. Mai 2023

<https://www.wort.lu/international/gedenkfeier-25-jahre-brandanschlag-von-solingen/943948.html> / eingesehen am 30. Mai 2023

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-05/solingen-30-jahre-steinmeiner-rechte-gewalt> / eingesehen am 29. Mai 2023

<https://www1.wdr.de/nachrichten/brandanschlag-solingen-gedenkfeier-30-jahre-100.html> / eingesehen am 7. Juni 2023

<https://solingen.de/inhalt/gedenken-30-jahre-brandanschlag> / eingesehen am 7. Juni 2023

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP. Gedenken an die Opfer des rechtsextremistischen Brandanschlags in Solingen – Einsteher gegen Rassismus und Diskriminierung, Landtag Nordrhein-Westfalen, Drs. 18/4358 vom 16. Mai 2023: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-4358.pdf> / eingesehen am 8. August 2023

Birte Fritsch / Jürgen Kaumkötter / Hanna Sauer (Hrsg.): Unutturmayacağız! Solingen '93 – Niemals vergessen! Zum Gedenken an die Mordopfer des Solinger Brandanschlags 1993. Ausstellungskatalog des Zentrums für verfolgte Künste, Solingen 2023.

<https://shop.verfolgte-kuenste.com/products/solingen-93-unutturmayacagiz-niemals-vergessen-ausstellungskatalog>

Rechter Terror – Eine reale Gefahr

Andrea Röpke ist freie Journalistin und Buchautorin. Sie trat in mehreren Untersuchungsausschüssen zur Aufklärung der Verbrechen des NSU als Sachverständige auf.

Von Andrea Röpke

„Eine akute Gefahr rechtsextremistischer Terroranschläge in Deutschland besteht nicht.“ Der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) schien sich seiner Sache sicher, als er im Juni 2011 vor die Presse trat und diese Einschätzung abgab. Doch nur wenige Monate später gelangte eine grausame rechtsextreme Anschlagsserie an die Öffentlichkeit. „Ich bin die, die Sie suchen“, sagte Beate Zschäpe am 7. November 2011 den erstaunten Beamten der Polizeistation in Jena. Nach 13 Jahren im Untergrund stellte sich die untergetauchte Rechtsextremistin den Behörden. Drei Tage zuvor waren ihre Kameraden Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, mit denen sie das Leben in der Illegalität geführt hatte, nach einem Banküberfall in Eisenach erschossen aufgefunden worden. Nun folgten Schlag auf Schlag Enthüllungen über eine braune Terrorgruppe ungeahnten Ausmaßes: den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU). Bis zur Verurteilung Zschäpes 2018 wegen Mordes und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erfolgten jahrelange Ermittlungen, journalistische und antifaschistische Recherchen zur Ermordung von zehn Menschen, mehreren rassistisch motivierten Sprengstoffanschlägen mit zahlreichen Schwerverletzten sowie 14 Banküberfällen zur Geldbeschaffung. „Es ist durchaus denkbar, dass der Gruppe noch weitere Straftaten zuzurechnen sind“, räumte Harald Range in Karlsruhe auf einer Pressekonferenz am 1. Dezember 2011 ein. Der Generalbundesanwalt hatte aus dem Fehlurteil des Innenministers gelernt.

Umso beharrlicher aber blieb die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe bei der Aussage, der Kern des NSU sei kein Netzwerk, sondern ein „Dreierbund“ bestehend aus Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Dass der NSU vor allem in Städten mit gut vernetzten rechtsextremen Untergrund- und Zellenstrukturen gemordet hatte, wurde so weit wie möglich ausgeblendet. Zudem hatten sich Rechtsextreme 2002 in dem Fanzine „Der weiße Wolf“ beim NSU für eine Spende bedankt. Dieses Fanzine war in der Druckerei eines szenebekanntem Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein gedruckt worden. Es gab also Wissen über die Existenz des NSU, während Morde und Verbrechen noch liefen.

Erst in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen wurden diese politischen Zusammenhänge aufgegriffen und versucht, entgegen den Bemühungen der Verfassungsschutzämter weitere Mitwisserinnen und Mitwisser zu enttarnen. Am 11. Juli 2018 verurteilte das Oberlandesgericht München die einzige Überlebende des NSU-Kerntrios Zschäpe – und nur vier weitere rechtsextreme Unterstützer und Waffenbeschaffer. Obgleich laut Pressemitteilung des Deutschen Bundestags noch Anfang 2019 gegen neun weitere Verdächtige wegen der Unterstützung des NSU ermittelt wurde, kam es nie zu Anklageerhebungen. So blieb das wirkliche NSU-Netzwerk unenttarnt – trotz staatlichem Versprechen an die Hinterbliebenen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte den Familien der Opfer des NSU bei einem Staatsakt am 22. Februar 2012 im Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin eine rückhaltlose Aufklärung zugesagt. Dieses Versprechen wurde nicht eingehalten, kritisiert nicht nur Alexander Bosch, Experte von Amnesty International. „Bis heute ist nicht klar, welche Helfershelfer an den NSU-Taten beteiligt waren“, sagte Bosch dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. „Die Kernpunkte des NSU-Komplexes sind von der Politik und Polizei noch gar nicht genau betrachtet worden. Und man gewinnt den Eindruck, dass sie nicht betrachtet werden sollen.“

In unverantwortlicher Weise wurden in der Vergangenheit Rechtsterrorismus und deren politischer Hintergrund von staatlicher Seite ausgeblendet. Das mag auch der Rolle der Geheimdienste geschuldet sein. Obgleich sich etwa 40 staatlich bezahlte V-Leute im Umfeld des NSU bewegten, will keiner von denen etwas von den Mordplänen des NSU mitbekommen haben. Im Gegenteil: Die staatlich protegierten männlichen und weiblichen Spitzel beförderten den braunen Terror noch, boten Waffen an, lieferten Sprengstoff. Trotz dieser unglaublichen Enthüllungen wurde die fragwürdige Politik der Inlandsgeheimdienste weder verändert noch wurden Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen. Involvierte Polizei- und Verfassungsschutzbehörden blockten und verschwiegen. Rechtsextreme Unterstützernetzwerke liefern terroristischen Gruppen auch aktuell Waffen, helfen bei der Abtarnung oder spionieren potenzielle Opfer aus. Eine völlig unzureichende Aufklärung leistet weiteren Taten Vorschub. Sie hat zudem traumatische Folgen für die Betroffenen.

Heute ist rechte Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland alltäglich – rechter Terror könnte es werden. Längst werden statistisch gesehen drei bis fünf Menschen pro Tag von Rechten angegriffen. Zumeist sind die betroffenen Menschen ohne starke Lobby: Migrantinnen und Migranten, Obdachlose, queere Menschen oder Jugendliche. Erst die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten

>>>

Walter Lübcke am 2. Juni 2019 durch einen polizeibekanntem Rechtsextremisten erhielt größere Aufmerksamkeit. Es war der erste Mord von rechts an einem bundesdeutschen Politiker. Der Täter, Stefan Ernst, der Walter Lübcke in dessen eigenen Garten vorsätzlich erschoss, verkehrte in „Blood & Honour“- und „Combat 18“-Kreisen – genau wie die NSU-Unterstützerinnen und -Unterstützer. Zuletzt hatte Ernst sich 2018 an einer AfD-Demonstration in Chemnitz beteiligt und den hessischen Parteiableger im Wahlkampf unterstützt.

Gegen Walter Lübcke war auch in der AfD massiv Stimmung gemacht worden, weil er sich zu Hochzeiten rassistischen Hasses 2015 für eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen hatte. „Terrorismus von rechts ist eine spezifische Form gewaltsamer Machtausübung aus der Mehrheitsgesellschaft“, heißt es in dem Buch „Rassismus.Macht.Vergessen“ der Herausgeber Nobrega, Quent und Zipf, 2022. „Die Rechtsextremen radikalieren stets Impulse und Narrative der Mitte“.

Am 9. Oktober 2019 verloren Jana L. und Kevin S. ihr Leben. Ein politisch motivierter Attentäter hatte in Halle zunächst versucht, am jüdischen Feiertag Yom Kippur die gefüllte Synagoge mit Waffengewalt zu stürmen. Als er an einer verschlossenen Sicherheitstür scheiterte, übte er Gewalt auf der Straße und in einem Imbiss aus, tötete er zwei unschuldige Menschen. Nur wenige Monate später, am 19. Februar 2020, erschoss ein verschwörungsgläubiger Rassist neun Menschen mit migrantischem Hintergrund vor und in zwei Shishabars im hessischen Hanau. Die Leiterin der Forschungsgruppe „Wie Terroristen Lernen“, Carolin Görzig, stellte Untersuchungen auch zu Halle an. Sie warnte, es werde wieder verstärkt auf eines der ältesten Muster des Terrorismus zurückgegriffen: Die Propaganda der Tat. Attentäter versuchen demnach die Massen aufzuwecken. „Man hat die Idee, die Bürgerinnen und Bürgern schlafen. Sie kriegen nicht mit, was wirklich läuft. Und durch so ein krasses Attentat weckt man sie auf. Und motiviert natürlich auch Nachahmer“, erklärt Görzig.

Vielen erscheint es, als habe der rechte Terror erst seit 2019 in der Bundesrepublik Deutschland richtig gewütet. 24 Terrorverfahren leitete die oberste Staatsanwaltschaft allein 2019 ein, das waren 18 mehr als im Jahr zuvor. Doch das Phänomen ist keinesfalls neu. „Es rächt sich, dass man nie die Lehren aus den NSU-Morden gezogen hat“, resümierte Journalist und Buchautor Dirk Laabs im Februar 2020 bei Twitter. Laabs warnte: „Mit den Attentaten von Halle und Hanau ist der Rechtsextremismus noch gefährlicher geworden.“ Nach dem rassistisch motivierten Amoklauf von München am 22. Juni 2016 mit neun toten Menschen dauerte es Jahre, bis die bayerischen Behörden das Verbrechen eines 16-jährigen Deutsch-Iraners nicht als Einzeltat eines psychisch Kranken, sondern als Terroranschlag werteten. Seit 2010 sind offiziellen Angaben zufolge mehr Menschen durch rechtsextreme Gewalt ums Leben gekommen als durch islamistische. ¹Den Zahlen der Amadeu Antonio Stiftung zufolge forderte rechte Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland sogar ungefähr zehn Mal so viele Todesopfer wie islamistische.

Längst sind Terror und Militanz von rechts kein gesellschaftliches Randphänomen mehr. Verschwörungsgläubige, Antisemiten und Rassistinnen und Rastisten wollen den gewalttätigen Umsturz. Der Staat wird zum Endgegner, Unruhe in der Bevölkerung soll geschürt werden. Als in Washington Trump-Fans und Nationalisten gewaltsam das Capitol stürmten, setzten rechte Fanatikerinnen und Fanatiker ein Fanal. Es ging um mehr als darum, die Bestätigung des Wahlsiegers Joe Biden als zukünftigen US-Präsidenten zu verhindern. Die geistige und politische Grundhaltung der Capitol-Stürmenden hat sich weltweit ausgebreitet. Bernd Pickert, Auslandsredakteur der „taz“, warnte ein Jahr später: „Der 6. Januar 2021 ist nicht Geschichte. Es sind, auch in scheinbar gefestigten Demokratien, mehr Menschen denn je, die sich in oder kurz vor einem Endkampf gegen ein von dunklen Mächten kontrolliertes System wähen. [...] Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich Ähnliches wiederholt, auch bei uns.“

Neue toxische Mischszenen zwischen Neonazis, antisemitischen Verschwörungsgläubigen und als Reichsbürger bekannte Staatsverweigernde sind entstanden. Sie huldigen einem autoritären Staatsvorbild. „Das Reich wird Pop – Neue deutsche Sehnsucht“, jubelte im Oktober 2020 das rechtsextreme Monatsmagazin „COMPACT“ von Jürgen Elsässer. Die Wissenschaftlerin Carolin Amlinger und der Wissenschaftler Oliver Nachtwey warnen vor einem „Libertären Autoritarismus“. Dieser Autoritarismus gehe mit Verschwörungsnarrativen einher und münde in Demokratiefeindlichkeit. Die AfD schürt Ressentiments – und profitiert davon. Der Thüringer Chef der „Alternative für Deutschland“ (AfD), Björn Höcke, führt in dem Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluss“ bereits 2018 aus, ein „nationaler Selbsthaß“ und die „Leugnung des Eigenen“ hätten sich zu einem „Selbstausslöschungswahn gesteigert“. Der ehemalige Geschichtslehrer an einem nordhessischen Gymnasium beschwört die historische Größe Deutschlands und fordert in dem Buch ein großangelegtes „Remigrationsprojekt“. „Und bei dem wird man, so fürchte ich,“ schreibt der AfD-Politiker, „nicht um eine Politik der wohltemperierten Grausamkeit herumkommen“. Er wird noch

¹ <https://www.rnd.de/politik/rechtsextremismus-gefahr-zu-spat-zur-kenntnis-genommen-DCXKL7CXORAK3LMINDTONOW-KNE.html>

deutlicher: „Auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen“, ist er sich sicher, dass „am Ende noch genug Angehörige unseres Volkes vorhanden sein werden, mit denen wir ein neues Kapitel unserer Geschichte aufschlagen können“.

Höckes Sätze sind als Kampfrhetorik zu verstehen. Es ist keine einmalige Entgleisung, sondern Teil einer rechten Strategie. Alexander Gauland, der Ziehvater von Höcke in der AfD, tat NS-Verbrechen als „Vogelschiss“ der Geschichte ab. Das Ziel der Rechtsextremen ist es, Deutschland wieder als ein heldenhaftes Land einer völkischen Elite darzustellen. Björn Höcke spricht diese Pläne offen aus, doch es gibt kaum warnende Resonanz. Eine von Höckes Forderungen lautet, wieder Denkmäler statt Mahnmäler zu bauen. „Die AfD hat das Land ungut verändert“, kommentierte Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“. „Vieles ist jetzt nicht nur sichtbar, sondern auch sagbar geworden. So mancher, der sich vorher zähmte, tut es nicht mehr; er lässt die Sau raus. Der neobraune Ungeist hat die Netzwerke verlassen, er ist in Polizeirevieren und bei der Bundeswehr präsent. Er versucht, Druck aufzubauen in Schulen, in Theatern, Vereinen [...] Es gibt eine noch viel schlimmere Pandemie als die Corona-Pandemie. Sie heißt populistischer Extremismus, sie heißt Rassismus und Nazismus. Aber auch diese Pandemie ist aufhaltbar“, hofft Prantl.

Seit den 1980er Jahren ist eine wirre, kaum überschaubare politische Szene aus Reichsbürgern, Souveränisten und Selbstverwaltern entstanden, die zum Teil stark expandieren, sich vor allem aber radikalieren. Gemeinsamkeiten dieses heterogenen Spektrums bestehen darin, dass sie die Bundesrepublik ablehnen, an den Fortbestand des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1871 oder 1937 glauben. Sie sind sich einig, die Demokratie sei in Wahrheit eine von dunklen Mächten kontrollierte GmbH. Lange wurden Reichsgläubige als nicht ungefährliche Spinner, aber vereinzelt Handelnde abgetan.

Diese Einschätzung muss revidiert werden. Denn die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe erhebt inzwischen Anklage gegen immer größer werdende, reichsideologische Vereinigungen, die unter Verdacht stehen, terroristische Zwecke zu verfolgen, Anschläge zu planen und den gewaltbereiten Umsturz zu wollen. Es ist paradox: Zu den Terrorverdächtigen von rechts zählen immer häufiger Elite-Soldaten, Polizistinnen und Polizisten, Kommissare oder Juristinnen und Juristen. Dabei gehören immer wieder Polizeibeamte zu den Opfern sogenannter „Reichsbürger“.

Am 19. Oktober 2016 erschoss Wolfgang Plan einen SEK-Beamten in Georgensgmünd. Plan, der sich als Selbstverwalter eines imaginären Staates betrachtete, hatte Verbündete, die seine Tat feierten. Am 20. April 2022 schoss ein 54-jähriger Kampfsporttrainer in Boxberg-Bobstadt mehrmals auf Polizisten, er war laut ZDF-Recherchen zuvor in der „Querdenken“-Szene aktiv. Der Mann muss sich wegen 14-fachem Mordversuch vor Gericht verantworten. Im März 2023 wurde ein Polizeibeamter in Reutlingen bei einer Razzia im „Reichsbürger“-Milieu durch Schüsse verletzt.

2022 schlug die Generalbundesanwaltschaft gegen dieses politische Milieu zu. Im Visier: Die „Vereinten Patrioten“. Dieser Gruppe von Verschwörerinnen und Verschwörern wird Hochverrat und die Gründung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Die beschuldigten Putin-Fans und Corona-Leugnenden der „Vereinten Patrioten“ wollten laut Anklage Gesundheitsminister Karl Lauterbach entführen und den Staat lahmlegen. Einer der Angeklagten, der Bilanzbuchhalter Sven Birkmann aus Brandenburg sagte bereits 2021 im Gespräch mit der Autorin bei einer „Querdenken“-Demonstration in Kassel: „Wir wollen dieses System weghaben!“ Zu seinen Komplizen und Komplizinnen zählen Bundeswehr-Reservisten und Akademikerinnen und Akademiker. Birkmann und Komplizen müssen sich vor dem Oberlandesgericht Koblenz verantworten.

Anfang Dezember 2022 wurde die bislang größte rechtsextreme Gruppe ausgehoben: Die „Patriotische Union“. Über 50 Personen stehen im Verdacht gemeinsam mit Heinrich XIII. Prinz Reuß Pläne geschmiedet zu haben, um die Regierung zu stürzen. Unter den Beschuldigten sind ehemalige hochrangige Offiziere, Mitarbeiter des Landeskriminalamtes Niedersachsen oder eine Ex-Bundestagsabgeordnete der AfD, die als Richterin in Berlin arbeitete. Fast Hundert Waffen und sehr viel Geld wurde gefunden, Goldbarren im Wert von sechs Millionen Euro. Der Wissenschaftler Peter R. Neumann warnte in der „Zeit“ davor, diese Verschwörer-Gruppe um den adligen Reichsbürger als harmlos abzutun. Die weiblichen und männlichen Mitglieder seien von ihrer Ideologie überzeugt und hätten schon Waffen, Geld und andere Ressourcen beschafft. Zwar hätten sie den angestrebten Umsturz nie erfolgreich durchführen, aber durchaus Terroranschläge verüben und Politiker als Geiseln nehmen und so die Bundesrepublik destabilisieren können. Auch andere Terrorgruppen ließen sich von fiktiven Ideen leiten und verfolgten unerreichbare Ziele, so Neumann. Zudem weiß niemand, wie viele radikalisierte Anhänger*innen dieser Gruppen noch unentdeckt geblieben sind.

Es ist absolut nicht nachvollziehbar, dass sogenannte Reichsbürger in den Jahresberichten der Verfassungsschutzbehörden als gesondertes „Phänomen“ zwischen Links- und Rechtsextremismus eingestuft werden. Es sollen 2022 über 23.000 Personen sein, die offiziell diesem Spektrum zugerechnet werden. Nur bei rund 1.250 (2021: 1.150), also etwa mehr als fünf Prozent, handele es sich laut Bundesamt für Verfassungsschutz um Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten. Eine politisch verheerende Einschätzung. Nicht nur „Die Süddeutsche“ widersprach bereits 2016. Der Journalist Jan Stremmel kommentierte das amtliche Vorgehen mit der klaren Ansage: „Reichsbürger‘, die nicht rechts sind, gibt es nicht!“

Kontrovers: V-Leute

Einsatz menschlicher Quellen nicht alleiniges Mittel bei der Informationsgewinnung

RECHTS.GESCHEHEN sprach mit Frank Dittich, stellvertretender Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Baden-Württemberg



Foto: LfV Baden-Württemberg

Wenn Sie zurückblicken, welche Ereignisse haben zu Veränderungen in der Informationsgewinnung des Landesamts für Verfassungsschutz geführt?

Nach den islamistischen Terroranschlägen im Jahr 2001 und der Aufdeckung des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ im Jahr 2011 ist deutlich geworden, dass der Verfassungsschutz einen wesentlich stärkeren Fokus legen muss auf das frühzeitige Erkennen von militanten Kleinstgruppen und von Personen, die sich schnell radikalisieren. Das gilt in allen Beobachtungsfeldern. Ebenso wurde klar, dass der Einsatz menschlicher Quellen nicht das alleinige Mittel bei der Informationsgewinnung sein kann: Vielmehr muss dieser bei sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer im Zusammenwirken mit anderen Methoden der Informationsbeschaffung – offen und verdeckt – gesehen werden. Durch die in den letzten Jahren rasant zunehmende „Virtualisierung“ und „Internationalisierung“ extremistischer Phänomene gewinnen andere Beschaffungsmethoden naturgemäß an Bedeutung. Dazu trägt auch das Phänomen bei, dass extremistische Gruppierungen sich in den sozialen Netzwerken und auf Internetplattformen immer stärker abschotten und sich hauptsächlich online vernetzen.

Gleichzeitig ist der Verfassungsschutz darauf angewiesen, möglichst bereits im Vorfeld extremistischer oder terroristischer Bedrohungen und schwerer Straftaten Informationen zu erhalten, um solche Taten zu verhindern. Gerade bei der Fokussierung des Verbundes auf die Beobachtung gewaltorientierter und terroristischer Bestrebungen ist der Einsatz von Vertrauenspersonen daher auch künftig unverzichtbar.

Die Intention bei der Gründung des Verfassungsschutzes war es, die Verfassung gegen ihre Feinde effektiv zu schützen. Ein durchweg positiver Grundgedanke. Zwischenzeitlich ist die mediale und gesellschaftliche Wahrnehmung eher kritisch bis negativ besetzt. Wie ist die Selbstwahrnehmung? Stimmt diese mit dem öffentlichen Bild überein?

Wir haben kein Problem mit einem kritischen Blick auf unsere Arbeit. In einem demokratischen Rechtsstaat muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Nachrichtendienste kontrolliert werden: Durch die dafür vorgesehenen Gremien des Parlaments, durch die Aufsicht im Innenministerium, durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, den Rechnungshof – aber auch durch die Presse und die Öffentlichkeit.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Fehler bei der Suche nach den Mitgliedern des NSU dem Ansehen von Verfassungsschutz, Polizei und Justiz bundesweit einen großen Schaden zugefügt haben. Andererseits hat die Aufarbeitung durch die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und durch die behördeninternen Überprüfungen zu weitreichenden Reformen im Verfassungsschutzverbund geführt. Auch wir als LfV hatten unter einem Vertrauensverlust zu leiden, auch wenn der Behörde im Ergebnis keine Fehler oder Versäumnisse vorzuwerfen waren. Ich denke, es ist uns in den letzten Jahren gelungen, durch Transparenz, gute Arbeit und vorzeigbare Ergebnisse das Vertrauen zurückzugewinnen.

Was sagen Sie zu dem Vorwurf, dass die persönliche Situation (z. B. Geldnot) von potenziellen V-Leuten zum Anwerben dieser genutzt werden soll?

Die Gründe von Vertrauenspersonen für die Zusammenarbeit mit einer Verfassungsschutzbehörde sind nach unseren Erfahrungen sehr unterschiedlich. Dass Geld ein Faktor sein kann, ist kein Geheimnis. Das Landesverfassungsschutzgesetz gibt uns auch hier klar Regeln vor: Zum Beispiel darf

eine Vertrauensperson nicht von den Geld- oder Sachzuwendungen für die Tätigkeit auf Dauer als alleinige Lebensgrundlage abhängen. Die Zusammenarbeit erfolgt jedenfalls immer auf rein freiwilliger Basis.

Auf Dauer als alleinige Lebensgrundlage ist eine Passage aus dem Landesverfassungsschutzgesetz, die deutlich macht, dass der Handlungsspielraum für zuständige Verantwortliche beim LfV großzügig gesteckt ist. Wer entscheidet darüber wie lang angemessen lang ist?

Die Einhaltung sämtlicher Regularien im Umgang mit Vertrauenspersonen wird fortlaufend, auch unter Beteiligung der Amtsleitung, überprüft.

Sind V-Leute unverzichtbar?

Einen Einblick in interne Vorgänge der Beobachtungsobjekte ermöglicht ausschließlich der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel. Das gilt besonders bei Gruppierungen, die ein rein taktisches Verhältnis zur Demokratie pflegen und ihre Ziele nicht offen nach außen kommunizieren. Hier denke ich an dogmatische Organisationen wie extremistische Parteien oder an konspirativ agierende militante Zirkel und Kleingruppen.

Insoweit ist die Zugangslage über Quellen in Beobachtungsobjekten einer der maßgeblichen Faktoren für die Auskunftsfähigkeit des LfV. Häufig sind quellengeschützte Erkenntnisse die Grundlage für weitergehende nachrichtendienstliche Maßnahmen oder für das Handeln von Polizei und Staatsanwaltschaften bei konkreten sicherheitsrelevanten Sachverhalten. Aus extremistischen Beobachtungsobjekten gewonnene Erkenntnisse haben nicht nur einen Wert als Einzelinformation, sondern ermöglichen in der Gesamtschau mit anderen Informationen eine umfassende und fundierte nachrichtendienstliche Analyse. Nicht zuletzt dienen sie auch dazu, den Wahrheitsgehalt offener zugänglicher Informationen zu überprüfen.

Wird evaluiert, ob Informationen von V-Leuten tatsächlich entscheidend waren, um (rechts)extreme Taten zu verhindern?

Die Prämisse, dass V-Leute deshalb geführt werden, um „Taten zu verhindern“, greift zu kurz und ist so nicht richtig. Aufgabe des LfV ist ja nicht Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, das machen Polizei und Staatsanwaltschaften. V-Leute werden im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes eingesetzt, um Informationen über Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung zu sammeln – nämlich Informationen, an die wir mit offenen Methoden nicht herankommen, die aber zur Bewertung der Gefährlichkeit (nicht im strafrechtlichen Sinne!) von Bedeutung sind.

Wie bereits ausgeführt sind Einzelinformationen, die durch V-Personen gewonnen wurden, auch nie isoliert zu betrachten, sondern immer in einer Gesamtschau. Regelmäßig sind sie als Ersthinweis ein Ausgangspunkt für weiterführende Maßnahmen. Gerade diese mittelbare Bedeutung wäre in einer Untersuchung von direkten Kausalzusammenhängen schwer zu greifen.

Wie viele V-Leute hat der Verfassungsschutz im Bereich Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus, Delegitimierung des Staates/Reichsbürger und Ausländerextremismus? (Falls keine konkreten Zahlen möglich, bitte die Bereiche nach Relevanz staffeln) Wie haben sich diese Phänomenbereiche in den letzten 5 Jahren verändert?

Seit einigen Jahren liegen die Schwerpunkte unserer Arbeit in der Aufklärung des internationalen Terrorismus, soweit er Baden-Württemberg betrifft, und des deutschen Rechtsextremismus und -terrorismus. Wir gehen weiterhin von einer hohen abstrakten Gefahr durch islamistische Anschläge hier in Deutschland aus. Zugleich ist der Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen die größte Bedrohung für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Diese Schwerpunktsetzung spiegelt sich auch im Einsatz unserer Ressourcen wieder.

Kann es sein, dass V-Leute durch ihre Tätigkeit möglicherweise länger in der rechtsextremen Szene verbleiben?

Wenn sich eine Vertrauensperson dazu entschließt, aus der rechtsextremistischen Szene auszu-
steigen, dann unterstützen wir dieses Vorhaben.

*Wie hoch ist der Anteil von Frauen unter V-Leuten in den Bereichen Rechtsextremismus und
Delegitimierung des Staates/Reichsbürger? Hat sich dieser in den letzten Jahrzehnten verändert?*

Zur Geschlechterverteilung bei Vertrauenspersonen kann ich Ihnen keine Angaben machen.

*Der Einsatz von V-Leuten auf der Führungsebene ist seit 2015 untersagt. Welche Veränderungen
zog das mit sich?*

Vertrauenspersonen dürfen nach den Bestimmungen des Landesverfassungsschutzgesetzes weder
zur Gründung von extremistischen Bestrebungen eingesetzt werden, noch steuernden Einfluss auf
derartige Bestrebungen nehmen. Dieser Grundsatz ist für uns nicht neu und wurde bereits vor der
Aufnahme dieser Vorschrift in das Landesverfassungsschutzgesetz im Jahr 2015 angewendet.

Neonazis im staatlichen Auftrag

Prof. Dr. Tanjev Schultz lehrt und forscht am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er war viele Jahre Redakteur der Süddeutschen Zeitung, für die er weiterhin als freier Autor tätig ist.

Von Tanjev Schultz

Sie könnten „M-Leute“ heißen. M wie Misstrauen. Sie könnten auch „S-Leute“ heißen. S wie Skandal. Doch die geheimen Informanten, die für den Verfassungsschutz oder die Polizei arbeiten, werden im Behördendeutsch „V-Leute“ genannt. V wie Vertrauen. In einem Glossar des Bundesamts für Verfassungsschutz heißt es, die „Vertrauensleute, sogenannte V-Leute, sind Personen, die planvoll und systematisch zur Gewinnung von Informationen über extremistische Bestrebungen eingesetzt werden“. Es seien keine regulären Mitarbeiter der Behörde, für ihre Informationen würden sie aber in der Regel entlohnt.

Das lässt sich härter formulieren – und ehrlicher: Typischerweise sind V-Leute, die in der rechten Szene eingesetzt werden, selbst überzeugte Rechtsextremisten, die sich durch Verrat etwas dazu verdienen. Steuerfrei. Aus dubiosen Motiven: Geldgier, Geltungssucht, Großmäuligkeit. Ohne Eid aufs Grundgesetz. Es geht ihnen nicht um den Schutz der Verfassung. Die einen sind Schwätzer, die sich wichtigmachen, die anderen Spielernaturen, die Gefallen am Verrat finden.

So ist die Geschichte des V-Leute-Wesens nicht zuletzt eine Skandalgeschichte von Rechts-extremisten, die versuchen, schlauer als der Staat zu sein. Darunter waren in der Vergangenheit Neonazis, die an der Spitze militanter Kameradschaften agierten und dabei von den Behörden geschützt und alimentiert wurden.

Beispiel Tino Brandt, Deckname „Otto“: Er baute in den 1990er Jahren den „Thüringer Heimatschutz“ auf, in dem sich auch die späteren Rechtsterroristen des NSU herumtrieben. Brandt war der große Zampano. Er organisierte Fahrten zu Demos und Aufmärschen, verteilte Propaganda-Material, stachelte die Meute auf. Mehr als ein Dutzend Ermittlungsverfahren gegen ihn versandeten auf teilweise wundersame Weise. Jahrelang stand er in den Diensten des Thüringer Verfassungsschutzes, kassierte Schätzungen zufolge insgesamt etwa 200.000 D-Mark. Nach seinen Angaben steckte er das Geld zu einem Großteil in die Arbeit der rechten Szene und bezahlte sogar einen Strafbefehl für einen Kameraden.

Angeblich wäre der Verfassungsschutz ohne die Informationen von Brandt „blind“ gewesen, wie sich ein ehemaliger leitender Beamter einmal ausdrückte. Der V-Mann soll wertvolle Hinweise auf Treffen und Personen gegeben haben. Wirklich? Welche Ermittlungen und Verurteilungen folgten denn daraus? In Wahrheit ist die Bilanz nicht nur mager, sondern verheerend: Der NSU wurde nicht gestoppt, obwohl „Otto“ nachweislich nach dem Abtauchen der Terroristen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe noch Kontakt zu dem Trio hatte.

Und Tino Brandt war nicht der einzige V-Mann im Umfeld der Terroristen, die zehn Menschen ermordeten. Es gab Dutzende Spitzel, unter ihnen weitere Kader, wie Kai D. aus Franken, der die Neonazi-Strukturen in Thüringen mit aufbaute.

Die Liste der V-Leute führt in eine Galerie des Grauens: Dort ist ein stiernackiger Skinhead mit Kampfhund zu sehen, der genau zu der Zeit in Zwickau wohnte und seine Geschäfte machte, als sich die NSU-Terroristen dort niederließen. Natürlich wusste der V-Mann rein gar nichts. Da ist ein Kapuzenträger vom Ku-Klux-Klan zu bestaunen, der überraschend starb, bevor ihn die Ermittler zu mysteriösen Datenträgern befragen konnten, auf denen bereits vor der Selbstenttarnung des NSU von einem „Nationalsozialistischen Untergrund“ die Rede war. Und da ist ein Neonazi zu besichtigen, der mitten in seiner Haftzeit vom Geheimdienst engagiert wurde. Er saß im Gefängnis als Mitglied eines Mobs, der Anfang der 1990er Jahre einen Asylbewerber fast zu Tode geprügelt und in einen See geworfen hatte.

Von ihren Spitzeln versprechen sich die Behörden einen Beitrag, die rechte Szene unter Kontrolle zu bringen und schwere Straftaten zu verhindern. Doch genau das Gegenteil kann passieren: Die V-Leute leisten einen Beitrag, die Szene stark zu machen und den Staat unter Kontrolle zu halten. Der Verfassungsschutz päppelt die Neonazis.

Als das Bundesverfassungsgericht 2003 über das erste NPD-Verbotsverfahren entschied, waren die V-Leute, die in der Parteiführung installiert worden waren, ein zentrales Hindernis. Denn wer steuerte eigentlich die NPD, wenn die Behörden bis in die Spitze hinein Verräter platziert hatten? Der Einfluss des Staates auf die Partei war dem Bundesverfassungsgericht zu groß. Die NPD blieb legal.

Der Preis, den der Rechtsstaat für den angeblichen Gewinn an Erkenntnissen zahlt, ist immens. Er büßt Integrität ein, verliert Glaubwürdigkeit – und riskiert, alles nur schlimmer zu machen. Wenn V-Leute aus dem Ruder laufen oder die Beamten, die sie anleiten und beaufsichtigen sollen, die sogenannte V-Mann-Führer, ungeeignet sind oder ihre Distanz verlieren, steckt der Staatskörper bis zum Hals im braunen Sumpf.

Manchmal liefern V-Leute, auch das lehrt der NSU-Fall, wirklich wertvolle Informationen. Aber die Ämter werfen sie nicht unbedingt aus. Sie packen sie zur Seite, legen sie ab, horten sie – und geben nichts preis, oft nicht einmal den Kollegen im nächsten Bundesland, die damit etwas anfangen könnten. Hebt ein V-Mann den rechten Arm zum Gruße, wird betreten weggeschaut. Für die Betroffenen rechter Gewalt muss es wirken, als wolle der Staat sie verhöhnen.

Wer das V-Leute-Wesen verteidigt, verweist auf Fälle, bei denen geheime Informanten die entscheidenden Hinweise geliefert hätten, um Straftaten zu vereiteln, beispielsweise vor zwanzig Jahren einen geplanten Anschlag auf das Jüdische Gemeindezentrum in München. Allerdings sind die genauen Umstände oft wenig transparent, die Rolle der V-Leute bleibt dubios. Das ist auch nach den zurückhaltenden Reformen so geblieben, die im Zuge der NSU-Aufklärung eingesetzt haben.

Die Vorschriften für V-Leute sind heute etwas strikter als früher, zum Beispiel müssen V-Mann-Führer häufiger rotieren, und die Ämter sollen nicht mit Straftätern zusammenarbeiten, die wegen schwerwiegender Delikte verurteilt wurden. Rechtsextremisten, die eine Führungsposition einnehmen, sollen nicht mehr für den Staat arbeiten. Doch erstens kann es Ausnahmen geben, wenn die Amtsleitung sie absegnet. Zweitens bleiben die Risiken auch dann noch groß, wenn die strengeren Regeln eingehalten werden. Es ist ein Schmutz- und Graubereich, in den sich der Staat begibt. Ist es das wert?

Konsequent wäre es, auf den Einsatz von V-Leuten ganz zu verzichten. Wer das nicht will, müsste zeigen, welchen konkreten nachweisbaren Nutzen die geheimen Informanten haben. Wer den Verzicht für naiv oder gefährlich hält, müsste belegen, dass es keine besseren Alternativen gibt, und eine regelmäßige systematische Evaluation des V-Mann-Wesens zulassen. Das ist naturgemäß schwierig, weil die Identität der Spitzel geschützt werden soll und nur wenige Personen Zugang zu den vertraulichen Informationen haben.

Die Kontrollorgane der Geheimdienste könnten für eine solche Evaluation aber präpariert werden – am besten mit Unterstützung durch Kräfte aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die über jeden Zweifel erhaben sind. Die derzeit üblichen Lageberichte sind nicht ausreichend. So lange es V-Leute gibt, müsste das System eingeeht werden, so gut es geht. Das betrifft nicht nur den Verfassungsschutz, sondern auch die Polizei. Denn sie engagiert ebenfalls V-Leute, was gern vergessen wird. Im NSU-Fall war ein Informant des Landeskriminalamts Berlin ein enger Vertrauter der abgetauchten Neonazis. Er half dem Trio nach der Flucht, in Chemnitz Unterschlupf zu finden.

Erst jetzt, mehr als ein Jahrzehnt nach der Selbstenttarnung des NSU, hat das Bundesjustizministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt, der für den Einsatz von V-Leuten bei der Polizei überhaupt eine gesetzliche Grundlage schaffen soll. Das ist ein Fortschritt, aber beileibe kein Triumph der Demokratie. Jeder Neonazi, der als V-Mann Steuergeld in die Hand gedrückt bekommt, ist ein Menetekel. Dass der Rechtsstaat sich darauf einlässt, ist kein Zeichen der Stärke. Es zeigt ihn von einer seiner schwächsten Seiten.

Portrait

Kameraden sind keine Freunde

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth



Foto: Privat

Schulhöfe sind ein ganz hartes Pflaster. Unausgesprochene Regeln bestimmen das Zusammenleben. Nirgendwo festgehalten überdauern sie Schulzeiten. Man trifft sich an Plätzen, die keiner zugewiesen hat. An der Tischtennisplatte, der Treppe, der Bank, dem Sportplatz. Es gibt eine Rangordnung, Gruppen, die sich verbünden und die, die sich schlagen und dann gibt es noch die, die sich immer heraushalten. Nur wenige gehören nirgendwohin. Jonas ist so einer von denen, ziemlich verloren steht er auf dem Schulhof, und kaut auf seinem Pausenbrot herumkaut. Als er nach oben ins Klassenzimmer zurückkommt, haben seine Mitschüler seine Sachen aus dem Fenster geschmissen – Alltag für Jonas. Jonas ist oft Klassenbeste. „Der Streber“, der nicht mal strebsam ist. Auf die Hauptschule kam er, nachdem er für die Sonderschule zu gut gewesen war. Schon seit Kindertagen hatte Jonas motorische Schwierigkeiten, die Buchstaben schrieb er gedreht, seine sechs immer ein Apfel statt einer Zahl. Der Stift in der Faust statt im Pinzettengriff. Der Alltag war für Jonas oft klar geregelt: Im Bus wurde er beschimpft, in der Pause ignoriert und nach der Schule bedroht – Jonas, „du Opfer“. Als seine Mutter mal an die Schule kam, weil Jonas mit einem Messer bedroht wurde, hätte er dafür fast eins auf die Fresse bekommen – Streber und Verräter, Jonas Leben konnte nicht schlimmer werden.

Es war Anfang der 2000er, als ein Junge an seine Schule kam. „Der Neue“ kam aus Berlin in die Provinz. Er war einer von den Typen, die sich keine Gruppe suchen, sondern um den sich eine scharf. In einer großen Pause winkte er Jonas mit den Worten „Hey, komm doch zu uns dazu“ an den Baum, dort wo sich „die Deutschen“ trafen. Die, die „Kartoffel“ von denen genannt wurden, die sie „Schwarzköpfe“ nannten. Mit Nationalitätengerangel hatte Jonas damals nichts am Hut. Aggro Berlin, Sido, Fler und Bushido – Gangsta-Rap aus Berlin, das war sein Ding. Die „neue deutsche Welle“, die Lebenswelt der Jungs aus Schöneberg

und dem Märkischen Viertel, schwappte damals in Kinderzimmern von Kleinkleckersdorf bis Hintertupfingen. Auch Jonas schrieb Raptexte. In keinem anderen Jahrhundert gab es so viele Lyriker unter 18 Jahren in Deutschland wie in der Hochphase des Deutschrap.

Sein Shirt trug Jonas immer eine Nummer zu groß, dann passte es perfekt. Das Logo fett wie bei einer Litfaßsäule auf der Brust, die Hosen auf halb acht, eine Cap auf dem Kopf, den Sprechgesang im Ohr. Das war seine Lebenswelt, als „der Neue“ ihn einlud, zu den „Kartoffeln“ unter den Baum dazuzukommen. „Er war sehr nett zu mir, hat sich für mich interessiert“, sagt Jonas heute über die erste Begegnung. Jonas fühlte sich geschmeichelt und konnte es gar nicht richtig glauben: „Einer, für den sich alle interessieren, interessiert sich für mich.“ Dass „der Neue“ ihn bewusst ausgesucht hatte, für den Gedanken musste Jonas erst erwachsen werden. Jonas sollte nicht der einzige Außenseiter bleiben, den „der Neue“ anzieht, das Ganze hatte damals schon irgendwie Methode, wenn Jonas das heute im Rückspiegel betrachtet. Für ihn begann in der Gruppe um „den Neuen“ das Leben. In der großen Pause pilgerte auch er jetzt unter den Baum, die Bedrohungen, die Gängelei, „Jonas,

du Opfer“ – das war einmal. Wenn er jetzt angegriffen wurde, dann nicht er alleine, sondern alle zusammen – die „Scheiß Deutschen“ standen den „Scheiß Türken“ auf dem Schulhof gegenüber. Beschimpfungen, Witze, Drohungen – Rassismus auf Augenhöhe. Reichte der Schultag nicht, um die Rangordnung zu klären, haben die Fäuste das nach der Schule geregelt.

Jonas war kein Außenseiter mehr, er war jetzt Mitläufer. Er machte keine Witze über Türken, lachte aber darüber. Er zettelte keine Schlägereien an, er stand aber dabei, wenn es welche gab. Irgendwann schenkte „der Neue“ ihm gebrannte CDs, mit Liedern von Bands, die Jonas noch nie gehört hatte, Nordfront, Störkraft, die Härte. Titel wie: „Alibaba Remix“ und „Türke Türke“ dröhnten das erste Mal im Wechsel mit „mein Block“, oder „Ansage Nr.1“ durch sein Kinderzimmer. „Eine ziemlich wilde Mischung. Mir ist damals gar nicht aufgefallen, dass diese Musik rechts ist“, sagt Jonas heute. Rechts-extreme Texte auf die Ohren eines Teenagers, dessen Haltung sich wie flüssiger Beton noch in jede Form gießen lässt.

Jonas fing an, eigene Playlists zu erstellen, sich auf Foren mit anderen auszutauschen, er informierte sich über die Bands und fing an CDs von Rechtsrock-Bands zu sammeln, irgendwann würde er 500 Stück haben. Der Rechtsrock verdrängte den Deutschrapp aus seinem Kinderzimmer. „Pitbull Germany“ „Karl Kani“ aus dem Kleiderschrank, die Sneakers fanden sich in der Koexistenz von Springerstiefeln wieder. Im Spiegel blickte Jonas irgendwann ein Nazi entgegen. Auf der Berufsschule sprach eine Sozialarbeiterin ihn auf seine Kleidung an und fragte ihn: „Wollen Sie ein Nazi sein, oder nicht?“ Wenn er am nächsten Tag nicht mehr in diesem Aufzug erscheinen würde, wisse sie, dass er einen anderen Weg einschlagen wollen würde. „Ich habe am nächsten Tag die provokantesten Sachen angezogen, die ich im Schrank hatte“, sagt Jonas. Über die Sozialarbeiterin habe er sich damals lustig gemacht, gesagt habe sie danach nichts mehr zu ihm. Seine Eltern haben mit Jonas nie ernsthaft das Gespräch gesucht, dabei brachte er mit dem Rechtsrock das Problem mit nach Hause. Seinen Vater habe es erst gestört, als er Mitglied bei der NPD wurde, erzählt Jonas. 2009 gratulierte er der NPD (heute Die Heimat) in Sachsen zum Einzug in den Landtag. Daraufhin antworteten diese ihm, ob er nicht Interesse an der Parteilarbeit bei sich vor Ort hätte. Jonas war zu dieser Zeit in einer Umbruchphase. Die Rechtsrock-Konzerte, das Stammtischgeschwätz, Besaufen und Pöbeln, das alles war ihm zu blöd geworden.

Jonas sah sich als ein „Kämpfer der Stirn“, „Kämpfer der Faust“, das „Personal für die Straße“ – „Hooligans“ und „Skinheads“ – dafür war er körperlich zu schwach und geistig zu stark. „Gewalt war nie mein Ding“, sagt Jonas. Durch andere Kameraden lernte er einen Mann kennen, den er später als politischen „Ziehvater“ bezeichnet, NPD-Mitglied und auch ein „Kämpfer der Stirn“. Er gab ihm Bücher aus dem rechtsintellektuellen Bereich zu lesen, diskutierte mit ihm Geschichte und Tagespolitik, nahm ihn mit zu NPD-Stammtischen und auf Veranstaltungen. Wenn er sich daraus an etwas erinnern soll, was ihn besonders beeindruckt hat, erzählt er von einem SS-Veteranen. „Seelenfänger“, nennt Jonas ihn, ein sehr charismatischer Mann, über 80 Jahre alt, mit einer enormen Anziehungskraft. Er verkörperte das Heldentum. „Auch wir wollten für das Vaterland sterben“, sagt Jonas. Mit „Wir“ meint Jonas sich und die Kameraden. Sind Kameraden Freunde? „Kameraden sind keine Freunde. Kameraden sind Leidensgenossen“, sagt Jonas.

Für ihn und die Kameraden der NPD wurde es zunehmend schwierig, Räumlichkeiten für diese Veranstaltungen und Stammtische zu finden. „Der Antifa war das zu verdanken“, sagt Jonas. Der einzige, der ihnen noch sein Hinterzimmer vermietete, war ein türkischer Gastronom. „Im Schnitt trafen sich dort 15 Leute“, erzählt Jonas. Ihr Kommen und Gehen wurde immer aus einem parkenden Auto heraus beobachtet. Am Rückspiegel baumelten drei Halbmonde.

Jonas war voll drin, Basisarbeit, Stammtische, Vorträge, Liederabende. Die NPD. Die Heimat. Für ein paar Monate zog Jonas nach seiner Ausbildung auf den Hof eines NPD-Funktionärs, half dort beim Renovieren. Dafür gab es Kost und Logis. Jonas war nicht der einzige, der dort arbeitete. Mit ihm waren auch immer noch, wie er erzählt, zwei, drei andere, die halfen, die Idee einer deutschen Siedlung, eines „Nazi-Dorfs“ voranzubringen. Jamel galt damals als Vorbild. Jonas war nah am Kopf. Doch wie das so ist, je näher man dem Kopf kommt, desto mehr stinkt der Fisch. Jonas wurde vor älteren Kameraden auf Führungsebene gewarnt, die schwul seien und vor denen man sich als junger Kamerad in Acht nehmen sollte. Hinter vorgehaltener Hand wurde über einen anderen gesprochen, der ein Spitzel sein soll – einer, der Jungen missbraucht und sie an andere Männer vermittelt haben soll. Jonas erkannte immer mehr die Bigotterie hinter dem ideologischen Gequatsche: die Alten predigen den Jungen Wasser und saufen sich danach die Hucke voll. Ein Kamerad, der Jungen missbraucht hat, für viele aus der Bewegung damals ein „No Go“, wie Jonas erzählt. Für ihn war es viel mehr, es brachte sein ganzes Weltbild zum Einsturz. Jonas wandte sich an seinen „Ziehvater“, sprach mit ihm über seine Zweifel, die längst schon viel mehr waren als das. „Wir brauchen dich doch“, sagte sein „Ziehvater“ zu ihm. Doch Jonas hatte sich bereits verabschiedet.

„Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit gebe ich meinen Austritt aus der Partei bekannt. Ich möchte keine weitere Post von Ihnen erhalten“, schrieb Jonas formlos mit der Hand auf ein Blatt Papier, klebte mit einem Tesastreifen seinen Mitgliedsausweis dazu, tütete beides ein, schrieb die Adresse des NPD Büros drauf, warf den Brief ein und das war es. Dachte Jonas. Dachte er aber auch nur bis zum Morgen zwei Tage später. Seine Liste an verpassten Anrufe war ewig lang, seine Nachrichten voll, auf Facebook wurde er an den Pranger gestellt, auf allen Kanälen Beschimpfungen und Drohungen. Jonas bekam Angst. Zurecht. Kurze Zeit nach der Hasswelle zog er in eine andere Stadt um. Am Ausgang geändert hat es nichts. Vier Wochen später auf dem Weg von der Kneipe nach Hause fing ihn das „Personal der Straße“ ab. Sie kesselten ihn ein zu sechst, vielleicht sogar zu acht, so genau weiß Jonas das nicht mehr. „Verräter“, „Kameradenschwein“, „Judensau“. Sie schlugen Jonas zusammen, bis er zu Boden fiel. Das letzte, was er von dort aussah, war ein Springerstiefel, der seinen Kopf traf. Dann war es dunkel. Weiß das „Personal der Straße“, dass im Orbit der Eliten Sätze kreisen wie: „Die Skinheads sind wie die SA – die sind dann zu liquidieren oder in Umerziehungslager zu stecken“ – wahrscheinlich nicht, es ist einfach zu weit weg vom Boden.

Jonas hatte einen komplizierten Schlüsselbeinbruch, eine Gehirnerschütterung, eine aufgeplatzte Lippe und Prellungen. Er erstattete Anzeige. „Einem nackten Mann kann man nicht in die Taschen langen“, sagte sein Anwalt zu ihm. Alle Angeklagten arbeitslos. Also gab es für sie: Bewährungsstrafen, Anti-Aggressionstraining und Sozialstunden.

Jonas entwickelte nach dem Überfall tagsüber Ängste und nachts Alpträume. Er ging nur noch ans Handy, wenn er die Nummer kannte, ging abends nicht mehr weg, schloss sich in der Wohnung ein. Wenn er Gruppen auf der Straße sah, wechselt er die Seite. Viele Menschen bereiteten ihm Unbehagen. Irgendwann diagnostizierten die Ärzte eine „schizotypische Störung“ bei Jonas und er begab sich in Behandlung. Es wurde besser, mit kleinen Schritten kam er zurück ins Leben. Irgendwann beschloss er, mit dem Alten komplett abzuschließen. Ein letztes Mal wurde Jonas radikal: Die Schallplatte mit einer Rede von Hitler darauf zerbrach er. Die CD-Cover seiner 500 CDs zerriss er. Jedes einzelne. Das erste war das von „Skrewdriver“, das tat noch richtig weh, sagt Jonas. Danach zerbrach er auch die CD, auch das kostete noch Überwindung, doch irgendwann war das 500te Cover zerrissen und die 500te CD in zwei Teile.

Im Garten seiner Eltern zündete er die Fahnen mit Reichsadler und Co. an, warf sie in den Grill und sah zu, wie sie verbrannten. Mit einem Hammer schlug er so lange auf ein Messer der „HJ“ ein, bis es völlig demoliert war. Jonas Mutter kam in den Garten und sagte zu ihm: „Vielleicht wirst du jetzt wieder normal“.

Einige Zeit nach seinem Ausstieg aus der Szene nahm Jonas an einem Aussteigerprogramm teil, um seine Geschichte nochmal mit professioneller Unterstützung aufzuarbeiten und abzuschließen. Die Geschichte ist echt, deshalb ist es der Name nicht.

Jahre des Hasses

**Jahre des Hasses
Entschlafene Zeit
Seele zerfressen
Ich hab mich befreit**

**Dunkel die Jahre
Nur Nebelkerzen
Ein kleiner Lichtblick
in meinem Herzen**

**Träume so Dunkel
wie die doppelte Acht
Raus bin ich heute
Ich habe die Macht**

-Jonas-

Aus dem Ländle

Er ist wachsam gegenüber den Feinden der Demokratie. Anton Maegerle mit Oppenheimer-Medaille ausgezeichnet

Von unserem Redaktionsmitglied Linda Roth

Der Journalist Anton Maegerle wurde für seine jahrzehntelange investigative und publizistische Arbeit gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet. Am 21. September 2023 ehrten ihn der Landtag von Baden-Württemberg und die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) mit der Joseph-Ben-Issachar-Süßkind-Oppenheimer-Medaille im Neuen Schloss in Stuttgart. Außerdem ausgezeichnet wurde die Literaturwissenschaftlerin Anat Feinberg. „Für ihren großen und unermüdlichen Einsatz für unsere Demokratie und die unantastbare Würde des Menschen“, bedankte sich Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) bei beiden Preisträgern.

Die Laudatio für Anton Maegerle hielt an diesem Abend der Leiter des Generallandesarchivs Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann, der den Preis auch stellvertretend für diesen entgegennahm. Später verlas er die Worte Maegerles, der „Eine Brandrede, keine Dankesrede“ an das Publikum richtete.

In seiner Laudatio beschrieb Zimmermann, wie Maegerle in über 40 Jahren die „größte und bedeutendste Materialsammlung für den Bereich Rechtsextremismus im deutschsprachigen Raum“ aufbaute, die bis heute stetig wächst. Sein Wissen und seine Informationen stellte der Journalist für zahlreiche Sendungen von ARD und ZDF zur Verfügung und teilte sie mit Kolleginnen und Kollegen. Maegerle recherchierte, forschte und publizierte selbst über rechte Strukturen und Netzwerke. Für seinen Mut und seine Courage zahlte er einen hohen Preis. 1996 wurde in rechtsextremen Kreisen sein bürgerlicher Name veröffentlicht. Eine Hetzjagd in rechten Medien wurde auf den Journalisten eröffnet. Zeitweise konnte er sich nur mit Polizeischutz bewegen. Bis heute sind die Fenster seines Hauses vergittert, die Haustür mehrfach gesichert. Noch immer befolgt er die Verhaltensregeln, deren strenge Einhaltung ihm bei höchster Gefahrenlage vor 30 Jahren von den Sicherheitsbehörden zum eigenen Schutz nahegelegt wurde. Seine Arbeit stellte Anton Maegerle nie ein.

In ihrer Rede mahnte Landtagspräsidentin Aras, es sei wichtig, wachsam zu sein gegenüber den Feinden der Demokratie. Anton Maegerle ist es bis heute.

Die Oppenheimer-Auszeichnung wird seit 2015 alle zwei Jahre verliehen. Damit wird herausragendes Engagement in Wissenschaft und Publizistik gegen Minderheitenfeindlichkeit und Vorurteile gewürdigt. Der Namensgeber der Medaille, Joseph Ben Issachar Süßkind Oppenheimer, wurde 1738 Opfer eines jüdenfeindlichen Justizmords in Stuttgart. Vorausgegangen war ein Schauprozess, in dessen Verlauf es zu zahlreichen Rechtsbrüchen kam. Seine Geschichte wurde von den Nationalsozialisten mit dem Propagandafilm „Jud Süß“ antisemitisch instrumentalisiert.



Foto: Linda Roth



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Stellvertretend für Anton Maegerle nahm Prof. Dr. Wolfgang Zimmermann vom Generallandesarchiv Karlsruhe die Oppenheimer-Medaille entgegen. Von links: Preisträgerin Anat Feinberg, Michael Kashi (IRGW), Landtagspräsidentin Muhterem Aras, Prof. Dr. Zimmermann, Mihail Rubinstein und Prof. Barbara Traub (beide IRGW).

Eine Brandrede, keine Dankesrede

Von Anton Maegerle

Liebe Anwesende,

die größte Bedrohung für unsere Demokratie, für Positionen für die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie kommt nach wie vor von rechts. Die rechtsextreme Landschaft in unserem Land hat sich in den letzten Jahren verändert. Klischeehaft auftretende Neonazis und Skinheads sind out. Die Gefahr kommt stattdessen aus der radikalisierten Mitte der Gesellschaft. Rechtsextreme Ideologeme haben bürgerliche Milieus erobert und scheinen in Teilen der Mehrheitsgesellschaft konsensfähig. Demokratieverächtung macht sich breit. Die Grenzen des Sagbaren werden entgrenzt. Rechtsextreme Sprachbilder zielen mithilfe von Tabubrüchen darauf ab, demokratische Regeln zu brechen. Die NS-Barbarei wird zum „Vogelschiss“, „AUSgeSCHWITZt“. Propagiert wird die „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“. Wir erleben wieder Führerkult, Rassenhass und das Erträumen der nationalen Wiedergeburt. Die Übernahme von rechtsextremer Rhetorik führt zu ihrer Normalisierung. Enthemmung und eine zunehmende Rohheit greifen um sich.

Die Existenz des vermeintlichen Rechtspopulismus – nennen wir ihn doch faktengetreu was er tatsächlich ist: Rechtsextremismus – ist neue politische Normalität. Eine Antimigrationspartei kündigt die Systemveränderung für den Tag X an. Propagiert wird die antisemitische Verschwörungserzählung vom „großen Austausch“, gefordert wird der autoritäre Nationalstaat. Eine Partei, die sich zugleich als Bewegung versteht, träumt vom Tag der Machtergreifung. Wir wissen wohin das führen kann und wird. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland stehen wir vor einer realen Bewährungsprobe unserer Demokratie.

Liebe Anwesende aus Reihen der demokratisch gesinnten Parteien. Aufgewacht! WIR sind die Mehrheit. Und WIR sind gefordert, die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu verteidigen, uns gegen ausgrenzende und diffamierende autoritäre Tendenzen zur Wehr zu setzen und laut Nein zu sagen, wenn die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes für bestimmte Bevölkerungsgruppen infrage gestellt wird. Mit Demokratiefeinden darf es keine Zusammenarbeit geben! Wir Demokratinnen und Demokraten im Saal müssen gemeinsam den Wählerinnen und Wählern klarmachen, dass sie mit ihrer Stimme für eine extrem rechte Partei auch ihre eigene Freiheit aufs Spiel setzen. Wir müssen gemeinsam lauter werden. Die öffentliche Meinung ist wichtig für die freiheitliche Demokratie. Rechtsextremisten verachten die Demokratie und versuchen ihr Ziel mit Falschinformationen, Gebrüll und Hetze zu erreichen. 1933 haben sie das erreicht. Das darf nie wieder geschehen. Das ist und bleibt unsere gemeinsame menschliche, politische und moralische Pflicht. Auschwitz mahnt. Nichts ist vergessen und niemand.

„Der Judengott verglöh“

Antisemitismus, Rassismus, NS-Verherrlichung:

Wie brutal der „National Socialist Black Metal“ (NSBM) ist, zeigt ein Blick nach Europa, Deutschland – und ins Ländle. Auch hier finden Konzerte der Szene statt.

Von Timo Büchner

Timo Büchner veröffentlichte 2022 die Broschüre „Rechtsrock in Baden-Württemberg“ (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg). In RECHTS.GESCHEHEN 7 schrieb er über den Skinhead-Kult in der aktuellen Rechtsrock-Szene.

„Keine Telefone und keine Fotos“ – so bewarb Ahnenerbe (ST) ein Konzert via Telegram. Das Konzert sollte am 15. April 2023 in „Mitteldeutschland“ stattfinden. Neben Ahnenerbe waren Eishammer (BW) und Ewige Eiche (NW) angekündigt. Das Motto lautete „Schlachtensang und Todesklang Vol. 1“¹. Am Konzertabend schrieb Ahnenerbe via Telegram: „Veranstaltung findet nicht statt“. Weiter: „Die Bullen durchsuchen gleich und erteilen allen Leuten Platzverweise“. Das Konzert, das in Sotterhausen (ST) stattfinden sollte, wurde in der Tat verhindert¹. An demselben Abend brach unter Neonazis eine Diskussion um das Konzertverbot los². Die einen reagierten empört: „Und wieder ein Konzert platt!“ Die anderen beschwichtigten: „Sowas wird immer wieder passieren. Da kann man aufpassen und intern bewerben wie man will. Jetzt heißt es halt für die Veranstalter einfach den Dreck abschütteln und weiter geht’s. Dann vll [vielleicht, Anm. d. Redaktion] in anderer Art und Weise.“

Ahnenerbe, Eishammer, Ewige Eiche – die Bands sind Teil der neonazistischen Black-Metal-Szene, des „National Socialist Black Metal“ (kurz: NSBM). Der NSBM ist eine Szene innerhalb der Szene. Schließlich ist der Black Metal bloß eine Subkultur des Metal. Der Black Metal ist „durch schnelle, schrille Gitarrenriffs, treibende Schlagzeugrhythmen und kreischenden ‚Gesang‘ gekennzeichnet“³. Seine Ästhetik ist martialisch. Sie reicht von düsterer Kleidung über Kriegs- und Leichenbemalung bis zum Tragen von Munitionsgurten und historischen Waffen. Neben Ästhetik und Musik spielen die Themen im Black Metal eine zentrale Rolle. Bereits 2005 haben Christian Dornbusch und Hans-Peter Killguss in ihrem Buch „Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus“ die Kernthemen skizziert: Neogermanisches Heidentum, Okkultismus/Satanismus und Krieg/Zerstörung/Vernichtung⁴. Im Buch werden nicht nur die thematischen Schnittmengen zwischen Black Metal und Neonazismus beschrieben – sondern auch, wie der NSBM die Themen des Black Metal mit der Ideologie des Neonazismus vermengt. Die Bezüge zum historischen Nationalsozialismus und zum Neonazismus treten in den Songtexten, aber auch im Artwork der Tonträger, in der Bühnenszenierung, im Aktivismus der einzelnen Musikerinnen und Musiker zu Tage. Mal mehr, mal weniger deutlich.

Absurd, Nordglanz, Wehrhammer

In Deutschland sind zahlreiche NSBM-Bands aktiv. Es seien Absurd (TH), Nordglanz (HE), Totenburg (TH), Stahlfront (SN) und Wehrhammer (NW) genannt. Absurd genießt bis heute eine Art Kultstatus in der Szene. 1993 ermordeten drei 17-jährige Bandmitglieder den 15-jährigen Sandro Beyer in Sondershausen (TH). Der Absurd-Sänger Hendrik Möbus erhielt eine achtjährige Freiheitsstrafe. In den Songtexten der Band werden Terror und Tod, nicht zuletzt durch Bezüge zum Nationalsozialismus, verherrlicht: „In den Divisionen ‚Wiking‘ und ‚Nordland‘ waren geeint / Uns’re Ahnen unerschütterlich, für das Reich, gegen den Feind / Ihre Ehre, die hieß Treue, in den Adern floss ein arisch Blut / Und ihr Heldentum soll leiten uns und stets härten uns’ren Mut“⁵. Nicht nur Absurd, auch Nordglanz glorifiziert den Terror: „Utøya will be coming to your town / It will be a beautiful day / Utøya ist waiting for all the time / The time will be / Coming for the next cleansing day“⁶. Die norwegische Insel Utøya wurde durch den Massenmord des Rechtsterroristen Anders Breivik bekannt. Auf der Insel hatte er am 22. Juli 2011 insgesamt 69 Menschen ermordet. Neben den Bands bestehen Label- und Vertriebsstrukturen der NSBM-Szene. Sie produzieren und verkaufen Tonträger (Kassetten, CDs, Vinyl) und Merchandising (von Patch bis Pullover). Labels heißen Christhunt Productions (NW), Hammerbund (TH), Northern Fog Records (ST) und Darker Than Black Records (BE). Letzteres betreibt der Absurd-Sänger Hendrik Möbus.

1 Vgl. Twitter vom 15.04.2023 (<https://twitter.com/johannesgrunert/status/1647358273127948293>)

2 Vgl. Twitter vom 15.04.2023 (<https://twitter.com/LSArchtsausen/status/1647311387411238918>)

3 Lohmann, Johannes/Wanders, Hans (2002): Evolas Jünger und Odins Krieger. Extrem rechte Ideologien in der Dark-Wave- und Black-Metal-Szene. In: Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Münster: Unrast Verlag, S. 296.

4 Dornbusch, Christian/Killguss, Hans-Peter (2005): Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus. Münster: Unrast Verlag, S. 79-144.

5 Absurd: „Germanien über alles“ (Tonträger: „Asgardsrei“, Jahr: 1999)

6 Nordglanz: „Utøya“ (Tonträger: „Werwolf Revolte“, Jahr: 2019)

Der NSBM ist ein internationales Phänomen. Exemplarisch seien Ad Hominem (Frankreich), Der Stürmer (Griechenland), Moloth (Ukraine) und Schutzstaffel (Brasilien) genannt. Bands wie Der Stürmer und Schutzstaffel machen bereits mit den Namen ihren Bezug zum Nationalsozialismus deutlich. Entsprechend deutlich tritt der Vernichtungswille in den Songtexten zu Tage. So veröffentlichte Schutzstaffel mit Xenocide die Split-CD „White Alliance Against Z.O.G.“ (2016).

Der Code „Z.O.G.“ (Zionist Occupied Government) beschreibt die antisemitische Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung. Im Song „Aryan Victory“ wird die Ermordung der Jüdinnen und Juden propagiert: „For our great fatherland we are not afraid to die / For our race and our nation we would give our lives / Until victory or walhall we will carry on / Until the final slaughter of judeo scum / [...] / So the world can be free, white and clean / This is our dream of Aryan Victory“⁷. Die NSBM-Szene ist transnational vernetzt. Ein eindrückliches Beispiel: Der Stürmer, 1998 gegründet, hat Splits mit Bands aus Deutschland, Polen, Finnland, Brasilien, Mexico, USA, Kanada und Japan veröffentlicht.

„Erhob sich germanische Wut“

Zurück nach Deutschland: Mit Eishammer sollte in Sotterhausen eine Band aus Baden-Württemberg auftreten. Eishammer, 2018 gegründet, stammt aus dem Raum Hohenlohe. Der erste Tonträger „Söhne Teuts“ ist im Jahr 2019 erschienen. Textlich vollzieht die Band eine Gratwanderung zwischen germanischer Mythologie und extremer Rechter: „Söhne Teuts, Wotans Krieger / Aus Sagen und Heldenliedern / Söhne Teuts aus Germania / Von Flandern bis nach Bavaria / [...] / Aus Eisen schuf er die Ahnen / Stolz tragen wir seinen Namen / Empor aus des Vaters Glut / Erhob sich germanische Wut“. Zwar sind die Songtexte recht vage. Aber Mitglieder sind in der Neonazi-Szene aktiv. Zunächst in einem Ableger der Jungen Revolution, einer neonazistischen Kameradschaft. Inzwischen im baden-württembergischen „Stützpunkt“ der Jungen Nationalisten, der neonazistischen Jugendorganisation von Die Heimat (ehemals NPD). Neben Eishammer haben Runenwacht (Raum Esslingen, 2011 gegründet), Burkhartsvinter (Raum Singen, 2013 gegründet) und Flak (Raum Karlsruhe, 2014 gegründet) Bezüge zur extremen Rechten.



Am 7. Oktober fand in Westhausen (Ostalbkreis/Baden-Württemberg) ein Konzert mit Burkhartsvinter und Runenwacht statt.

Burkhartsvinter wird in seinen Songtexten deutlich: Im Song „S.G.W.G.T.C.“ wird eine wehrhafte Ziege („Wehrgoat“) verehrt. Die Ziege, ein Art Symbol des Black Metal, vernichte die „fucking Muslims“ und die „motherfucking Hebrew hordes“. Es heißt: „Southern German Wehrgoat brings the terror to my enemies / Through the fields of death they ride / Death to the fucking Muslims / Wehrgoat, destroyer of the motherfucking Hebrew hordes / [...] / Hail to the fucking Southern German Wehrgoat Terror Command“⁸. Im Song „Mordbrand“ heißt es: „Mordbrand im Namen, im Namen Luzifers / Tod und Vernichtung, der Judengott verglüht / Mordbrand im Namen, im Namen Luzifers / Tod und Vernichtung, euer Reich vergeht“⁹. Burkhartsvinter veröffentlichte 2022 eine Split-EP mit Wolfsblut (BW). Die beiden Songs von Burkhartsvinter sind antisemitisch. Es heißt im ersten Song: „I will rise, tearing and burning the Jewish creation“¹⁰. Im zweiten Song ist vom „degenerierten Rattenvolk“ und von „Untermenschen“ die Rede. Es heißt: „Das Recht zu leben, ihr habt es nie besessen / Wertloses Parasitenvolk / Die Anmaßung auf dieser Welt zu irren / Sie allein rechtfertigt die totale Vernichtung / Und Ausrottung / Rassenschande 666“¹¹. Das ist die Ideologie und Sprache des Nationalsozialismus. Die Dehumanisierung (Parasiten, Ratten) mündet in Vernichtungsfantasien (Ausrottung, Vernichtung).

>>>

7 Xenocide: „Aryan Victory“ (Mit: Schutzstaffel, Tonträger: „White Alliance Against Z.O.G.“, Jahr: 2016)

8 Burkhartsvinter: „S.G.W.G.T.C.“ (Tonträger: „Hohenkrähen“, Jahr: 2018). Der Songtitel steht vermutlich für „Southern German Wehrgoat Terror Command“.

9 Burkhartsvinter: „Mordbrand“ (Tonträger: „Mordbrand“, Jahr: 2020)

10 Burkhartsvinter: „I am the Return of the Luziferian Race“ (Mit: Wolfsblut, Tonträger: „Return of the Black Hordes“, Jahr: 2022)

11 Burkhartsvinter: „Rassenschande 666“ (Mit: Wolfsblut, Tonträger: „Return of the Black Hordes“, Jahr: 2022)

Teils öffentlich, teils konspirativ



Das Konzert soll im Clubhaus des Bastards MC stattfinden.

Die Konzerte der Bands finden teils öffentlich, teils konspirativ statt. Öffentlich: Die Szene bewirbt Konzerte mit Angabe des konkreten Veranstaltungsortes. So fand am 7. Oktober 2023 ein Konzert mit Burkhartsvinter und Runenwacht im Clubhaus des Bastards MC in Westhausen (Ostalbkreis) statt (siehe Abbildungen). Bereits 2019 fand ein Konzert mit den Bands und 2022 mit Runenwacht in der Location statt. Burkhartsvinter spielte 2016 im Clubhaus des VFRR („Verein zur Förderung des Rock`n Roll e.V.“) in Großerlach (Rems-Murr-Kreis), Eishammer 2020 in Boxberg-Bobstadt (Main-Tauber-Kreis). Das Konzert im 400-Seelen-Dorf Bobstadt veranstaltete der stellvertretende Ortsvorsteher. Schon 2016 hatte er mit Permafrost (ST) eine neonazistische Band eingeladen. Damals soll die Black Metal Legion (kurz: BML) aus dem Raum Hegau (Landkreis Konstanz) an der Durchführung des Konzerts beteiligt gewesen sein¹². Mitglieder der BML, 2008 gegründet, sollen der „rechten Szene“ angehören¹³. Die Konzerte in Bobstadt wurden öffentlich beworben, aber – nach Protest – konspirativ durchgeführt.

Konspirativ: Die Szene bewirbt Konzerte ohne Angabe des konkreten Veranstaltungsortes.

2018 fand ein Konzert mit Burkhartsvinter, Flak und Runenwacht in der „Umgebung von Singen“ (Landkreis Konstanz), 2019 mit Flak und Runenwacht im „Großraum Balingen“ (Zollern-Albkreis) statt. Am 10. September und 5. November 2022 spielten Eishammer und Flak in „Süddeutschland“ (siehe Abbildung). Die Konzerte sind äußerst exklusiv. Sie finden im Untergrund statt, eine Außenwirkung wird vermieden. Die Exklusivität nimmt absurde Züge an: Eishammer stellte den Konzert-flyer vom 5. November 2022 erst einen Tag nach dem Konzert ins Netz – offensichtlich um zu demonstrieren, dass das Konzert ohne Störungen durchgeführt werden konnte. Wie viele Konzerte im Geheimen durchgeführt werden, ist unklar. Nicht zuletzt, weil Konzerte in privaten Kellern/Scheunen/etc. veranstaltet werden.



Von Deutschland in die Ukraine

Die Konzerte finden bundesweit, gar international statt. In Deutschland findet beispielsweise die Reihe „Erase The Sun“ im Club Battlezone in Zwickau (SN) statt. 2019 hatte Runenwacht einen Auftritt, 2022 sollten Burkhartsvinter und Eishammer auftreten. Letzteres wurde kurzfristig abgesagt. Im Ausland finden Konzerte im größeren Rahmen statt. Beispiele sind „Call of Terror“ (Frankreich), „Eternal Hate Fest“ (Tschechien) und „Hot Shower Festival“ (Italien). Das bislang größte Konzert hat wohl in der Ukraine stattgefunden: das „Asgardsrei“-Festival. 2018 nahmen rund 1.500 Menschen teil. Es fand im Bing o Club, einer beliebten Location in der ukrainischen Hauptstadt Kyiv, statt. Das Line-Up bestand aus 14 Bands: „Mit ‚Der Stürmer‘ aus Griechenland, ‚Frangar‘ aus Italien, ‚Baise Ma Hache‘ aus Frankreich, ‚Goatmoon‘ aus Finnland, ‚Dark Fury‘ aus Polen und ‚Absurd‘ aus Deutschland standen die internationalen Größen der Szene gemeinsam im Rahmen des Festivals auf der Bühne.“¹⁴ Neben Absurd traten Nordglanz, Stahlfront und die deutsch-österreichische NS-Hardcore-Band Terrorsphära auf.

Am 7. Oktober fand in Westhausen (Ostalbkreis/Baden-Württemberg) ein Konzert mit Burkhartsvinter und Runenwacht statt.

¹² Landtag Baden-Württemberg (21.06.2017): „National Socialist Black Metal“ (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/2000/16_2240_D.pdf)

¹³ Ebd.

¹⁴ Rosa-Luxemburg-Stiftung (2019): Rechtsextremismus in der Ukraine. Gruppierungen und ihre Aktivitäten im Überblick, S. 13 (https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Presse/pdf/Rechtsextremismus_in_der_Ukraine.pdf)

Ausland

PD Dr. Dr. Jesús Muñoz Morcillo ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Parlamentswahlen in Spanien am 23. Juli 2023

Von Jesús Muñoz Morcillo

In den vorgezogenen Parlamentswahlen in Spanien am 23. Juli 2023 hat die rechtsextreme Partei VOX erheblich an Sitzen eingebüßt. Aus den 52 Sitzen, die VOX 2019 noch für sich holen konnte, sind nun 33 Sitze geworden, die für die Bildung einer Regierung in Koalition mit der meistgewählten Volkspartei Partido Popular (PP, 136 Sitze) nicht ausreichen. Der amtierende Ministerpräsident Pedro Sánchez hatte aufgrund der Wahlniederlage in den letzten Regional- und Kommunalwahlen vorgezogene Neuwahlen ausgerufen. Die Konservativen hatten keine Bedenken, der rechtsextremen VOX die Türen der regionalen Macht zu öffnen.

Gegen die Erwartungen der konservativen Medien hat die sozialistische Regierungspartei PSOE mit 122 Sitzen im Parlament (2 mehr als 2019) ihre Widerstandsfähigkeit bewiesen. Auch das erst Anfang Juni unter dem Vorsitz der Arbeitsrechtlerin Yolanda Díaz gegründete Linksbündnis SUMAR schaffte es auf die vierte Position mit 31 Sitzen. 2019 erreichte das inzwischen in SUMAR aufgelöste Linksbündnis PODEMOS 35 Sitze. Prozentual und in absoluten Zahlen hat sich aber wenig geändert.

Nationalen und internationalen Medien zufolge haben die Fehler der Konservativen Pedro Sánchez und Yolanda Díaz geholfen, den Vormarsch von VOX in Spanien zu stoppen. Die Konservativen haben sich auf Pakte mit der extremen Rechten auf regionaler Ebene eingelassen: Klimawandelleugnung und frauenfeindliche Politik wurden unter anderem auf die Agenda mehrerer autonomer Regionen gesetzt. PP und VOX haben auf lokaler Ebene Beispiele dafür geliefert, wie deren Koalitionspolitik in Wirklichkeit aussehen würde. In den letzten Wochen vor den Parlamentswahlen haben PSOE und SUMAR auf die Gefahr derartiger rückwärtsgewandter Gegenmaßnahmen auf nationaler Ebene vehement hingewiesen.

Für die Meinungsbildung der Wählerschaft waren sicherlich die letzten zwei großen Debatten im privaten wie im öffentlichen Fernsehen besonders relevant. In einem hitzigen und aufgewühlten Zwiegespräch, organisiert vom Medienkonzern Atresmedia, verbreitete der konservative Parteichef, Alberto Núñez Feijóo, zahlreiche Lügen, Halbwahrheiten und Ungenauigkeiten, auf welche der noch amtierende Ministerpräsident Pedro Sánchez nicht souverän genug reagierte. Dieselbe Strategie verfolgte der VOX-Kandidat, Santiago Abascal, in der letzten großen Debatte vor den Wahlen am 19. Juli 2023. Die wichtigsten Parteien waren im öffentlich-rechtlichen Fernsehen TVE eingeladen, über ihre Wahlprogramme zu diskutieren, doch Núñez Feijóo verweigerte seine Teilnahme und schürte ganz im Stil von Trump das Gespenst des Wahlbetrugs. Feijóo blieb somit zumindest das Foto mit Abascal erspart, obwohl seine Partei bereits mit den Rechtsextremisten auf regionaler Ebene regiert. Weder Feijóo noch Abascal haben mit ihren Lügen- und Verleumdungskampagne ihre Ziele erreicht, denn der Rechtsruck ist ausgeblieben. Bereits wenige Tage nach dem Zwiegespräch von Atresmedia wurden Feijóos Lügen, Halbwahrheiten und Ungenauigkeiten nach und nach öffentlich-wirksam entlarvt, was ihn in zunehmende Erklärungsnot brachte. Seine frühere Verbindung zum Drogendealer Marcial Dorado konnte er auch nicht zufriedenstellend begründen.

Der Anführer von VOX wurde gleich am Set von Yolanda Díaz mehrfach mit Daten korrigiert: Nein, die Arbeitslosigkeit im Agrarsektor ist nicht gestiegen, sondern genau das Gegenteil, die baskische Partei Bildu hat nicht für, sondern gegen die Arbeitsreform der Regierungskoalition abgestimmt, genau wie VOX... Der Umgang von PP und VOX mit den für die Regierbarkeit Spaniens entscheidenden Regionalparteien aus Katalonien und Baskenland hat nun zu einem Pyrrhussieg von PP geführt. Dieser macht eine politische Alternative unmöglich und verzögert zeitweise den befürchteten Rechtsruck in Spanien.

Rezension

Friedrich Paul Heller ist ein Frankfurter Wissenschaftler und Journalist, der sich mit Lateinamerika und Menschenrechtsthemen beschäftigt.



Verlag Petra Bonavita.
2. erweiterte u. ergänzte Auflage 2023.
ISBN 978-3-00-074976-6.
Online: <https://rettungs-widerstand-frankfurt.de/wp-content/uploads/2023/06/nie-aufgeflogen-bonavita-2023.pdf>

Petra Bonavita:

Nie aufgefliegen – Widerstand in der NS-Zeit im Polizeipräsidium Frankfurt am Main.

Rezensiert von Friedrich Paul Heller und unserem Redaktionsmitglied Anton Maegerle

Die Frankfurter Soziologin und Publizistin Petra Bonavita hat es sich zur Aufgabe gemacht, Judenrettungen in Frankfurt am Main und Umgebung zu erforschen. Bonavita hat in mehreren Büchern Retterinnen, Retter und Gerettete vorgestellt, von denen bis dahin nichts oder fast nichts bekannt war. Bei ihren mühevollen Recherchen stieß sie auf den Frankfurter Kriminalbeamten Christian Fries (1895–1959) und den Gestapo-Beamten Gotthold Fengler (1898–1947). Bonavitas Funde sind verblüffend: Fengler und Fries waren der Kern einer Widerstandszelle gegen den NS-Staat mitten im Frankfurter Polizeipräsidium. Nach neuen Archivfunden hat Bonavita den Text ihrer ersten Auflage aktualisiert. Er ist jetzt im Internet einsehbar.

Fries und Fengler waren ab 1930/31 als Kriminalbeamte im Polizeipräsidium Frankfurt tätig. Nach der Machtübernahme 1933 wurde Fries aufgrund seines früheren Einsatzes bei der Staatspolizei degradiert. Fengler wurde umgekehrt zur Frankfurter Staatspolizei, der Vorläuferorganisation der Gestapo, versetzt. Mit anderen Kriminalbeamten, die wegen ihrer „politischen Unzuverlässigkeit“ von den Nazis aus der Kriminalpolizei entlassen wurden, baute Christian Fries ab 1937 eine kleine Widerstandsgruppe auf, der sich auch einige Männer in zivilen Berufen anschlossen. Das Frankfurter Polizeipräsidium war die Höhle des Löwen, zugleich aber eine gute Tarnung, denn dort vermutete niemand Widerstand gegen den NS-Staat.

Fengler stellte sich Fries ab 1938 als Informant zur Verfügung und lieferte Informationen der Gestapo an den Kollegen. Durch seine Warnungen vor Razzien und Deportationen rettete Fengler mehrere Juden vor dem Lager.

Fries wurde 1943 das Verbindungsglied zu Menschen im Rhein-Main-Gebiet, die im Falle eines Umsturzes den Sozialdemokraten und Gewerkschafter Wilhelm Leuschner unterstützen wollten. Er wurde „Stützpunktleiter“ für Frankfurt, und die Widerstandsgruppe Fries beteiligte seit 1943 an den Vorbereitungen für das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944.

Bei heimlichen Treffen in einem Hotel-Restaurant im Frankfurter Bahnhofsviertel besprach man die für Frankfurt erforderlichen Begleitmaßnahmen für den Umsturz: Kollegen wurden um Unterstützung angefragt, Waffen wurden besorgt und die Aktionen für den „Tag X“ geplant. Zu den Verschwörern gehörte der Kommandant einer Maschinengewehreinheit in der Frankfurter Gutleut-Kaserne. Mehr als vierzig Personen wurden bis zum Sommer 1944 für den Widerstand gewonnen. Politischer Bezugspunkt des Widerstandskreises war der vormalige hessische Innenminister und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, der nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler hingerichtet wurde.

Auch nach dem Attentatsversuch auf Hitler betrieben die Kriminal- und Polizeibeamten ihren Widerstand weiter. Sie schlossen sich mit Hitlergegnern im Nachbarort Neu-Isenburg zusammen und planten weitere Aktionen. Die Widerstandsgruppe ist „nie aufgefliegen“.

Gotthold Fengler wurde nach Kriegsende durch automatischen Arrest von den Alliierten interniert. Er starb 1947 in britischer Haft in Velen/Westfalen an einer Krankheit. Versuche seiner Familie und Freunde, ihn durch entlastende Aussagen freizubekommen, kamen zu spät. Bonavita fand in den USA ein Dokument, das 13 Aussagen von namentlich erwähnten Geretteten oder Widerstandsleuten nennt, denen Fengler geholfen hatte.

Bonavita dokumentiert in ihrem Buch einen Mosaikstein des zivilen Widerstands – des „vergessenen Deutschlands“. Der zivile Widerstand wurde nach 1945 über lange Zeit regelrecht klein geschrieben, sicher auch deshalb, weil in den Jahrzehnten nach der militärischen Befreiung vom Nationalsozialismus immer noch NS-Rechtfertigungen weithin in Politik und Gesellschaft vertreten waren. So vergingen Jahrzehnte bis das Attentat des 36-jährigen Schreiners Georg Elser als eine der ersten Widerstandshandlungen anerkannt wurde. Abschließendes Fazit der Autorin: „Die Geschichte der widerständigen Staatsdiener im NS-Gewand zeigt, dass zwar der große Wurf des politischen Umsturzes nicht gelingen wollte, aber es zu jeder Zeit auch mit begrenzten Mitteln möglich war, Menschenleben zu retten.“

Siehe auch RECHTS.GESCHEHEN 7 (S. 57) über Erica Ludolf, eine der letzten noch lebenden Judenretterinnen, die am 29. Dezember 2022 im Alter von 101 Jahren in Frankfurt am Main verstarb.

Chronik

Brandenburg / Bundesweit /
Baden-Württemberg:
AfD hetzt gegen Migranten

April

„Daß beinahe jeder, der ins Land kommt, bleiben darf, ist Ausdruck eines politischen Willens zur Überwindung der Nation und der Nationalstaaten“, behauptet Hans-Christoph Berndt, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Brandenburg sowie einer der Gründer und Sprecher der rechts-extremen Bürgerinitiative Zukunft Heimat, in einem Interview mit dem extrem rechten Monatsmagazin Zuerst! (April). Der „deutsche Selbsthaß“ sieht in jedem aufgenommenen Migranten nach der Auffassung des AfD-Parlamentariers „ein Puzzleteil zur Abschaffung des eigenen Volkes“. „Realität“ sei auch der „Bevölkerungsaustausch“, „das geben die Befürworter der Massenmigration mittlerweile offen zu“, orakelt Berndt.

Der AfD-Politiker trat am 22. März 2022 bei der völkischen Bewegung Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), in Dresden auf, dokumentiert der Sächsische Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2022. Ebenfalls in dieser Zuerst!-Ausgabe werden ein „Ende der illegalen Masseneinwanderung“ und „Massenabschiebungen“ gefordert. Dies gehe „aber nur mit einer politischen, heimatverbundenen Wende auf der Straße und in den Parlamenten“, meint der Zuerst!-Interviewpartner Reimond Hoffmann, Mitglied des Landesvorstands der AfD Baden-Württemberg und ehemals Funktionär der Jungen Alternative (JA).

Interview mit Hans-Christoph Berndt, in: Zuerst!, April 2023, S. 18–20

Interview mit Reimond Hoffmann, in: Zuerst!, April 2023, S. 21

Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022, S. 65

Bundesweit / Russland:
COMPACT-TV in Moskau

Seit Ostern verfügt COMPACT-TV mit dem ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Hansjörg Müller über einen Korrespondenten in Moskau, der auch beim russischen Außenministerium akkreditiert ist. Müller soll „authentisch informieren, was im sogenannten ‚Reich des Bösen‘ diskutiert wird: über die Lage im Krieg, über die Rolle der USA und Deutschlands, über den Gender- und Klimawahn im Westen“, so COMPACT-Chef Jürgen Elsässer. Der aus Baden-Württemberg stammende Rechtsextremist weiter: „Kein alternatives Medium leistet sich bisher einen solchen Korrespondenten – aber COMPACT macht es möglich: Weil wir im Informationskrieg unseren Lesern Fakten aus erster Hand und nicht nur vom Hörensagen liefern wollen!“ Die COMPACT Magazin GmbH mit Sitz in Falkensee (Landkreis Havelland) wird seit Dezember 2021 sowohl vom brandenburgischen Verfassungsschutz als auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „erwiesene rechtsextremistische Bestrebung“ beobachtet. Denn COMPACT verfolge das Ziel der Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik und stellt in seinen Veröffentlichungen unter anderem die Legitimität des Grundgesetzes offen in Frage, so der brandenburgische Verfassungsschutz.

https://www.compact+-online.de/compact-tv-jetzt-mit-korrespondent-in-moskau/?mc_cid=d15086f1de&mc_eid=204ddeaa91 / eingesehen am 13. April 2023

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/start/service/presse/pressemitteilungen/detail-pm-und-meldungen/~21-02-2023-tiktok-setzt-compact-vor-die-tuer> / eingesehen am 23. März 2023

Sachsen-Anhalt:
Kubitschek scheidet vor Gericht

Der aus dem baden-württembergischen Ravensburg stammende Rechtsextremist Götz Kubitschek ist vor dem Verwaltungsgericht Magdeburg mit einem Eilantrag gescheitert (Az. 1 B 220/21). Kubitschek, ein enger Vertrauter des aus Hessen stammenden Thüringer Rechtsextremisten Björn Höcke, wollte sein in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) beheimatetes AfD-nahes Institut für Staatspolitik (IfS), ein sogenannter Think Tank der Neuen Rechten, und den dazugehörigen Träger Verein für Staatspolitik e.V. aus dem Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt streichen lassen. Laut dem am 3. April öffentlich bekanntgemachten Beschluss des Verwaltungsgerichtes ist es gerechtfertigt, dass der Inlandsgeheimdienst das im Jahr 2000 gegründete IfS beobachtet. Dort fänden sich „rassistische“ und „biologistische“ Sichtweisen, das Institut diskriminiere „ausgewählte Personengruppen, wenn es diesen pauschal negative Eigenschaften zuschreibt“. Kubitschek verfolge der „Sache nach einen völkisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff“. Das IfS richte sich gegen die freiheitliche und demokratische Grundordnung, konstatiert das Gericht.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/saalekreis/rechter-verleger-kubitschek-scheidet-gericht-100.html> / eingesehen am 1. April 2023

Baden-Württemberg:
Waffen in der Reichsbürgerszene

Am 22. März fanden Razzien im Reichsbürger-Milieu in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen sowie der Schweiz statt. Insgesamt wurden etwa 25 Objekte von Polizistinnen und Polizisten im Umkreis des Frankfurter Geschäftsmannes Heinrich XIII. Prinz Reuß durchsucht. In Reutlingen eröffnete dabei Markus L., der für den ermittelnden Generalbundesanwalt zunächst Zeuge in dem Verfahren war, das Feuer auf die Polizei. Der angeschossene Elitepolizist erlitt einen Unterarmdurchschuss. Der Sportschütze hat nach Angaben der Reutlinger Stadtverwaltung 14 Waffen ordentlich angemeldet. Der Generalbundesanwalt hat ein Verfahren wegen versuchten Mordes und der gefährlichen Körperverletzung gegen den Mann eingeleitet.

Die Attacke nahm die SPD-Landtagsfraktion zum Anlass, eine Anfrage in Sachen „Waffen in der Reichsbürgerszene“ an das Innenministerium zu richten. Nach Informationen der zuständigen Waffenbehörde sind auf den Täter vier Waffenbesitzkarten, ein Kleiner Waffenschein und eine Erlaubnis nach §27 des Sprengstoffgesetzes registriert. Bereits im Februar 2023 wurde der mutmaßliche Schütze im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts als Extremist bekannt. 2021 wurde der Mann das erste Mal auffällig, weil er bei einer Demonstration der Querdenker-Szene gegen das Uniformierungsverbot verstieß. Dafür wurde er vom Amtsgericht Tübingen zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Innenministerium weist in seiner Antwort darauf hin, dass es sich bei der Entwaffnung von Reichsbürgern und Selbstverwaltern sowie Extremisten um eine „Daueraufgabe“ handelt. Demnach erhalten die Sicherheitsbehörden „laufend neue Erkenntnisse zu Reichsbürgern und Extremisten, die Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis sind oder eine solche begehren, die weiter Verfahren bei den Waffenbehörden nach sich ziehen können.“ Die Abfrage bei den Waffenbehörden zum 1. Februar 2023 ergab, dass 31 Reichsbürger und Selbstverwalter sowie sechs Personen aus anderen extremen Phänomenbereichen Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis sind. Fünf dieser Personen sind dem rechtsextremen Bereich zuzuordnen. Erkenntnisse, die eindeutig eine Zugehörigkeit zur Reichsbürgerbewegung nachweisen, begründen regelmäßig eine waffenrechtliche Unzuverlässigkeit, so das Innenministerium. Bereits erteilte waffenrechtliche Erlaubnisse können somit zurückgenommen oder waffenrechtliche Erlaubnisse auf dessen Grundlage nicht erteilt werden. Dies gilt bereits seit 2017.

Landtag von Baden-Württemberg 17. Wahlperiode Drucksache 17 / 4572 vom 5. April 2023 Antrag der Abg. Sascha Binder und Dr. Boris Weirauch u. a. SPD und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen: Waffen in der Reichsbürgerszene: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/4000/17_4572_D.pdf / eingesehen am 31. Juli 2023

Bundesweit:
**Vor 90 Jahren:
 Erstes antisemitisches Gesetz**

Am 7. April 1933 erließ die Reichsregierung das erste antisemitische Gesetz. 1400 weitere antijüdische Vorschriften folgten. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ verlangte die Entlassung sogenannter „Nicht-Arier“ aus dem öffentlichen Dienst und erlaubte die Zwangspensionierung „politisch unzuverlässiger Beamter“. Ein am gleichen Tag erlassenes Rechtsanwaltsgesetz ermöglichte es zudem, jüdischen Rechtsanwälten die Zulassung zu entziehen.

Rossol, Nadine / Ziemann, Benjamin: Ausnahmerecht, Gewalt und Selbstgleichschaltung. Die „Machtergreifung“ der NSDAP 1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/2023, S. 18–25; hier S. 19: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2023-04_online_1.pdf / eingesehen am 31. August 2023

Österreich:
**Rechtsextremisten fordern:
 Denkmal für Corona-Leugner
 in Wien**

Der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner, Dauerkolumnist in der rechtsextremen Monatszeitschrift COMPACT, fordert ein Denkmal für die Opfer der Corona-Maßnahmen („größter totalitärer Akt in der Zweiten Republik“) und für all jene, die Widerstand gegen den Corona-Wahnsinn geleistet haben, „denn tatsächlich war der Corona-Widerstand der größte und erfolgreichste Akt von zivilem Ungehorsam in der Zweiten Republik“, so Sellner. Und weiter schreibt Sellner: „An diesem zähen Widerstandswillen, am passiven Willen der Verweigerung und am aktiven, friedlichen Widerstand auf der Straße ist die Nadel des Impfwangs gebrochen. [...] Ich will, dass es niemals in Vergessenheit gerät. Ich will haben, dass unsere Kinder sich daran erinnern, was im Corona-Widerstand geleistet wurde und wozu das Volk aus eigener Kraft gegen die gesamte Pharnalobby, gegen die gesamte Medienmacht, gegen die Globalisten fähig war. Dafür steht der Corona-Widerstand und dafür will ich, dass wir ein Denkmal aufstellen!“ Aufgestellt werden sollte das Denkmal im Herzen Wiens, zwischen Bundeskanzleramt und dem Sitz des Bundespräsidenten. Martin Rutter, Kopf der Wiener Corona-Demonstrationen, fordert ebenfalls ein Denkmal. Rutter bevorzugt ein Denkmal für die

„Verteidiger demokratischer Werte“. Gemeint sind Personen, die sich „gegen die (Corona)-Maßnahmen gestellt“ haben. Das Denkmal soll als „Mahnung für alle Unterstützer dieser grausamen Zeit dienen“.

<https://martinsellner+.info/petition-corona-widerstandsdenkmal/> / eingesehen am 1. Juni 2023

<https://www.info-+direkt.eu/2023/04/09/martin-sellner-fordert-denkmal-fuer-corona-widerstand/> / eingesehen am 11. April 2023

<https://www.weekend.at/chronik/corona-leugner-martin-rutter-denkmal/> / eingesehen am 11. April 2023

Rumänien: Temeswar:
Faschistische Straßennamen in der Kulturhauptstadt Europas

Die westrumänische Stadt Temeswar ist eine der Kulturhauptstädte Europas 2023. Dennoch tragen mehrere Straßen die Namen von berüchtigten Antisemiten und Faschisten wie Nicolae Paulescu (1869–1931) oder Octavian Goga (1881–1938). Der Antisemit Paulescu war ein Theoretiker des biologischen Rassismus. Goga führte als Ministerpräsident ein vierzig Tage währendes, radikal antisemitisches Regime in Rumänien.

William Totok: Ehrung für Faschisten. Im rumänischen Temeswar, Kulturhauptstadt Europas 2023, gibt es strittige Straßennamen, in: taz vom 14. April 2023, S. 10

<http://www.disskursiv.de/2018/04/09/vor-50-jahren-attentat-auf-rudi-dutschke/> / eingesehen am 31. Juli 2023

Berlin / Bundesweit:
Vor 55 Jahren: Attentat auf Rudi Dutschke. Der Schütze und sein politisches Umfeld.

Der 23-jährige Anstreicher Josef Bachmann (Jg. 1944), ein Leser der Deutschen National-Zeitung, schoss am 11. April 1968 den Studentenführer Rudi Dutschke (Jg. 1940) vor der Zentrale des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) am Kurfürstendamm in Berlin auf offener Straße nieder. Zum Zeitpunkt des Attentates hatte Bachmann, der mit zwölf Jahren aus der DDR in den Westen gekommen war, ein selbstgemaltes Hitler-Porträt an seine Wohnungswand gepinnt und Hitlers „Mein Kampf“ ins Bücherregal gestellt. Im Februar 1970 beging „Seppl“, der bis heute als Einzelgänger gilt, Selbstmord in seiner Zelle. Vor dem Anschlag auf Dutschke war Bachmann jedoch in der militanten Neonazi-Szene seines niedersächsischen Wohnorts Peine aktiv. Schon als 17-Jähriger hatte er Kontakte zu Rechtsextremisten geknüpft. 1961 traf er in Peine auf Wolfgang Sachse, der örtliche Anhänger der braunen Szene mit Waffen und Munition versorgte. Sachse wusste 2012 dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel zu erzählen, dass Bachmann etliche Waffen besessen und diese bei ihm, einem ehrenamtlichen Schießwart auf dem Schießplatz in Peine, ausprobiert hatte.

Zur rechten Schießplatz-Allianz gehörten neben örtlichen Polizisten auch Paul Otte (Jg. 1924) und Hans-Dieter Lepzien (Jg. 1943), beide NPD-Männer. Jahre nach dem Attentat auf Dutschke avancierte Otte, der in seiner Jugend der Reiter-Hitler-Jugend (Reiter-HJ) angehört hatte und bis zum Verbot in der Sozialistischen Reichspartei (SRP) aktiv gewesen war, zum Führer der Braunschweiger Gruppe der NSDAP/AO. Als Sprengstoffbeschaffer der Gruppe galt Lepzien, der, wie erst beim Prozess bekannt wurde, seit 1976 V-Mann (Deckname: Otto Folkmann) des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz war. In einem Interview mit dem Fernsehmagazin Monitor sprach der Bonner Strafrechtslehrer Gerald Grünwald hinsichtlich der Aktivitäten von Lepzien ausdrücklich von „Anstiftung zu Straftaten durch Behörden“. Im Braunschweiger Prozess wurden durch Urteil des 3. Strafsenats des Oberlandesgerichtes Celle vom 19. Februar 1981 Otte, Lepzien, Sachse, Volker Heidel (Jg. 1954), Oliver Schreiber (Jg. 1958) zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Otte wurde wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung als Rädelführer, Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion, Vorbereitung von zwei Explosionsverbrechen und Verstößen gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Lepzien wurde nach Verbüßung eines Teils der Haft vom Bundespräsidenten Karl Carstens begnadigt.

Im August 1981 überraschte die Deutsche National-Zeitung ihre Leser mit folgender Anzeige: „Ich möchte mich bei allen nationaldenkenden Männern und Frauen, die durch meine Spitzeltätigkeit für den ‚Verfassungsschutz‘ in Verruf kamen, ausdrücklich entschuldigen und bitte alle um Verzeihung. Hans-Dieter Lepzien“.

Verfahrensgegenstand des Braunschweiger Prozesses waren neben der Beteiligung in der terroristischen Vereinigung Sprengstoffanschläge gegen Justizgebäude, die mit selbstgebastelten Rohrbomben ausgeführt worden waren, sowie Waffengeschäfte, durch die Neonazis mit Handfeuerwaffen versorgt worden waren. Der erste Anschlag richtete sich am 2. September 1977 gegen die Anwaltschaft Flensburg, die drei Monate vorher eine Anklage gegen Manfred Roeder, den Kopf der rechtsextremen Deutschen Bürgerinitiative (DBI), vertreten hatte. Eine zweite Bombe ging am

Hannoverschen Amtsgericht hoch. Die besondere Gefährlichkeit des Hauptangeklagten und NSDAP/AO-Aktivisten Otte lag nach Auffassung des Gerichts darin, dass er junge Menschen für seine Organisation zu gewinnen verstand. So führte Otte die späteren Rechtsterroristen Kurt Wolfgram sowie das Ehepaar Christine und Klaus-Dieter Hewicker dem Terrorismus zu. Ottes Planungen sahen für seine Braunschweiger Gruppe neben einem Anschlag auf das Jüdische Gemeindezentrum in Hannover auch Anschläge auf DDR-Grenzanlagen, Attentate auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und politisch motivierte Banküberfälle zur Beschaffung von Geld für den NS-Untergrundkampf vor. 1961 hatte Otte bereits erstmals erfolglos versucht, in Braunschweig eine Bank auszurauben. Erfolgreicher bei Banküberfällen war Jahrzehnte später der rechtsterroristische NSU.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bayern:
**Vor 90 Jahren: Erwin Kahn –
 das erste jüdische Mordopfer der
 Nationalsozialisten in München**

Am 11. März 1933 wurde Erwin Kahn, am 12. September 1900 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in München geboren, dort auf offener Straße von einem SA-Mann, der sich als „Hilfspolizist“ betätigte, verhaftet und nach Gefängnisaufenthalt am 22. März ins neu errichtete KZ Dachau überstellt. Am 12. April fand im KZ Dachau das erste Massaker an jüdischen Häftlingen statt. Ermordet wurden die als Kommunisten aktiven Rudolf Benario, Ernst Goldmann und Arthur Kahn. Erwin Kahn, der politisch nie tätig gewesen war, überlebte die Erschießung. Mit zwei Kopfschüssen kam er zunächst ins Dachauer Krankenhaus und dann zur Operation in ein Klinikum. Rund 90 Jahre später wurde der interne Obduktionsbericht von einem Experten gesichtet. Es stellte sich heraus, dass Kahn weder den Schussverletzungen noch der schweren Operation erlag, sondern am 16. April 1933 im Krankenhaus erwrürgt worden war. Erwin Kahn war das erste jüdische Mordopfer der Nationalsozialisten in München.

*<https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/spaete-wahrheit/>
 eingesehen am 10. Mai 2023*

USA / Israel / Bundesweit:
**Antisemitismus-Jahresbericht
 veröffentlicht**

Am 17. April wurde der Jahresbericht 2022 über Antisemitismus der Universität Tel Aviv in Zusammenarbeit mit der Anti-Defamation League (ADL) veröffentlicht. Die ADL registrierte 2022 rund 3.700 antisemitische Vorfälle in den USA (2021: 2.700). In den USA leben laut Bericht sechs Millionen Juden. Insbesondere die Verbreitung antisemitischer Propaganda durch weiße Rassisten in den USA habe sich im Vergleich zu 2021 auf 852 Vorfälle fast verdreifacht. Verbessert hat sich laut Jahresbericht die Lage unter anderem in der Bundesrepublik Deutschland mit ca. 118.000 Juden. Hier wurden 2022 demnach 2.649 „politische Straftaten mit antisemitischem Hintergrund“ dokumentiert (2021: 3.028), aber immer noch deutlich höher als die Zahlen für 2020 und 2019. Als erschreckend bezeichnet der Bericht die zunehmende Gewaltbereitschaft von Verschwörungstheoretikern in der Bundesrepublik Deutschland, darunter 21.000 sogenannte Reichsbürger. Sie seien „durch einen tief verwurzelten Antisemitismus geeint und stellen eine Bedrohung für einzelne Juden und jüdische Institutionen“ dar. Kern der Reichsbürger-Ideologie seien Überzeugungen, die antisemitischen Verschwörungstheorien gemein seien, wie etwa geheime jüdische Netzwerke oder die Erfindung des Holocausts.

*<https://www.adl.org/resources/press-release/adl-and-tel-aviv-university-publish-annual-report-antisemitism-worldwide/>
 eingesehen am 19. April 2023*

*Antisemitism Worldwide Report for 2022: https://www.adl.org/sites/default/files/pdfs/2023-04/AntisemitismWorldwide_e.pdf
 eingesehen am 31. Juli 2023*

Österreich:
**Antisemitismusstudie 2022
 vorgestellt**

Der Glaube an Verschwörungsmythen, Bildung und Wissen über Jüdinnen und Juden sind wesentliche Einflussfaktoren auf Antisemitismus. Das hat die am 18. April in Wien vorgestellte Antisemitismusstudie 2022 ergeben. Erstellt wurde die Antisemitismusstudie vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES) gemeinsam mit dem Markt- und Meinungsforschungsinstitut Demox Research. Auftraggeber war das österreichische Parlament. Die Studie legt dar, dass auch das Alter und die Migrationsgeschichte der befragten Personen teilweise Auswirkungen auf ihre antisemitischen Einstellungen haben. Je mehr die Befragten an Verschwörungsmythen glauben, desto stärker sind sie antisemitisch eingestellt, so die Studie. Das trifft auch dann zu, wenn die Verschwörungsmythen per se nichts mit Jüdinnen und Juden zu tun haben. Menschen mit höherem Bildungsgrad drücken deutlich weniger Zustimmung zu antisemitischen Aussagen aus.

Noch mehr als der formale Bildungsabschluss wirkt sich die informelle Bildung bzw. das Wissen über Jüdinnen und Juden auf antisemitische Einstellungen aus. Menschen mit Basiswissen – etwa zur Anzahl der im Holocaust ermordeten Jüdinnen und Juden, zu jüdischen religiösen Festen oder zur Fläche Israels – sind deutlich seltener antisemitisch eingestellt als jene, die nicht über dieses Wissen verfügen. Laut der Antisemitismusstudie 2022 sind 15 Prozent der Befragten manifest antisemitisch eingestellt, bei 32 Prozent konnte latenter Antisemitismus festgestellt werden.

<https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Antisemitismus-2022/> / eingesehen am 18. April 2023

**USA:
Vor 30 Jahren: Das Ende der
Sekte Branch Davidans**

Am 19. April 1993 schoss das FBI Tränengas in den Gebäudekomplex Mount Carmel der religiösen Sekte Branch Davidans im texanischen Waco. Stunden später brach ein Feuer aus, bei dem 76 Menschen starben, darunter viele Kinder. Es war der tödlichste Tag in der Geschichte des FBI. Zuvor hatten das FBI und das Amt für Alkohol, Tabak, Schusswaffen und Sprengstoffe (ATF) 51 Tage lang das Gelände der Davidians belagert. Die Hauptvorwürfe an die über hundert Mitglieder zählende Sekte und ihren Messias David Koresh lauteten: illegaler Waffenbesitz sowie Kindesmissbrauch und Vergewaltigungen durch den Sektenführer. Am 28. Februar 1993 waren die ATF-Beamten mit einem Durchsuchungsbefehl in der Hand zur Siedlung der Davidians aufgebrochen. Dort wurden sie jedoch bereits von den schwer bewaffneten Sektengläubigen erwartet. Der folgende Schusswechsel kostete vier ATF-Beamten und sechs Mitgliedern der Sekte das Leben. Folge waren die wochenlange Belagerungssituation und das tödliche Feuerinferno. Nach langwierigen Untersuchungen des Massentodes bestätigte ein Sonderermittler der us-amerikanischen Regierung die Selbstmordaktion der Sekte: „Die Schuld lastet voll auf den Schultern von David Koresh.“

Für extrem rechte Regierungskritiker, Anhänger des Rechts auf Waffenbesitz und andere selbsternannte Patrioten war und ist Waco ein Aufruf, gegen die Regierung zu den Waffen zu greifen. Ermittlungen und Belagerung in Sachen Branch Davidans werden als Beweis dafür gesehen, dass die Regierung unter anderem das Recht auf Waffenbesitz einschränken möchte. Diese Wahnideen, kombiniert mit der Symbolträchtigkeit der Belagerung, bot schon 1995, am zweiten Jahrestag des Feuers, den Bezugspunkt für einen Anschlag mit 168 Toten. Der Neonazi Timothy McVeigh zündete einen Sprengsatz vor einem Regierungsgebäude in Oklahoma City. Auch Jack T., der Verursacher des Pentagon-Leaks bezieht sich auf das Ereignis und signalisiert so sein Misstrauen der Regierung gegenüber. Darüber hinaus orakelt David Cook, der Autor des Buches „Waco Rising“, über eine Linie von Waco über Oklahoma City bis nach Washington im Jahr 2021. Dort stürmten am 6. Januar tausende Trump-Anhänger das Kapitol, um den vermeintlichen Wahlbetrug durch eine sogenannte korrupte Elite zu stoppen. Die Symbolträchtigkeit von Waco ist auch Donald Trump bewusst. Er wählte Waco als Start für seinen aktuellen Wahlkampf zum Präsidentschaftskandidaten – wohl um sich die Stimmen rechtsextremer Milizen zu sichern.

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/dreissig-jahre-waco-blutbad-101.html> /
eingesehen am 28. Juni 2023

<https://www.splcenter.org/hatewatch/2023/04/19/30-years-later-waco-and-extremism/>
eingesehen am 28. Juni 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstätte Rechtsextremismus

**Polen:
Vor 80 Jahren in Warschau:
Jüdischer Widerstand gegen
SS und Wehrmacht**

Vor 80 Jahren, am 19. April 1943, haben sich jüdische Ghetto-Bewohner in Warschau gegen die SS und Wehrmacht erhoben. Fast vier Wochen dauerte es, bis die SS den Aufstand endgültig niederschlagen konnte. Es war der größte bewaffnete Widerstandsakt von Juden in Europa gegen die Nazis. Es war die Zeit des Pessachfestes 1943, als ab vier Uhr morgens die deutschen Truppen das Ghetto umstellten. Ziel von SS-Führer Heinrich Himmler war es, Warschau zu Hitlers Geburtstag am 20. April „judenfrei“ zu präsentieren. Zu dieser Zeit lebten noch rund 60.000 Menschen eingeschlossen hinter den 18 Kilometer langen Mauern des Ghettos. Am 19. April 1943 sollten die letzten aus dem Ghetto geholt werden. Mit Widerstand rechnete die SS nicht. Doch 750 spärlich bewaffnete Kämpfer setzten sich zur Wehr. Mit wenigen Pistolen, Messern, Handgranaten und Molotow-Cocktails sowie etwa 100 Gewehren und einem einzigen Maschinengewehr zogen sie in den Kampf gegen mehr als 2.000 Soldaten, SS und Polizeikräfte, die durch Panzer, Artillerie und Luftwaffe unterstützt wurden. Insgesamt forderten die Kämpfe mehr als 12.000 Todesopfer. Weitere über 30.000 Menschen wurden anschließend erschossen, 7.000 in Vernichtungslager transportiert. Wenigen gelang die Flucht durch die Kanalisation. Dies war der erste städtische Volksaufstand im nationalsozialistisch besetzten Europa. Der Aufstand im Warschauer Ghetto wurde zu einem Vorbild für Juden in anderen Ghettos und Lagern.

>>>

An den Aufstand erinnert das „Denkmal der Helden des Ghettos“. 1970 kniete der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) vor dem Mahnmal nieder. Die Bilder gingen um die Welt. „Am Abgrund der deutschen Geschichte“, sagt Brandt später, „und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.“

Mit der Niederschlagung des Aufstandes war SS-Gruppenführer Jürgen Stroop von der SS-Division Totenkopf von Heinrich Himmler beauftragt worden. Am 23. Juli 1951 wurde Stroop durch ein polnisches Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt und am 6. März 1952 im Warschauer Gefängnis Mokotów hingerichtet.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/sie-waren-helden-3/> // eingesehen am 10. Mai 2023

https://www.yadvashem.org/de/holocaust/about/combat-resistance/warsaw-ghetto.html#narrative_info // eingesehen am 10. Mai 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstätte Rechtsextremismus

Dokumentation

Erklärung der Jüdischen Kampforganisation (ZOB) vom 23. April 1943

„Polen! Bürger! Soldaten der Freiheit!

Unter dem Donner der Geschütze, mit denen die deutsche Armee auf unsere Häuser und Wohnungen, unsere Mütter, Kinder und Frauen schießt, unter dem Geknatter der Maschinengewehre, die wir im Kampf gegen Gendarmen und SS-Männer erbeuteten, inmitten des Rauches der Feuerbrünste, aus einem Meer von Blut des Warschauer Ghettos senden wir Gefangenen des Ghettos euch brüderliche Kampfesgrüße. Wir wissen, dass ihr mit tiefem Schmerz und Tränen des Mitgefühls, dass ihr mit Bewunderung und Sorge den Ausgang dieses Kampfes verfolgt, den wir seit vielen Tagen gegen den grausamen Okkupanten führen.

Der Kampf geht um unsere und eure Freiheit, um unsere und eure menschliche, soziale, nationale Ehre und Würde. Wir rächen die Verbrechen von Auschwitz, Treblinka, Belzec und Majdanek. Es lebe die Waffen- und Blutsbrüderschaft des kämpfenden Polens! Tod den Henkern und Henkersknechten! Es lebe der Kampf auf Leben und Tod gegen den Okkupanten! Die Jüdische Kampforganisation.“

Die Erklärung wurde aus dem umkämpften Ghetto geschmuggelt und noch 1943 in der Untergrundpresse des polnischen Widerstands veröffentlicht.

Zitiert nach: Faschismus – G[h]etto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, herausgegeben vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, Rütten und Loening, Berlin (DDR), 2. Auflage 1961

<https://www.jungewelt.de/artikel/448910.antifaschistischer-widerstand-der-mut-der-verzweifelten.html> // eingesehen am 17. April 2023

Brandenburg / Bundesweit: **„Klimaschutz im Fokus. Wie Rechtsextreme die ökologische Wende bekämpfen“**

Seit einigen Jahren versuchen rechtsextreme Akteure verstärkt, die ökologische Wende aktiv zu bekämpfen. Welcher Strategien sie sich dabei bedienen, ob und auf welche Weise sie damit erfolgreich sind, ist Gegenstand der 68-seitigen Broschüre „Klimaschutz im Fokus. Wie Rechtsextreme die ökologische Wende bekämpfen“. Herausgeber dieser Informationen über die Klimawandel-leugnung der extremen Rechten ist das Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus.

Bestellmöglichkeit und PDF: <https://aktionsbuenndnis-brandenburg.de/produkt/klimaschutz-im-fokus/> // eingesehen am 10. Mai 2023

Bundesweit: **Vor 80 Jahren: Todesurteil gegen Mitglieder der Weißen Rose**

Am 19. April 1943 wurde der 1918 in Kuchenheim/Rheinland geborene Willi Graf zusammen mit Alexander Schmorell und Kurt Huber, führenden Köpfen der Widerstandsgruppe Weiße Rose, vom „Volksgerichtshof“ unter Roland Freisler zum Tod verurteilt. Mehr als 5.000 Todesurteile fällte Freisler in der NS-Zeit. Graf wurde am 12. Oktober 1943 in München-Stadelheim ermordet. Er starb unter dem Fallbeil. Als Sanitätssoldat hatte der Student die Verfolgung der Juden wahrgenommen. „Sehr viel Elend muss man hier anschauen“, schrieb er in einem Brief über das Warschauer Ghetto. Im Juni 1942 lernte Graf den Ulmer Kommilitonen Hans Scholl kennen und wurde Mitglied der Widerstandsgruppe Weiße Rose. Mit gefälschten Militärfahrkarten reiste Graf nach Bonn, Freiburg, Ulm, Saarbrücken, um Verschwörer zu werben. Im Februar 1943 beteiligte er sich an den Freiheitsparolen der Gruppe in der Münchener Innenstadt und unterstützte die Herstellung und Verbreitung des sechsten Flugblattes der Weißen Rose. Die Gestapo nahm Graf am 18. Februar 1943 fest.

<https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/willi-graf/> // eingesehen am 20. April 2023

Brandenburg:
**Innenminister Stübgen:
 Rechtsextremismus weiter
 größte Gefahr für Brandenburg**

Der Rechtsextremismus bleibt der mit Abstand größte Phänomenbereich in Brandenburg. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht 2022 hervor, den Innenminister Michael Stübgen und der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz, Jörg Müller, am 19. April in Potsdam vorgestellt haben. Das rechtsextreme Personenpotential ist auf 2.855 gestiegen. Stübgen führte aus: „Von Rechts-extremisten geht weiterhin die größte Gefahr für unsere Demokratie aus. Hierbei bildet der rechtsextremistische Verdachtsfall ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) zusammen mit dem rechts-extremistischen Magazin COMPACT und dem rechtsextremistischen Verein ‚Zukunft Heimat‘ eine verfassungsfeindliche, politisch-mediale Formation. Enge Kontakte werden darüber hinaus zu weiteren extremistischen Strukturen unterhalten. Das gemeinsame Ziel ist die Entgrenzung des Rechtsextremismus. So soll die Gesellschaft ideologisch durchdrungen und schließlich fundamental umgestaltet werden. Das Herzstück dieses Netzwerkes ist schon aufgrund ihrer Größe die AfD. Und das, was von dort ausgeht, befeuert zugleich die sich ständig radikalisierende Szene der ‚Reichsbürger und Selbstverwalter‘ sowie die der Delegitimierer. Ich sehe mit großer Sorge, dass dadurch offenbar wachsende Teile unserer Gesellschaft in einer Art Hasszustand wegzukippen drohen. Das stellt nicht nur unsere Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Das fordert auch die Funktionsfähigkeit unserer politischen Kultur heraus.“

Ausführlich widmet sich der Verfassungsschutzbericht der rechtsextremen Monatszeitschrift COMPACT. So sei „Antisemitismus, zum Beispiel in Form von Verschwörungserzählungen mit antisemitischen Chiffren, ein zentrales Element“ der Postille. Demnach beschreibt COMPACT die „EU und die UN beispielsweise als ‚Attrappen-Institution der Hochfinanz‘“, womit sich die Zeitschrift „klassisch antisemitische[r] Verschwörungsmymen aus der Zeit des Nationalsozialismus bedient. Diese Strategie zielt darauf ab, Sprache mit nationalsozialistischem Bezug zu normalisieren und somit den Nationalsozialismus selbst zu relativieren. Beispielsweise verwendet Compact den Begriff ‚atomarer Holocaust‘.“

Die Verfassungsschützer weisen an dieser Stelle explizit darauf hin, dass „Holocaust“ ein „singuläres Ereignis“ bezeichne: „Den Begriff anderweitig zu verwenden, führt zu einer bewussten Verharmlosung der industriellen Ermordung der Juden im Dritten Reich.“ Weitere Beispiele für eine angestrebte Normalisierung des NS-Sprachgebrauchs seien Begriffe wie „Umvolkung“ und „Herrenmenschen“, so der Inlandsgeheimdienst.

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/start/service/presse/pressemitteilungen/detail-pm-und-meldungen/~19-04-2023-innenminister-stuebgen-rechtsextremismus-weiter-groesste-gefahr-fuer-brandenburg/> eingesehen am 19. April 2023

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/VS_Bericht_2022_Pressefassung_2022_02_21.pdf / eingesehen am 31. Juli 2023

Ungarn:
Europäisches Neonazi-Meeting

Vom 21. bis 23. April fand in der ungarischen Hauptstadt Budapest der Kongress der europäischen Neonazi-Netzwerk-Vereinigung Fortress Europe statt. Ausgerichtet wurde der Kongress, an dem Teilnehmer aus Ungarn, der Bundesrepublik Deutschland, Bulgarien, Tschechien, Frankreich, Schweiz, Polen und Russland teilnahmen, durch die 2018 gegründete rechtsextreme Gruppierung Legio Hungaria. Aus der Bundesrepublik Deutschland waren NPD-Bundesvorstandsmitglied Claus Cremer und der Neonazi-Kader Matthias Drewer angereist. Aus Sicht der NPD war „schön zu sehen, dass immer mehr nationalistische Gruppen die Notwendigkeit erkannt haben, dass nur eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein gutes Fundament für die Zukunft Europas bilden kann.“ Das internationale Bündnis Fortress Europe wurde im Rahmen eines Treffens europäischer Rechtsextremisten am 20. und 21. April 2019 im bulgarischen Sofia gegründet. Zweck war und ist die Gründung einer neuen Plattform zur Vernetzung der europäischen rechtsextremen Szene. Während einer Pressekonferenz am 21. April 2019 wurde eine Gründungserklärung veröffentlicht, wonach unter dem Leitspruch „Unsere Nationen – Unser Europa“ eine länderübergreifende Allianz den bis dato eher lose gepflegten Austausch der im Bündnis versammelten Parteien und Organisationen festigen soll, um für eine bessere Koordination der länderübergreifenden Zusammenarbeit zu sorgen.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://npd-thueringen.+de/2023/05/fortress-europe-kongress-in-budapest/> / eingesehen am 23. Mai 2023

Österreich:
FPÖ-Erfolg in Salzburg

Bei der Landtagswahl am 23. April im Bundesland Salzburg erzielte die FPÖ mit 25,8 Prozent Platz zwei hinter der ÖVP. FPÖ-Spitzenkandidatin war die 31-jährige Marlene Svazek. „Solche Entwicklungen in einem kulturell nah verwandten Nachbarland machen deutlich, was auch in westdeutschen Bundesländern wie Baden-Württemberg möglich ist: Wenn die Landesregierung ihre desaströse Arbeit fortsetzt und die AfD-Landtagsfraktion weiterhin geschlossen und professionell arbeitet, ist auch in Baden-Württemberg von einem ‚blauen Wunder‘ auszugehen“, so der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Bernd Gögel. Einen Monat nach der Landtagswahl einigten sich ÖVP und FPÖ auf eine Koalition im Bundesland Salzburg. In Österreich ist die FPÖ damit an der dritten von insgesamt neun Landesregierungen beteiligt. Zuletzt war im März im Bundesland Niederösterreich eine ÖVP-FPÖ-Regierung gebildet worden. In Oberösterreich ist die FPÖ schon seit Jahren Teil einer Proporz-Koalition aus mehreren Parteien.

*<https://bernd-goegel+.de/258-prozent-in-salzburg-fpoe-siege-zeigen-was-moeglich-ist/> /
 eingesehen am 24. April 2023*

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bayern:
**Verfassungsschutzbericht 2022:
 Verstärkte Agitation gegen
 Migranten**

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat am 24. April in München den Verfassungsschutzbericht 2022 vorgestellt. Im Bereich des Rechtsextremismus geht der Trend laut Herrmann weg von klar umrissenen Strukturen, wie Parteien. Hier gilt es anzumerken, dass im Kapitel Rechtsextremismus ausschließlich über die AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) und nicht die AfD berichtet wird. Der Innenminister führte aus: „Von den aktuell 2.590 Szeneangehörigen gehören rund 54 Prozent mittlerweile dem unstrukturierten Personenpotential an, sind also zum Beispiel als Internetaktivisten auffällig geworden. Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten ist von 1.750 auf 787 gesunken. Darunter befinden sich 23 Gewalttaten.“ Herrmann stellte jedoch klar, dass darüber hinaus auch viele Straftaten zu verzeichnen sind, bei denen die Motivlage zwar nicht eindeutig sei, jedoch aufgrund der Tatumstände ein gewisser Einfluss rechtsextremistischen Gedankenguts naheliege. Weiterhin konstatierten die Verfassungsschützer, dass die rechtsextreme Szene aktuell ihre Agitation gegen Migranten verstärkt und versucht, insbesondere Proteste von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Unterbringung von Asylbewerbern zu beeinflussen. Der Minister schließt hierbei nicht aus, dass dies mittelfristig zu einem erneuten Anstieg von Straftaten gegen Migranten führen könnte. „Besonderes Augenmerk richten wir auch auf die konsequente Entwaffnung. Hier haben wir die Weisungslage gegenüber den Waffenbehörden noch einmal verschärft und damit bundesweit Maßstäbe gesetzt“, so Herrmann.

Die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter erfahre weiter Zulauf: „2022 hat das Personenpotential mit 5.360 einen neuen Höchststand erreicht.“ Dies ist laut Herrmann zum einen krisenbedingt, aber auch auf das konsequente Handeln der bayerischen Sicherheitsbehörden zurückzuführen, die jedem noch so kleinen Hinweis auf reichsbürgertypische Aktivitäten nachgehen. In dieser Szene zeige sich ein großer Hang zur Verschwörungstheorien, ein erhebliches Radikalisierungspotenzial sowie eine steigende Gewaltbereitschaft. „Die Sicherheitsbehörden stufen aktuell rund 450 Personen als gewaltorientiert ein. Auch ist die Gesamtzahl der Straftaten von 425 auf 699 gestiegen.“

*<https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2023/128b/index.php/> /
 eingesehen am 24. April 2023*

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb_2022_nicht_barrierefrei.pdf / eingesehen am 31. Juli 2023

Spanien:
**Falange-Gründer liegt nicht mehr
 im „Tal der Gefallenen“**

Seit dem 24. April ruhen die sterblichen Überreste des Gründers der spanischen faschistischen Partei Falange, José Antonio Primo de Rivera, auf dem katholischen Madrider Friedhof San Isidro. Der Konvoi mit dem Sarg wurde von Dutzenden von Falangisten auf dem Friedhof mit „Arriba España“-Rufen empfangen. Vor dem Friedhof in Madrid war auch der jetzige Chef der Falange, Manuel Andrino, zugegen. Bislang lagen die sterblichen Überreste des Faschisten in der von der Franco-Diktatur errichteten Felsenkathedrale mit angeschlossenen Kloster im „Tal der Gefallenen“, in den Bergen nördlich der spanischen Hauptstadt. 1975 wurde an der Seite von de Rivera der Diktator selbst beerdigt. Francos Überreste wurden bereits 2019 exhumiert und auf einem Friedhof in Madrid beigesetzt. Der rechtsextreme Publizist Benedikt Kaiser notierte auf dem Blog Sezession: „Damals geschah dies auf Anordnung der regierenden Sozialdemokratie: Der ‚Krieg der Erinnerungen‘ wird auch auf

den Friedhöfen geführt.“ Das „Gesetz zum demokratischen Erinnern“ bestimmt, dass aus dem „Tal der Gefallenen“ eine staatliche Gedenkstätte an die Gräueltaten des Bürgerkrieges wird.

<https://taz.de/Exhumierung-von-Toten-in-Spanien/15927349/> / eingesehen am 25. April 2023

<https://sezession.+de/67782/jose-antonio-primo-de-rivera-und-die-spanische-erinnerungspolitik/> / eingesehen am 26. Mai 2023

Berlin:

Bericht des Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin

Die Zahl der bei den Berliner Strafverfolgungsbehörden geführten Verfahren mit antisemitischem Hintergrund ist erneut gestiegen: 691 Verfahren wurden 2022 eingeleitet (2021: 662; 2020: 417; 2019: 386). Das stellte der Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft Berlin, Florian Hengst, in seinem Bericht am 25. April für das Jahr 2022 dar. Im Jahr 2022 wirkte sich auf diese Zahlen wie im Vorjahr vor allem die Corona-Pandemie aus, die einen Nährboden für antisemitische Verschwörungsmethoden rund um den Ursprung des Virus bildete. Aber auch die Corona-Proteste und die öffentliche Diskussion über die Impfpflicht führten verstärkt zu Vergleichen mit der NS-Zeit, beispielsweise durch das Tragen gelber Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ oder dem Ausspruch „Impfen macht frei“. Zudem schürten der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und Verschwörungstheorien, dass dieser Krieg Teil eines „great resets“ sei, ebenso wie der Nahost-Konflikt weiter den Antisemitismus.

<https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/presse/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1316982.php> / eingesehen am 26. April 2023

Der 4. Bericht des Antisemitismusbeauftragten (2022) kann hier heruntergeladen werden:

https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/_assets/antisemitismusbekaempfung/2022_bericht_antisemitismus.pdf?ts=1682424249 / eingesehen am 31. Juli 2023

USA:

Zeugin im Fall Emmett Till verstorben

Am 25. April ist in den USA im Alter von 88 Jahren Carolyn Bryant Donham verstorben. Am 14. August 1955 war die damals 21-jährige Weiße in einem Lebensmittelgeschäft in Money/Mississippi zufällig dem 14-jährigen schwarzen Jungen Emmett Till begegnet. Nach der Begegnung behauptete sie, der Junge habe sie berührt. Drei Tage später wurde der Heranwachsende von ihrem Mann Roy Bryant und dessen Halbbruder J. W. Milam ermordet. Das Bild von seinem grausam entstellten Körper, ein Auge war ausgestochen, der Kopf gespalten, um den Hals befand sich ein mit Stacheldraht befestigtes Gewicht, entfachte die schwarze Bürgerrechtsbewegung. Die beiden Täter wurden nie für den Lynchmord belangt. Sie waren nach einem fünftägigen Prozess von einer nur aus weißen Männern zusammengesetzten Geschworenenjury freigesprochen worden. Nur vier Monate nach dem Freispruch gestanden die beiden Männer in einem Interview die Tat. Beide blieben jedoch in Freiheit, sie sind inzwischen verstorben. Der Mord an Till zählt zu den berüchtigtsten Gewaltverbrechen aus der Zeit der Rassentrennung und fachte die Bewegung für die Bürgerrechte der Schwarzen in den Südstaaten an. Im März 2022 unterzeichnete Präsident Joe Biden ein nach Till benanntes Gesetz, das Lynchmorde und versuchte Lynchmorde als Hassverbrechen einstuft.

Renzo Ruf: Sie war der Grund für den Mord an Emmett Till. Carolyn Bryant stirbt im Alter von 88 Jahren, in: Neue Zürcher Zeitung vom 2. Mai 2023, S. 5

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:

Bundesamt für Verfassungsschutz stuft Institut für Staatspolitik und Ein Prozent e.V. als „gesichert rechtsextremistische Bestrebungen“ ein

Mit Datum vom 26. April hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) das Institut für Staatspolitik und Ein Prozent e.V. als „gesichert rechtsextremistische Bestrebungen“ eingestuft. Der Präsident des BfV Thomas Haldenwang erklärte hierzu, die Positionen des Instituts für Staatspolitik und von Ein Prozent e.V. seien nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. „Es bestehen keine Zweifel mehr, dass diese Personenzusammenschlüsse verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen.“

Das BfV richtet Eigenbekunden zufolge „sein Augenmerk nicht nur auf gewaltorientierte Extremisten, sondern hat auch diejenigen Personenzusammenschlüsse im Blick, die menschenwürdevidrige und demokratiefeindliche Ideologien und Konzepte permanent verbreiten.“ Das gezielte Propagieren von Feindbildern und das Schüren von Ressentiments in der Bevölkerung durch das IfS und Ein Prozent e.V. seien „zudem generell geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber den Betroffenen zu bereiten.“

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/2023-04-26-ifs-ein-prozent.html> / eingesehen am 31. Juli 2023

Ungarn:
**Präsidentin lässt Rechts-
 terroristen frei**

In Ungarn ist am 27. April der wegen terroristischer Aktivitäten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilte Rechtsterrorist György Budahazy freigelassen worden. Budahazy und mit ihm verurteilte Personen der Hunnia-Bewegung bzw. Pfeile der Ungarn waren zuvor von Präsidentin Katalin Novak, einer Verbündeten des rechtsnationalistischen Regierungschefs Viktor Orban, mit dem Verweis auf den Besuch von Papst Franziskus in Ungarn begnadigt worden. Budahazy verübte mit den von ihm gegründeten Terrororganisationen während der sozialliberalen (MSZP-SZDSZ) Regierung zwischen 2007 und 2009 mit weiteren Rechtsextremen zahlreiche Brandanschläge auf die Häuser von Politikern und auf Parteibüros. Die Opposition sieht die Begnadigungen als weitere Geste der Regierungspartei Fidesz an rechtsextreme Wähler und eine Legitimierung des rechtsextremen Terrors.

<https://www.heute.at/s/terror-rechtsextremist-kommt-frei-und-reitet-von-dannen-100268577/>
 eingesehen am 29. April 2023

Hessen:
**Container-Anlage Flüchtlings-
 unterkunft abgebrannt**

In der Nacht zum 30. April ist in Roßdorf (Darmstadt-Dieburg) ein noch unbewohntes Flüchtlingsheim auf einem Sportgelände abgebrannt. Bei dem Brand ist nach ersten Schätzungen ein Sachschaden von mehreren hunderttausend Euro entstanden. Ermittlungen deuten laut Polizei auf Brandstiftung als Brandursache hin. Neonazis des III. Weges kommentierten die mutmaßliche Brandstiftung: „Auch wir vom ‚III. Weg‘ schauen nicht tatenlos zu. Natürlich nicht mit Streichholz und Benzin, sondern mit Flugblättern, welche die Tage wieder zahlreich in den Briefkästen von besorgten Mitbürgern der betroffenen Gemeinden und Städten landen, mit denen Aufklärungsarbeit betrieben wird und zugleich eine Möglichkeit eines friedlichen politischen Protests aufgezeigt wird.“

<https://www.hessenschau.de/panorama/fluechtlingsunterkunft-abgebrannt--polizei-geht-von-brandstiftung-aus-v1,brand-fluechtlingsheim-100.html> / eingesehen am 4. Mai 2023

<https://der-dritte-weg+.info/2023/05/asyl-containerdorf-in-suedhessen-abgebrannt/>
 eingesehen am 4. Mai 2023

Österreich / Bundesweit:
**Identitäre Bewegung als
 „NGO von rechts“**

Im Interview mit der April-Ausgabe der extrem rechten Zeitschrift Freilich, dem „Magazin für Selbstdenker“, führt der FPÖ-Bundesobmann Herbert Kickl aus, dass es „eine gelungene Provokation“ gewesen sei, als er im Jahr 2021 die rechtsextreme Identitäre Bewegung als „eine NGO von rechts“ bezeichnet hat. O-Ton Kickl: „Denn erstens ist es inhaltlich absolut korrekt und zweitens entreißt es einen an sich neutralen Begriff, nämlich den einer NGO, sprich einer Nicht-Regierungsorganisation, aus den Fängen einer linken Clique, die glaubt, dass sie das Recht hat, diesen Begriff ausschließlich für solche Vereine zu verwenden, die ihr selbst gut zu Gesicht stehen.“

Autor dieser Freilich-Ausgabe ist Reimond Hoffmann, Mitgründer der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA). Hoffmann beklagt die vermeintliche „Kultur des Tugendterrors“ (Cancel Culture) und bewundert den österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner, dem er die Rolle des „wohl am häufigsten gecancelten Menschen im deutsch-sprachigen Raum“ zuweist. Die Kündigungen dessen Bankverbindungen seien „mittlerweile legendär“: „Aber er eröffnet einfach immer wieder neue“, so der AfD-Politiker.

Reimond Hoffmann: Kultur des Tugendterrors, in: Freilich, April 2023, S. 25–28

Interview mit Herbert Kickl, in: Freilich, April 2023, S. 55–57

Chronik

Bundesweit:

Vor 90 Jahren: Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis

Mai

Nachdem die Nationalsozialisten 1933 die Macht ergriffen hatten, begannen sie umgehend mit dem Umbau des Staates. Systematisch bereiteten sie Massenmord und Angriffskrieg vor. Erst warfen sie die Kommunisten und Sozialdemokraten in die Gefängnisse und die ersten Konzentrationslager, dann beseitigten sie mit der sogenannten Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat sowie dem Ermächtigungsgesetz die demokratische Staatsordnung der Weimarer Republik. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums markiert die erste Etappe der organisierten Judenverfolgung. Dann folgte die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung. Vor 90 Jahren machten die Nazis den 1. Mai, den traditionellen Kampftag der Arbeiterbewegung, zum ersten Mal zum gesetzlichen Feiertag, dem „Tag der nationalen Arbeit“. Vor rund einer Million Menschen widmete Hitler in einer Rede in Berlin den 1. Mai vom „Symbol des Klassenkampfes“ zum „Symbol der großen Einigung und Erhebung der Nation“ um. Damit wurde in einem inszenierten Schauspiel die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach dem 1. Mai als einem Feiertag erfüllt.

Am Tag darauf stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser im ganzen Land. In einem geheimen Rundschreiben befahl die NS-Führung bereits Mitte April: „Dienstag, den 2. Mai 1933, vormittags 10:00 Uhr, beginnt die Gleichschaltung gegen die freien Gewerkschaften. SA bzw. SS sind zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser und zur Inschutzhaftnahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten einzusetzen.“ Gestürmt wurde auch das Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in der Inselstraße 6 in Berlin. Die ADGB-Vorstandsmitglieder Wilhelm Leuschner und Hermann Schlimme wurden gewaltsam verschleppt. Am 6. Mai kündigten die Nationalsozialisten die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) an, einer korporativen Zwangsorganisation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wenige Wochen nach Zerschlagung der Gewerkschaften wurden die SPD und die Arbeiterwohlfahrt, die letzten verbliebenen Organisationen der Arbeiterbewegung, aufgelöst.

Anlässlich des 90. Jahrestages der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zu einer Gedenkveranstaltung unter anderem mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi und dem Journalisten Heribert Prantl eingeladen. Es moderierte Katja Karger, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. Hier können Sie sich die komplette Diskussionsveranstaltung anschauen:

<https://www.dgb.de/uber-uns/bewegte-zeiten/geschichte-2-mai-1933/> / eingesehen am 1. August 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Italien / Bundesweit:

Dokumentation der NS-Kriegsverbrechen in Italien zwischen 1943 und 1945

Unter der Adresse ns-taeter-italien.org ging am 4. Mai eine ausführliche Dokumentation der NS-Kriegsverbrechen in Italien zwischen 1943 und 1945 online mit zahlreichen Schrift-, Bild- und Filmquellen. Die Website des Forschungs- und Bildungsprojektes steht unter der Schirmherrschaft der Universität zu Köln und wird finanziert vom deutsch-italienischen Zukunftsfonds des Auswärtigen Amtes. Macher sind der Historiker Carlo Gentile und der Journalist Udo Gümpel.

Die deutsche Besetzung Italiens kostete bis zu 70.000 Italienern das Leben. Mehr als 10.000 von ihnen wurden bei Massakern und Massenhinrichtungen durch deutsche Truppen ermordet. Orte wie Sant'Anna di Stazzema, die Ardeatinischen Höhlen bei Rom und Marzabotto sind heute Synonyme für den deutschen Besatzungsterror in Italien. Die Bundesrepublik Deutschland trägt für diese Opfer Erinnerungsverantwortung gegenüber den betroffenen Gemeinden und Familien. Nach dem Krieg war es für die Betroffenen in Italien jahrzehntelang nahezu unmöglich, aus der Bundesrepublik gesicherte Informationen über die Verantwortlichen zu erhalten. Das Unwissen um die Täter führte zu Fehlinterpretationen und Verzerrungen, während in Deutschland die Generation der Kriegsteilnehmer den Mythos des „sauberen“ Kriegs der Wehrmacht in Italien pflegte. Die Biografien der Täter auf dieser Website sollen die Möglichkeit zur individuellen Auseinandersetzung geben. Dazu wird ein realitätsnahes Bild von Kontexten, Situationen und Erfahrungen sowie von Mentalitäten und psychologischen Dispositionen, biografischen und sozialen Hintergründen, Entscheidungs- und Handlungsräumen sowie Legitimationsmustern der Täter vermittelt.

<https://www.ns-taeter-italien.org/de/> / eingesehen am 26. Juni 2023

**USA:
Proud Boys verurteilt**

Vier Mitglieder der militanten Neonazi-Gang Proud Boys wurden am 4. Mai von einem Bundesgericht in Washington der „aufrührerischen Verschwörung“ im Zusammenhang mit der Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2020 schuldig gesprochen. Unter den Verurteilten befindet sich auch Enrique Tarrío, der Anführer der Proud Boys. Im Januar waren bereits vier Mitglieder der Neonazi-Gang Oath Keepers wegen des gleichen Straftatbestands verurteilt worden. Der abgewählte Präsident Donald Trump hatte nach der Präsidentschaftswahl vielfach widerlegte Wahlbetrugsvorwürfe erhoben. Am Mittag des 6. Januar 2021 rief der Republikaner seine Anhänger auf, zum Kapitol zu marschieren. Der folgende Angriff auf das Herz der US-Demokratie mit fünf Toten gilt als schwarzer Tag in der Geschichte der US-Demokratie. In den Wochen und Monaten nach der Kapitol-Erstürmung wurden mehr als 870 Angreifer festgenommen.

<https://www.theguardian.com/us-news/2023/may/04/proud-boys-convicted-seditious-conspiracy-capitol-attack> / eingesehen am 6. Mai 2023

**Ungarn / Bundesweit:
Maaßen bei der CPAC Hungary**

Hans-Georg Maaßen, Vorsitzender der WerteUnion und Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 2012 bis 2018, war am 4./5. Mai bei der CPAC Hungary (Conservative Political Action Coalition) in Budapest der einzige deutsche Teilnehmer auf der Bühne. Bei der CPAC-Veranstaltung, einem Meeting der globalen extremen (und religiösen) Rechten und dem rechtsradikalen Flügel der republikanischen Partei, handelt es sich um eine seit 1974 ausgetragene Jahreskonferenz, die seit 2019 auch außerhalb der USA veranstaltet wird. Vor Ort ausgerichtet wurde die Veranstaltung vom Alapjogokért Központ (Zentrum für Grundrechte). Es gelte, den Dreiklang aus Gott, Vaterland und Familie zu stärken, sagte dessen Vorsitzender, Miklós Szanthó. Erklärtes Ziel des Zentrums ist es, ein Gegenpol zum „Menschenrechtsfundamentalismus“ zu sein. Das Zentrum gilt als Propagandatruppe der ungarischen Regierungspartei Fidesz. Einer der Hauptredner der Konferenz war Ministerpräsident Viktor Orbán. Der „wahnsinnige Wokeness-Wahn“ müsse bekämpft, besiegt und vernichtet werden, sagte Orbán und verkündete drei Neins: „No Migration! No Gender! No War!“. Donald Trump propagierte per Videobotschaft einen Kulturkampf. Der abgewählte Präsident sprach von einem historischen und weltweiten Kampf der vermeintlich Konservativen gegen marxistische Globalisten und Kommunisten auf der ganzen Welt.

Laut Veranstalter waren Teilnehmende angereist aus mehr als 20 Ländern auf fünf Kontinenten. Aus Österreich waren FPÖ-Chef Herbert Kickl sowie der FPÖ-Europaabgeordnete Harald Vilimsky angereist. Vor Ort war auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter.

Kurz nach seiner Mitwirkung an einer Podiumsdiskussion über Migrationsfragen unterhielt sich die Budapester Zeitung mit Maaßen. Wir dokumentieren ausgewählte Antworten des einst obersten Verfassungsschützers der Bundesrepublik Deutschland.

O-Ton Maaßen: „Es war ein Netzwerktreffen eines sehr heterogenen Publikums von moderaten, liberalen bis hin zu klerikalen Konservativen. Was sie alle einte, war die Erkenntnis, dass wir uns nicht von Linksradikele, Woken und Anhängern der linksextremen Klimasekte vorschreiben lassen dürfen, wie wir zu leben haben, wie wir unsere Kinder erziehen sollen, wie wir zu sprechen und zu denken haben oder welche Verkehrsmittel wir benutzen sollten.“

O-Ton Maaßen: „Es war eine sehr vertrauensvolle Atmosphäre, die allen Teilnehmern deutlich machte: wir stehen nicht allein im Kampf gegen die Bedrohungen durch den totalitären Ökosozialismus und Globalismus sowie gegen die Verrücktheiten der woken Ideologie und der Klimasekte. Vor allem: Wir werden die Auseinandersetzung letztendlich gewinnen.“

O-Ton Maaßen: „Die CDU ist unter der umstrittenen früheren Parteivorsitzenden Merkel zu einer linken Partei gemacht worden. [...] Die AfD erscheint jedoch manchen als zu radikal.“

O-Ton Maaßen: „Die CDU-Partei führt will offensichtlich auch unter dem jetzigen Parteichef Friedrich Merz den Linkskurs der CDU zementieren. Aus diesem Grunde entwickelt sich die WerteUnion zu einer Plattform aller oppositionellen konservativen und bürgerlichen Kräfte unabhängig von ihrer Parteimitgliedschaft.“

O-Ton Maaßen: „Es fällt in der Tat schwer zu verstehen, was um uns herum geschieht. Wir finden einerseits im politisch-medialen Establishment Menschen, die infantilen Herzens an die öko-woke Ideologie glauben. Sie glauben reinen Herzens daran, dass uns die Klimahölle droht und wir alle sterben werden, wenn wir nicht sofort unsere CO2-Emissionen reduzieren. Sie glauben auch ernsthaft daran, dass man Menschen dazu zwingen muss, kein Fleisch zu essen, und dass Menschen, die glauben, es gebe nur zwei Geschlechter und nicht wer weiß wie viele, Nazis sind.“

Auf die Frage „Wie bezeichnen wir das, was uns und unsere Freiheiten bedroht?“ antwortete Maaßen: „Das Entscheidende aber ist, dass sie sich gegen die freiheitliche, rechtsstaatliche Gesellschaft wenden.“

Sie wollen nicht, dass das Volk entscheidet, weil sie glauben, es besser zu wissen, sie lehnen den Rechtsstaat ab, wenn er ihren politischen Zielen widerspricht, sie sind fanatisch in der Verfolgung ihrer Ziele und lehnen Kompromisse ab oder sehen sie nur als Zwischenschritte zur Zielerreichung. Und vor allem: Sie bekämpfen jeden, der nicht ihre Auffassung vertritt, nicht als Gegner auf Augenhöhe, sondern als politischen Feind, dem man keine politische Plattform bieten darf, der ausgegrenzt und vernichtet werden muss. Man könnte für diese totalitäre Vorstellung und ihre Träger einige Umschreibungen finden. Ich glaube, die beste Umschreibung, die auch jedermann als Warnhinweis verstehen kann, ist schlichtweg: Das sind Faschisten.“

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.budapester.hu/politik-interview/maassen-wir-werden-letztendlich-gewinnen/> / eingesehen am 26. Mai 2023

<https://www.belltower.news/cpac2023-hans-georg-maassen-149033/> / eingesehen am 26. Mai 2023

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/cpac-treffen-in-budapest-rechts-und-rechts-gesellt-sich-9758204.html> / eingesehen am 26. Mai 2023

<https://zurzeit.+at/index.php/budapest-internationales-treffen-fuehrender-patrioten/> / eingesehen am 26. Mai 2023

<https://www.conservative+.org/cpac/> / eingesehen am 26. Mai 2023

<https://unser-mittleuropa+.com/neo-konservative-cpac-konferenz-in-budapest-altlinke-in-panikvor-no-woke-zone/> / eingesehen am 26. Mai 2023

**Berlin / Bundesweit:
JF-Online-Offensive**

„In den vergangenen drei Jahren sank die verkaufte Printauflage erstmals seit vielen Jahren des Wachstums. Nur bei Digitalabos legten wir zu, nicht genug aber, um die Rückgänge in der Printauflage zu kompensieren“, so Dieter Stein, Chefredakteur der in Berlin ansässigen Rechtspostille Junge Freiheit (JF). Deshalb habe man sich zu Jahresanfang entschlossen, „im Rahmen einer großen Online-Offensive einen ehrgeizigen Plan in Angriff zu nehmen: Bis 2027 wollen wir eine Million Euro in den Ausbau der Online-Angebote investieren. [...] Zum Wunder wird die JF durch ihre vielen Förderer. Allein die Gesellschafter unseres Verlages haben seit Februar schon 190.000 Euro Kapitalerhöhungen gezeichnet.“ Die JF wird seit dem Start als Wochenzeitung 1994 getragen von einer Kommanditgesellschaft, der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG. Diese setzt sich wiederum aus derzeit rund 250 Gesellschaftern aus dem Kreis der JF-Leser zusammen.

Dieter Stein: Zukunft der JF. Digital in die Offensive, in: Junge Freiheit vom 5. Mai 2023, S. 1

**Baden-Württemberg:
Waffen und Munition bei Reichsbürger in Singen gefunden**

Am 5. Mai hat die Polizei zahlreiche Waffen, tausende Schuss Munition sowie Drogen bei einem 47-jährigen mutmaßlichen Reichsbürger in Singen (Kreis Konstanz) gefunden. Konkret wurden zwei Pistolen, ein Gewehr, Elektroschocker, eine Armbrust mit Zielfernrohr, Zwillen, Schleudern, 13.000 Schuss Munition sowie 2.000 Stahlkugeln sichergestellt.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/friedrichshafen/waffen-und-munition-bei-sogenanntem-reichsbuerger-entdeckt-100.html> / eingesehen am 10. Mai 2023

**Baden-Württemberg / Schweiz:
Neonazi-„Streife“ an der
Deutsch-Schweizerischen Grenze**

„Die Grenze zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem weit offen stehenden Einfallstor für Asylforderer, die zumeist über die sogenannte Balkan-Nordroute über Österreich in die Schweiz gelangen und dann nach Deutschland weiterziehen“, so die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg. Um sich vor Ort ein eigenes Bild von den Zuständen zu machen, wollen Aktivisten der „nationalrevolutionären Bewegung“ am 6. Mai eine „Streife“ auf der deutschen Seite der Grenze zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz durchgeführt haben. Demnach wurde ein Grenzabschnitt im Raum Konstanz „bestreift“ und Passanten Flugblätter ausgehändigt, „in welchen über die katastrophale Zuwanderungs- und Asylpolitik der deutschen Bundesregierung aufgeklärt wird.“ Eigenbekunden zufolge geht es den Neonazis „um Aufklärungsarbeit, darum, den Finger in die Wunde zu legen und die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein gravierendes Problem zu lenken. Zusätzlich kann durch unregelmässig durchgeführte Streifen zumindest temporär das Sicherheitsgefühl der ortsansässigen Bevölkerung erhöht werden.“ Tage nach dieser Aktion verteilten die Neonazis Flugblätter in Allensbach, um in der Gemeinde am Bodensee „Aufklärungsarbeit über die vom Landkreis Konstanz geplanten neuen Asylunterkünfte zu leisten.“

<https://der-dritte-weg+.info/2023/05/130996/> / eingesehen am 20. Mai 2023

<https://der-dritte-weg+.info/2023/05/asylflut-stoppen-flugblattverteilung-in-allensbach/> / eingesehen am 20. Mai 2023

**Bundesweit:
Zehn Jahre nach NSU-Prozessbeginn weiterhin offene Fragen**

Vor zehn Jahren, am 6. Mai 2013, begann der Prozess gegen den NSU vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München. Nach mehr als fünf Jahren Prozess, am 11. Juli 2018, dem 438. Verhandlungstag, wurde Beate Zschäpe zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (BGH) sieht in Bezug auf den NSU-Komplex noch offene Fragen. So seien Fragen zum Waffenarsenal der NSU-Rechtsterroristen ebenso nicht geklärt, wie die Frage nach der Opferauswahl, führte Peter Frank am 27. April bei einer Veranstaltung zum Thema Rechtsterrorismus in Nürnberg aus. Nach der NSU-Selbstenttarnung habe sich die Bundesanwaltschaft neu aufgestellt. Rund 150 Staatsanwälte arbeiten in der Behörde, mittlerweile seien rund 25 Staatsanwälte ausschließlich mit dem Bereich Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus betraut. Demnach betreibe die Bundesanwaltschaft auch ein Monitoring zu Gefährdern, Kameradschaften, Einzelpersonen, Musik- und Buchverlagen aus der Szene.

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/generalbundesanwalt-weiterhin-viele-fragen-im-nsu-komplex-offen,Tcjh3U/> / eingesehen am 28. April 2023

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/zehn-jahre-nach-prozessbeginn-hat-die-justiz-die-taten-des-nsu-aufgeklart-9752918.html> / eingesehen am 10. Mai 2023

**Bundesweit:
Vor 25 Jahren verstorben:
Wehrmachtsmajor a.D.
Erich Mende**

Als Parlamentarier der ersten Stunde gilt der am 6. Mai 1998 im 82. Lebensjahr verstorbene Erich Mende (Jg. 1916), ein Mitbegründer der FDP. Der hochdekorierte Wehrmachtsoffizier gehörte von 1949 bis 1980 dem Bundestag an und war damit „ein prägender Parlamentarier der deutschen Nachkriegszeit“, so das rechtsextreme Monatsmagazin Zuerst! (Mai 2023). Wie Zuerst! zu berichten weiß, trug Mende bei offiziellen Festlichkeiten „demonstrativ“ das im Februar 1945 verliehene Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Der „soldatisch geprägte Politiker patriotischer Gesinnung“ war von 1963 bis 1966 Vizekanzler und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Im Oktober 1970 verließ Mende die FDP und wechselte zur CDU. Der 1936 als Berufssoldat in die Wehrmacht eingetretene Mende bekannte sich auch nach 1945 zum Soldatentum. Der 80. Geburtstag von Mende im Jahr 1996 wurde unter anderem in der rechtsextremen Deutschen National-Zeitung aus dem Hause des DVU-Bundvorsitzenden Gerhard Frey gebührend gefeiert. Mende sei, so die Deutsche National-Zeitung, „einer der wenigen Politprominenten, die sich öffentlich vor die verleumdete Kriegsgeneration stellen“. Unter Mendes Führung schrieb die Deutsche National-Zeitung bewundernd, „holte die FDP in den 50er bis in die 60er Jahre mit nationalliberalen (nach heutiger Begriffsverwirrung ‚rechtsextremen‘) Aussagen Spitzenergebnisse“. Mende war „der erste westdeutsche Politiker“, so die rechtsextreme Monatszeitschrift Nation & Europa in einem Nachruf, „der nach dem Krieg auf Staatsempfängen das an der Ostfront erworbene Ritterkreuz trug. Damit identifizierte sich der gebürtige Oberschlesier sichtbar mit dem vielverfemten deutschen Soldatentum. Eine Demonstration, die heute kein [...] Politiker mehr wagen würde.“ Gern gesehen war Mende immer wieder bei Bundestreffen der 1960 gegründeten ewiggestrigen Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR). „Für die Kameraden, die beim Bundestreffen in Köln 1988 dabei waren“, so das „Ritterkreuz“, das OdR-Organ, ist „unvergeßlich wie unser Ordenskamerad Erich Mende die störenden Chaoten mit ihren Info-Ständen in dem Bereich unseres Tagungsortes mit seinem Diskusstalent zum Schweigen, Rückzug und Abbau ihrer Stände brachte.“

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**USA:
Rechtsextremer Attentäter**

Am 7. Mai 2023 tötete ein 33-jähriger Mann mit einem Sturmgewehr vom Typ AR-15 acht Menschen in einem Einkaufszentrum in Allen in der Nähe von Dallas (Texas), bevor er von einem Polizisten erschossen wurde. Mehrere Menschen wurden verletzt. Vier der Opfer des Anschlages hatten einen asiatischen Migrationshintergrund. Medienberichten zufolge soll der Täter zuvor rechtsextreme und frauenfeindliche Beiträge in einem russischen sozialen Netzwerk geteilt haben.

<https://www.belltower.news/taeter-von-dallas-rechtsextrem-und-incel-149325/>

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/texas-schuesse-einkaufszentrum-rechtsextrem-motiv-ermittlungen-1.5847793> / eingesehen am 10. Mai 2023

Bundesweit:
**Kulturstaatsministerin
 Claudia Roth zum Tag der
 Befreiung:
 „8. Mai steht für das notwendige
 Eintreten für Frieden, Freiheit,
 Demokratie und Selbstbestimmung
 in einem geeinten Europa“**

Vor 78 Jahren endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945. Es war der militärische Sieg der Alliierten, welcher der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in Deutschland und Europa ein Ende setzte. Kulturstaatsministerin Claudia Roth führte dazu aus: „Dieses wichtige Datum des Sieges der Alliierten bedeutete das Ende des von Deutschland begonnenen Angriffs- und Vernichtungskrieges, der in ganz Europa unermessliches Leid und Zerstörung verursacht hat. Es bedeutete auch das Ende des Menschheitsverbrechens des Holocausts, für das Deutschland bis heute in der Verantwortung steht.“ Weiter betonte Roth, dass der 8. Mai „ein wichtiger Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in Europa“ sei.

BPA Pressemitteilung Kulturstaatsministerin Claudia Roth zum Tag der Befreiung: „8. Mai steht für das notwendige Eintreten für Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung in einem geeinten Europa“ vom 8. Mai 2023: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/kulturstaatsministerin-claudia-roth-zum-tag-der-befreiung-8-mai-steht-fuer-das-notwendige-eintreten-fuer-frieden-freiheit-demokratie-und-selbstbestimmung-in-einem-geeinten-europa--2188844> / eingesehen am 2. August 2023

Berlin / Bundesweit:
**Öffentliches Gutachten zu dem
 rechtsradikalen Großspender
 des Humboldtforums /
 Berliner Schlosses**

Das von der Stiftung Humboldt Forum beauftragte Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte zu einem vom Förderverein Berliner Schloss eingeworbenen Großspender des Humboldtforums / Berliner Schlosses und seiner „Position in historisch-politischen und historiographischen Themen“ wurde am 8. Mai 2023 veröffentlicht. Schriften des 2016 verstorbenen Berliner Bankier und Großspender Ehrhardt Bödecker enthalten demnach antisemitische Versatzstücke, Relativierungs- und Entlastungsmuster. Fakt ist, dass Bödeckers Verbindungen zu den Kreisen der Neuen Rechten, Geschichtsrevisionisten und Rechtsradikalen sich als deutlich umfangreicher und intensiver erweisen als bislang bekannt.

Das Gutachten stellt klar, dass Bödeckers rechtslastige Ansichten schon lange Aufsehen erregt hatten. So wird im Gutachten darauf verwiesen, dass unser Redaktionsmitglied Anton Maegerle bereits 2004 einen Text Bödeckers als typischen Fall einer neurechten Positionierung zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus benannt hatte. 2003 schrieb Bödecker in der Preußischen Allgemeinen Zeitung: „Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung.“ Das alles sei „Ausfluß des 20. Jahrhunderts“ und der „Umerzählung der Deutschen“. Der Bankier weiter: „Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt“. Bödecker war der zweitgrößte deutsche Privatbankier. Mit 70 Jahren ging der Chef der Privatbank Weber, deren Bilanzvolumen er von 20 Millionen D-Mark auf 15 Milliarden D-Mark steigerte, in den Ruhestand.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Ehrhardt Bödecker: Vae victis – Wehe den Besiegten, in: Preußische Allgemeine Zeitung, 44/2003, S. 5–6 www.schlossdebatte.de / eingesehen am 12. Mai 2023

<https://www.tagesspiegel.de/kultur/gutachten-zum-schloss-spender-bodecker-die-ns-verbrehen-hat-er-relativiert-9797735.html> / eingesehen am 12. Mai 2023

<https://www.merkur-zeitschrift.de/2023/05/12/antisemitismus-und-rechtsradikale-aeusserungen-aus-der-gesellschaftlichen-mitte-das-gutachten-zum-grossspender-ehrhart-boedecker/> eingesehen am 12. Mai 2023

Bundesweit:
**„Zunehmende Gewaltbereitschaft
 bei AfD-FunktionärInnen“ /
 Jahresbilanzen der Opfer-
 beratungsstellen**

Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.) hat eine Analyse über die „Zunehmende Gewaltbereitschaft bei AfD-FunktionärInnen“ erstellt. Demnach ist die Zahl der Fälle, in denen Politiker der Alternative für Deutschland (AfD) als rechte Gewalttäter auftreten, „besorgniserregend“. Insbesondere Kommunalpolitiker dieser Partei griffen laut VBRG verstärkt Bürger an, die sie als politische Gegner sehen – teilweise sogar mit Waffengewalt. Auf einige Taten geht die VBRG-Fallsammlung ein, etwa auf den Fall von Dubravko Mandić. Er war bis April 2022 AfD-Stadtrat in Freiburg, inzwischen ist er aus der Partei ausgetreten und hat sein Mandat niedergelegt. Ein Zeichen für die gestiegene Gewaltbereitschaft sieht VBRG auch in der mutmaßlichen Verstrickung von Parteimitgliedern und einer ehemaligen Bundestagsabgeordneten in die vom Generalbundesanwalt als terroristische Vereinigung eingestufte Reichsbürger-Gruppe Patriotische Union.

Am 9. Mai haben die Opferberatungsstellen im VBRG ihre Studie „Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2022 – Jahresbilanzen der Opferberatungsstellen“ veröffentlicht. Dokumentiert wird ein Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern, Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Trotz Ausgangsbeschränkungen aufgrund der Pandemie bis zum Frühjahr 2022 wurden 2.093 rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Angriffe mit 2.871 Betroffenen registriert. Dabei hat sich die Anzahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr auf 520 Angegriffene nahezu verdoppelt (2021: 288). Besorgniserregend werten die Opferberatungsstellen sowohl den Anstieg von mehr als 15 Prozent bei rechten Gewalttaten (2022: 1340; 2021: 1151) – insbesondere Körperverletzungsdelikten – als auch eine Verdreifachung der Nötigungen und Bedrohungen insbesondere aus rassistischen und antisemitischen Motiven (2022: 653; 2021: 197). Damit wurden in mehr als der Hälfte aller Bundesländer im Jahr 2022 täglich mindestens fünf Menschen Opfer rechter Angriffe. Rassismus war auch 2022 – wie schon in den Vorjahren – das häufigste Tatmotiv. Mehr als die Hälfte aller Angriffe (1088 Fälle) waren rassistisch motiviert und richteten sich überwiegend gegen Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrungen und Schwarze Deutsche.

<https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2023/05/Analyse-des-VBRG-Mai-2023-Zunehmende-Gewaltbereitschaft-bei-FunktionaerInnen-der-AfD.pdf> / eingesehen am 6. Mai 2023

<https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2022-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/> / eingesehen am 10. Mai 2023

<https://www.endstation-rechts.de/news/rechte-gewalt-beratungsstellen-warnen-vor-anstieg-und-den-folgen-bei-minderjaehrigen-opfern/> / eingesehen am 10. Mai 2023

Bundesweit:

100. Todestag des Rechtsterroristen Albert Leo Schlageter – „Märtyrer“ der extremen Rechten

Albert Leo Schlageter war ein ehemaliger Freikorpskämpfer und Rechtsterrorist in der Weimarer Republik. In rechtsextremen Kreisen wird er bis heute als Märtyrer verehrt. Die Neonazi-Kleinpartei Der III. Weg feierte über Pfingsten bundesweit das „Aktionswochenende zum 100. Todestag von Albert Leo Schlageter“. Mit Fackeln, Selbstgedichtetem und Wanderungen. Auch in Schönau, Schlageters Geburtsort im Schwarzwald, wurde gewandert. In Göppingen, Baden-Württemberg, stellten Rechtsextreme ein Schlageter-Portrait und zwei Grabkerzen mit Parteilogo an einem ehemaligen Denkmal auf. „Ich gab mein Leben für Deutschland und was gibst du?“, heißt es auf dem Bild. Schlageter wurde am 7. April 1923 in Essen verhaftet und am 9. Mai von einem französischen Militärgericht in Düsseldorf „wegen Spionage und Sabotage“ zum Tod verurteilt.

<https://www.kontextwochenzeitung.de/zeitgeschehen/635/maertyrer-der-extremen-rechten-8894.html> / eingesehen am 2. Juni 2023

Bundesweit:

Rechtsextreme Gewalt nimmt zu

In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Jahr 2022 so viel politisch motivierte Kriminalität wie noch nie. Mit 58.916 Taten wurde ein neuer Höchststand registriert. Der Anteil rechtsextrem motivierter Straftaten liegt bei 23.493 Fällen. Das ist ein Anstieg von sieben Prozent gegenüber dem Jahr 2021. Die Zahl rechtsextrem motivierter Gewalttaten wird mit 1.170 beziffert. Rund 41 Prozent aller erfassten Opfer politisch motivierter Gewalt wurden im Bereich des Rechtsextremismus registriert. Einen deutlichen Anstieg an Straftaten gab es in der sogenannten Reichsbürger-Szene. Dort zählten die Ermittler 1.860 Fälle – 40 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Zudem kam es zu 333 Gewalttaten. Präsentiert wurden die Zahlen der politisch motivierten Gewalt des Jahres 2022 am 9. Mai von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und dem Präsidenten des Bundeskriminalamts, Holger Münch, im Haus der Bundespressekonferenz. Robert Kusche vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) bezeichnete den Anstieg der rechtsextremen Gewalttaten um mehr als 15 Prozent auf 1340 als „besorgniserregend“. Dabei handelte es sich vor allem um Körperverletzungsdelikte, Nötigungen und Bedrohungen. Zudem habe sich die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen auf 520 nahezu verdoppelt (2021: 288).

https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/230509_PMK_PK.html / eingesehen am 9. Mai 2023

<https://www.fr.de/politik/rechte-gewalt-in-deutschland-nimmt-weiter-zu-92266437.html> / eingesehen am 9. Mai 2023

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/hass-straftaten-haben-2022-um-fast-zehn-prozent-zugenommen/> / eingesehen am 9. Mai 2023

<https://www.belltower.news/hoechststand-rechter-gewalt-die-zahlen-muessen-der-weckruf-sein-149257/> / eingesehen am 9. Mai 2023

Berlin / Bundesweit:
AfD beim russischen Botschafter

AfD-Fraktions- und Parteichef Tino Chrupalla war zusammen mit dem AfD-Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland am 9. Mai beim russischen Botschafter in Berlin eingeladen. Russland begeht an diesem Datum den Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg und feiert den 9. Mai bis heute als „Befreiung vom Faschismus“. Der Auftritt der AfD-Politiker in der Botschaft kam nicht überall gut in der Partei an. „Für was bedankt sich der AfD-Sprecher eigentlich? Für 44 Jahre brutale kommunistische Unterdrückung Osteuropas, die blutige Niederschlagung der Volksaufstände in Ostdeutschland (1953), Ungarn (1956), Tschechoslowakei (1968), 40 Jahre Diktatur in der DDR?“, fragte der vormalige Berliner AfD-Landeschef Georg Pazderski auf Twitter. Im Interview mit dem rechtsextremen Blog Sezession führte Chrupalla aus, es sei ihm darum gegangen, „die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wieder zu normalisieren. Das wäre im Interesse der Russen und Deutschen. Beiden Ländern ging es gut, wenn die Beziehungen zwischen ihnen gut waren.“ Und zum 8. Mai sagte Chrupalla: „Manche Deutsche wurden befreit, für manche begann die Vertreibung. All diese Aspekte muß man im Gedenken berücksichtigen. Geschichte ist im Fluß. Mit den heutigen Umbrüchen ändert sich auch die Sicht auf die Geschichte. Die Alternative für Deutschland ist angetreten, um die Probleme der Gegenwart zu lösen und die Zukunft Deutschlands zu gestalten.“ Chrupalla hatte im Juni die Aussage getätigt: „Aus diesem Krieg geht die Ukraine genauso als Verlierer hervor wie Russland. Es gibt wieder nur einen Gewinner, und dieser Gewinner, der heißt USA.“

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://web.de/magazine/politik/politische-talkshows/maischberger-aussage-russland-sorgt-afd-chrupalla-fassungslosigkeit-38348848> / eingesehen am 23. Juni 2023

<https://zuerst+.de/2023/05/15/streit-um-chrupallas-besuch-beim-russischen-botschafter-ich-will-die-beziehungen-normalisieren/> / eingesehen am 12. Mai 2023

<https://sezession+.de/67530/9-mai-ein-gespraech-mit-tino-chrupalla> / eingesehen am 12. Mai 2023

Bundesweit:
**Vor 90 Jahren:
Bücherverbrennungen**

Die Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 in Berlin war der Höhepunkt einer monatelangen Kampagne der Einschüchterung und des Terrors durch die nationalsozialistischen Machthaber. Bis Ende Mai loderten von Königsberg bis Bonn und von Kiel bis München in fast allen Universitätsstädten die Scheiterhaufen. Unter Beteiligung von Rektoren und Professoren verbrannten die Bücher von Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Alfred Döblin, Bertolt Brecht, Else Lasker-Schüler, Alfred Kerr, Ernst Ottwalt und vielen anderen. Die ersten Bücher wurden schon im Februar 1933 abgefackelt, als Verlage, Buchhandlungen und Bibliotheken von SPD, KPD und Gewerkschaften geplündert wurden. Auch die Hitlerjugend (HJ) suchte in Schulbüchereien nach „volksfeindlichen“ Schriften und verbrannte sie bei Schulfesten und Gelöbnisfeiern. Weit mehr als 20.000 Bücher kamen allein in Berlin bei den Sammelaktionen zur Bücherverbrennung zusammen. 5.000 Studenten zogen am Abend des 10. Mai in einem Fackelzug zum Opernplatz, begleitet von geschätzten 80.000 Zuschauern. Beendet wurde der Zivilisationsbruch mit einer Rede von Joseph Goebbels, der verkündete, dass mit den verbrannten Büchern die „geistige Grundlage der Novemberrepublik“ zu Boden gesunken sei, doch aus den Trümmern werde sich der „Phönix eines neuen Geistes“ erheben.

Auch in Karlsruhe brannten Bücher. Friedhelm Kemper, Führer der badischen Hitlerjugend, rief im Juni 1933 zwei „kulturelle Kampfwochen gegen Schmutz und Schund“ aus, HJler marschierten über die Kaiserstraße und säuberten Buchhandlungen und Bibliotheken. Am 17. Juni wurden die gesammelten Bücher öffentlich auf dem Schlossplatz verbrannt. Der badische Kultusminister Otto Wacker feierte bei strömendem Regen den deutschen Nachwuchs: „Wenn sie heute vor dem flammenden Holzstoß steht, so scheidet sie zwischen dem, was arteigen ist, und dem, was artfremd ist.“ Beschämend bei den reichsweiten Bücherverbrennungen war der Mangel an Protest. Nur wenige Universitätsrektoren widersetzten sich den „Säuberungsmaßnahmen“, denen ganze Bibliotheksbestände zum Opfer fielen.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Georg Patzer / Susanne Rochholz: Auch in Karlsruhe brannten Bücher, in: Badische Neueste Nachrichten vom 5. Mai 2023, S.15

www.verbrannte-orte.de Ein Onlineatlas zu den Orten der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen 1933.

Bundesweit:

**Amadeu Antonio Stiftung
veröffentlicht Zivilgesellschaft-
liches Lagebild Antisemitismus zu
Israelhass und Antiamerikanismus**

Die Amadeu Antonio Stiftung hat am 10. Mai ein Zivilgesellschaftliches Lagebild zum aktuellen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. Antisemitismus zeigt sich demnach in antisemitischen Darstellungen der Staatsgründung Israels, über klassisch antiamerikanische Schuldzuweisungen beim Ukraine-Krieg bis hin zu Instrumentalisierungen des Klimaprotests für den eigenen Israelhass. Ein Alltag ohne antisemitische Verklärungen, Verzerrungen und Vereinnahmungen ist für Jüdinnen und Juden kaum möglich. Das Zivilgesellschaftliche Lagebild Antisemitismus zählt im Vergleich zu behördlichen Berichten nicht nur strafrechtlich relevante antisemitische Vorfälle und Trends auf, sondern nimmt eine dezidiert zivilgesellschaftliche und jüdische Perspektive ein und analysiert Antisemitismus aus der Perspektive derjenigen, die ihn erleben.

Das Zivilgesellschaftliche Lagebild steht hier zum Download bereit:

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-11>

Zusätzlich sind die Kerninhalte hier digital aufbereitet:

www.lagebild-antisemitismus.de

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pressemitteilungen/antisemitische-landnahme-amadeu-antonio-stiftung-veroeffentlicht-zivilgesellschaftliches-lagebild-antisemitismus-zu-israelhass-und-antiamerikanismus/> / eingesehen am 10. Mai 2023

Nordrhein-Westfalen:

Explosiv gegen Retter

Polizei und Feuerwehr wurden am 11. Mai zu einem Einsatz in einem Hochhaus in Ratingen bei Düsseldorf gerufen. Als die Einsatzkräfte vor Ort eintrafen, riss der 57-jährige Frank P. die Tür auf, danach kam es zu einer Explosion, anschließend legte er Feuer. Rettungskräfte wurden mit einer Flüssigkeit kontaminiert, wodurch sie schwerste Verbrennungen erlitten. Gegen den Mann erging Haftbefehl wegen versuchten Mordes in neun Fällen. Der Verdächtige wird der Prepper-Szene zugerechnet und als Corona-Leugner betrachtet. Ebenso sollen in der Wohnung des Mannes sicher gestellte Schriftstücke Bezüge zur Verschwörungsbewegung QAnon erkennen lassen. Ausgehend von den USA werden bei QAnon rechtsextreme Verschwörungstheorien, in deren Zentrum eine vermeintliche satanistische Elite steht, verbreitet. Der Verdächtige wird als schuldfähig eingestuft. In der Wohnung fanden die Ermittler Waffen, Messer und Dolche.

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/ratingen-verdaechtiger-aus-prepper-szene-in-u-haft-18889729.html> / eingesehen am 12. Mai 2023

<https://www.presseportal.de/pm/66749/5515033> / eingesehen am 25. Juni 2023

Österreich:

**Verfassungsschutzbericht
informiert über geplanten
rechtsextremen Bombenanschlag**

Im Jahr 2022 sind in Österreich mehr als 660 Personen aus der rechtsextremen Szene angezeigt worden, mehr als 100 Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt, es gab 37 Festnahmen und mehrfach Waffenfunde in der Szene, hieß es bei der Präsentation des aktuellen Verfassungsschutzberichtes am 12. Mai in Wien durch Innenminister Gerhard Karner gemeinsam mit dem Direktor der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) Omar Haijawi-Pirchner.

Berichtet wurde, dass sowohl die Neonazi-Szene als auch die Neue Rechte in Gestalt der Identitären Bewegung Österreich und „Die Österreicher“ Corona-Demonstrationen nutzen, um neue Gesellschaftsschichten zu mobilisieren und an ihr verfassunggefährdendes Gedankengut heranzuführen. Auch im virtuellen Raum sei die Szene aktiv. Das Risiko rechtsextrem motivierter Tathandlungen und nachhaltiger Radikalisierung bleibt erhöht. Demnach konnten staatsfeindliche Verbindungen, die sich auf die Reichsbürgerideologie oder Naturrechtsableitungen zurückführen lassen, während der Covid-19-Pandemie ebenfalls ihre – vorwiegend auf Verschwörungsideologien basierende – Kritik an politischen Institutionen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Außerdem wurde durch die Präsentation des Verfassungsschutzberichtes bekannt, dass der heute 78-jährige Rechtsextremist P. im September 2021 einen Bombenanschlag auf das Volksstimmefest im Wiener Prater geplant hatte. Das Attentat wurde durch die Festnahme des Mannes vereitelt.

Der Organisator des Volksstimmefests, die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), war von dem geplanten Anschlag nicht informiert bzw. gewarnt worden. Das traditionelle Fest der KPÖ-Parteizeitung zieht in Wien alljährlich tausende Besucher an. Medienangaben zufolge war der Tatverdächtige Kassier bei der rechtsextremen Nationalen Volkspartei, trat für die FPÖ 2007 bei Gemeinderatswahlen an, spendete den rechtsextremen Identitären Geld und hatte Kontakt mit ehemaligen Südtirol-Terroristen. P. sitzt derzeit eine mehrjährige Haftstrafe ab, zu der er 2022 wegen Verhetzung und NS-Wiederbetätigung verurteilt wurde.

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSB/Verfassungsschutzbericht_2022_BF.pdf / eingesehen am 7. August 2023

<https://fm4.orf.at/stories/3033639/> / eingesehen am 23. Mai 2023

<https://www.derstandard.at/story/3000000030898/zu-viele-offene-fragen-in-der-cause-volksstimmefest/> / eingesehen am 23. Mai 2023

<https://www.derstandard.at/story/3000000030815/terrorplaene-ein-gut-vernetzter-einzeltaeter/> / eingesehen am 23. Mai 2023

Hessen / Bundesweit:
**AfD-Kommunalpolitiker
bei Nationaldemokraten**

Im hessischen Altenstadt (Wetteraukreis) fand am 13. Mai 2023 der dritte „Netzwerktag“ des NPD-Sprachrohrs Deutsche Stimme statt. Neben dem NPD-Bundesvorsitzenden Frank Franz und seinem Vorstandskameraden Sebastian Schmidtke war unter anderem auch Carsten Härle, AfD-Fraktionsvorsitzender in der Heusenstammer Stadtverordnetenversammlung, zugegen. In seinem Redebeitrag führte Härle aus, „dass wir die Spaltung der Gesellschaft überwinden und wieder miteinander reden müssen“. An anderer Stelle sagte Härle, dass die Parteiprogramme von NPD und AfD zu „mindestens 70 bis 80 Prozent“ übereinstimmend seien. Der AfD-Politiker ist wegen Volksverhetzung verurteilt. Laut Verfassungsschutz will die NPD einen Systemwechsel in der Bundesrepublik Deutschland und bezieht sich oft positiv auf den Nationalsozialismus. Gegen die NPD-Veranstaltung demonstrierten die Initiative „Altenstadt ist und bleibt bunt“, das Bündiger Bündnis für Demokratie und Vielfalt, die SPD Altenstadt und Wetterau, die Grünen sowie die Grüne Jugend Wetterau, die Linke Wetterau und die Linksjugend, die Bundesinitiative Demokratie leben Wetterau, die Initiative Omas gegen Rechts aus der Wetterau, Gießen, Frankfurt und Hanau, die Naturfreunde Altenstadt, der DGB-Kreisverband Wetterau sowie Region Südosthessen und Die Partei Hessen.

<https://www.fr.de/rhein-main/wetterau/zeichen-gegen-rechtsextreme-92278159.html> / eingesehen am 20. Mai 2023

<https://www.belltower.news/afd-trifft-npd-rechtsextremes-vernetzungstreffen-in-hessen-149575/> / eingesehen am 20. Mai 2023

Rheinland-Pfalz / Bundesweit /
Frankreich:
**Rechtsextremer Frauenkongress
in Mainz**

Am Wochenende der 19. Kalenderwoche fand ein extrem rechter Frauenkongress in Mainz statt. Es trafen die beiden „patriotischen Frauenkollektive“ (Szene-Angaben) Lukreta aus der Bundesrepublik Deutschland und Nemesis aus Frankreich zusammen. Unterstützt wurde das Treffen von der Fraktion Identität und Demokratie im EU-Parlament, der auch die AfD und die FPÖ angehören. Grußworte sprach Guido Reil (AfD-MdEP). Organisiert wurde die Veranstaltung von Irmhild Boßdorf (AfD). Insgesamt sollen rund 70 Teilnehmende aus fünf verschiedenen Ländern angereist sein. Nicole Höchst, AfD-Bundestagsabgeordnete, referierte über das Frauen- und Familienbild der AfD. Weitere Rednerin war Annick Ponthier, belgische Nationalparlamentsabgeordnete des Vlaams Belang. Abgerundet wurde das Programm durch eine Podiums-Diskussion mit Alice Cortier (Nemesis), Iris Nieland (AfD-MdL Rheinland-Pfalz), Jana Witschetzky (AfD-Mitglied in Sachsen) und Verena Mutzatko (FPÖ).

<https://www.info-direkt+.eu/2023/05/15/erster-internationaler-frauenkongress-jetzt-vernetzen-sich-auch-patriotinnen/> / eingesehen am 16. Mai 2023

**Bremen:
Wahlerfolg für Bürger in Wut**

Am 14. Mai 2023 fand im Land Bremen die 21. Wahl zur Bremischen Bürgerschaft statt. Die Wahlberechtigten im „Zwei-Städte-Staat“ entschieden über die Zusammensetzung des neuen Landesparlamentes. Bei der Landtagswahl kletterte die 180 Mitglieder umfassende rechtspopulistische Partei Bürger in Wut (BIW) um 7 Punkte auf 9,4 Prozent (118.695 Stimmen). Zugute kam BIW der Ausschluss der AfD von der Wahl. In Bremerhaven erzielte BIW 22,7 Prozent. Spitzenkandidat war dort Jan Timke, seit 2007 deren einziger Vertreter in der Bremer Bürgerschaft. Timke, mehrfacher Interviewpartner von Zuerst!, gehörte einst der Statt-Partei und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, besser bekannt als Schill-Partei, an. 2010 zählte er zu den prominenten Teilnehmern beim Sommerfest der Jungen Freiheit. Spitzenkandidat in Bremen war Piet Leidreiter, von 2013 bis 2015 AfD-Mitglied. 2017 trat er Bürger in Wut bei. 2013 notierte der Bremer Senat in seinem „Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen“ über BIW: „Auch im politischen Alltag der parlamentarischen Arbeit zeigt sich die Partei um Sachlichkeit bemüht. Allein durch ihr Auftreten versucht sie den Eindruck eines rechtsextremistischen Erscheinungsbildes zu vermeiden. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre politische Argumentation sich gelegentlich auf der Ebene des Rechtspopulismus bewegt.“ BIW war im Wahlkampf mit 300.000,- Euro von der im November 2022 gegründeten Kleinpartei Bündnis Deutschland unterstützt worden. Das Bündnis Deutschland verortet sich politisch zwischen AfD und CDU. Der Partei werden 1.000 Mitglieder zugerechnet.

Wenige Tage nach der Bürgerschaftswahl, bei der Sven Lichtenfeld die zweitmeisten Stimmen für die Bürger in Wut in Bremerhaven geholt hat, trennte sich deren Fraktion von diesem. Im Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl 2023 habe er laut Timke wissentlich Unterstützung von Personen aus dem rechtsextremen Milieu erhalten. Wenige Tage vor der Wahl hatten sich die BIW bereits von ihrem Kandidaten Heiko Werner getrennt. Antifaschistische Recherchen outeten Werner als Teilnehmer eines Solidaritätsmarsches der gewaltbereiten Neonazi-Szene für die inhaftierte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck im Mai 2018 in Bielefeld. Im Juni 2018 beteiligte sich Werner am sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ von NPD und militanter Kameradschaftsszene in Goslar.

<https://www.landeswahlleiter.bremen.de/> / eingesehen am 1. Juli 2023

Fünfter Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen. Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2013 Drucksache 18/897, hier: S. 9

<https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/biw-lichtenfild-rechtsextrem-100.html/> / eingesehen am 24. Mai 2023

<https://www.endstation-rechts.de/news/wenig-buergerliche-buerger-wut/> / eingesehen am 12. Mai 2023

**Italien / Bundesweit:
Vor 40 Jahren:
Terror der Gruppe Ludwig**

Am 14. Mai jährt sich zum vierzigsten Mal ein Brandanschlag mit sechs Toten in Mailand. Zwei Rechtsextremisten hatten zwanzig Liter Benzin in dem mit dreißig Personen besetzten Sexkino Eros entzündet. Sechs Männer erstickten. Es ist die Tat mit den meisten Opfern der Gruppe Ludwig, die nur aus dem Münchner Wolfgang Abel (Jg. 1959) und dem Italiener Marcu Furlan (Jg. 1960), zwei Akademikern aus reichen Elternhäusern, bestanden haben soll. Als Gruppe Ludwig, deren Weltbild eine Melange aus militantem Rechtsextremismus, fanatischer Homophobie und fundamentalistischem Katholizismus gepaart mit einer kruden christlich-traditionalistischen Sexualmoral bildete, begingen der Doktor der Mathematik Abel und der Doktorand Furlan seit 1977 neun Mord- und Brandanschläge in verschiedenen Städten Norditaliens und in München. 15 Menschen, Sinto, Homosexuelle, Sexarbeiterinnen, Drogenkonsumenten, Priester sowie Sexkino- und Diskothekenbesucher, haben sie bis 1984 ermordet. „Eine Todesschwadron hat die Männer ohne Ehre hingerichtet“, teilte die Gruppe Ludwig nach dem Anschlag in Mailand in einem zweisprachigen Bekennerschreiben an die Nachrichtenagentur Ansa mit und übernahm „die Verantwortung für den Scheiterhaufen der Schwänze“. „Unser Glaube ist der Nazismus, unsere Justiz der Tod, unsere Demokratie die Ausrottung“ schrieben sie. Die Schreiben der Gruppe Ludwig zierte die Parole „Gott mit uns“.

In ihren Bekennerschreiben bekannten sich die Neonazis offen zum Nazismus und machten deutlich, dass sich ihr Kampf unter anderem gegen den Sittenverfall richte. Den Adler mit einem Hakenkreuz in den Klauen nutzten sie als Logo. Eindeutige Bekenntnisse, sogenannte Selbstbezeichnungen, sind in der rechtsextremen Szene nach Morden und Anschlägen bis heute nicht üblich. Auch der NSU hinterließ keine Bekennerschreiben. Die Tat ist die Botschaft. Am 7. Januar 1984 warfen die Rechtsextremisten in München Brandsätze in der Tanzbar Liverpool. Im Liverpool, so das Bekennerschreiben, abgefasst in Runenschrift, „wird jetzt nicht mehr gefickt“. Wochen später starb die 20-jährige Garderobenfrau Corinna Tatarotti an den schweren Verbrennungen.

Das letzte Opfer der Terrorgruppe. Bei dem Versuch am 4. März 1984 bei einer Karnevalsveranstaltung in der Diskothek Melamare in Castiglione delle Stiviere einen Brandanschlag zu verüben, konnten Ordner die Rechtsterroristen endgültig stoppen. 1987 verurteilte ein Gericht in Verona die beiden Männer zu 30 Jahren Haft. Die Täter sind nach Medienberichten seit 2009 wieder auf freiem Fuß.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/fuer-eine-bleibende-erinnerung-an-das-attentat-der-gruppe-ludwig/> / eingesehen am 8. Januar 2023

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-rechter-terroranschlag-gedenktafel-gruppe-ludwig-1.5727853> / eingesehen am 8. Januar 2023

Schleswig-Holstein: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 15. Mai hat die AfD 8,1 Prozent erzielt. Im Vergleich zum Ergebnis 2018 wurden 2,6 Prozentpunkte mehr erreicht. Aus Mangel an Kandidaten stand die AfD nicht flächendeckend auf dem Wahlzettel. Die Hochburgen der AfD: Kreis Dithmarschen 10,7 Prozent, Kreis Steinburg 10,6 Prozent und Kreis Segeberg 10,3 Prozent. Zweistellig ist die Partei auch in den Stadtvertretungen von Rendsburg (12,7 Prozent), Kaltenkirchen (12,7 Prozent) und Norderstedt (10,3 Prozent).

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hat bei den Kommunalwahlen in Neumünster unter dem neuen Namen Heimat Neumünster 5,6 Prozent (2018: 3,9 Prozent) erzielt. Mandate erringen konnten Mark Proch, Landesvorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein, Karin Mundt, Stellvertreterin Prochs, die auch als rechtsextreme Liedermacherin unter dem Namen „Wut aus Liebe“ auftritt, sowie Horst Micheel. Sowohl Proch als auch Micheel saßen bereits in der letzten Legislatur in der Ratsversammlung.

https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/kommunalwahl_schleswig-holstein_2023/Landesergebnis-der-Kommunalwahl-in-SH-CDU-vor-SPD-und-Gruenen,kommunalwahl1548.html / eingesehen am 17. Mai 2023

<https://www.endstation-rechts.de/news/rechte-parteien-mit-teils-hohem-zuspruch/> / eingesehen am 17. Mai 2023

<https://www.npd-berlin+.de/2023/05/15/neue-erfolge-fuer-npd-heimat-neumuenster-ueberzeugt-mit-beachtlichem-wahlergebnis/> / eingesehen am 17. Mai 2023

Tschechien: Roma-Hasser vorzeitig entlassen

Zwei Neonazis, die in der Nacht zum 19. April 2009 einen Brandanschlag auf das Haus einer Roma-Familie in der Stadt Vitkov verübt hatten, wurden am 16. Mai auf Bewährung entlassen, nachdem sie 13 Jahre einer 20-jährigen Haftstrafe wegen rassistisch motivierten Mordes verbüßt hatten. Die Tätergruppe war für schuldig befunden worden, drei Molotow-Cocktails in das Haus einer neunköpfigen Roma-Familie geschleudert zu haben. Vor dem Wurf der Brandbomben brüllten die Neonazis „So, Zigeuner, jetzt werdet ihr brennen!“ Bei dem Terror-Anschlag wurden ein Ehepaar und dessen Kleinkind schwer verletzt. Die damals zweijährige Natália erlitt Verbrennungen an 80 Prozent ihres Körpers und verlor drei Finger. Seitdem musste sich das Opfer über 100 Operationen unterziehen. Die Täter hätten mit dem Anschlag auf den 120. Geburtstag Hitlers aufmerksam machen wollen, heißt es im Gerichtsurteil. Zwei weitere Täter bleiben weiterhin im Gefängnis.

<https://deutsch.radio.cz/rassistisch-motivierter-brandanschlag-tschechien-zwei-taeter-auf-bewahrung-8783233> / eingesehen am 16. Mai 2023

<http://www.bnr.de/content/ewige-ae-suendenboecke-ae/> / eingesehen am 16. Mai 2023

Schleswig-Holstein: Verfassungsschutzbericht 2022

Ein Teil der Reichsbürgerszene sei gewaltbereit, sagte Schleswig-Holsteins Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) am 17. Mai bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2022 in Kiel. Auch die Affinität zu Waffen bleibe hoch. Zur rechtsextremen Szene in Schleswig-Holstein zählen 1.200 Menschen und damit 1,7 Prozent mehr als noch 2021. Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten blieb konstant bei 350. Insgesamt wurden 699 Straftaten der rechtsextremen Szene registriert und damit 32 Fälle mehr als 2021.

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Verfassungsschutz-Reichsbuergerszene-bekommt-massiven-Zulauf,verfassungsschutzbericht278.html> / eingesehen am 17. Mai 2023

<https://www.evangelisch.de/inhalte/215927/17-05-2023/rechte-radikalisierung-setzt-sich-fort-reichsbuergerszene-im-norden-waechst> / eingesehen am 17. Mai 2023

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/IV/Service/Broschueren/Broschueren_IV/Verfassungsschutz/Verfassungsschutzbericht_2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4 / eingesehen am 7. August 2023

Österreich:
**Antisemitische Vorfälle
im Jahr 2022**

Im Jahr 2022 wurden der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) insgesamt 719 Vorfälle gemeldet, die nach einer Prüfung durch die Expertinnen und Experten eindeutig antisemitisch waren. Dies ist nach dem Rekordjahr 2021 mit 965 gemeldeten antisemitischen Vorfällen der zweithöchste Wert, der von der Meldestelle verzeichnet wurde und entspricht rund zwei Vorfällen pro Tag. Das geht aus dem am 15. Mai von IKG-Präsident Oskar Deutsch und Generalsekretär Benjamin Nägele präsentierten Jahresbericht hervor. Obwohl Angriffe und Bedrohungen überproportional „muslimischem Antisemitismus“ zuzuordnen waren, machen sie nur neun Prozent der gemeldeten Fälle aus. Mehr als die Hälfte (55 Prozent) kam aus dem politisch rechten Spektrum, 20 Prozent waren auf die linke Szene zurückzuführen.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230515_OTS0082/antisemitismus-meldestelle-719-gemeldete-antisemitische-vorfalle-im-jahr-2022 / eingesehen am 19. Mai 2023

www.ikg-wien.at / eingesehen am 2. August 2023

Den gesamten Jahresbericht 2022 der Antisemitismus Meldestelle findet sich unter:
<https://www.antisemitismus-meldestelle.at/berichte> / eingesehen am 2. August 2023

Bundesweit:
**„Antisemitismus. Alte Gefahr
mit neuen Gesichtern“**

„Antisemitismus war nach dem Holocaust nie weg und wird immer wieder neu gelernt. Wie so oft in Krisenzeiten, tritt die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden derzeit wieder unverhohlener und radikaler auf.“ Zu diesem Befund kommt Michael Kraske, Autor des Arbeitspapiers „Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern“, das die Otto Brenner Stiftung am 16. Mai veröffentlicht hat. Der mehrfach ausgezeichnete Autor, Publizist und Journalist hat für seine Analyse nicht nur zahlreiche Studien, Quellen und Dokumente ausgewertet, sondern auch exklusive Interviews mit Experten und Betroffenen geführt. In seinem Arbeitspapier zeichnet Kraske ein präzises, schonungsloses und beunruhigendes Bild des aktuellen Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Ergebnisse seiner Recherchen zeigen, dass die zunehmend offen ausgelebte Judenfeindschaft den Alltag von Betroffenen massiv beeinträchtigt, während es vielen nichtjüdischen Menschen schwerfällt, das Problem überhaupt zu erkennen: „Antisemitismus kommt in allen gesellschaftlichen Bereichen vor, vom Klassen- und Lehrerzimmer, über Polizei und Justiz bis zur eigenen Nachbarschaft. Meist wird er jedoch nur als tradiert Antisemitismus erkannt, der auf die offene Markierung von Jüdinnen und Juden als ‚andersartig‘ abzielt“, resümiert Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung. Die Arbeit von Kraske legt dar, dass 75 Jahre nach der Staatsgründung Israels jedoch neuere Varianten, der sogenannte sekundäre Antisemitismus, der den Holocaust leugnet oder relativiert, und der israelbezogene Antisemitismus als Äußerungsform anti-jüdischer Ressentiments vorherrschen. Mit diesen „modernen“ Ausdrucksformen sei Antisemitismus gesellschaftlich weit weniger tabuisiert und werde oft sogar akzeptiert, heißt es in der Analyse. Über ein kritisches Lagebild hinaus zeigt das Arbeitspapier, wie wichtig es ist, den Perspektiven der Betroffenen zuzuhören und welcher struktureller Reformen der Kampf gegen Antisemitismus dringend bedarf.

Michael Kraske: *Antisemitismus – Alte Gefahr mit neuen Gesichtern*, OBS-Arbeitspapier 58, Frankfurt am Main, Mai 2023: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/antisemitismus/> / eingesehen am 3. August 2023

Baden-Württemberg:
**Jahresbericht 2022 des Kompetenzzentrums gegen Extremismus
in Baden-Württemberg**

Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) hat seinen Jahresbericht 2022 veröffentlicht. Kern des Angebots ist die kostenlose Unterstützung und Beratung gegen religiös und politisch motivierten Extremismus. Seit der Gründung 2017 unter dem Dach des baden-württembergischen Innenministeriums sprechen konex-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter junge Menschen direkt an, um sie zum Ausstieg aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene zu bewegen. Im Jahr 2022 sind über 100 neue Fälle eingegangen, denen mitunter monate- oder jahrelange, intensive Ausstiegsberatungen folgen. Insgesamt wurden seit 2018 rund 500 Vorgänge bearbeitet.

Im Jahr 2022 entfielen 50 Prozent der neu eingegangenen Vorgänge auf den Bereich Rechtsextremismus (2021: 30 Prozent). In dem rund 25-köpfigen Team arbeiten Islam- und Religionswissenschaftlicher, Sozialwissenschaftler, pädagogische Fachkräfte, Psychologen und Polizisten.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl stellte fest: „Im Jahr 2022 mussten wir in Baden-Württemberg mit rund 6.200 Fällen einen Höchststand bei den politisch motivierten Straftaten verzeichnen. Diese Entwicklung folgt dem Bundestrend – 2022 gab es mit rund 59.000 politisch motivierten Straftaten bundesweit so viele Fälle in dem Bereich wie noch nie. Extremismus ist eine ernste Gefahr für unsere Gesellschaft, für unser Zusammenleben und für unsere Demokratie. Zudem ist er ein gefährliches Ventil und wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Deshalb müssen wir uns dem mit aller Kraft entgegenstellen. Das tun wir, unter anderem mit unserem Kompetenzzentrum gegen Extremismus. Es ist bundesweit einmalig und leistet einen unverzichtbaren Beitrag im Kampf gegen Extremismus.“ Strobl warnte davor, dass Rechtsextremisten über Online-Spiele Kontakt zu Jugendlichen suchen. Sehr schnell könnten die Kinder so radikalisiert werden.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/kampf-gegen-extremismus-in-baden-wuerttemberg?&pk_medium=newsletter&pk_campaign=230516_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily / eingesehen am 16. Mai 2023

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/rechtsextremismus-gaming-bw-100.html> / eingesehen am 16. Mai 2023

Jahresbericht 2022 als PDF: https://www.konex-bw.de/wp-content/uploads/2023/05/konex_Jahresbericht2022.pdf / eingesehen am 2. August 2023

**Baden-Württemberg:
Vor 90 Jahren: „Schaufahrt“
ins Konzentrationslager**

Am 16. Mai 1933 wurden bei einer „Schaufahrt“ auf dem offenen Polizeiwagen mit SS- und SA-Eskorte ins Konzentrationslager Kislau (bei Bruchsal) verschleppt: Adam Remmele, ehemaliger badischer Minister, Staatspräsident und SPD-Landtagsabgeordneter; Ludwig Marum, ehemaliger badischer Justizminister, Staatssekretär im badischen Innenministerium und SPD-Reichstagsabgeordneter; August Furrer, Polizeisekretär; Sally Grünebaum, Redakteur des Karlsruher SPD-Blattes Volksfreund; Gustav Heller, Führer der Eisernen Front; Erwin Sammet, Führer des Reichsbanners und Hermann Stenz, persönlicher Referent von Remmele. Im Konzentrationslager Kislau, einem umgebauten Schloss, kamen im März 1933 politische Gegner in sogenannte Schutzhaft. Das Lager existierte bis 1939. Anders als die späteren Konzentrationslager und Vernichtungslager lagen ihre Prototypen aus den 1930er Jahren oft mitten in bewohnten Gebieten. Die Presse berichtete zur Abschreckung darüber. Das Terrorregime nützte sie zur Einschüchterung. Terror wurde zu einem Element der totalitären NS-Herrschaft.

Beate Mehlin: Nationalsozialismus. Wie Häftlinge auf der Fahrt ins KZ vorgeführt wurden, in: Staatsanzeiger. Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg vom 12. Mai 2023, S. 15

Jörg Häntzschel: Sie wussten es. Eine bundesweite Ausstellung erzählt die Geschichte der frühen deutschen Konzentrationslager, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. März 2023

**Baden-Württemberg:
Identitäre im Landtag bei der AfD**

Bei einer Veranstaltung im baden-württembergischen Landtag mit AfD-Fraktionschef Anton Baron am 20. Mai war ein führendes Mitglied der identitären Gruppe Wackre Schwaben anwesend. Bei dem Treffen ging es um das Thema „Metapolitik“, das den Kampf um den „vorpolitischen Raum“ in der neurechten Ideologie beschreibt. Michael S. ist einer der führenden Kader der Gruppierung Wackre Schwaben, die dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) als Nachfolgeorganisation der Regionalgruppe Identitäre Bewegung Schwaben (IB Schwaben) gilt.

https://www.zvw.de/baden-w%C3%BCrttemberg/rechtsextremisten-im-landtag-identit%C3%A4ren-kader-bei-termin-mit-afd-fraktionschef_arid-658726 / eingesehen am 23. Mai 2023

Frankreich / Bundesrepublik
 Deutschland / Österreich:
**10. Jahrestag des Freitodes
 von Dominique Venner**

Vor den Augen von Kirchenbesuchern hat sich am 21. Mai 2013 in der Pariser Kathedrale Notre-Dame der 78-jährige rechtsextreme Publizist und politische Aktivist Dominique Venner erschossen. Venner wollte damit „auf die Amerikanisierung und Islamisierung Europas aufmerksam“ machen, so der Weblog der rechtsextremen österreichischen Wochenzeitung Zur Zeit. Er erschoss sich „aus Protest gegen die Einführung der Homo-Ehe in Frankreich“, meint dagegen der Weblog von Sezession. Sezession hatte eine Woche vor dem Freitod von Venner noch ein Interview mit ihm geführt. Venner führte aus: „Mit anderen Worten: keine politische Aktion von hohem Niveau ist denkbar ohne die Vorbedingung eines identitären Gedächtnisses, das fähig ist, sie zu lenken. Aber Worte reichen dann nicht aus. Man muß Worte durch Taten bekräftigen können, man muß das Leben einsetzen, und dies muß bis zur Bereitschaft reichen, das Leben zu opfern, wenn es erforderlich erscheint.“

Venner hinterließ einen Brief, um seine Tat zu erklären: „Da jedoch am Abend meines Lebens mein französisches und europäisches Vaterland in großer Gefahr schwebt, habe ich mich entschlossen zu handeln, solange es meine Kräfte noch zulassen. Während viele Menschen sich zu Sklaven ihres Lebens machen, verkörpert meine Geste eine Ethik des Willens. Ich übergebe mich dem Tod, um die trägen Geister aus ihrem Dämmer Schlaf zu wecken. Ich erhebe mich gegen den Fatalismus. Ich erhebe mich gegen die Seelen zerstörenden Gifte und gegen den Angriff individueller Begierden auf die Anker unserer Identität, besonders auf die Familie, die intime Säule unserer Jahrtausende alten Zivilisation. Ebenso wie ich für die Identität aller Völker in ihren Heimatländern eintrete, erhebe ich mich zugleich gegen das vor unseren Augen begangene Verbrechen der Ersetzung unserer Völker durch andere. Ich verzichte auf den Rest Leben, der mir noch bleibt, für einen grundlegenden Akt des Protestes.“

Nach dem Tod von Venner gründete sich zur Pflege seines Andenkens das Pariser Iliade. Institut pour la longue mémoire européenne. Das Institut hat sich dem „Wiedererwachen des europäischen Bewußtseins“ und der Pflege des Ideenkreises des „rebellischen Herzens“ verschrieben. An der jährlichen Akademie nahmen erstmals die Monatszeitschrift Zuerst!, der Dresdner Jungeuropa-Verlag, der mehrere Werke des Instituts ins Deutsche übersetzt hat, und der Dresdner Comicverlag Hydra Comics teil. Veranstaltungsort war das internationale Konferenzzentrum Maison de la Chimie in Paris. Bei der wohl „größte[n] patriotische[n] Tagung Westeuropas“ (Zuerst!) fanden sich 1.400 Teilnehmende ein.

Anlässlich des 10. Todestages von Venner erinnern auch die Neonazis des III. Weges an ihn: „Dominique Venner lebt als Geist und Vorbild in zehntausenden Herzen weiter, die den Feind unserer Völker erkannt haben und die wie er gewillt sind, alles Notwendige zu tun, um den ethnokulturellen Suizid Europas zu stoppen. Ihm zu Ehren hält das Denkinstitut Iliade Kolloquien ab, die den Geist Venners weitertragen sollen.“

Der brandenburgische Rechtsextremist Andreas Kalbitz, vormaliger AfD-Politiker, schwadronierte bei Facebook: „Im Gedenken an ein Leben voller politischer Hingabe, Idealismus und ehrlicher Heimatverbundenheit, welchem Dominique Venner mit seinem höchsten Opfer selbst ein Ende setzte. Es war sein letzter und gleichzeitig stärkster Protest gegen einen degenerierten Zeitgeist, der all das zu vernichten beabsichtigt, für dessen Erhaltung er sein Leben lang gestritten hat.“

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://zurzeit+.at/index.php/venner-gedenkfeier-verboten-meinungsfreiheit-in-frankreich-ist-ein-luxusgut/>
 / eingesehen am 24. Mai 2023

<https://sezession+.de/38844/man-mus-das-leben-einsetzen-interview-mit-dominique-venner/>
 eingesehen am 28. Mai 2023

<https://wir-selbst+.com/2023/05/21/zum-10-todestag-des-schriftstellers-dominique-venner-16-april-1935-paris-%E2%80%A0-21-mai-2013-paris/> / eingesehen am 28. Mai 2023

Joachim Wiessner: Überleben in Chaos-Zeiten. Zuerst! besuchte erstmals die Tagung des Pariser „Institut Iliade“, in: Zuerst!, Juni 2023, S.46

<https://institut-iliade+.com/das-franzosische-iliade-institut-tagt-in-paris-erinnerung-an-dominique-venner/> / eingesehen am 28. Mai 2023

<https://der-dritte-weg+.info/2023/05/gedenktag-dominique-venner/> / eingesehen am 22. Mai 2023

<https://www.facebook+.com/KalbitzAndreas/> / eingesehen am 21. Mai 2023

Baden-Württemberg:
**Ex-Basis-Bundestagskandidatin
 festgenommen**

Die Bundesanwaltschaft hat am 22. Mai aufgrund von Haftbefehlen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs drei weitere mutmaßlichen Mitglieder einer terroristischen Vereinigung (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB; Tatkomplex Reichsbürger um Heinrich XIII. Prinz Reuß) festnehmen lassen, darunter Johanna Findeisen-Juskowiak, eine mutmaßliche Reichsbürgerin vom Bodensee. Der Beschuldigten, die bei der Bundestagswahl 2021 erfolglos für die Querdenker-Partei dieBasis kandidiert hatte, wird im Wesentlichen folgender Sachverhalt zur Last gelegt: „Gegen Johanna F.-J. besteht der dringende Tatverdacht, sich seit Mai 2022 in der Vereinigung betätigt zu haben, indem sie an mehreren Treffen mit Führungsmitgliedern mitwirkte, bei denen die Ziele und Organisation der Gruppierung erörtert wurden. Insbesondere nahm die Beschuldigte an einem Treffen des ‚Rats‘ teil. Nach den Überzeugungen der Vereinigung sollte der ‚Rat‘ unter Vorsitz des Mitbeschuldigten Heinrich XIII P. R. nach Beseitigung der bestehenden Staatsordnung die neue staatliche Ordnung in Deutschland mit den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs verhandeln. Daneben suchte Johanna F.-J. spätestens im November 2022 Kontakt zu einem Generalkonsul der Russischen Föderation und traf diesen in der Folge zwei Mal. Die Gespräche sollten dazu dienen, Unterstützung für das Handeln der Vereinigung zu erhalten“, so die Bundesanwaltschaft. „Johanna Findeisen hat sich im Landesvorstand der Partei dieBasis BW durchgängig als überzeugte Demokratin gezeigt, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes und unserer oben genannten Werte steht und der die aktuellen Verletzungen Grundgesetzlicher Grundrechte und des Nürnberger Kodex eine starke Motivation geben zum politischen Engagement. Verfassungsfeindliche oder extremistische Überzeugungen haben wir kein einziges Mal von ihr gehört“, erklärt dagegen dieBasis BW in einer Pressemitteilung.

<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung-vom-23-05-2023.html;jsessionid=E57DA17570728339DEAF4E6C7147E0EC.intranet232/> / eingesehen am 23. Juni 2023

<https://diebasis-bw.de/2022/12/pressemitteilung/> / eingesehen am 22. Mai 2024

<https://www.schwaebische.de/regional/bodensee/frickingen/bka-nimmt-mutmassliche-reichsbuergerin-in-frickingen-fest-1637100/> / eingesehen am 3. August 2023

Bundesweit:
**„Verschwörungsnarrative im
 türkischen Nationalismus“**

Das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen am Standort Aachen hat im Rahmen seiner Reihe Working Papers den Beitrag „Verschwörungsnarrative im türkischen Nationalismus“ des Autors Ismail Küpeli zum kostenfreien Download bereitgestellt. Dem Working Paper ist zu entnehmen, dass der türkische Nationalismus in der Bundesrepublik Deutschland sich im Kontext der hiesigen Gesellschaft verändert hat und eine von zahlreichen nationalistischen Ideologien der vielfältigen Migrationsgesellschaft geworden ist. Aus der Ideologie des türkischen Nationalismus in der Türkei wurden demnach verschiedene Narrative in den türkischen Nationalismus in Deutschland übertragen. Sie wurden angepasst und sind für Verschwörungserzählungen im Kontext des antiarmenischen Rassismus und des Antisemitismus relevant. Bei dieser Übertragung kommt es zu Veränderungen in Ausformulierung und Funktion der Narrative und zu Verschiebungen im Verhältnis zwischen antiarmenischem Rassismus und Antisemitismus.

<https://katho-nrw.de/news/detailansicht/das-cars-veroeffentlicht-working-paper-013-von-ismail-kuepeli/> / eingesehen am 23. Mai 2023

PDF: https://katho-nrw.de/fileadmin/media/foschung_transfer/forschungsinstitute/CARS/CARS_WorkingPaper_2023_013_Kuepeli.pdf / eingesehen am 3. August 2023

Sachsen-Anhalt:
**AfD-Nachwuchs „gesichert
 rechtsextremistische Bestrebung“**

Der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt hat den Landesverband der AfD-Jugend am 23. Mai 2023 als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. Die Junge Alternative (JA) schüre Hass gegen Geflüchtete und verbreite fremdenfeindliche Verschwörungstheorien wie die Erzählung von einem „vermeintlichen Bevölkerungsaustausch“. Es lägen umfassende Verstöße gegen das Prinzip der Menschenwürde vor – vor allem völkische, fremden- und islamfeindliche sowie geschichtsrevisionistische Positionen, hieß es. Hinzu komme die Agitation gegen das Demokratieprinzip, „die sich in einer systematischen Verächtlichmachung der bestehenden demokratischen Ordnung und ihrer Repräsentanten äußert“. Man weise die aufgestellten „Behauptungen“ zurück und werde sich mit juristischen Mitteln wehren, betonte AfD-Co-Fraktionschef Ulrich Siegmund. Er kündigte an, ein Klageverfahren prüfen zu wollen.

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/afd-jugend-verfassungsschutz-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-102.html> / eingesehen am 1. Juni 2023

**Bundesrepublik / Weltweit:
LGBTIQ-Communities weltweit
unter Druck / Stärkung der
Forschung zu queeren NS-Opfern
gefordert**

Queere Menschen erfahren weltweit Verletzungen ihrer Menschenrechte, darauf haben Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag am 24. Mai aufmerksam gemacht und für ein stärkeres LGBTIQ-Engagement in der Außen- und Entwicklungspolitik plädiert. In mindestens 67 Staaten weltweit würden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Inter-Personen auf unterschiedlichste Weise kriminalisiert, sagte Julia Ehrhart, Geschäftsführerin der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA World). Die Strafen reichten von Geldstrafen über körperliche Züchtigungen bis hin zu Haftstrafen. „Einige Länder verhängen auch die Todesstrafe, einige wenige vollstrecken sie auch regelmäßig“, so Ehrhart. Die Aktivistin Marlize Andre lenkte den Blick auf die Lage der LGBTIQ-Gemeinschaft in Afrika, wo in Uganda das Parlament zuletzt eine Verschärfung des Anti-Homosexuellen-Gesetzes mit drakonischen Strafen beschlossen hat. Als „sehr besorgniserregend“ bezeichnete der querpolitische Experte und Aktivist Fabian Grischkat die „globale Zunahme queerfeindlicher, antifeministischer und rechtspopulistischer Bewegungen“. Dieses Wachstum der international vernetzten Anti-Gender-Bewegung sei nicht zufällig, sondern werde seit Jahren strategisch koordiniert und finanziert. Teil davon seien „rechtsextreme Denkfabriken und korrupte Oligarchen“.

Vor dieser öffentlichen Anhörung fand am 22. Mai eine ebenfalls öffentliche Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages zum Thema „Die ‚vergessenen‘ queeren Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“ statt. Die Forschung zum Schicksal verfolgter queerer Menschen während der Zeit des Nationalsozialismus soll nach Auffassung von geladenen Sachverständigen deutlich gestärkt und gefördert werden. Die Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Andrea Genest, betonte die Bedeutung des Gedenkens an die queeren Opfer der NS-Zeit. Die Anerkennung sei wichtig für all jene, „die selbst Verfolgung und Ungerechtigkeit erlebt haben“, ebenso für Familien und Angehörige, „die weiter von der gesellschaftlichen Ausgrenzung geprägt sind“, sowie im Allgemeinen, „um das Wirken des Nationalsozialismus in der Gesellschaft besser zu verstehen“. 78 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus stünden wir vor der Tatsache, „dass es uns an elementarer Forschung fehlt, um die Fragen beantworten zu können, die uns heute beschäftigen“, so Genest.

hib – heute im bundestag Nr. 3962023 vom 24. Mai 2023. Experten: LGBTIQ-Gemeinschaften weltweit unter Druck: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-950158/> / eingesehen am 3. August 2023

Deutscher Bundestag: Stärkung der Forschung zu queeren NS-Opfern gefordert: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw21-pa-recht-queere-opfer-948392/> / eingesehen am 3. August 2023

**Schleswig-Holstein:
Freispruch für Bhakdi**

Der Mediziner und Autor Sucharit Bhakdi, seit 2012 im Ruhestand, Professor darf er sich jedoch weiterhin nennen, wurde am 24. Mai vom Amtsgericht Plön (Schleswig-Holstein) vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen und somit dessen Reden während der Corona-Pandemie als nicht strafbar eingestuft. Ihm war vorgeworfen worden, durch antisemitische Aussagen den Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 Strafgesetzbuch) erfüllt zu haben. Bei einer Rede im September 2021 in Kiel brachte Bhakdi als Bundestagskandidat der Partei dieBasis die Zulassung von Covid-Impfstoffen in Verbindung mit einem „Endziel“. Er sprach von einem „zweiten Holocaust“ – aus Sicht der Anklage eine Verharmlosung des Holocaust. Eine Bewertung der Corona-Impfpolitik als „zweiter Holocaust“, befand jedoch das Gericht in seinem Urteilsspruch, sei zwar eine klare Verharmlosung des Holocaust, aber dennoch nicht geeignet gewesen, den „öffentlichen Frieden“ zu stören.

Die Staatsanwaltschaft hatte Bhakdi ein zweites Vergehen zur Last gelegt. Im April 2021 hatte er sich in einem in den sozialen Netzwerken verbreiteten Videointerview äußerst skeptisch zur Impfpolitik Israels geäußert und dabei gesagt: „Das Volk, das geflüchtet ist aus diesem Land, aus diesem Land, wo das Erzböse war, haben ihr Land gefunden, haben ihr eigenes Land verwandelt in etwas, was noch schlimmer ist, als Deutschland war. [...] Das ist das Schlimme an den Juden: Sie lernen gut. Es gibt kein Volk, das besser lernt als sie. Aber sie haben das Böse jetzt gelernt – und umgesetzt. Und deswegen ist Israel jetzt living hell, die lebende Hölle.“ Für die Anklage war mit dem offenkundigen Vergleich zwischen dem „Volk der Juden“ und den Nationalsozialisten der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Das Gericht sah das jedoch anders: Obwohl Bhakdis Äußerung sich auf das „Volk der Juden“ als Ganzes bezog, könnten die Äußerungen auch als Kritik an der israelischen Politik verstanden und damit als noch zulässige Meinungsäußerung gesehen werden, entschied das Gericht.

Nachdem Bhakdi aus dem Gerichtsgebäude trat, feierten rund 500 Leute seinen Freispruch. Bhakdi, der als Ikone der Querdenker-Bewegung gilt und die Coronakrise als „konstruiert, erfunden und erlogen“ bezeichnete, hat in Büchern, Interviews und Reden wiederholt Falschinformationen über Covid

verbreitet. So sagte er über die Schutzimpfungen: „Schon jetzt ist es der Weltelite gelungen, über eine Milliarde Dosen der genetisch basierten Substanz in ahnungslose Menschen zu spritzen.“ In einer Presseerklärung gab die Basis nach dem Urteil kund: „Größer hätte die ‚Klatsche‘ für Oberstaatsanwältin [...] sowie die angereisten Medienvertreter nicht sein können. Hatten sie doch erwartet, den honorigen Medizinprofessor, der es gewagt hatte, sich gegen das Narrativ zu stellen, nun endlich auch als einen Antisemiten brandmarken zu können. Stattdessen präsentierte ihnen das Gericht einen lupenreinen Demokraten.“

Der Zentralrat der Juden erklärte nach dem Urteil, das Gericht legitimiere so „reinen Antisemitismus“. Zentralratspräsident Josef Schuster sagte, mit der Auslegung des Begriffs „Volk der Juden“ als vermeintliche Kritik an der israelischen Regierung folge das Gericht dem Narrativ, das jeden Juden überall für die Aktivitäten des Staates Israel verantwortlich mache. Die Argumentationsgrundlage des Gerichts sei „nichts weniger als skandalös“. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, sagte, die Gerichtsentscheidung sei „ein trauriges Beispiel dafür, wie Antisemitismus in der Justiz verharmlost und nicht konsequent genug bekämpft wird“. Gegen das Urteil legte die Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein Berufung beim Landgericht Kiel ein. Damit muss das Landgericht den Fall neu verhandeln. Es ist nicht an das Urteil des Amtsgerichts gebunden und kann anders entscheiden. Das Verfahren gegen Bhakdi wird voraussichtlich erst 2024 terminiert werden können.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/ich-bin-besturzt-antisemitismusbeauftragter-klein-empfort-uber-freispruch-fur-querdenker-bhakdi-9870854.html> / eingesehen am 28. Mai 2023

<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Freispruch-fuer-Corona-Kritiker-und-umstrittenen-Arzt-Bhakdi,prozess8150.html> / eingesehen am 28. Mai 2023

<https://diebasis-partei.de/2023/05/freispruch-fuer-unser-parteilmitglied-prof-dr-sucharit-bhakdi/> / eingesehen am 26. Mai 2023

<https://www.juedische-allgemeine.de/allgemein/neuer-prozess-gegen-querdenker-ikone-bhakdi/> / eingesehen am 20. Juli 2024

Bundesweit:
Vor 100 Jahren geboren:
Derrick-Darsteller Horst Tappert

Von 1974 bis 1998 verkörperte der am 26. Mai 1923 geborene Schauspieler Horst Tappert in 281 Folgen im ZDF den Münchner Oberinspektor Stephan Derrick. Der 2008 verstorbene Schauspieler war an einem noch unbekanntem Datum Angehöriger der SS-Flak-Ersatz-Abteilung in Arolsen geworden. Ab März 1942 gehörte Tappert zur SS-Panzer Grenadier-Division Totenkopf. Die Zugehörigkeit von Tappert zur Waffen-SS wurde erst nach dessen Tod bekannt. Erfinder von Derrick und Verfasser aller Folgen war Herbert Reinecker (1914 bis 2007). Reinecker, einer der erfolgreichsten Fernsehautoren, gehörte ebenfalls der Waffen-SS an. Er war Mitglied im Presseamt der Reichsjugendführung der HJ, Hauptschriftleiter des Blattes Der Pimpf (Zentralverlag der NSDAP), Kriegsberichterstatte der Waffen-SS und Drehbuchautor des NS-Propagandastreifens Junge Adler. Nach 1949 verfasste Reinecker mehr als 400 Kriminaldrehbücher (neben Derrick unter anderem Der Kommissar, Jakob und Adele). Nach dem Tod von Reinecker teilte die Waffen-SS glorifizierende Monatszeitschrift Der Freiwillige (Munin Verlag) mit: „Mit dem Munin Verlag und dem Freiwilligen war Herbert Reinecker verbunden und zählte seit Jahrzehnten zu den Lesern des Freiwilligen.“ Nachgedruckt wurde im Freiwilligen anlässlich des Todes von Reinecker ein Artikel, den dieser im April 1945 in der SS-Zeitung Das Schwarze Korps veröffentlicht hatte. Wir dokumentieren einen Auszug: „Was sind denn unsere ‚Verbrechen‘? Wir wollten leben. Wir wollten arbeiten, wollten unsere Dinge tun, wollten unsere Auffassung vom Sozialismus in die Praxis umsetzen und hatten bereits den Grund zu dem Bau des modernsten Sozialstaates der bewohnten Erde gelegt. Wir wollten den unsterblichen Schöpfungen unserer großen Kultur den würdigen Rahmen bereiten. Wir erhoben den Anspruch, als großes Volk unser Leben auf unserer Erde nach unserem Belieben einzurichten. Wir wollten, daß kein Deutscher hungern und frieren sollte.“

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Wolfgang Bauch: Erinnerung unerwünscht. Der Fall „Derrick“ – Zum hundertsten Geburtstag von Schauspieler Horst Tappert, in: DMZ-Zeitgeschichte, Juli – August 2023, S.56f

Bayern:
Haft für Synagogen-Anschlag

Der 22-jährige Tim F. wurde am 26. Mai vom Amtsgericht Bamberg wegen versuchter schwerer Brandstiftung und der gemeinschädlichen Sachbeschädigung (Az.: 510 Js 18/23) zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Generalstaatsanwaltschaft München hatte dem Täter eine „gefestigte jüdenfeindliche und rechtsextreme Geisteshaltung“ attestiert. Laut Anklage hatte er in der Silvesternacht versucht, die historische Synagoge im bayerischen Ermreuth bei Neunkirchen (Landkreis Forchheim) anzuzünden. Die Synagoge ist seit 1994 eine Begegnungsstätte. In den 1970er Jahren war in Ermreuth das Zentrum der 1980 verbotenen rechtsterroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG Hoffmann) von Karl-Heinz Hoffmann.

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/bayern/br-25-jahre-haft-fuer-brandanschlags-versuch-auf-synagoge-ermreuth-102.html> / eingesehen am 25. Mai 2023

<https://www.juedische-allgemeine.de/allgemein/angeklagter-raeumt-versuchten-brandanschlag-auf-synagoge-ein/> / eingesehen am 25. Mai 2023

Thüringen / Bundesweit:
AfD-Bundestagsabgeordneter beschäftigt rechtsextremen Publizisten

Einen Büroarbeitsplatz im Bundestag hat der neurechte Publizist Benedikt Kaiser. Der Nordthüringer AfD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Pohl beschäftigt laut Medienberichten den 1987 geborenen Politikwissenschaftler Kaiser, von 2013 bis 2021 Lektor für den Verlag Antaios und Redakteur der dort erscheinenden Zeitschrift Sezession. Kaiser, selbst mehrfacher Buchautor des Antaios-Verlags, ist einer der wichtigsten Theoretiker der Neuen Rechten. Vor Jahren bewegte sich Kaiser in neonazistischen Zusammenhängen. Fotos, die der Tageszeitung Die Welt vorliegen, zeigen ihn im Umfeld der später verbotenen Nationalen Sozialisten Chemnitz, der Hooligangruppe New Society 2004 (NS-Boys) sowie auf Demonstrationen der NPD.

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/nord-thueringen/kyffhaeuser/neonazi-bundestag-kaiser-pohl-sondershausen-100.html> / eingesehen am 28. Mai 2023

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article245569766/AfD-Abgeordneter-Pohl-beschaeftigt-langjaehrigen-Neonazi-Benedikt-Kaiser.html> / eingesehen am 28. Mai 2023

Spanien:
Nach den Kommunal- und Regionalwahlen: Vox regiert in den Kommunalparlamenten mit

Durch die Absprachen zwischen der konservativen Partido Popular (PP) und der rechtsextremen VOX erhält letztere den Vorsitz in drei der zwölf am 28. Mai gewählten Regionalkammern, zwei weniger als die PP und genauso viele wie die sozialdemokratische Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Nach Angaben der Nachrichtenagentur EFE wird VOX den Vorsitz in den Parlamenten in Aragonien, den Balearen und der Valencianischen Gemeinschaft sowie Geroa Bai in Navarra übernehmen. Nach den Kommunal- und Regionalwahlen am 28. Mai, bei denen alle der knapp 8.100 Städte und Gemeinden sowie die Parlamente in zwölf der 17 autonomen Regionen gewählt wurden, hat VOX-Parteiführer Santiago Abascal (Jg. 1976) erklärt, seine Partei sei jetzt unverzichtbar für den „Kampf gegen Sozialismus und gegen Kommunismus“ geworden. Spanienweit regiert die im Dezember 2013 gegründete VOX nun in mehr als hundert Rathäusern mit. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán gratulierte VOX zu den „exzellenten“ Ergebnissen und freute sich, dass die „rechte Reconquista“ in Spanien voranschreite. Die PP und die Vox hatten bei den Kommunalwahlen in Spanien stark zugelegt. Vox erzielte landesweit in den Kommunen sieben Prozent – ein Zuwachs von mehr als vier Prozentpunkten.

Die offen islamophobe, frauenfeindliche und ultranationalistische Vox lehnt Zuwanderung ab und will weniger europäische Integration. Die Partei ist auf die traditionelle Familie ausgerichtet, agitiert gegen Abtreibung und gegen gleichgeschlechtliche Ehe. VOX-Politiker setzen sich für alles ein, was sie für typisch spanisch halten – von Stierkämpfen und der Monarchie bis hin zum Gedenken an historische Ereignisse wie die Vertreibung der Muslime von der iberischen Halbinsel im 15. Jahrhundert. Lieblingsthema von VOX ist die Einheit und Identität des Landes. Propagiert wird die Rückkehr zu einem „geeinten großen Spanien“, einem Zentralstaat. Autonomiebestrebungen wie in Katalonien werden kategorisch abgelehnt. Gefordert wird die „Aufhebung der katalanischen Autonomie bis zur völligen Niederlage des Putschistentums“. Vox steht aber auch für ein hartes Vorgehen in Sachen Migration. Man will die umstandslose Abschiebung aller illegalen Einwanderer und fordert den Bau einer „unüberwindbaren“ Mauer zwischen Marokko und Spaniens Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla, die dort den Grenzzaun ersetzen soll. Gehetzt wird gegen „Genderideologie“. Die Partei gab in einer Erklärung bekannt, dass man „ideologische“ Stadtverwaltungsbehörden abschaffen werde, die Geld vergeudet und nicht die „wirklichen Probleme“ der Menschen lösten.

Als Beispiel wurden Behörden zur Förderung der Gleichstellung genannt, so die Zeitschrift Zuerst!. Vox setzt sich für die Aufhebung des „Gesetzes zum historischen Gedenken“ über die Aufarbeitung der klerikal-faschistischen Franco-Diktatur ein. Abascal ist der Ansicht, dass die Angehörigen jener, die im Spanischen Bürgerkrieg auf Francos Seite kämpften, dafür keinesfalls um Entschuldigung zu bitten hätten. Abascals großes Vorbild ist der ungarische Premier Viktor Orbán. An Donald Trump bewundert Abascal, dass dieser „die Diktatur der politischen Korrektheit“ herausgefordert habe. Ferner propagiert der Vox-Chef das Recht auf Waffenbesitz für alle Spanier.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nach-den-kommunalwahlen-spanien-steht-vor-rechtsruck-18926307.html> / eingesehen am 30. Mai 2023

<https://www.sueddeutsche.de/politik/spanien-rechtsextreme-vox-regierung-konservative-1.5890144/> / eingesehen am 30. Mai 2023

<https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/spanische-rechte-auf-dem-vormarsch/> / eingesehen am 30. Mai 2023

<https://zuerst+.de/2023/06/23/das-tabu-bricht-rechte-vox-partei-in-spanien-zieht-in-regional-und-kommunalparlamente-ein/> / eingesehen am 30. Mai 2023

Rheinland-Pfalz / Bundesweit:
**Kundgebung vor
Hambacher Schloss**

Unter dem Motto „Deutschland steht auf“ haben am 28. Mai vor dem Hambacher Schloss, einem wegen des 1832 ausgerichteten Hambacher Festes wichtigen Symbols der deutschen Demokratiebewegung, einige Tausend Menschen demonstriert. Unter den zu einem großen Teil weiß gekleideten Demonstranten waren auch Corona-Leugner und Querdenker.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-neustadt-an-der-weinstrasse-kundgebung-und-gegendemonstration-vor-hambacher-schloss-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230528-99-857292> / eingesehen am 29. Mai 2023

Berlin:
**Beteiligte am
„Sturm auf den Reichstag“**

Einzelne Personen, die am 29. August 2020 am „Sturm auf den Reichstag“ beteiligt waren, sind den Verfassungsschutzbehörden als Rechtsextreme, Reichsbürger oder Selbstverwalter bekannt, so die Antwort der Bundesregierung im Mai auf eine Anfrage. Ebenso waren Personen vor Ort, die dem im Frühjahr 2021 eingeführten Phänomenbereich „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ zuzuordnen sind. Die Bilder des gescheiterten „Sturms auf den Reichstag“ gingen um die Welt. Am Rande der Demonstrationen gegen die Corona-Politik von Bund und Ländern, die am 29. August 2020 in Berlin stattgefunden haben, hatten bis zu 400 Demonstranten die Absperrgitter am Reichstagsgebäude überwunden. An den Corona-Protesten beteiligten sich an diesem Tag ca. 40.000 Demonstranten.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier teilte nach dem „Sturm auf den Reichstag“ mit: „Reichsflaggen und rechtsextreme Pöbeleien vor dem Deutschen Bundestag sind ein unerträglicher Angriff auf das Herz unserer Demokratie. Das werden wir niemals hinnehmen.“ Der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) stellte fest: „Das Reichstagsgebäude ist die Wirkungsstätte unseres Parlaments und damit das symbolische Zentrum unserer freiheitlichen Demokratie. Dass Chaoten und Extremisten es für ihre Zwecke missbrauchen, ist unerträglich.“

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stephan Brandner, Martin Hess und der Fraktion der AfD. Konsequenzen des sogenannten Sturms auf den Reichstag, BT-Drs. 20/7060 vom 30. Mai 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/070/2007060.pdf> / eingesehen am 3. August 2023

https://www.rbb24.de/politik/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/08/berlin-reaktionen-reichsflaggen-absperungen-durchbrochen-reichs.html / eingesehen am 8. Juni 2023

Baden-Württemberg:
Hasskriminalität

Die Hasskriminalität in Baden-Württemberg verzeichnet im Jahr 2022 mit 864 Fällen (rechts: 555) im Vergleich zum Jahr 2021 mit 883 Fällen einen leichten Rückgang, so das baden-württembergische Innenministerium auf Anfrage (Antwort ausgegeben: 19. Mai 2023). Die Gewaltdelikte in diesem Bereich nahmen mit insgesamt 44 Fällen im Vergleich zum Jahr 2021 mit 29 Fällen leicht zu. Während im Jahr 2021 noch 421 Fälle der Hasskriminalität mittels Internet verübt wurde, ging diese Entwicklung im Jahr 2022 auf 266 Fälle deutlich zurück. Der deliktische Schwerpunkt lag bei Volksverhetzung und Gewaltdarstellung, gefolgt von Beleidigungs- und Propagandadelikten. Der überwiegende Anteil der Delikte mit dem Oberbegriff Themenfeld (OTF) Hasskriminalität ist den Bereichen Fremdenfeindlich und dem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts) zuzuordnen.

Antrag des Abg. Oliver Hildenbrand u. a. GRÜNE und des Abg. Thomas Blenke u. a. CDU und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Hasskriminalität in Baden-Württemberg, Landtag von Baden-Württemberg, Drs. 17/4531 vom 30. März 2023: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/4000/17_4531_D.pdf / eingesehen am 1. Juni 2023

Sachsen:
Vernetzung und aktuelle Entwicklungen in der rechten Telegram-Szene Sachsens

Die Amadeu Antonio Stiftung in Sachsen und das Else-Frenkel-Brunswik-Institut an der Universität Leipzig haben gemeinsam ein systematisches Online-Monitoring extrem rechter und antidemokratischer Aktivitäten im Freistaat Sachsen entwickelt. Das Monitoring analysiert Plattformen und Netzwerke und untersucht, wie sich Radikalisierung im Netz vollzieht und wie diese mit der Radikalisierung auf der Straße und des öffentlichen Diskurses zusammenhängt. Im Ende Mai neu erschienenen Digital Report blicken die forschenden Einrichtungen auf thematische Verschiebungen sowie (versuchte) Schwerpunktsetzungen. Außerdem beinhaltet dieser Report zwei vertiefende Analysen, die durch Experten der Amadeu-Antonio-Stiftung erstellt wurden. Die extrem rechte und verschwörungsideologische Szene in Sachsen – von den während der Pandemie gegründeten Freien Sachsen, Eltern stehen auf und Freiheitsboten über klassisch-neonazistische Kleinstparteien bis hin zu esoterischen Influencern und völkischen Reichsbürgern – ist weiterhin aktiv. Ihre Größe, die zu beobachtende Online-Aktivität und das Mobilisierungspotenzial verharren seit etwa einem Jahr auf einem ähnlichen Niveau. Allerdings verändern sich immer wieder Gruppen, neue Kanäle kommen hinzu und auch thematische Verschiebungen – immer auf der Suche nach dem nächsten Garanten für Aufmerksamkeit – setzen sich fort.

Neben diesem kontinuierlichen Monitoring bietet diese Ausgabe auch wieder Einzelfallanalysen. Autoren des Projekts re:set der Amadeu-Antonio-Stiftung analysieren am Beispiel der Kameradschaft Werra Elbflorenz, wie eine Gruppe der fast bedeutungslosen Identitären Bewegung versucht, sich ein neues Gesicht zu geben und dabei vor allem auf Synergien aus den Verbindungen mit anderen extrem rechten Gruppierungen baut. Benjamin Winkler analysiert anhand dreier deutschlandweit einflussreicher Telegram-Kanäle, wie sehr sich auch zunächst auf ganz unterschiedliche Themen spezialisierte, „alternative“ Angebote in ihrer Tendenz zu einer übergreifenden Verschwörungserzählung gleichen. Aus dieser Perspektive erklärt sich auch besser, wie die so heterogen wirkende Szene doch immer wieder zueinanderfindet.

<https://efbi.de/details/vernetzung-und-aktuelle-entwicklungen-in-der-rechten-telegram-szene-sachsens.html> / eingesehen am 3. August 2023

Chronik

Baden-Württemberg:
Erlebnisausstellung
„Die 80er – Sie sind wieder da!“
weist auf verdrängten Rechts-
extremismus in beiden deutschen
Staaten hin

Juni

Unter dem Motto „Die 80er – Sie sind wieder da!“ ist im Schloss Karlsruhe bis zum 25. Februar 2024 eine große Erlebnisausstellung des Badischen Landesmuseums zu sehen.

Punk und Party, Privatfernsehen und Gameboy, Waldsterben und Mauerfall – die 1980er-Jahre waren geprägt von politischen Konflikten und gesellschaftlichen Umbrüchen, markierten aber auch den Aufbruch in eine digitale Zukunft. Die kulturgeschichtliche Ausstellung weckt die Erinnerung an eines der aufregendsten Jahrzehnte der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Ausstellung bleibt jedoch nicht an den Grenzen der alten Bundesrepublik stehen, sondern gibt auch den politischen Ereignissen, oppositionellen Strömungen und Lebenswelten der DDR Raum. Die Ausstellung zeigt auch auf, dass es in beiden deutschen Staaten Rechtsextremismus in den 1980er Jahren ein Problemfeld gab, das von beiden deutschen Staaten jedoch nicht als solches erkannt und gewertet wurde.

Zu sehen ist ein Plakat von Dirk Moldt, das für ein inoffizielles Konzert der Bands Die Firma (DDR) und Element of Crime (BRD) am 17. Oktober 1987 in der Ostberliner Zionskirche warb. Nach dem Konzert stürmten ca. 30 Angreifer aus dem Skinhead- und Hooligan-Milieu mit Rufen wie „Sieg Heil“ und „Ihr roten Schweine“ die Kirche und schlugen Konzertbesucher zusammen. Eine nahe-stehende Polizeistreife griff nicht ein. Hingewiesen wird in der Ausstellung darauf, dass die DDR aufgrund ihres antifaschistischen Selbstverständnisses Rechtsextremismus per se leugnete.

In der alten Bundesrepublik mündete in den 1980er Jahren der Rechtsextremismus in den Rechts-terrorismus. Zum 35. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz organisierte der Kreisjugendausschuss im schwäbischen Esslingen im Foyer des dortigen Landratsamtes eine Fotoausstellung, die am 27. Januar 1980 eröffnet wurde. Am 21. Februar 1980 um 20.20 Uhr detonierte im Eingangsbereich der Behörde eine Bombe der neonazistischen Terrororganisation Deutsche Aktionsgruppen (DA). Die Täter kamen aus Baden-Württemberg, koordiniert vom hessischen Rechts-anwalt Manfred Roeder. Roeders mörderisches Wirken inspirierte die späteren NSU-Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos. Die Motive der DA waren Glorifizierung des Nationalsozialismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, so der Ausstellungstext.

Zu sehen ist im Badischen Landesmuseum auch ein Plakat, das „Polnische Tage“ des Kreisjugend-rings Esslingen vom 20. bis 27. April 1980 ankündigt. Diese waren Anlass eines weiteren Anschlags der Deutschen Aktionsgruppen. In der Nacht zum 18. April 1980 beschädigte ein Sprengstoffanschlag das Wohnhaus von Landrat Hans Peter Braun schwer. Wie zuvor bei der Auschwitz-Ausstellung hatte der Landrat auch für dieses Kulturprojekt die Schirmherrschaft übernommen. Bis zu ihrer Zerschlagung am 1. September 1980 verübten die Rechtsterroristen der DA in der Bundesrepublik Deutschland weitere Sprengstoffanschläge. Falls überhaupt, ist in Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft lediglich das Attentat auf das Münchner Oktoberfest im September 1980 noch erinnerlich. Kritisch wird deshalb auf einer Ausstellungstafel konstatiert, dass Linksextremismus und die Anschläge der RAF im gesellschaftlichen Bewusstsein fest verankert sind – im Gegensatz zu den damaligen rechtsextrem motivierten Terror-Anschlägen. Auch im wiedervereinigten Deutschland, so die infor-mative und sehenswerte Erlebnisausstellung, „setzen sich von Seiten des Staates Verharmlosung und Desinteresse gegenüber dem Rechtsextremismus fort.“

<https://www.landmuseum.de/80er>

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Niedersachsen:
Zusammenwachsen einer
Mischszene von Verschwörungs-
theoretikern, Rechtsextremisten,
Anhängern der Reichsbürgerszene,
Corona-Leugnern und Querdenkern

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts hat Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) am 1. Juni vor einem Zusammenwachsen der Mischszene von Verschwörungstheoretikern, Rechtsextremisten, Anhängern der Reichsbürgerszene, Corona-Leugnern und Querdenkern gewarnt. Diese gewinne in den sozialen Medien zunehmend an Reichweite, sagte Behrens. Die Szene nutze etwa den Ukraine-Krieg, die hohe Inflation und die gestiegenen Energiepreise als Vehikel, um ihre fundamentale Ablehnung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zu verbreiten. Rechtes Gedankengut werde anschlussfähiger an den breiten öffentlichen Diskurs, betonte Behrens.

<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Verfassungsschutzbericht-Behrens-warnt-vor-Mischszene,verfassungsschutzbericht286.html> / eingesehen am 1. Juni 2023

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/195789/Verfassungsschutzbericht_2022.pdf / eingesehen am 27. Juli 2022

Afghanistan / Österreich:
**Österreichischer Rechtsextremist
 in Taliban-Haft**

Der Wiener Rechtsextremist Herbert Fritz befindet sich in Gefangenschaft der afghanischen Taliban. Medienangaben zufolge soll Fritz bereits seit einigen Wochen inhaftiert sein. Die radikalislamischen Taliban bezichtigen Fritz der Spionage. Fritz ist Mitgründer der in Österreich 1988 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP). Enge Kontakte unterhielt Fritz zu dem im Jahr 2018 verstorbenen Holocaust-Leugner Gerd Honsik. 2021 nahm er an einer Demonstration der Identitären in Wien teil.

Fritz hatte sich zuletzt im Herbst 2022 in Afghanistan aufgehalten. In der rechtsextremen Postille Info Direkt aus Österreich hatte Fritz in der Titelgeschichte „Urlaub in Afghanistan“ darüber berichtet. Angekündigt wurde die Story mit den Worten: „Afghanistan: heiß umfehdet, wild zerstritten, aber wieder sicher!“ Das seit Mitte August 2021 erneut von den Taliban beherrschte Land als sicher zu erklären, passt ins flüchtlingsfeindliche Kalkül von Rechtsextremisten. Auf diese Weise lassen sich Abschiebungen afghanischer Flüchtlinge wie auch die Verweigerung von politischem Asyl leichter begründen.

Fritz war schon 1987 und 1989 zu Zeiten des von Islamisten dominierten antisowjetischen Widerstands nach Afghanistan gereist. Auf einer Großkundgebung der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) am 16. Februar 1991 im bayerischen Passau sagte Fritz ein Zusammenwachsen der Bundesrepublik Deutschland mit Österreich voraus. 2013 prognostizierte Fritz, Autor des Buches „Kampf um Palästina“, das Ende der „Existenz“ Israels in der rechtsextremen Zeitschrift Der Schlesier. Neonazistische Kreise wie der Twitter-Infokanal Deutschösterreich und die Freundeskreise der Gefangenenhilfe fordern die österreichische Bundesregierung und das ÖVP-geführte Außenministerium „zu umgehenden Handlungen“ in Sachen Fritz auf.

<https://taz.de/Festnahme-in-Afghanistan/!5940572/> / eingesehen am 14. Juni 2023

<https://t+.me/infodeutschoessterreich/> / eingesehen am 20. Juni 2023

<https://www.gefangenenhilfe+.info/gefangenenhilfe/dr-herbert-fritz-in-haft/> / eingesehen am 20. Juni 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Sachsen / Bundesweit:
NPD heißt nun Die Heimat

Die ca. 3.150 Mitglieder umfassende NPD hat sich am 3. Juni auf ihrem laut Eigendarstellung „wohl wegweisendsten Bundesparteitag der letzten Jahre“ im sächsischen Riesa mit einer Mehrheit von 77 Prozent in Die Heimat umbenannt. Die älteste rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik, 1964 in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover gegründet, bezieht sich auf einen Heimatbegriff, der nicht-ethnische Deutsche und in der Bundesrepublik lebende Zuwanderer oder Ausländer ausschließt. Die Heimat-Partei soll den „Widerstand“ gegen die Politik der „Etablierten“, wie es hieß, besser vernetzen. Der Parteivorsitzende Frank Franz sagte am Rande des Parteitages (Motto: „Wir sind die Heimat“) der sich als „Anti-Parteien-Bewegung“ definierenden Partei: „Die Heimat soll eine Sammlungsbewegung für alle schaffen, die ihre Heimat behalten wollen, die nicht nur meckern, sondern aktiv werden wollen. Die Proteste der letzten Jahre, ob gegen die Asylwelle, gegen die Corona-Maßnahmen oder gegen die politisch hausgemachte Energiekrise, haben gezeigt, dass der Widerstand wächst. Dieser Widerstand muss vernetzt werden. An diesem Netzwerk für die Heimat wollen wir mitwirken.“

Auf dem Bundesparteitag wurde am 4. Juni eine Kandidatenliste für die Wahl des Europäischen Parlaments 2024 beschlossen. Angeführt wird diese vom ehemaligen NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt, der von 2014 bis 2019 dem EU-Parlament angehört hatte. Auf den weiteren Plätzen finden sich Ronny Zasowk (Brandenburg), Claus Cremer (NRW), Ariane Meise (NRW) und Sebastian Schmidtke (Thüringen).

Seit 2016 ist die NPD in keinem Landtag mehr vertreten (davor zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern), bei der letzten Bundestagswahl 2021 erreichte sie nur 0,1 Prozent der Stimmen. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019, bei der keine Fünf-Prozent-Hürde gilt, erzielte die NPD 0,3 Prozent – und verlor damit ihren Sitz im Europaparlament, den sie 2014 mit einem Ergebnis von 1,0 Prozent gewonnen hatte. Seit der Gründung der AfD 2013 geht es mit der NPD in Sachen Mitglieder und Wahlergebnisse kontinuierlich nach unten.

Auch nach der Namensumbenennung soll die Partei „weiterhin eine Heimat für alle Deutschen sein, die nationale Souveränität, Identität und Solidarität einfordern. Dieser Dreiklang wird auch weiterhin im Fokus stehen.“

Pressemitteilung der NPD zum Bundesparteitag: „Wir sind die Heimat“ vom 27. Mai 2023; elektr. Rundbrief

<https://npd+.de/2023/06/die-nationaldemokraten-sind-jetzt-die-heimat/> / eingesehen am 3. Juni 2023

<https://npd+.de/2023/06/die-heimat-stellt-europa-liste-auf/> / eingesehen am 4. Juni 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Frankreich:
**Gedenken an ermordeten
 Antifaschisten**

Am 4. Juni gedachten Tausende in Paris an den vor zehn Jahren bei einer verbalen Auseinandersetzung im 9. Arrondissement von Paris von Skinheads getöteten 18-jährigen Antifaschisten Clément Méric. Das Opfer erlag am 5. Juni 2013 seinen schweren Gesichtsverletzungen, die ihm der 20-jährige Haupttäter Esteban Morillo zugefügt hatte. Der Schläger stand mit der rechtsextremen Kleingruppe Troisième Voie (III. Weg), geführt von Serge Ayoub, sowie deren schlagendem Arm – den Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires (JNR), der „revolutionär-nationalistischen Jugend“ – in enger Verbindung.

https://www.labournet.de/internationales/frankreich/soziale_konflikte-frankreich/mord-an-clement-meric/ /
 eingesehen am 7. Juni 2023

Sachsen:
**Freie Sachsen: Sonntagsgespräch
 mit Michael Ballweg**

Neun Monate und zwei Tage saß Michael Ballweg, Gründer der Querdenken-Bewegung, in Untersuchungshaft – unschuldig, wie er am 4. Juni 2023 beim Sonntagsgespräch der neonazistischen Kleinstpartei Freien Sachsen sagt. Nach wie vor hat die Staatsanwaltschaft sein gesamtes Vermögen inklusive seiner Firmen beschlagnahmt. Ballweg führt im Gespräch mit Alex Quint, einem Moderator beim rechtspopulistischen Eingeschenkt TV, als Grund auf: „Nachhaltige Strukturen von einer außerparlamentarischen Bewegung zu zerschlagen oder zu verhindern.“ Ballweg erzählt, dass sein Glaube an das Rechtssystem bis zu seiner Haftstrafe stabil gewesen sei. Heute vertritt er dagegen die Ansicht: „Das Rechtssystem funktioniert nicht mehr“. Während seiner Haftstrafe habe er sich viel mit Bewegungen beschäftigt und sieht im Friedlichen deren Erfolg. Als Beispiel nennt er die Unabhängigkeitsbewegung von Ghandi, die Anti-AKW-Bewegung und die Charta 77. Sich selbst sieht er in Zukunft in der Rolle als „Transformationscoach“. „Bis 2030 sollen viele Umwälzungen stattfinden, die glaube ich, nicht zu unserem besten sind“, sagt der Gründer der Querdenken-Bewegung. Weiterhin sieht er außerdem die Grundrechte eingeschränkt. „Ich werde mich dafür einsetzen, dass Querdenken eine außerparlamentarische und überparteiliche Bewegung bleibt“. Der Erfolg der Querdenken-Bewegung liegt für ihn darin, dass „wir überparteilich sind und deshalb auch keinen ausschließen und dass wir mit jedem sprechen“.

Die Freien Sachsen, deren Einladung zum Sonntagsgespräch Ballweg folgte, wird seit 2021 vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen als „erwiesene rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. Das Interview mit Ballweg fand in Berlin auf dem Gelände von Lars Mährholz statt. Mährholz meldete 2014 die ersten sogenannten „Mahnwachen für den Frieden“ an. Sein Name findet sich auch im Zusammenhang mit Verschwörungsideologen wie Ken Jepsen oder auch Jürgen Elsässer. Gegen Ballweg hat die Staatsanwaltschaft wegen versuchten Betrugs und Geldwäsche Klage vor dem Landgericht Stuttgart erhoben. Ihm wird vorgeworfen, finanzielle Zuwendungen für Querdenken 711 von mehr als einer Million Euro eingeworben und die Spender über deren Verwendung getäuscht zu haben. Die Entscheidung des Gerichts über die Zulassung der Anklage steht noch aus.

<https://freie-sachsen+.info/2023/sonntagsgespraech-michael-ballweg/> eingesehen am 9 Juni 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:
**Studie zu einem möglichen
 AfD-Verbot**

Das vom Bundestag finanzierte Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) hat im Juni eine Studie zum Thema „Warum die AfD verboten werden könnte. Empfehlungen an Staat und Politik“ veröffentlicht. Die Analyse geht der Frage nach, ob die AfD „in ihrer Gefährlichkeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung mittlerweile einen Grad erreicht hat“, der ein Verbot nach Artikel 21 GG durch das Bundesverfassungsgericht ermöglichen würde. Klares Ergebnis: „Im Fall der AfD, die das Ziel verfolgt, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, liegen die Voraussetzungen für ein Verbot vor.“ Die Partei ziele auf die Abschaffung der in Art. 1 Abs.1 GG verbrieften Garantie der Menschenwürde. Darüber hinaus bringt das Institut den Ausschluss der AfD von der staatlichen Parteienfinanzierung ins Spiel. AfD-Mitgliedern müssten überdies die Waffenscheine entzogen werden, Parteianhänger aus dem Staatsdienst entlassen werden.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands (§ 1 DIMR-Gesetz). Es setzt sich dafür ein, dass Deutschland die Menschenrechte im In- und Ausland einhält und fördert. Das Institut begleitet und überwacht zudem die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention und hat hierfür entsprechende Monitoring-Stellen eingerichtet.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/warum-die-afd-verboten-werden-koennte/> / eingesehen am 7. Juni 2023

Brandenburg / Bundesweit:
**Inlandsgeheimdienst beobachtet
 Anastasia-Bewegung**

Der brandenburgische Verfassungsschutz hat die rechtsextremistische Anastasia-Bewegung als Verdachtsfall eingestuft. „Dieser Schritt ist damit zu begründen, dass der Behörde hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass es sich bei der Anastasia-Bewegung um eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung handelt“, so die Presseerklärung der Behörde vom 8. Juni.

Die verfassungsfeindlichen Ziele der Anastasia-Bewegung werden demnach in erster Linie in der gleichnamigen Buchreihe „Anastasia“ des russischen Autors Wladimir Nikolaevich Megre deutlich. Die Buchreihe liefert eine in Teilen völkische, rassistische und antisemitische Ideologie. Die zehn Bände umfassende Schrift legt den ideologischen Grundstein, dem sich die Anastasia-Anhänger verpflichtet sehen. Teile der Bücher sind indes nicht mit dem Demokratie- und Menschenwürdeprinzip des Grundgesetzes vereinbar. Bei der fiktiven Gestalt Anastasia handelt es sich um eine blonde Frau aus Sibirien, die abseits der modernen Gesellschaft nach ihren esoterischen Vorstellungen lebt. Die Anhänger der Anastasia-Bewegung nehmen das als Vorbild: Sie gründen „Familienlandsitze“. Experten gehen von bundesweit etwa 20 Siedlungen der Anastasia-Bewegung aus.

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, sagte im Dezember 2022: „Dieses Thema völkische Siedler beunruhigt uns schon, diese Gruppierungen haben Zulauf und werden größer.“ Beunruhigend sei, dass diese Gruppen bereits ihre Kinder auch im Sinne dieser Ideologien erziehen. Teilweise werde auch die Schulpflicht missachtet.

Eine Verletzung des grundgesetzlichen Menschenwürdeprinzips ist beispielsweise in der Hierarchisierung von Geschlechterrollen zu finden, so der brandenburgische Verfassungsschutz. Mit dem Ziel der Abwertung des weiblichen Geschlechts und der Durchsetzung einer rassistischen „Blutreinheit“ wird in Megres Büchern die pseudowissenschaftliche Vererbungslehre der „Telegonie“ verbreitet. Hiernach wird einer Frau durch den ersten sexuellen Kontakt mit einem Mann dessen Bluts- und Geistesstempel aufgedrückt, sodass ein späteres Kind von einem anderen Mann sowohl den Genotyp als auch den Phänotyp des ersten Mannes aufweisen würde. Ein weiterer ideologischer Kern der Anastasia-Buchreihe ist in der Verbreitung antisemitischer Inhalte auszumachen. So wird beispielsweise Menschen jüdischen Glaubens ein spezifisches Aussehen zugeschrieben. Zudem werden Jüdinnen und Juden dahingehend charakterisiert, dass ihnen ein erheblicher politischer Einfluss als Ergebnis einer vermeintlichen Gier sowie eines daraus abgeleiteten Wohlstandes zukäme. In geschichtsrevisionistischer Weise wird Jüdinnen und Juden eine Mitschuld an der menschenverachtenden Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus gegeben.

Abschließend weisen die brandenburgischen Verfassungsschützer darauf hin, dass in den Anastasia-Büchern ein Konzept zum gesellschaftlichen Zusammenleben entwickelt wird, welches unter anderem auf möglichst autarke Familienlandsitze, die sich dem Prinzip der Selbstversorgung verschreiben, setzt. Aus diesem Grund sind die Anhänger der Anastasia-Bewegung bestrebt, derartige Familienlandsitze in abgelegenen Regionen nach dem Vorbild von Megre zu gründen. Neben der Bezugnahme auf die verfassungsfeindliche Anastasia-Ideologie weisen einzelne dieser Familienlandsitze personelle und ideologische Vernetzungen in das Spektrum des Rechtsextremismus sowie in das Milieu der Reichsbürger und Selbstverwalter auf. In der Bundesrepublik Deutschland siedeln die Anastasia-Anhänger in zahlreichen Bundesländern, darunter Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Einstufung als Verdachtsfall ermöglicht dem Verfassungsschutz den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel. Dazu zählen unter anderem die Observation und das Einholen von Auskünften über Informanten aus der jeweiligen Szene.

<https://mik.brandenburg.de/mik/de/start/service/presse/pressemitteilungen/detail-pm-und-meldungen/~08-06-2023-anastasia-bewegung-als-verdachtsfall-ingestuft> / eingesehen am 9. Juni 2023

Bundesweit:
Fragwürdige Ex-Sicherheitsarchitekten

Auf der Titelseite der Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) vom 9. Juni bezieht Hans-Georg Maaßen, vormals Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und später gescheiterter CDU-Bundestagskandidat, Stellung zum Asylgrundrecht. Maaßen beklagt, dass die „derzeitige ökosozialistische Bundesregierung [...] Merkels Kurs der offenen Grenzen fort[setzt]“. Laut Maaßen geht es nicht um Flüchtlingsschutz, „sondern um das linke antideutsche ideologische Projekt einer Gesellschaftsveränderung durch Migration“.

In der Rubrik „Fragebogen“ dieser JF-Ausgabe gibt ein Uwe G. Kranz kund, dass der Begriff „Heimat“ leider „zu einem etwas altmodischen, in manchen Kreisen gar anrühigen Wort verkommen“ sei, „dem Schwarzweiß-Denkmodell unserer Zeit (Multikulti vs. Mauerbau) zum Fraß vorgeworfen.“

Eine Rotlicht-Affäre im Jahr 1997 kostete den damaligen Präsidenten des Landeskriminalamtes Thüringen (LKA), Uwe Kranz, seinen Job. Kranz ist Autor der Internetseite ansage.org, „wo er sich der Aufklärung des Corona-Interregnums widmet“, so die JF.

Hans-Georg Maaßen: Zu feige, um zu handeln. Asylmißbrauch: Das Grundgesetz muß nicht verändert werden – es braucht einen Politikwechsel, in: Junge Freiheit, 24/2023; hier: S. 1

JF-Fragebogen mit Uwe G. Kranz, a.a.O., hier: S. 23

**Bremen / Bundesweit / Hamburg:
Rechtspopulistische Vereinigung**

Die Partei Bündnis Deutschland schließt sich mit der Bremer Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) zusammen. Damit hat das im November 2022 gegründete Bündnis Deutschland erstmals eine Fraktion in einem Landesparlament. Bei der Wahl in Bremen im Mai erzielte BIW rund 9,4 Prozent der Stimmen. Bündnis Deutschland hatte BIW im Wahlkampf finanziell und personell unterstützt. Ihren Bremer Erfolg verdankt BIW unter anderem der Zerstrittenheit der Bremer AfD, die es nicht geschafft hatte, rechtzeitig zur dortigen Bürgerschaftswahl eine reguläre Liste von Kandidaten aufzustellen.

In getrennten Urabstimmungen hätten die Mitglieder mit je 95 Prozent der Stimmen für eine Fusion gestimmt, teilten BIW und Bündnis Deutschland am 9. Juni mit. „Das zeigt, dass wir auf einer Wellenlänge sind“, sagte Niklas Stadelmann, Generalsekretär von Bündnis Deutschland. Für die Umbenennung des Bremer BIW-Landesverbands sei nur noch eine technische Abwicklung nötig, die nach der Sommerpause vollzogen sein werde, sagte Jan Timke, der BIW vor 19 Jahren gegründet hatte. Die Bremer Bürgerschaftsfraktion firmiert bereits unter dem Namen Bündnis Deutschland. Als Vorsitzender wurde Timke gewählt, als sein Stellvertreter Piet Leidreiter. Der Fraktion stehen eigentlich zehn Sitze zu, tatsächlich wird sie aber nur neun belegen. BIW hatte sich von einem ins Parlament gewählten Mitglied getrennt, weil dieser „wissentlich Unterstützung von Personen aus dem rechtsextremen Milieu erhalten“ habe.

<https://www.rnd.de/politik/nach-bremen-wahl-buerger-in-wut-wird-zur-partei-buendnis-deutschland-35EHVYIYMVPITKBTADH6VEQZIQ.html> / eingesehen am 10. Juni 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**USA:
Der „Unabomber“ ist tot**

Der 81-jährige Attentäter Theodore John Kaczynski (81) wurde am 10. Juni tot in seiner Zelle im US-Bundesstaat North Carolina gefunden. Der „Unabomber“ (= „university and airline bomber“, da seine ersten Sprengsätze Universitätsprofessoren oder Fluggesellschaften zum Ziel hatten) tötete bei seiner Paketbomben-Anschlagsserie drei Menschen und verletzte 23 weitere. Der ehemalige Mathematikprofessor war 1969 aus der Gesellschaft ausgestiegen und radikalisierte sich als Eremit in einer Hütte ohne fließend Wasser und Strom. Aus Hass auf die Technologie der modernen Welt startete Kaczynski 1978 eine Paketbomben-Serie, die bis 1995 anhielt. Im September 1995 hatten die New York Times und die Washington Post ein Manifest Kaczynskis veröffentlicht. Im Gegenzug hatte Kaczynski versprochen, seine Anschlagsserie zu beenden. In dem Manifest äußerte der Prototyp für Einsame Wölfe („lone wolves“) seine Abscheu gegenüber moderner Technologie und der Welt der Gegenwart. Schuld am vermeintlichen gesellschaftlichen Verfall seien die Linken, zu denen Kaczynski Homosexuelle, Feministinnen, Tierrechtsaktivisten und Behindertenaktivisten zählte.

Kaczynski schrieb: „Viele Linke identifizieren sich stark mit den Problemen von Gruppen, die als schwach (Frauen), unterdrückt (Indianer), abstoßend (Homosexuelle) oder anderweitig minderwertig angesehen werden. Diese Linken empfinden diese Gruppen als minderwertig. Zwar würden sie diese Gefühle niemals zugeben, aber genau deswegen, weil sie diese Gruppen als minderwertig ansehen, identifizieren sie sich mit ihren Problemen. (Wir wollen damit nicht behaupten, daß Frauen, Indianer usw. minderwertig SIND, sondern lediglich die linke Psychologie charakterisieren).“

1996 war er nach einem Hinweis seines Bruders in den Bergen von Montana festgenommen worden. 1998 wurde Kaczynski zu lebenslanger Haft verurteilt. Auf Kaczynski bezog sich auch der norwegische Rechtsterrorist Anders Breivik, der am 22. Juli 2011 die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utøya beging, bei denen 77 Menschen ums Leben kamen, davon 69 Teilnehmer eines Zeltlagers der Jugendorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. In seinem 1.500-seitigen „Manifest“ mit dem Titel „2083: A European Declaration of Independence“ übernahm Breivik mehrfach Textauschnitte des rechten Öko-Terroristen. Allerdings verwendete Breivik statt „Linke“ den Begriff „Kulturmarxisten“ und „Moslems“ statt „Schwarze“.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.deutschlandfunk.de/unabomber-ted-kaczynski-tot-100.html> / eingesehen am 12. Juni 2023

<https://www.fbi.gov/history/famous-cases/unabomber> / eingesehen am 12. Juni 2023

<https://sezession+.de/67631/zum-tod-von-ted-kaczynski-1942-2023> / eingesehen am 12. Juni 2023

**Baden-Württemberg:
SPD-Landtagsfraktion:
NS-Symbole sollen weg**

Immer noch gibt es in Baden-Württemberg landeseigene Gebäude, die Bauelemente und Verzierungen tragen, die von der nationalsozialistischen Herkunft oder Nutzung der Gebäude zeugen und unkommentiert an den Gebäuden sichtbar sind – und dies Jahrzehnte nach Ende des Nationalsozialismus. Dabei handelt es sich nach Angaben des Finanzministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion (Schreiben vom 19. Mai 2023 Nr. FM-4-3321-27/3/4) um einen Reichsadler an der Außenfassade des Finanzamts in Ulm sowie um einen Reichsadler im Innenraum der Stadthalle in Maulbronn (Enzkreis). Auf dem Kollegiumgebäude I der Universität in Freiburg prangt zudem über dem Haupteingang der Schriftzug „Dem ewigen Deutschtum“. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die vollständige Entfernung der Symbole und Schriftzüge. Hinweistafeln reichen der Partei nicht.

In der Antwort des Ministeriums wird außerdem noch das Palais des Bundesgerichtshofs (BGH) aufgeführt, wo auf einer Tafel an Reichsgerichtsräte und Reichsanwälte erinnert wird, die 1945 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet wurden und unter ungeklärten Umständen zu Tode kamen. Unter diesen befanden sich auch Juristen, die in der NS-Zeit auch an Unrechtsurteilen, zum Beispiel wegen „Rassenschande“, beteiligt waren.

Für den Reichsadler an der Fassade des Ulmer Finanzamts werde derzeit am Text für eine Hinweistafel gearbeitet, die das Symbol erläutern soll, schreibt das Ministerium. Ebenso soll in Maulbronn verfahren werden. Am Kollegiumgebäude in Freiburg habe man sich nach dem Krieg dafür entschieden, den Schriftzug bewusst als Mahnmal zu belassen. Dort gibt es bereits eine Hinweistafel, auf der über einen QR-Code folgender Hinweistext abgerufen werden kann: Der Text lautet: „Kollegiumgebäude 1 – Eines der Hauptwerke des Jugendstils in Baden. Grundsteinlegung 1906. Erste Pläne F. Ratzel durch H. Billing 1907-11 verändert weitergeführt. Nach Brand 1934–36 aufgestockt und von den Nationalsozialisten mit der Inschrift ‚Dem ewigen Deutschtum‘ versehen. 1944 schwere Bombenschäden. Der Schriftzug ‚Dem ewigen Deutschtum‘ wurde belassen und erinnert heute an die nationalsozialistische Schreckensherrschaft.“ Am Gebäude des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe gibt es ebenfalls eine Erklärtafel. Zudem werde mit einem Plakat über aktuelle Erkenntnisse einer historischen Untersuchung informiert.

Der kulturpolitische AfD-Fraktionssprecher im baden-württembergischen Landtag, Rainer Balzer MdL, hat die SPD-Forderung nach Tilgung der Freiburger Uni-Inschrift „Dem ewigen Deutschtum“ als erwartbaren Akt von Identitätsbarbarei kritisiert: „Der heute antiquiert anmutende Begriff beschreibt die Eigenarten unseres Volks, die sich im Wechselspiel aus territorialen, sprachlichen und historischen Ursachen herausgebildet haben und sich auf alle kulturellen Hervorbringungen beziehen. Diese Eigenarten möglichst lange bewahren zu wollen, ist ein selbstverständlicher Wunsch, der vor Jahrzehnten nationalistisch überhöht worden war. Das macht ihn aber weder falsch noch obsolet – kein Franzose, Ungar oder Russe würde sich an Begriffen wie ‚esprit français‘, ‚Magyarország‘ oder ‚русскость‘ stören. Es ist also kein Wunder, dass die Tilgungsforderung von einer Partei kommt, für die es gar nicht bunt, vielfältig und multikulturell genug zugehen kann und die darum nicht nur Straßen umbenennt, sondern auch die Anforderungen für eine Einbürgerung in Deutschland drastisch herabsetzt. Diese gleichmacherische Enthistorisierung, diese Cancel Culture von allem und jedem, was nicht in den linken Zeitgeist passt, lehnen wir ab – zumal wir wichtigere Themen haben.“

Kleine Anfrage des Abg. Martin Rivoir (SPD) und Antwort des Ministeriums für Finanzen: Symbole mit nationalsozialistischem Bezug auf landeseigenen Gebäuden. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 17 / 4673 vom 26. April 2023: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/4000/17_4673_D.pdf / eingesehen am 25. Juli 2023

Debatte um die letzten NS-Symbole. SPD stört sich an BGH-Tafel und an Reichsadlern in Maulbronn und Ulm, in: Badische Neueste Nachrichten vom 12. Juni 2023, S. 7

Elektronischer Rundbrief der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg vom 12. Juni 2023

Bayern:
**Grünanlage nach NSU-Mordopfer
 benannt**

In Nürnberg ist am 13. Juni eine Grünanlage nach dem 49-jährigen Mordopfer Abdurrahim Özüdogru benannt worden. Der Park befindet sich in der Nähe des Tatorts. Özüdogru war am 13. Juni 2001 in seiner Schneiderwerkstatt mit zwei Kopfschüssen von der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ermordet worden. Er war das zweite von mindestens zehn Mordopfern des NSU. Auch nach den anderen Nürnberger Opfern der Terrorgruppe, dem Blumenhändler Enver Şimşek und dem Imbissbesitzer İsmail Yaşar, sind bereits Parks in der Stadt in jeweiliger Tatortnähe benannt worden. Der NSU hatte zwischen 2000 und 2007 Bombenattentate und Mordanschläge verübt. Die Opfer wurden willkürlich ausgewählt. Ziel war, Angst und Schrecken unter Menschen mit Migrationshintergrund zu verbreiten. In einer Grußbotschaft zur Park-Benennung schrieb Barbara John, Ombudsfrau für die Angehörigen der Opfer des NSU, es lasse sich nichts wiedergutmachen. „Aber wer sich bewusst einlässt auf das Geschehen, rüstet sich innerlich gegen jede Form von Gewalt gegenüber seinen Mitmenschen.“

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/den-opfern-in-wurde-gedenken-nurnberg-benennt-einen-park-nach-nsu-mordopfer-9980167.html> / eingesehen am 14. Juni 2023

Österreich:
**FPÖ-Online-Petition für eine
 „Festung Österreich“**

„Schwarz-Grün hat die illegale Masseneinwanderung längst zu einer ‚neuen Völkerwanderung‘ eskalieren lassen. Als einzig stabile Kraft kämpft die FPÖ dagegen an, im Parlament und auch außerhalb. [...] Stellen wir die Interessen unserer Bevölkerung wieder über jene Brüssels und schieben wir gemeinsam der illegalen Masseneinwanderung endgültig einen Riegel vor – mit einer ‚Festung Österreich‘!“, betonte der FPÖ-Bundesparteiobermann Herbert Kickl am 13. Juni auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Wiener FPÖ-Landesparteiobermann Dominik Nepp.

Im Frühjahr 2021 nutzte der designierte FPÖ-Chef Kickl, Interviewpartner des rechtsextremen Monatsmagazins Zuerst!, die Aufmerksamkeit um seine Person für eine Provokation. So bezeichnete der Politiker die vom österreichischen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Identitäre Bewegung als ein „interessantes und unterstützenswertes Projekt“. „Die Identitären sind für mich so etwas wie eine NGO von rechts. So eine echte NGO, die diesen Namen auch verdient, weil sie nämlich kein Geld vom Staat bekommt“, sagte er gegenüber dem Sender PULS 24.

Elektronischer Rundbrief der FPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 13. Juni 2023

Bundesweit:
**Aktionstag gegen mutmaßliche
 Hassposting-Verfasser**

Hass und Hetze im Netz sind Nährboden für Radikalisierung und Impulsgeber für Gewalttaten. Mit einer bundesweiten Razzia sind Ermittlerinnen und Ermittler am 14. Juni deshalb erneut gegen Hasspostings im Internet vorgegangen. In allen 16 Bundesländern rückte die Polizei zu Einsätzen aus, wie das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden mitteilte. Insgesamt 130 Maßnahmen setzte die Polizei eigenen Angaben zufolge um – neben den Durchsuchungen gehörten auch Vernehmungen mit dazu. Der bundesweite Aktionstag fand bereits zum neunten Mal statt. Aufforderungen zu Straftaten, Bedrohungen, Nötigungen oder Volksverhetzungen im Netz sind Straftaten, die mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden können. Die polizeilich erfassten Fallzahlen von Hasspostings sind 2022 stark angestiegen (2022: 3.396; 2021: 2.411 – Anstieg um 40,85 Prozent). Zudem werden viele strafrechtlich relevante Posts nicht angezeigt, nur den Netzwerkbetreibern gemeldet oder werden in geschlossenen Foren und Diskussionsgruppen geäußert und gelangen so den Strafverfolgungsbehörden nicht zur Kenntnis. Das BKA geht deshalb von einem großen Dunkelfeld aus.

Mehr Informationen zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz und zur Arbeit der Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet des BKA (ZMI BKA) finden sich hier:

https://www.bka.de/DE/KontaktAufnahmen/HinweisGeben/MeldestelleHetzeImInternet/meldestelle_node.html / eingesehen am 14. Juni 2023

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/bundesweit-razzien-hasspostings-100.html> / eingesehen am 14. Juni 2023

<https://www.behörden-spiegel.de/2023/06/14/bundesweiter-aktionstag-gegen-hasspostings/> / eingesehen am 14. Juni 2023

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2023/06/berlin-landeskriminalamt-bundesweiter-aktionstag-gegen-hasspostings-razzia.html> / eingesehen am 14. Juni 2023

Brandenburg:
**Neue „Mitteilung“ der Potsdamer
 Emil Julius Gumbel Forschungs-
 stelle**

An der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) in Potsdam ist im Juni die Ausgabe 11 der „Mitteilungen“ erschienen. Autor J. Cash Hauke untersucht die kommunalpolitische Praxis der AfD in Brandenburg von 2014 bis 2022. Dabei wird beleuchtet, inwieweit sich die verstärkte Anwesenheit der AfD auf die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit, die Pluralität und die Arbeitsqualität der kommunalen Gremien in Brandenburg auswirkt. Demnach hat die Partei auf kommunaler Ebene Probleme, ihre vielen Mandate zu besetzen, die sie durch die Wahl bekommen hat. Eine kontinuierliche Arbeit wird durch auffällig viele Spaltungen, Austritte und Distanzierungen erschwert. Aus den Beschreibungen des Auftretens der AfD-Abgeordneten in den kommunalen Gremien lassen sich, so ein Fazit der 20-seitigen Analyse, drei Gruppen bilden: „Alteingesessene Konservative, die vorher zum Teil bereits in anderen Parteien waren, ideologisierte Rechtsextreme, die durch agitierendes, aggressives Sprechverhalten auffallen und in der Partei gut vernetzt sind, und Neu-engagierte, die aus verschiedenen Gründen in die AfD eingetreten sind und besonders häufig nach kurzer Zeit wieder austreten.“

Alle „Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle“ können hier eingesehen werden:
<https://www.mmz-potsdam.de/forschung/emil-julius-gumbel-forschungsstelle/mitteilungen/>
 eingesehen am 27. Juli 2023

In den „Mitteilungen“ werden seit 2017 Studien aus der Tätigkeit und den Arbeitsschwerpunkten der Forschungsstelle veröffentlicht. Die Mitteilungen erscheinen anlassbezogen, in der Regel zwei Mal jährlich. Wer die „Mitteilungen“ regelmäßig per Mail erhalten möchte, kann sich in den Verteiler der EJGF eintragen: <https://lists.uni-potsdam.de/mailman/listinfo/gumbel-list>

Brasilien:
Anstieg neonazistischer Zellen

Laut einer Studie aus dem vergangenen Jahr ist die Zahl neonazistischer Zellen in Brasilien sprunghaft angestiegen: 2015 waren es 75, Ende 2021 sollen es 530 gewesen sein. Insgesamt könnte es sich in Brasilien um etwa 10.000 Neonazis handeln. Die Studie stammt von der im Januar verstorbenen Anthropologin und Rechtsextremismusexpertin Adriana Dias.

Dias kommt zu dem Ergebnis, dass die rechtsextremen Zellen besonders im Internet Hass gegen vulnerable Gruppen wie Frauen, Schwarze und Indigene schüren. Im Juni ist die Bundespolizei gegen eine Neonazi-Gruppe in Sao Paulo und Petrolina (Bundesstaat Pernambuco) vorgegangen. Die Terror-Gang wird beschuldigt, Hassnachrichten über soziale Medien geteilt, Gewaltvideos und Anleitungen für Sprengkörper, sogar für Morde verbreitet zu haben. Die Männer stehen im Verdacht, einen Jugendlichen zu einem Amoklauf in einer Schule im vergangenen November angestachelt zu haben. Vier Menschen starben damals, 13 wurden verletzt. Der Anstieg der Neonazi-Zellen fällt in die Amtszeit des damaligen, rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro, dessen Verbindung zu Neonazis Dias für erwiesen hielt. „Bolsonaros Tiraden legitimierten den volksverhetzenden Diskurs und machen rechtes Gedankengut gesellschaftsfähig“, schlussfolgerte Dias.

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/brasilien-bolsonaro-neonazis-100.html>
 eingesehen am 21. Juni 2023

Brasilien /
 Bundesrepublik Deutschland:
**Mitgliedschaft von AfD-Politikerin
 Beatrix von Storch ruht**

Die Berliner AfD-Politikerin Beatrix von Storch lässt ihre Mitgliedschaft in der deutsch-brasilianischen Parlamentariergruppe ruhen. Am Rande einer Reise von Parlamentariern des Deutschen Bundestags nach Brasilien, dem größten Land Lateinamerikas, soll Storch im Anschluss an ein Treffen mit dem Präsidenten der Obersten Gerichts- und Wahlbehörde, Alexandre de Moraes, diesen in einem Instagram-Post als „Brasiliens größten Verbrecher“ bezeichnet haben. De Moraes hatte nach dem Sturm auf das Regierungsviertel in Brasília zahlreiche Anklagen gegen Anhänger des im Oktober 2022 abgewählten rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro vorbereitet. Bereits 2018 brachte Bolsonaro mehrfach die Absetzung des Obersten Gerichtshofes ins Gespräch gebracht. Im Juli 2021 wurde Storch von Bolsonaro im Präsidentenpalast in der Hauptstadt Brasilia empfangen.

Storch unterhält seit Jahren Kontakte zur rechtsklerikalen Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP). Das 1960 in Brasilien gegründete christlich-aristokratische Netzwerk sieht sich als Vorkämpfer einer konservativen „Konterrevolution“. Bekämpft werden Abtreibungsrechte, die Ehe für alle und eine vermeintliche Genderideologie.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/beatrix-von-storch-afd-zieht-nach-diplomatischen-eklat-offenbar-konsequenzen-a-04fb5e48-be65-4258-b544-31ffa6021244> / eingesehen am 15. Juni 2023

<https://andreakemper.org/2022/11/16/beatrix-von-storch-und-die-tfp/> / eingesehen am 15. Juni 2023

Sachsen-Anhalt:

Verfassungsschutzbericht 2022

Die Zahl der sogenannten Reichsbürger in Sachsen-Anhalt ist binnen drei Jahren um fast ein Drittel angewachsen. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht hervor, den Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) und Verfassungsschutzchef Jochen Hollmann am 20. Juni in Magdeburg vorgestellt haben. Der Verfassungsschutz rechnet der Szene der Reichsbürger im Jahr 2022 650 Anhänger zu (2021: 600, 2020: 500). Das sogenannte Königreich Deutschland um dessen Gründer Peter Fitzek ist weiterhin der größte und aktivste Personenzusammenschluss der Reichsbürger in Sachsen-Anhalt. „Die größte Bedrohung für unsere Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus“, sagte Zieschang. Das Gewaltpotenzial sei hoch. Laut dem Bericht liegt die rechtsextreme Szene in Sachsen-Anhalt mit etwa 1270 Personen auf dem Niveau des Vorjahres. Das Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda (Saalekreis) wird weiterhin als einer der wichtigsten Akteure der „Neuen Rechten“ eingestuft.

<https://www.volksstimme.de/panorama/reichsburgerszene-in-sachsen-anhalt-grosser-3634726/>
eingesehen am 19. Juni 2023

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/3_Themen/Verfassungsschutz/Referat_44/VSB_2022_Pressefassung.pdf/
eingesehen am 27. Juli 2023

Rheinland-Pfalz:

Neonazi-Demonstration

Am 17. Juni demonstrierten Neonazis gegen „Missstände durch Überfremdung“ in der rheinhessischen Ortschaft Wöllstein (Landkreis Alzey-Worms). Redner waren Detlef Walk (Nationaler Widerstand Zweibrücken), Holger Niemann (Die Rechte), Florian Grabowski (Kameradschaft Rheinhessen/Die Rechte) und Christian Worch (Die Rechte). Der seit Jahrzehnten bundesweit in Neonazi-Zusammenhängen aktive Worch soll Szene-Angaben zufolge ein adoptierter Sohn von Karl-Ludwig Worch, einem ehemaligen Oberfeldarzt der Waffen-SS, sein.

<https://die-rechte+.net/lv-suedwest/woellstein-bleibt-deutsch-erfolgreiche-demo-in-woellstein-rheinhessen/>
/ eingesehen am 20. Juni 2023

Niedersachsen:

Syrer mit Armbrust angeschossen

Am 17. Juni hat der 29-jährige David S. aus Eickenrode bei seinem Amoklauf am Bahnhof in Peine einem Syrer einen Pfeil in den Rücken geschossen. Das schwer verletzte Opfer musste in einer Klinik behandelt werden. Bei seiner Tat trug der Schütze ein T-Shirt mit dem Logo der Neonazi-Band Landser; ergänzt um die Bezeichnung „Deutsche Wut“. Diesen Titel trug das zweite Studioalbum von Landser. Es erschien im Jahr 1998 und ist seit 2004 indiziert und beschlagnahmt. 2005 wurde Landser vom Bundesgerichtshof (BGH) als kriminelle Vereinigung eingestuft.

<https://www.news38.de/peine/article300190715/peine-bahnhof-armbrust-motiv-polizei-video-twitter-d.html>
/ eingesehen am 20. Juni 2023

Baden-Württemberg:

Vor 90 Jahren:

Eugen Bolz verhaftet

Am 19. Juni 1933 wurde der Zentrums-Reichstagsabgeordnete und frühere Württembergische Staatspräsident Eugen Bolz vor dem Stuttgarter Polizeipräsidium in „Schutzhaft“ genommen. Zuvor hatte er am 23. März 1933 im Reichstag aufgrund des Fraktionszwangs dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, obwohl er sich in der Fraktion dagegen ausgesprochen hatte. Der zeitweilig Inhaftierte schloss sich 1942 dem Widerstand um Carl Friedrich Goerdeler und Claus von Stauffenberg an. Als der Umsturzversuch am 20. Juli 1944 scheiterte, wurde Bolz als Mittäter vernommen und gefoltert. Am 23. Januar 1945 wurde Bolz in Berlin-Plötzensee mit dem Fallbeil ermordet.

Karlheinz Geppert: Vor 90 Jahren von den Nazis verhaftet. Der Rottenburger Eugen Bolz war ein herausragender Politiker Württembergs der Weimarer Republik, in: Schwäbisches Tagblatt vom 17. Juni 2023

Bundesweit:

Das BfV sieht bei mehr als einem Drittel aller AfD-Mitglieder rechtsextremes Potenzial

Vor der Bundespressekonferenz präsentierten die Bundesinnenministerin Nancy Faeser und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Thomas Haldenwang am 20. Juni in Berlin den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2022. Haldenwang betonte, dass mit der kürzlich vorgenommenen Einstufung des Instituts für Staatspolitik und des Vereins Ein Prozent als gesicherte rechtsextreme Bestrebungen sich das BfV weiterhin intensiv der Aufklärung des informellen Netzwerks der Neuen Rechten widmet. Zu diesem Netzwerk gehören unter anderem auch die Identitäre Bewegung Deutschland und das COMPACT-Magazin.

Die Vertreter der Neuen Rechten verbreiten demnach „ein ethnokulturelles Weltbild, das durch die Favorisierung von ethnisch homogenen Staatsvölkern letztlich doch fremdenfeindlich und einfach

nur rassistisch ist“. Haldenwang weiter: „Durch gezielte Agitation im vorpolitischen Raum wollen diese Akteure – wie sie es nennen – eine ‚Gegenöffentlichkeit‘ und eine ‚Kulturrevolution von rechts‘ schaffen. In Wahrheit ist das nichts anderes als ein Angriff auf unsere liberale und pluralistische Gesellschaft, der unvereinbar ist mit zentralen Werten unseres Grundgesetzes.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bezeichnete im Vorwort des Berichts den Rechtsextremismus als „unverändert die größte extremistische Bedrohung für unser demokratisches Gemeinwesen“. Rund 38.800 Personen (2021: 33.900) sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextrem an, 14.000 (2021: 13.500) von ihnen stuft es als gewaltbereit ein. Damit ist die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten erneut angestiegen, das vierte Mal infolge. Auf das Konto der gewaltorientierten Rechtsextremisten gehen 1.016 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, darunter zwei versuchte Tötungsdelikte – das ist im Vergleich zu 2021 ein Anstieg um etwa 7,5 Prozent. Bundesinnenministerin Faeser macht sich große Sorgen, weil Angriffe auf geflüchtete Menschen zugenommen haben. „Es ist in höchstem Maße menschenverachtend, Menschen zu attackieren, die bei uns Schutz vor Krieg und Terror gefunden haben.“ In diesem Kontext führte der BfV-Präsident aus: „Eine enorme Herausforderung bleiben Täter, die sich abseits von rechtsextremistischen Szenestrukturen selbst radikalieren. In anonymen Chatgruppen – teils mit mehreren Tausend Mitgliedern – werden extreme Gewaltfantasien bis hin zu Mordaufrufen verbreitet. Mit Sorge beobachten wir, dass sich im Internet auffällig junge und besonders gewaltaffine Akteure in Chatgruppen mit rechtsextremistischen Bezügen vernetzen und Rechtsterroristen wegen ihrer Anschläge verherrlichen. In dieser sogenannten ‚Attentäter-Fanszene‘ werden nicht selten eigene Anschlagsvorhaben und andere Gewaltfantasien geteilt und sich gegenseitig angestachelt. Potenzielle Attentäter von Maulhelden zu unterscheiden und trotz der Anonymität im Internet zu demaskieren, das ist die anspruchsvolle und mühsame Aufgabe der Sicherheitsbehörden.“

Hinsichtlich des Gefährdungspotenzials, das von Reichsbürgern ausgeht, führte Haldenwang aus, dass dieses durch die hohe Waffenaffinität der Szene, der steigenden Anzahl von gewaltorientierten Reichsbürgern und dem tatsächlichen Einsatz von Gewalt zum Beispiel bei staatlichen Maßnahmen untermauert wird. Innerhalb der Reichsbürger- und Selbstverwalter-Szene sind Verschwörungstheorien und Russland-Propaganda sehr beliebt. Außerdem wurden 47 Straftaten als antisemitisch eingeordnet. Generell ist die Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter erneut gewachsen: Insgesamt geht es um rund 23.000 Personen. 1.250 von ihnen werden als rechtsextrem eingestuft, 2.300 (2021: 2.100) als gewaltbereit. Der Verfassungsschutzbericht weist darauf hin, dass nicht immer trennscharf zwischen Reichsbürgern und Selbstverwaltern unterschieden werden kann. Reichsbürger würden die Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ ablehnen. Selbstverwalter dagegen fühlen sich dem Staat einfach nicht zugehörig und glauben, sie könnten durch eine Erklärung aus dem Staat austreten.

Das BfV schätzt die Zahl der AfD-Mitglieder mit rechtsextremem Potenzial auf 10.200. Dies ist mehr als ein Drittel der insgesamt rund 28.500 Parteimitglieder. Erstmals führt der Verfassungsschutz die Gesamtpartei in seinem Jahresbericht als rechtsextremen „Verdachtsfall“ auf. Die Verfassungsschützer beziehen sich in dem Bericht auf die Wahl- und Abstimmungsergebnisse auf dem AfD-Parteitag im Juni 2022 im sächsischen Riesa und Äußerungen von Parteifunktionären. Dazu zählt etwa die Aussage eines Funktionärs des formal aufgelösten Flügels, der im Juni 2022 davon sprach, dass das Netzwerk um die Flügel-Führungsfigur Björn Höcke etwa 30 bis 40 Prozent aller AfD-Mitglieder ausmache. Die BfV-Schätzung liegt mit knapp 36 Prozent in der Mitte dieser Schätzung.

Das BfV hatte die AfD im Februar 2021 als Rechtsextremismus-Verdachtsfall eingestuft. Die AfD klagte dagegen. Sie scheiterte damit aber im März 2022 vor dem Verwaltungsgericht Köln. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die AfD hat Berufung beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen eingelegt. Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang beobachtet den wachsenden Zuspruch für die AfD mit Sorge. Sich dem entgegenzustellen, sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nicht der Verfassungsschutz sei dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken. „Aber wir können die Bevölkerung wachrütteln, wir können Politiker wachrütteln“, sagte Haldenwang im ZDF-heute-journal. „Aus guten Gründen haben wir die AfD als Verdachtsfall eingerichtet“, sagte Haldenwang. „Wir sehen in der AfD tatsächlich starke Strömungen, die verfassungsfeindlich agieren. Und da geht es insbesondere um Hass und Hetze gegenüber Minderheiten aller Art, Minderheiten, Migranten, Muslime, aber auch Menschen mit anderer sexueller Orientierung.“ Zu beobachten sei auch ein völkisch-nationalistisches Staatsbürgerverständnis mit der Vorstellung von Staatsbürgern erster und zweiter Klasse. Weiter führte Haldenwang aus: „Teile der AfD sind sehr stark von Moskau beeinflusst und verbreiten russische Narrative weiter. Das sind alles Umstände, die auch die deutschen Wählerinnen und Wähler bei ihrer Entscheidung im Hinterkopf haben sollten.“

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/reden/DE/2023/2023-06-20-haldenwang-vorstellung-des-verfassungsschutzberichts-2022.html> / eingesehen am 21. Juni 2023

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/verfassungsschutzbericht-2022-2197572> / eingesehen am 21. Juni 2023

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/haldenwang-verfassungsschutzbericht-extremismus-100.html> / eingesehen am 21. Juni 2023

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/verfassungsschutzbericht-136.html> / eingesehen am 21. Juni 2023

Sachsen:
**„Corona-Gedenkstein“
kann bleiben**

Ein von den Freien Sachsen, einer rechtsextremen Splitterpartei, im April auf einem Privatgrundstück in Zinnwald nahe der tschechischen Grenze aufgestellter rund zwei Meter hoher „Gedenkstein“ mit Bezug zur Coronakrise kann stehen bleiben. Das entschied der 6. Senat des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Bautzen mit Beschluss vom 15. Juni 2023 (veröffentlicht am 20. Juni). Der Stein trägt die Inschrift „Zur Erinnerung an die Opfer des Corona-Impfexperiments und der Zwangsmaßnahmen des Kretschmer-Regimes“. Der Text auf dem grabsteinähnlichen Monument sei von der Meinungsfreiheit gedeckt, befand das Gericht. Es kippte damit eine anderslautende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Dresden vom 23. Mai. Das Verwaltungsgericht Dresden hatte einen Anfangsverdacht des Straftatbestands, der Verunglimpfung des Staats und seiner Symbole gesehen. Und einer gegen Personen des politischen Lebens gerichteten Beleidigung. Für das Verwaltungsgericht bestand deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Die Freien Sachsen legten gegen das Urteil Beschwerde ein und bekamen recht. Das OVG stellte fest, dass die Inschrift Kritik an den Coronaimpfungen enthält und indirekt auch an den staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen während der Pandemie. Nicht im Vordergrund stehe hingegen die persönliche Herabsetzung des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) und der Staatsminister, erklärte das OVG. Die Äußerungen seien zwar abwertend für die Landesregierung, bezögen sich aber auf den politischen Meinungskampf. Auch demokratische Politiker müssten sich daher den in der Bezeichnung „Regime“ enthaltenen Vorwurf gefallen lassen. Der Beschluss kann nicht angefochten werden.

Die Entscheidung des OVG kommentierten die Freien Sachsen mit den Worten: „Das ist eine schallende Ohrfeige für das Regime von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer. Dieser Angriff auf die Meinungsfreiheit muss Konsequenzen haben!“

Als Redner zur Eröffnung des „Gedenksteins“ war Karl Kohlmann, der Vater des Freie Sachsen-Gründers Martin Kohlmann aus Chemnitz zugegen. Auf einem Messengerdienst lief ein Video, das die Einweihung zeigt. Dabei war von „einer gewissenlosen Pharnalobby und eines durch alliierte Fremdherrschaft gedemütigten Volkes“ die Rede. Der Gedenkstein steht in Sachsen, wo die Sterblichkeit an Corona am höchsten war und am wenigsten geimpft wurde.

<https://www.saechsische.de/freital/rechtsextreme-provozieren-mit-denkmal-in-zinnwald-5853426.html> / eingesehen am 03. Mai 2023

SächsOVG, Beschluss vom 15. Juni 2023 – 6 B 83/23 –

<https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/1067392> / eingesehen am 23. Juni 2023

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/von-rechtsextremen-in-sachsen-aufgestellt-corona-gedenkstein-kann-bleiben-10014967.html> / eingesehen am 23. Juni 2023

<https://freie-sachsen+.info/2023/ovg-urteil-gedenkstein/> / eingesehen am 23. Juni 2023

Finnland:
Rechtskoalition gebildet

Am 20. Juni vereidigte Finnlands Staatspräsident im Parlament in Helsinki die neue Regierung des Landes. Finnland wird nun nach etwa dreieinhalb Jahren unter der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Sanna Marin von einer Rechtskoalition regiert, die sich aus der liberalkonservativen Nationalen Sammlungspartei, den Christdemokraten, der Schwedischen Volkspartei und den Wahren Finnen (Perussuomalaiset, PS) unter der Parteivorsitzenden Riikka Purra zusammensetzt. Bei den Parlamentswahlen am 2. April waren Nationale Sammlungspartei (20,8 Prozent) und die EU- und migrationsfeindliche Partei Die Finnen (20,1 Prozent) als Sieger hervorgegangen. Innenministerium und Justizministerium fielen den Wahren Finnen zu, die ihr bislang bestes Ergebnis erzielten. Purra kündigte bereits einen „Paradigmenwechsel“ bei der Migration an. PS lehnt die gleichgeschlechtliche Ehe ab und spricht sich in der Bildungspolitik gegen Inklusion aus.

Die neue finnische Regierung erinnert an die regierende Rechtskoalition in Schweden. Die extrem rechten Schwedendemokraten sind dort zwar nicht in der Minderheitsregierung vertreten, treiben diese jedoch vor sich her, da die Regierungskoalition auf deren Unterstützung angewiesen ist.

Anselm Schäfer: Rechte auf Erfolgskurs. Mit oder ohne Regierungsbeteiligung: „Die Finnen“ werden den Kurs der nächsten Regierung mitbestimmen, in: „Zuerst!“, Juni 2023, S.44f

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/finnland-neue-regierung-100.html> / eingesehen am 20. Juni 2023

Saarland:

Landtag beschließt Untersuchungsausschuss zum Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Saarlouis 1991

Mehr als 31 Jahre nach dem tödlichen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft im saarländischen Saarlouis hat der Landtag am 21. Juni einstimmig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Die regierende SPD und die oppositionelle CDU brachten den Beschluss zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses gemeinsam ein. Bei dem Terrorakt am 19. September 1991 war der 27-jährige ghanaische Flüchtling Samuel Yeboah getötet worden. Das Opfer starb an Verbrennungen und einer Rauchvergiftung. Zwei weitere Bewohner brachen sich beim Sprung aus dem Fenster Knochen. Das Gremium soll sich mit dem Umgang der saarländischen Behörden mit dem Anschlag und weiteren fremdenfeindlichen Straftaten zu Beginn der 1990er Jahre im Saarland beschäftigen. Es soll Fehler und mögliches Unterlassen aufklären sowie Handlungsempfehlungen geben. In den vergangenen Jahrzehnten sei nicht richtig hingeschaut oder gar weggeschaut worden, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Kira Braun. „Das Schweigen hat nun ein Ende.“ Das Land habe damals versagt. Der Landtag wolle aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Die Ermittlungen wurden schon 1992 eingestellt.

Seit November 2022 muss sich der damalige Neonazi Peter Sch. wegen des Anschlags vor dem zuständigen Oberlandesgericht im rheinland-pfälzischen Koblenz wegen Mordes und versuchten Mordes in 20 Fällen verantworten. Nach dem Anschlag blieben die Ermittlungen zunächst ohne Erfolg und wurden eingestellt. Der Fall galt als eines der bekanntesten ungelösten extremistischen Tötungsdelikte Deutschlands. Erst vor gut zwei Jahren wurden die Ermittlungen wiederaufgenommen.

Am 6. Juni wurde Peter S. aus Saarlouis wegen Beihilfe zum Mord an Samuel Yeboah und Beihilfe zum versuchten Mord an 20 Überlebenden verhaftet. S. soll in einem Gespräch vor der Tat auf seinen Gesinnungskameraden Sch. „eingewirkt“ haben. Demnach sagte S. zu Sch. in Bezug auf die zeitgleich laufenden Ausschreitungen in Hoyerswerda: „Hier müsste auch mal so was brennen oder passieren.“ S. wird vom Rechtsanwalt Wolfgang Stahl verteidigt. Stahl war im NSU-Prozess einer der Verteidiger der Rechtsterroristin Beate Zschäpe.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-06/saarland-saarlouis-untersuchungsausschuss-yeboah> / eingesehen am 21. Juni 2023

Frankreich /

Bundesrepublik Deutschland:

Vor 25 Jahren:

Deutsche Hooligans prügeln französischen Polizisten halbtot

Deutsche Hooligans prügeln am 21. Juni 1998 bei der Fußballweltmeisterschaft (WM) am Rande des Spiels zwischen der BRD und Jugoslawien im französischen Lens den damals 43-jährigen Gendarmen Daniel Nivel halbtot. Nivel lag wochenlang im Koma, trug irreparable Hirnschäden davon und ist bis heute halbseitig gelähmt. Die Neonazi-Skin-Postille White Supremacy kommentierte den Mordversuch mit den Worten: „Ein Cop wurde schwer verletzt. Nun ja, es ist doch sein Berufsrisiko gewesen. Niemand hat ihn gezwungen, Polizist zu werden.“ Der heute 68-Jährige Nivel ist infolge der Tat auf einem Auge blind, kann weder riechen noch schmecken und kaum hören. Sechs Hools wurden zwischen 1999 und 2003 zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und zehn Jahren verurteilt. Zu den Verurteilten gehört auch Markus W., der mit 45 Gleichgesinnten aus Hannover nach Frankreich angereist war. Vier Jahre lang saß er wegen „gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung“ in einem französischen Gefängnis ein.

Aufgerufen zum „Frankreichüberfall“ hatte unter anderem die neonationalsozialistisch geprägte Hools/Skintruppe Siegener Bärensturm aus Nordrhein-Westfalen. Enthusiastisch berichteten die Hools am 19. Juni 1998 im Internet über „Straßenschlachten in Marseille“ bei der WM: „Die französische Polizei bekommt nur mit Mühe die immer wieder aufkeimenden Straßenschlachten unter Kontrolle! Die Inselboys starten immer wieder Angriffe gegen Sicherheitskräfte und tunesische und französische Hooligans. So kennt man sie. Keine Gnade, eine Macht – der Gegner der wird kaltgemacht!!!“ Eng liiert war der Siegener Bärensturm mit der Sauerländer Aktionsfront (SAF), einer der damals bekanntesten Neonazi-Gruppierungen in der Bundesrepublik.

Auch nach seiner Haftentlassung landeten Markus W.s Handlungen gegen Ausländer strafrelevant vor Gericht – mal wegen Beleidigung eines Türken, mal wegen einer Gewalttatkette gegen einen Algerier. In Hannover arbeitete sich W. zu einem führenden Mitglied („Secretary“) der Rockergang Hells Angels hoch. Ca. 2008 geriet W. ins Visier von Polizei und Verfassungsschutz: W. stand damals beispielhaft für eine neue Entwicklung. Bundesweit konstatierte die Sicherheitsarchitektur erstmals Kontakte zwischen Rockern zu militanten Neonazis. Bei der „Beobachtung der rechtsextremistischen Szene fallen bei den Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse über Verbindungen zu Rockern an“, hieß es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage. Man habe „gelegentlich“ Hinweise auf „gemeinsame Aktivitäten und Treffpunkte sowie einzelfallbezogene Kooperationen von Rechtsextremisten (insbesondere Skinheads) und Rockern, vor allem auf lokaler Ebene“. Die Hells Angels gelten weltweit als extrem gewaltbereite „Outlaw Motorcycle Gang“ (OMCG, Motorradbande außerhalb des Gesetzes) und werden der organisierten Kriminalität zugerechnet.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Baden-Württemberg:
Sozialwissenschaftler Virchow über „Manifeste im Rechtsterrorismus“

Im Rahmen der Vortragsreihe „Terror von Rechts. Gestern und Heute“ der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv Karlsruhe referierte am 22. Juni Prof. Dr. Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), zum Thema „Manifeste im Rechtsterrorismus – politische Botschaft, praktische Anleitung und Avantgardeanspruch“. Der Sozialwissenschaftler ist Mitherausgeber der Reihe Edition Rechtsextremismus bei Springer VS, Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Virchow führte aus, dass insbesondere in den letzten Jahren rechtsterroristische Gewalttaten von der Verbreitung politischer Manifeste (Bild, Video, Schrift) begleitet wurden. Diese enthalten biografische Verweise, versuchen eine Rechtfertigung der Tat und geben Hinweise für Nachahmungstaten. In seinem Vortrag differenzierte Virchow zwischen den thematischen Schwerpunktsetzungen der Manifeste und der in ihnen jeweils zum Ausdruck kommenden Weltanschauung. Dabei traten Virchow zufolge erkennbare Unterschiede auf. Die zentrale Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus sowie Verschwörungserzählungen sei zugleich offenkundig. Der Vortrag stellte die Ergebnisse einer systematischen Analyse rechtsterroristischer Manifeste aus den vergangenen dreißig Jahren vor. Bis 2011 wurden Manifeste (unter anderem Gruppe Ludwig, Thomas Adolf) im Format Papier verbreitet. Der norwegische Neonazi und Massenmörder Anders Breivik verbreitete 2011 sein Manifest erstmals im Format E-Mail-Versand. Der australische Neonazi und Massenmörder Brenton Tarrant, der 2019 einen bewaffneten Anschlag auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch mit 51 Toten und 50 Verletzten verübte, nutzte erstmals das Format Live-Stream. Virchow erinnerte auch an die Brief- und Rohrbombenserie, die der Österreicher Franz Fuchs in den Jahren von 1993 bis 1997 durchführte. Dessen Rohrbomben-Attentat in Oberwart forderte 1995 vier Todesopfer, die Roma Peter Sarközi, Josef Simon sowie Karl und Erwin Horvat. Insgesamt wurden bei der Anschlagserie 15 Menschen zum Teil schwer verletzt. Den Verbrechen folgten jeweils Bekennerschreiben, die mit „Bajuwarische Befreiungsarmee – BBA“ unterzeichnet waren. Geprägt waren die Briefe von deutschnationalen Verschwörungstheorien und rassistischer Hetze.

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Rheinland-Pfalz:
Verfassungsschutzbericht 2022

Die „klassische“ Kameradschaftsszene hat in Rheinland-Pfalz „in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung verloren“. An ihre Stelle seien „informelle, lose Strukturen getreten, denen in Rheinland-Pfalz nach wie vor etwa 200 Personen angehören.“ Verblieben ist die seit 2003 existierende Gruppierung Nationaler Widerstand Zweibrücken, die in ihrem Wirken von der im Jahr 2018 gegründeten Kameradschaft Rheinhessen unterstützt wird. „Klassische“ Themen seien „staatliche Repression“ und „Polizeiwillkür“, die vermeintliche Islamisierung oder der Zuzug von Asylsuchenden. Die Szene führte dabei zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen in Rheinhessen (Ingelheim, Wöllstein, Mainz, Wörrstadt, Alzey, Bingen, Bad Kreuznach), im Raum Zweibrücken und in Ludwigshafen durch. Die Neonazi-Veranstaltungen seien teilweise in Kooperation mit der NPD, dem Landesverband Südwest der Partei Die Rechte, oder der Neuen Stärke Rheinhessen durchgeführt worden.

<https://news.saarbruecker-zeitung.de/n/kleiner-aber-harter-nazi-kern-in-zweibruecken/>
eingesehen am 22. Juni 2023

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://mdi.rlp.de/fileadmin/03/Themen/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_Rheinland-Pfalz_2022_barrierefrei.pdf / eingesehen am 27. Juli 2023

Berlin:
**Vor 90 Jahren:
 die „Köpenicker Blutwoche“**

Reichsweit kam es nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Januar 1933 zu Gewaltexzessen gegen politisch Andersdenkende. Ein besonders brutales Kapitel ist die „Köpenicker Blutwoche“. Paramilitärische Schlägertrupps aus Berlin-Köpenick und Umgebung unter der Leitung von SA-Sturmbannführer Herbert Gehrke verschleppten und folterten vom 21. Juni bis 26. Juni 1933 im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis in Köpenick, rund 500 Oppositionelle. Unter den Opfern der organisierten Hetzjagd, einem Höhepunkt des SA-Terrors, waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Juden. Mindestens 23 Menschen wurden ermordet.

Einer der Ermordeten war Johannes Stelling, von 1921 bis 1924 Ministerpräsident des Freistaates Mecklenburg-Schwerin (SPD). Der Reichstagsabgeordnete Stelling gehörte bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 24. März 1933 zu den 94 Abgeordneten der SPD, die als einzige der demokratischen Parteien im Reichstag gegen die Selbstausschaltung des Parlamentes stimmte. Die NS-Führung war im Gefolge ihrer Tattaten überrascht, wie weit sie mit Folter und Mord gehen konnte, ohne dass sich ihr Polizei, Justiz und Gesellschaft in den Weg stellten. Es war ein totales Versagen der Zivilgesellschaft. Wenige Monate vor der „Köpenicker Blutwoche“ war Adolf Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden. Unmittelbar danach breitete sich der Terror der rechtsterroristischen SA gegen NS-Gegner im ganzen Land aus. Während der „Köpenicker Blutwoche“ wurde die SA von SS- und Gestapo-Verbänden unterstützt. Dem Gewaltexzess vom Juni 1933 folgten zwölf Jahre Terror und Verfolgung der Gegner des NS-Regimes. Eine Gedenkstätte im Hafttrakt des Köpenicker Amtsgerichts, Gedenktafel und Gedenksteine erinnern in Köpenick an die Gräueltaten der SA im Jahr 1933.

<https://www.berlin.de/museum-treptow-koepenick/gedenkstaette/startseite-der-gedenkstaette-koepenicker-blutwoche-943089.php> / eingesehen am 23. Juni 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Hamburg / Bundesweit:
**„Gesichert rechtsextremistisch“:
 der Verein Staats- und
 Wirtschaftspolitische
 Gesellschaft (SWG)**

Der Hamburger Verfassungsschutz hat den Verein Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG; Sitz: Hamburg) als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft und zum Beobachtungsobjekt erhoben. Die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte für rechtsextreme, geschichtsrevisionistische und die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat verächtlich machende Aktivitäten konnten nach eingehender nachrichtendienstlicher Ermittlung und Auswertung verdichtet werden, so die Behörde. Zudem hat das Landesamt für Verfassungsschutz weitere Erkenntnisse, die belegen, dass von der SWG Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung ausgehen. Darunter sind antisemitische Chiffren und die Wiedergabe russischer Propagandanarrative zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Im Blick der Verfassungsschützer stehen auch mehrere altgediente Bundeswehroffiziere, die mit der SWG in Verbindung stehen.

Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge verwendet die SWG wiederholt den Begriff „Hochfinanz“ auf ihrer Webseite. Dieser Begriff wird im rechtsextremistisch-antisemitischen Spektrum in abfälliger Weise verwendet, um Juden eine vorgebliche finanzielle Weltmacht zum Nachteil aller Nichtjuden zu unterstellen, so der Inlandsgeheimdienst. Demnach taucht der Begriff „Hochfinanz“ häufig in Verbindung mit anderen Verschwörungserzählungen auf und hat unter anderem eine Platzhalterfunktion, um Prominente mit jüdischem Hintergrund anzugreifen, ohne explizit diesen jüdischen Hintergrund zu erwähnen. Klare Ansage des Verfassungsschutzes: „Die gemeinte antisemitische Aussage soll dadurch verschleiert werden.“

Die SWG ist ein gemeinnütziger (!) Verein, der 1962 in Köln gegründet wurde. Gründungsmitglied der SWG war der 1995 verstorbene Hugo Wellems. Wellems arbeitete ab 1936 als Referent in Goebbels Reichsministerium für „Volksaufklärung und Propaganda“.

<https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/17210992/swg/> / eingesehen am 23. Juni 2023

<https://www.swg-mobil+.de/> / eingesehen am 23. Juni 2023

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

**Bundesweit:
„Reichsbürger“ und „Selbst-
verwalter“ – Staatsfeinde,
Geschäftemacher,
Verschwörungstheoretiker**

Die am 22. Juni vom Bundesamt für Verfassungsschutz veröffentlichte Broschüre „Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘ – Staatsfeinde, Geschäftemacher, Verschwörungstheoretiker“ beschreibt insbesondere deren Ideologie und gängige Strategien. Zudem werden ausgewählte überregionale Gruppierungen vorgestellt. Das Spektrum der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ präsentiert sich sowohl organisatorisch als auch ideologisch äußerst heterogen. Verbindendes Element bildet dabei die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsordnung.

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/reichsbuerger-und-selbstverwalter/2023-06-reichsbuerger-und-selbstverwalter-staatsfeinde-geschaeftemacher-verschwoerungstheoretiker.html> / eingesehen am 25. Juli 2023

**Baden-Württemberg:
Verfassungsschutzbericht 2022
vorgestellt**

Innenminister Thomas Strobl und Beate Bube, Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz, haben am 22. Juni in Stuttgart den Verfassungsschutzbericht 2022 des Landes Baden-Württemberg vorgestellt. Demnach ist die Zahl der Rechtsextremisten in Baden-Württemberg im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen (2021: ca. 1.970, 2022: ca. 2.460). Begründet ist dieser Anstieg durch die Aufnahme des rechtsextremen Personenpotenzials in der Alternative für Deutschland (AfD) in die Statistik. Die Zahl der gewaltorientierten Rechtsextremisten in Baden-Württemberg stagnierte 2022 im Vergleich zu 2021 bei rund 800. Im Ergebnis ist jeder dritte Rechtsextremist beziehungsweise jede dritte Rechtsextremistin im Land dem gewaltorientierten Spektrum zuzuordnen. Nachdem die Zahl der rechtsextremen motivierten Gewalttaten viermal in Folge gesunken war, stieg sie 2022 wieder leicht an, auf 34 Fälle (2021: 28). „Die Entwicklung verdeutlicht ganz klar: Die Gefahr von rechtsaußen ist da und sie ist ganz real, auch bei uns in Baden-Württemberg. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus muss eine unserer obersten Aufgaben bleiben“, so Innenminister Strobl.

Neuerdings wird im Verfassungsschutzbericht auch der Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. (BfG) aufgeführt. Der BfG vertritt fremdenfeindliche, antisemitische und revisionistische Argumentationsmuster, welche die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte verneinen. Weiter schreiben die Verfassungsschützer, dass der BfG sich für eine strikte „Rassentrennung“ ausspricht.

Vom Verfassungsschutz beobachtet wird auch die in Pforzheim ansässige Baptistenkirche Zuverlässiges Wort (s. auch RECHTS.GESCHEHEN 7, S. 71f). Gleichzeitig ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Karlsruhe wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen die religiöse Gruppierung. Unter anderem soll diese mehrfach die Todesstrafe für homosexuelle Menschen gefordert haben. Auf der Homepage der Pforzheimer Gruppierung, eines Ablegers der US-amerikanischen Faithful Word Baptist Church, wurde ein Statement des Predigers Anselm Urban veröffentlicht, der bereits von der Staatsanwaltschaft Görlitz wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt worden war und jetzt in den USA lebt.

Seit Juli 2022 hat das Landesamt für Verfassungsschutz den Landesverband der AfD in Baden-Württemberg als Verdachtsfall eingestuft. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht Köln die Erhebung der Gesamtpartei AfD zum Beobachtungsobjekt durch das Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt. Maßgeblich dafür waren der Einfluss des formal aufgelösten Flügels sowie der Jungen Alternative (JA). Unter anderem der dort vertretene ethnisch-homogene Volksbegriff steht im Widerspruch zu zentralen Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Entsprechende Positionen wurden auch im Berichtsjahr durch Mitglieder und Funktionäre des baden-württembergischen Landesverbands verbreitet. Im Verfassungsschutzbericht wird ausgeführt: „Auch wenn sich extremistische Kräfte innerhalb der AfD BW bisher nicht mehrheitlich durchsetzen konnten, erfahren sie nennenswerte Unterstützung im Landesverband und sind zum Teil prägend für das Bild, das dieser nach außen abgibt. Die extremistischen Kräfte innerhalb der AfD sind bemüht, ihre innerparteiliche Wirkungsmacht zu stabilisieren und auszuweiten. Eine mögliche Folge ist, dass Extremisten zunehmend Führungspositionen in Vorständen und anderen Parteigremien besetzen und sich die rechtsextremistischen Einflüsse vermehrt in politisch-programmatischen Entscheidungen der Gesamtpartei niederschlagen.“ Namentlich aus dem AfD-Spektrum werden im Verfassungsschutzbericht unter anderem die Bundestagsabgeordnete Christina Baum sowie der Co-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Emil Sänze erwähnt.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg rechnet dem Milieu der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter in Baden-Württemberg rund 3.800 Personen zu. Die Anzahl bleibt damit im Vergleich zum Jahr 2021 auf einem hohen Niveau stabil. Insbesondere das Protestgeschehen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie führten zu einem starken Zulauf des Milieus. Rund drei Prozent lassen auch eine rechtsextreme Einstellung erkennen. Jeder Zehnte, das sind 380 Personen, gilt als gewaltorientiert. „Mehrere Vorfälle zeigen: Diese Leute schrecken

auch nicht vor Gewalt zurück. Deshalb haben wir ein sehr waches Auge auf sie und setzen auch alles daran, Extremisten zu entwaffnen“, erklärte Innenminister Thomas Strobl.

Strukturell ist die Szene sehr heterogen, die Anhänger sind überwiegend nicht fest in klar abgrenzbaren Gruppierungen organisiert. Es handelt sich hauptsächlich um Einzelpersonen, die sich in ihren Aktivitäten jedoch gegenseitig inspirieren. Nur etwa ein Fünftel der Szene kann nach aktuellem Kenntnisstand des Landesamts für Verfassungsschutz festen Organisationen zugerechnet werden. Die derzeit aktivsten Gruppierungen in Baden-Württemberg sind Bismarcks Erben beziehungsweise Vaterländischer Hilfsdienst (VHD), die Verfassunggebende Versammlung (VV) sowie das Königreich Deutschland (KRD). Vor allem die Expansionsbestrebungen des KRD haben zuletzt bundesweit deutlich zugenommen.

Als „prominente[n] Vertreter der verfassungsschutzrelevanten Staatsdelegitimierung“ benennt der Verfassungsschutzbericht den ehemaligen AfD-Landtagsabgeordneten Heinrich Fiechtner. Dieser habe in einem Telegram-Post vom 22. August 2022 das zur Ermordung von KZ-Insassen benutzte Zyklon-B-Gas mit den Corona-Impfstoffen in Verbindung gebracht. Er unterstellte damit eine staatliche Tötungskampagne, so der Inlandsgeheimdienst.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/verfassungsschutzbericht-2022-vorgestellt-1?pk_medium=newsletter&pk_campaign=230622_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily / eingesehen am 23. Juni 2023

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/20230622_Verfassungsschutzbericht_2022.pdf / eingesehen am 27. Juli 2023

**Bundesweit:
Vergessene NS-Opfer.
Bundestag beschließt Mahnmal
für Zeugen Jehovas**

Am 22. Juni hat sich der Bundestag dafür ausgesprochen, im Berliner Tiergarten ein Mahnmal für in der NS-Zeit verfolgte und ermordete Zeugen Jehovas zu errichten. Die AfD enthielt sich der Stimme. Die Historiker Wolfgang Benz, Detlef Garbe, Tim Müller und Uwe Neumärker halten die geplante Errichtung eines Mahnmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Zeugen Jehovas für „überfällig“. Dies betonten die vier Wissenschaftler als Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses am 22. Juni zu dem von den Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gemeinsam vorgelegten Antrag (20/6710) für ein solches Mahnmal. Nach Angaben des US-Holocaust-Museums lebten vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten 25.000 bis 30.000 Zeugen Jehovas in Deutschland. Da sie aus religiösen Gründen den Hitlergruß, die Mitgliedschaft in NS-Organisationen und die Teilnahme an Wahlen verweigerten, gerieten sie ins Visier der Nationalsozialisten. Nach derzeitigem Forschungsstand erlitten mindestens 10.700 deutsche Zeugen Jehovas und 2.700 aus den besetzten Ländern Europas direkte Verfolgung – in Form von Haft, Enteignungen, Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz, Kindesentzug, Folter und Mord. Etwa 4.200 Zeugen Jehovas aus Deutschland und Europa waren in Konzentrationslager inhaftiert. Mindestens 1.700 Angehörige der Glaubensgemeinschaft verloren während der NS-Diktatur ihr Leben. 282 von ihnen wurden wegen Kriegsdienstverweigerung hingerichtet, weitere 55 Kriegsdienstverweigerer kamen in der Haft oder in Strafeinheiten ums Leben.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/zeugen-jehovas-mahnmal-ns-zeit-bundestag-100.html> / eingesehen am 23. Juni 2023

Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Zeugen Jehovas, BT-Drs. 20/6710 vom 9. Mai 2023: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/067/2006710.pdf> / eingesehen am 26. Juli 2023

hib – heute im bundestag Nr. 374/2023. Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen. 22. Mai 2023. Experten: Mahnmal für Zeugen Jehovas „ist überfällig“: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-949680> / eingesehen am 26. Juli 2023

**Baden-Württemberg / Bundesweit:
Kopp Verlag: „Corona ist erst
vorbei, wenn bei den Schuldigen
die Handschellen klicken“**

„Corona ist erst vorbei, wenn bei den Schuldigen die Handschellen klicken“, so der Untertitel des Buches „Gegen das Vergessen“ des Österreicherers Werner Reichel. Erschienen ist das 240 Seiten umfassende Buch am 22. Juni beim Kopp Verlag in Rottenburg am Neckar. Der Verlag wirbt für das Machwerk auf der Titelseite seines monatlich erscheinenden Werbekatalogs (Juli). „Politiker, Journalisten, Wissenschaftler, Mediziner und sogar Kirchenvertreter und Künstler machten gemeinsame Sache mit Regierung und Pharmaindustrie; sie wurden zu Propagandisten der Macht. In diesem Buch nennt Werner Reichel die Namen von Überzeugungstätern, Brandstiftern, Profiteuren, Mitläufern, Claqueuren und nützlichen Idioten“, so die Werbung für das Buch. Laut Verlag „illustriert der Autor die Gefahr, die sich aus einer doktrinären Meinungseinfalt ergibt, in der Politik, Medien und Pharmaindustrie sich wohlwollend auf die Schulter klopfen und die Taschen

vollmachen, während geltendes Recht und Realität negiert werden.“ An die Lesenden wird appelliert: „Sie sollten sich jedenfalls all diese Leute merken und auch das, was sie abgesondert haben. Corona ist erst zu Ende, wenn die Schuldigen im Gefängnis sitzen. Umso mehr, als zu befürchten ist, dass sich Vorgänge wie diese in Zukunft wiederholen werden.“

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Thüringen:
**Landratswahl in Sonneberg.
 „Alarmsignal für alle
 demokratischen Kräfte“**

Zehn Jahre nach ihrer Gründung und sechs Jahre nach dem Einzug der rechtsextremen Partei in den Bundestag hat die AfD am 25. Juni im Kreis Sonneberg in Thüringen an der Grenze zu Bayern erstmals ein kommunales Spitzenamt erobert. Die AfD stellt mit dem derzeitigen AfD-Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalt Robert Sesselmann ihren ersten Landrat in der Bundesrepublik Deutschland. In einer Stichwahl hat sich der 50-jährige Sesselmann gegen den amtierenden CDU-Landrat Jürgen Köpper durchgesetzt. Sesselmann kommt nach dem vorläufigen Wahlergebnis auf 52,8 Prozent und CDU-Kandidat Köpper auf 47,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag nach Angaben des Statistischen Landesamtes nach dem aktuellen Auszählungsstand bei 59,6 Prozent (absolut: knapp 28.000 Stimmen).

Sesselmann und die AfD bestritten den Wahlkampf vor allem mit Bundesthemen wie dem umstrittenen Heizungsgesetz, der hohen Inflation oder gestiegenen Flüchtlingszahlen. Auf Wahlplakaten war zu lesen: „Euro abschaffen“, „Grenzen schließen“, „Frauen vor dem Islam schützen“, „Rundfunkbeiträge abschaffen“, „Gegen Windräder – für Diesel“ oder „Gegen Sanktionen – für billiges Gas aus Russland“. Der AfD-Bundesverband verschickte am 23. Juni einen elektronischen Rundbrief mit der Aufforderung „Robert Sesselmann zum Landrat wählen!“. Darin heißt es: „Setzen Sie deshalb ein Zeichen gegen Grün-Gelb-Rot-Schwarze Enteignungsphantasien der Altparteien!“

Im Kreistag verfügt die AfD über neun von 40 Mandaten. Sonneberg ist mit rund 57.000 Einwohnern und rund 48.000 Wahlberechtigten der zweitkleinste Kreis in Deutschland.

In Thüringen hatten Vertreter von Linke, SPD, Grüne und FDP ebenso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) dazu aufgerufen, den CDU-Kandidaten Köpper zu unterstützen. Auch einige Unternehmen, Handwerker und Kulturschaffende der Region warben um eine Entscheidung für eine demokratische und weltoffene Region.

Thüringens AfD-Vorsitzender Björn Höcke kommentierte das gemeinsame Vorgehen der Demokraten mit den Worten: „Daß die anderen Parteien sich wieder in DDR-Manier zu einer ‚Nationalen Front‘ hinter dem aussichtsreichsten Gegenkandidaten zur AfD versammeln würde, war klar. Massiv wurde aus dem ganzen Bundesgebiet auf den Wahlkampf eingewirkt. Es hat alles nichts genutzt: Weder die Diffamierungen, noch die Belehrungen, nicht die Drohungen und auch nicht die Boykottaufrufe oder die Blockparteientaktik. Billige Nougat-Versprechen verfehlten ebenso das Ziel wie die Einmischung einer Bundesbehörde oder fadenscheinige Strafanzeigen gegen den Spitzenkandidaten.“ Der Rechtsextremist gibt sich siegessicher: „Die Zeit der Gängelung neigt sich dem Ende. Immer mehr durchschauen die miesen Spielchen. Noch kann man eine Alternative wählen – und immer mehr machen von diesem Recht Gebrauch.“ Der aus Lünen in Nordrhein-Westfalen stammende ehemalige Geschichtslehrer und jetzige Thüringer AfD-Chef wird seit 2020 vom Verfassungsschutz als Rechts-extremist eingestuft und beobachtet. Er war immer wieder durch rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen aufgefallen. Ins gleiche Horn wie Höcke posaunte Sesselmann in einem Interview mit der Rechtspostille Junge Freiheit kurz vor der Landratswahl als er abschätzig von einem „Parteienkartell aus den Altparteien“ sprach.

Bei der AfD-Wahlparty in Sonneberg waren auch Thüringens Landesvorsitzender Björn Höcke, von COMPACT als der „Vater des Erfolgs“ bejubelt, und der Bundesvorsitzende Tino Chrupalla zugegen. Die AfD Thüringen gratulierte ihrem Kandidaten auf Twitter zum ersten Landratsamt für die Partei. „Es werden weitere folgen. Wie holen uns unser Land zurück!“, heißt es in dem Tweet. Das breite Parteienbündnis, das sich hinter den CDU-Politiker Köpper gestellt hatte, bezeichnete die AfD Thüringen als „DDR-Allüren“. Unter den Feiernden war auch der notorische Antisemit und rechts-extreme Holocaust-Leugner Nikolai Nerling. COMPACT-TV war mit seinem Chef Paul Klemm vertreten.

Dieter Stein, Chefredakteur der Jungen Freiheit, titelte nach dem AfD-Wahlerfolg: „Der Wind dreht sich“: „Die jahrelang von etablierten Parteien und Medien verfolgte Strategie einer systematischen Marginalisierung und Ausgrenzung der AfD könnte an ihr Ende gekommen sein. Erschüttert reagiert die Berliner Polit- und Medienblase [...], als sei gerade der Bundeskanzler durch ein konstruktives Mißtrauensvotum abgewählt worden.“ Erfreut gibt Stein kund: „Insgesamt erweisen sich der inflationäre Einsatz der Faschismus- oder Verfassungsschutzkeule als stumpf. Sie haben jeden Bezug zur Realität verlassen. [...] Der Punkt scheint überschritten zu sein, wo sich eine nennenswerte Zahl von Bürgern von diesen Warnungen, es handle sich bei der AfD um eine ‚gesichert rechtsextreme‘ oder ‚faschistische‘ Partei, abschrecken lassen.“

Der Rechtsextremist Martin Sellner, Kopf der Identitären Bewegung in Österreich, frohlockte auf dem Blog von Sezession in Richtung AfD: „In Sonneberg hat die AfD nun einen ersten Landrat. Zwar übersteigt der Symbolwert die reale politische Gestaltungsmacht des Postens. Doch die Vision einer AfD in Regierungsverantwortung bestimmt zunehmend – ob als Hoffnung oder als Albtraum – die politische Debatte in der Bundesrepublik.“ Den Namen Sezession hatte, angelehnt an Nietzsches Wort von der „großen Los-Lösung“, Karlheinz Weißmann vorgeschlagen. 2014 zerstritten sich Weißmann und Götz Kubitschek wegen der AfD. Die Auflage der seit 2003 erscheinenden Theoriezeitschrift Sezession soll 4.000 Exemplare betragen.

„Herzliche Gratulation an Robert Sesselmann“ ließ der baden-württembergische AfD-Politiker Bernd Gögel verlautbaren: „Hoffentlich werden zahlreiche weitere derartige Ergebnisse folgen“, so Gögel.

Corinna Mara Conrad, Vizevorsitzende der Kleinstpartei Deutsche Konservative, kommentierte hasserfüllt: „Ricarda Lang, der Grüne Wonneproppen und Kampfpfänger der Gastronomie ist ‚bestürzt‘ dass die AfD bei der Landratswahl in Sonneberg gewonnen hat. Sie ruft nun alle demokratischen Kräfte zum verteidigen der Demokratie auf. Die Grüne Landessprecherin Ann-Sophie Bohm ist ‚fassunglos‘ und schließt jede Zusammenarbeit mit dem AfD-Landrat Sesselmann aus. Mädels, dieses Ergebnis ist euch Bildungsresistenten Puten zu verdanken, denn die demokratischen Kräfte haben sich zusammengefunden, um gemeinsam gegen Diktatur und Willkür der Grünen wieder Normalität ins Land zu bringen.“ [Fehler im Original] Thüringens Innenminister und SPD-Vorsitzender Georg Maier bezeichnete das Wahlergebnis als „Alarmsignal für alle demokratischen Kräfte“. Nun heiße es, „parteilpolitische Interessen hintanzustellen und gemeinsam die Demokratie zu verteidigen“. „Das ist ein Dammbbruch, den die demokratischen politischen Kräfte in diesem Land nicht einfach hinnehmen dürfen“, so Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Der frühere AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen hat die zunehmende Radikalisierung der AfD scharf kritisiert. Mit seinem Abgang sei das gemäßigte Lager innerhalb der Partei zerfallen, „die Radikalen haben die Kontrolle über die AfD übernommen“, sagte Meuthen in einem am Wahltag veröffentlichten Interview. Sie sei heute eine „Partei am rechten Rand mit völkisch-nationalistischen Positionen, die von einer einzigen Person dominiert wird, und das ist Björn Höcke“.

Kommendes Jahr werden die Landtage in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gewählt.

<https://www.endstation-rechts.de/news/thuringen-landratswahl-sonneberg-alarmsignal-fuer-alle-demokratischen-kraefte/> / eingesehen am 26. Juni 2023

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/frueherer-parteichef-joerg-meuthen-kritisiert-kurs-der-afd-18988301.html> / eingesehen am 26. Juni 2023

<https://www.sueddeutsche.de/politik/thuringen-sonneberg-sesselmann-afd-reaktionen-1.5969022/> / eingesehen am 26. Juni 2023

<https://twitter.com/RubenGerczi/status/1673037512317497344> / eingesehen am 26. Juni 2023

<https://www.endstation-rechts.de/news/zwanzigjaehrigen-bestehen-der-sezession/> / eingesehen am 26. April 2023

<https://bernd-goegel+.de/herzliche-gratulation-an-robert-sesselmann-sonneberg-afd-kandidat-zum-landrat-gewaehlt/> / eingesehen am 26. Juni 2023

<https://www.facebook+.com/Bjoern.Hoecke.AfD/> / eingesehen am 26. Juni 2023

<https://sezession+.de/67333/hundert-neue-abonnenten-zu-unserem-jubilaeum/> / eingesehen am 26. Juni 2023

<https://www.deutschekonservative+.de/landratswahl-und-der-sieg-der-demokratie/> / eingesehen am 26. Juni 2023

https://www.compact-online+.de/nach-afd-sieg-das-heulen-der-brd-elite/?mc_cid=d4a14e7108&mc_eid=204ddea91 / eingesehen am 27. Juni 2023

<https://sezession+.de/67700/rechte-retten-die-demokratie/> / eingesehen am 10. Juli 2023

Dieter Stein: Der Wind dreht sich. AfD-Erfolge: Warum der politische Wandel etwas völlig Normales ist, in: Junge Freiheit, 27/2023, S.1

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Bundesweit:

Lagebild: Fast 900 anti-muslimische Vorfälle erfasst

Antimuslimischer Rassismus ist in der Bundesrepublik Deutschland kein Randphänomen, sondern mitten in unserer Gesellschaft verankert. 898 antimuslimische Vorfälle, darunter Angriffe, Drohungen und Pöbeleien hat die CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit für das Jahr 2022 erfasst. Zu vermuten sei aber eine hohe Dunkelziffer, heißt es im erstmals erstellten zivilgesellschaftlichen Lagebild antimuslimischer Rassismus, das vom Bundesfamilienministerium gefördert wird. Rassismus ist demnach für die Betroffenen alltagsprägend. Viele erfasste Fälle betreffen Frauen. Bekannt wurden elf Drohbriefe an Moscheen mit „oft exzessiven Gewalt- und Morddrohungen“. Dabei seien Verschränkungen mit dem Antisemitismus erkennbar. Briefe hätten rechtsextreme NS-Symbole oder Verweise auf die NS-Zeit enthalten. 71 Körperverletzungen, 44 Sachbeschädigungen, drei Brandstiftungen und 49 weitere Gewalttaten wurden gezählt. Rassistisch motivierte Angriffe auf Jugendliche und Kinder nahmen zu. „Menschen wurden in Deutschland auch im Jahr 2022 täglich zur Zielscheibe von rassistischen Übergriffen, Erniedrigungen, Beleidigungen und von Ausgrenzungen – weil sie muslimisch sind oder weil man annimmt, sie seien muslimisch. Jeder einzelne Fall kann psychische und finanzielle Auswirkungen auf das Leben von betroffenen Menschen und ihren Familien haben. Was sie tagtäglich in Deutschland erleben, bleibt der Mehrheitsgesellschaft oft unbekannt“, sagte Rima Hanano, Leitung von CLAIM, bei einer Pressekonferenz am 26. Juni in Berlin. Von einer hohen Dunkelziffer an antimuslimischen Vorfällen gehen die Autoren aus, weil eine breite Erfassung fehle. In das erste zivilgesellschaftliche Lagebild antimuslimischer Rassismus flossen demnach Daten von zehn regionalen Melde- und Beratungsstellen aus fünf Bundesländern, bundesweite Fallzahlen aus der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität 2022 sowie aus Pressemeldungen der Polizei für das Jahr 2022.

„Die Ergebnisse des zivilgesellschaftlichen Lagebilds zeigen, dass Muslim*innen oder muslimisch wahrgenommene Menschen in allen Lebensbereichen Diskriminierung erfahren – sei es im Beruf, in der Schule, bei der Gesundheitsversorgung oder im öffentlichen Raum. Dies bekräftigt den Lagebericht der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus ‚Rassismus in Deutschland‘, nach dem Musliminnen und Muslimen zu den am meisten abgelehnten Minderheiten in Deutschland gehören. Das ist nicht hinnehmbar und verletzt das Gleichheitsgebot in Artikel 3 des Grundgesetzes“, so der Bundestagsabgeordnete Sven Lehmann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in seinem Geleitwort.

CLAIM vereint und vernetzt 50 muslimische und nichtmuslimische Akteure der Zivilgesellschaft und bildet eine breite gesellschaftliche Allianz gegen antimuslimischen Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit. CLAIM wird getragen von Teißeind e. V., gefördert unter anderem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus. Seit 2020 ist CLAIM Partner im Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit.

<https://www.claim-allianz.de/aktuelles/news/pressemitteilung-erstes-zivilgesellschaftliches-lagebild-zeigt-mehr-als-zwei-antimuslimische-vorfaelle-pro-tag-in-deutschland/> / eingesehen am 26. Juni 2023

Baden-Württemberg: Tübingen:
Jüdisch-Islamische Forschungsstelle

Seit Juni gibt es an der Universität Tübingen eine Jüdisch-Islamische Forschungsstelle (JIF), die nach eigenen Angaben die deutschlandweit erste ihrer Art ist. Im Gespräch erzählen die beiden Gründer, die Professorin für Islamische Religionspädagogik, Fahimah Ulfat, und der Dozent für Jüdische Theologie, Asher Mattern, warum es ihnen wichtig ist, Probleme wie Antisemitismus nicht auszuklammern.

<https://www.migazin.de/2023/06/28/neue-forschungsstelle-tuebingen-mit-kippa/> / einges. am 29. Juni 2023

Griechenland:
Rechtsextremisten im Parlament

Gleich drei Parteien mit rechtsextremen Hintergrund haben am 25. Juni den Einzug ins griechische Parlament geschafft: die bis dato fast unbekanntes Spartiates (Spartaner) mit 4,63 Prozent (12 Sitze), die schon im Parlament vertretene Elliniki Lysi (Griechische Lösung, EL) mit 4,44 Prozent (12 Sitze) und Niki (Sieg) mit 3,69 Prozent (10 Sitze) der Wählerstimmen. Die neonazistische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung), die das oberste griechische Gericht Areopagos im Oktober 2020 wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verboten hatte, ist in den Nachfolparteien Spartiates und Niki wiederauferstanden. Spartiates wurde verbal von dem Rechtsextremisten Ilias Kassidiaris, einem früheren Parlamentsabgeordneten und Parteiprecher von Chrysi Avgi, unterstützt, der eine langjährige Haftstrafe absitzt. Vassilis Stigas, Spartiates-Parteiführer, bedankte sich noch am Wahlabend: „Die Unterstützung von Ilias Kasidiaris war der Treibstoff für das Wahlergebnis“, sagte er.

<https://www.dw.com/de/parlamentswahl-in-griechenland/t-65689187/> / eingesehen am 30. Juni 2023

Österreich:
**Waffenfunde bei rechts-
 extremen Rockern**

Am 26. Juni wurden in Österreich bei 13 Hausdurchsuchungen sechs Mitglieder der rechtsextremen Rockergruppe MC Bandidos in Oberösterreich und Niederösterreich festgenommen. Es handelt sich um österreichische Staatsbürger im Alter zwischen 35 und 50 Jahren. Ein Waffenarsenal mit 70 Langwaffen, unzähligen Maschinengewehren und Granatwerfern, sowie über 100 Faustwaffen wurde entdeckt. Weiter fanden die Ermittler über ein Kilo Kokain, 650 Gramm Amphetamine, sechs Kilo Cannabiskraut, 600.000 Euro an Bargeld und unzählige NS-Devotionalien, darunter Fahnen, Dolche, Teile von Uniformen, Büsten und Bilder.

Unter den Verhafteten befindet sich auch eine ehemalige Führungsperson der rechtsextremen Gruppe Objekt 21. Der Wert der Waffen beläuft sich auf 1,5 Millionen Euro. Alleine im vergangenen Jahr gab es in Österreich 660 Ermittlungsmaßnahmen gegen Rechtsextreme, mehr als 100 Hausdurchsuchungen und 37 Festnahmen, heißt es aus dem Innenministerium.

*<https://www.vienna.at/rechts-rocker-in-ooe-besassen-ueber-70-langwaffen/8160865/>
 eingesehen am 30. Juni 2023*

Frankreich /
 Bundesrepublik Deutschland:
Neonazis gegen Randalierer

Nach der Erschießung des 17-jährigen Nahel Merzouk am 27. Juni in Nanterre bei Paris kam es binnen kürzester Zeit zu landesweiten Ausschreitungen in hunderten Städten gegen Einrichtungen des Staates als auch gegen unbeteiligte Zivilisten. Allein in der ersten Nacht meldeten die Behörden über 1.350 abgeackelte Autos und doppelt so viele Brände auf den Straßen. Mehr als 200 Geschäfte wurden geplündert und über 300 Bankfilialen verwüstet. Die Schadenshöhe wird auf über eine Milliarde Euro geschätzt. Im Einsatz waren zeitweilig über Tage hinweg 45.000 Polizisten. Auch die jüdische Gemeinde war von der Gewalt, oft ausgehend von jungen Muslimen, betroffen: In Nanterre wurde das Holocaust-Mahnmal geschändet, in Sarcelles ein koscheres Restaurant und Lebensmittelgeschäft angezündet. Schabbat-Gottesdienste mussten abgesagt werden, und der Sicherheitsdienst der jüdischen Gemeinschaft in Frankreich hat allen Juden im Land geraten, vorsichtig zu sein. Das American Jewish Committee in Paris twitterte, Proteste dürften „niemals in Gewalt und abscheulichen Antisemitismus ausarten“.

In die Krawalle mischte sich auch die rechtsextreme Szene ein. Die Partei Rassemblement National von Marine Le Pen forderte ein noch härteres Durchgreifen gegen die Protestierenden. Extrem rechte Bürgerwehren zogen durch die Straßen, um Hand in Hand mit der Polizei gegen die Randalierer vorzugehen. In Lorient legten Rechtsextremisten, die sich als Anticasseurs (Antirandalierer) bezeichneten, einigen Jugendlichen Handschellen an, bevor sie der Polizei zugeführt wurden. In Angers war eine extrem rechte Bürgerwehr unterwegs, die sich aus Protagonisten der 2021 vom Staat aufgelösten Naziverehrergruppe Alvarium zusammensetzte. Mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffnet, gingen diese auf einzelne Demonstranten los. In Chambéry umzingelten Rechtsextremisten die Präfektur und skandierten: „Franzosen, wacht auf, ihr seid hier zu Hause!“ In Lyon zogen Rechtsextremisten und Hooligans gemeinsam durch die Straßen, um einzelne Demonstranten anzugreifen und „Frankreich den Franzosen!“ zu brüllen.

„Im Zuge des angelaufenen Bürgerkrieges in Frankreich gibt es in all dem Chaos auch wenige Lichtblicke. So kursieren [...] Videos von französischen Patrioten, die das Gesetz nun ebenfalls in die eigene Hand nahmen und kurzerhand ihr Eigentum so gut es geht vor den gewalttätigen Plünderern, Linken und Migranten schützten“, lobt die rechtsextreme Homepage Unser Mitteleuropa (Untertitel: „Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer“). Zitiert wird der ehemalige rechtsextreme französische Präsidentschaftskandidat Eric Zemmour mit der Aussage: „Wir befinden uns im Anfangsstadium eines Bürgerkriegs. Das ist offensichtlich. Es ist ein ethnischer Krieg. Wir können deutlich erkennen, dass es sich um einen Rassenkrieg handelt.“

Die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg fordert „daher für eine grundlegende Kehrtwende von der Migration hin zur Remigration ein, um Europa vor der Kolonisierung aus dem nahen Osten und Afrika zu befreien. [...] Es gibt für das Überleben Europas keine Alternative zur Remigration und Reconquista!“

Frank Franz, Vorsitzender der rechtsextremen Partei Die Heimat (vormals NPD), äußerte anlässlich der Krawalle: „Europa befindet sich Dank antieuropäischer Kartellkommissare in einem Strudel der Destabilisierung. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich Migranten in Berlin, Frankfurt oder Duisburg an solchen Krawallen beteiligen. [...] Unverzeihlich ist auch, dass wir unserer Heimat und unsere Kinder ihrer Zukunft beraubt werden. Dass unser Land und unser Erbe an Fremde aus aller Herrenländer verscherbelt wird. Die Verantwortung tragen die Politiker des Kartells.“ Die Deutsche Stimme, Sprachrohr der Heimat, bezog im Artikel „Nafri-Randale in Frankreich – im Westen nichts Neues“ Position zur Randale in Frankreich: „Ob der Vielvölkerstaat funktioniert oder nicht, ist einerlei. Im Kern geht es um die Bewahrung der Völker an sich. Jegliche Form der Vermischung ist ein Angriff

auf die Vielfalt. Und nichts anderes sind die Aushöhlung von Nationalstaaten und die Auflösung von Ethnien durch Migration. Deswegen ist dieses Konzept aus Prinzip abzulehnen. Rückführung aller Migranten in ihre Heimatländer ist das Gebot der Stunde und nicht linksgrüne Pädagogik oder Polizeistaat. Das Volksheim ist besser als ein Welttempel.“

Die rechtsextreme Monatszeitschrift Zuerst! teilt mit Blick „auf die bürgerkriegsartigen Unruhen in Frankreich“ mit, dass der Vorsitzende der rechtsextremen spanischen Partei VOX, Santiago Abascal Conde, „radikale Muslime zumindest einer Mitverantwortung beschuldigt – ohne sie direkt zu nennen.“ Demnach führte der spanische Politiker aus: „Es gibt ein Europa, das von Mobs von Anti-Europäern bedroht wird, die Polizeistationen zertrümmern, Bibliotheken niederbrennen und zustechen, um ein Handy zu stehlen, die nicht bereit sind, sich an unsere Lebensweise und unsere Gesetze anzupassen und die denken, daß wir diejenigen sind, die sich anpassen müssen“.

Die Junge Freiheit kommentierte die Vorgänge in Frankreich mit den Worten: „Wer bisher in Frankreich noch nicht Marine Le Pen wählt, wird es sich nun gut überlegen. Sofern er jedenfalls zu dem Teil der Franzosen gehört, die den Staat noch am Laufen halten. [...] Doch keine Entwicklung ist unumkehrbar. Noch ist Zeit, das Ruder rumzureißen. Es liegt am Ende doch immer noch in der Hand der Wähler.“

Der Polizist Florian M., der den Schuss auf den Jugendlichen abgegeben hat, sitzt in Untersuchungshaft. Jean Messiha, vormalig Mitglied der Partei Rassemblement National, und ein Unterstützer von Éric Zemmour, hat eine Spendenaktion für die Familie des Polizisten ins Leben gerufen. Inzwischen wurden bereits weit mehr als 1 1/2 Million Euro (Stand: Mitte Juli) gespendet. Über 85.000 Menschen haben sich bisher an der Aktion beteiligt. Die Spendenaktion für Florian M. spiegelt „die öffentliche Meinung wider. Viele Menschen erkennen nun endlich das Problem der Multi-Kulti Politik und die Gefahr von Millionen Fremden im eigenen Land“, so die rechtsextreme österreichische Wochenzeitung Zur Zeit.

Auf Verlangen der AfD-Fraktion befasste sich auch der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit den Vorfällen in Frankreich. Für die Aussprache am 6. Juli wählte die AfD den Titel „Gewalttätige Unruhen in Frankreich – Parallelgesellschaften in Deutschland verhindern“. Laut Plenarprotokoll sprach der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio von „marodierende[n] Banden krimineller Gewalttätiger“. Die „Mehrheit der Bürger könne „die Tyrannei dieser gewalttätigen Minderheiten nicht länger ertragen“. Es handele sich um „eine Migrantenrevolte arabischer Zuwanderer aus dem Maghreb, die maximal unintegriert“ seien. „Sie lehnen westliche Werte und den Staat ab, der sie aufgenommen hat und durchfüttert. Sie lehnen Recht und Gesetz ab, zerstören jede Nacht fremdes Eigentum. [...] Sie schreien ‚Allahu akbar!‘, dann legen sie Feuer, [...] heute in Frankreich, morgen in Deutschland. Wir müssen dem scharf entgegentreten, jetzt, meine Damen und Herren!“

Armin Laschet (CDU) entgegnete: „Sie haben gesagt, das Problem wird mit Geld zugeschüttet. Das heißt, Sie haben überhaupt nicht verstanden, [...] dass die, die in Frankreich in den Banlieues leben, zum Teil Angehörige von Kämpfern der französischen Kolonialmacht sind, die auf der Seite Frankreichs gekämpft haben und denen Frankreich dann ermöglicht hat, nach Paris einzuwandern. Der große Fehler war: Man hat sie in Banlieues untergebracht. [...] Sie hatten kaum eine Aufstiegschance in der französischen Gesellschaft. [...] Die Präsidenten Frankreichs haben nach 2005 erkannt, dass man mehr Geld in die Hand nehmen muss: [...] für Bildung, für Aufstiegschancen, für bessere Stadtviertel, für den Abriss von manchen Hochhäusern, um das Viertel anders zu gestalten. Und genau das wollen Sie nicht. Sie wollen nicht, dass die Menschen in die Gesellschaft integriert sind. [...] Ihre Partnerpartei in Frankreich, Rassemblement National, hat im Parlament gesagt: Ausländische Straftäter ausweisen. – Dann hat der französische Innenminister entgegnet: 90 Prozent der Festgenommenen sind Franzosen. Es geht hier um kriminelle Jugendliche und nicht um Ausländer. Sie sprechen Französisch.“

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/im-visier/> eingesehen am 6. Juli 2023

<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/angst-in-sarcelles/> / eingesehen am 6. Juli 2023

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw27-de-aktuelle-stunde-frankreich-956780/> / eingesehen am 20. September 2023

<https://unser-mittleuropa+.com/franzoesische-nationalisten-und-patrioten-schuetzen-eigentum-vor-migranten-mobs-videos/> / eingesehen am 6. Juli 2023

<https://unser-mittleuropa+.com/migranten-lynchen-weissen-franzoesischen-lkw-fahrer-video-eric-zemmour-anfangsstadium-eines-ethnischen-buergerkriegs/> / eingesehen am 6. Juli 2023

<https://der-dritte-weg+.info/2023/07/rassenunruhen-in-frankreich-brandstiftungen-randale-pluenderungen-hetzjagden/> / eingesehen am 06. Juli 2023

<https://npd-thueringen+.de/2023/07/migranten-krawalle-zemmour-mahnt-zur-besorgnis/> eingesehen am 6. Juli 2023

<https://deutsche-stimme+.de/nafri-randale-in-frankreich-im-westen-nichts-neues/> eingesehen am 6. Juli 2023

<https://zurzeit+.at/index.php/franzosen-sammeln-hunderttausende-euro-fuer-polizisten-von-nanterre/> eingesehen am 6. Juli 2023

<https://der-dritte-weg+.info/2023/07/spendenaktion-fuer-franzoesischen-polizisten-von-nanterre-videos/> eingesehen am 8. Juli 2023

<https://zuerst+.de/2023/07/08/vox-chef-abascal-europa-vertraegt-keine-einwanderung-aus-muslimischen-laendern-mehr/> / eingesehen am 8. Juli 2023

<https://jungfreiheit+.de/debatte/kommentar/2023/diverser-buergerkrieg/> / eingesehen am 8. Juli 2023

Thüringen:
**Thüringer Zustände 2022 -
 Rechtsextremismus und Gruppen-
 bezogene Menschenfeindlichkeit
 im Freistaat Thüringen**

Die dritte Jahres-Ausgabe der „Thüringer Zustände“ ist seit dem 27. Juni online. Die Publikation bietet eine faktenbasierte Darstellung und kritische Einordnung der Situation des Rechtsextremismus, des Antisemitismus und Rassismus, der Abwertung, Diskriminierung und Hassgewalt im Freistaat Thüringen im Jahr 2022. Sie ergänzt damit behördliche Darstellungen, die den Phänomenbereich nur unzureichend erfassen. Betrachtet und eingeordnet werden Phänomene aus verschiedenen Perspektiven: wissenschaftliche Analysen, zivilgesellschaftliche Beratungspraxis, Betroffenenperspektive. Herausgegeben wird die Publikation von ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, von MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, vom KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena und vom IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Die „Thüringer Zustände“ sind in PDF-Form unter www.thueringer-zustaende.de abrufbar. Unter der angegebenen URL sind auch die Ausgaben der vergangenen Jahre zu finden.

Kostenlose Druckexemplare können ab sofort bei den herausgebenden Institutionen bezogen werden: mail@mobit.org.

<https://www.idz-jena.de/im-dialog/thueringer-zustaende/> / eingesehen am 30. Juni 2023

Bundesweit:
**COMPACT-TV meldet
 „neuen Zuschauerrekord“**

„Mit der wahnsinnigen Reichweite, die seit Mai immer weiter explodiert, kann COMPACT-TV ein deutsches Wunder möglich machen – wir rütteln die Menschen auf wie kein zweites Alternativmedium“, so die Redaktion in einem elektronischen Rundbrief am 27. Juni. Demnach erreicht COMPACT-TV pro Tag 100.000 Menschen „allein auf YouTube, plus weitere 25.000 über andere Portale. Dazu kommen 357.000 pro Tag auf unseren TikTok-Kanälen, die erst Ende Mai gestartet wurden. Summe summarum [Fehler im Original] stehen wir damit bei knapp einer halben Million Zuschauer, Tag für Tag.“ Hoffnungsvoll geht es im Schreiben weiter: „Der Sturz des Ampel-Regimes ist möglich! Helfen Sie uns mit einer Spende, damit wir weiter in der Offensive bleiben und wachsen können! Wenn Sie unsere Arbeit gut finden: Unterstützen Sie uns mit einer Spende!“ Die Verfassungsschutzbehörden im Bund und in diversen Bundesländern haben die COMPACT-Magazin GmbH mit Sitz in Werder (Havel) als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Demnach trägt die COMPACT-Magazin GmbH „Positionen und Aussagen in die Öffentlichkeit, die eindeutig als völkisch-nationalistisch sowie minderheitenfeindlich zu bewerten sind“, so das Bundesamt für Verfassungsschutz. Weiter heißt es: „Die Äußerungen enthalten wiederholt antisemitische Verschwörungsmotiven und islamfeindliche Motive. Zudem sind sie durch eine Verächtlichmachung und Verunglimpfung der politischen Parteien, Politiker und Repräsentanten der Bundesrepublik gekennzeichnet.“

Elektronischer Rundbrief der COMPACT-Redaktion vom 27. Juni 2023

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/12/verfassungsschutz-compact-magazin-rechtsextremismus-brandenburg.html> / eingesehen am 27. Juni 2023

Sachsen:
Verfassungsschutzbericht 2022

Der Rechtsextremismus bleibt in Sachsen die größte Bedrohung für die Demokratie. Rund 4.350 Menschen werden im sächsischen Verfassungsschutzbericht 2022 dieser Szene zugeordnet. Etwa 1.500 von ihnen gelten als gewaltbereit. Als rechtsextreme Bestrebung stuft das Landesamt für Verfassungsschutz bereits seit 2021 die Kleinstpartei Freie Sachsen ein, sie wird als Verdachtsfall beobachtet. Die Zahl der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter wird mit rund 2.500 Menschen beziffert; 600 mehr als 2021. Der Anstieg ist den Verfassungsschützern zufolge unter anderem auf die Ansiedlung des sogenannten Königreichs Deutschland (KRD) in Sachsen zurückzuführen. Dresden habe sich demnach zu einem „Reichsbürgerhotspot“ entwickelt, ansonsten konzentriere sich die Szene auf den ländlichen Raum.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-06/sachsen-reichsbuerger-verfassungsschutz-2022/>
 eingesehen am 27. Juni 2023

Verfassungsschutzbericht 2022 als PDF: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2022.pdf / eingesehen am 27. Juli 2023

Bundesweit:
**Zahl antisemitisch motivierter
 Gewalttaten stark gestiegen**

Am 27. Juni stellte der geschäftsführende Vorstand des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) in Berlin den neuen Jahresbericht 2022 seiner Organisation in Berlin vor. Demnach stieg die Zahl von Fällen extremer Gewalt auf den höchsten Stand seit Beginn der Erfassung 2017. Dazu zählen körperliche Angriffe und Anschläge mit ernsten Folgen oder deren Versuch. Die RIAS-Meldestellen dokumentierten insgesamt neun Vorfälle extremer Gewalt, 56 Angriffe, 186 gezielte Sachbeschädigungen, 72 Bedrohungen, 1.912 Fälle verletzenden Verhaltens (davon 426 Versammlungen) sowie 245 Massenzuschriften. Die Zahl antisemitischer Vorfälle gibt RIAS mit insgesamt 2.480 an. Erstmals wurden dem rechtsextremen Hintergrund mit 13 Prozent nicht die meisten Vorfälle zugeordnet. 2021 waren es 2.773 Vorfälle, ein Rückgang von fast elf Prozent. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, kommentierte den Bericht: „Die weiterhin hohen Zahlen der Meldestellen zeigen, dass Antisemitismus in Deutschland bedauerlicherweise ein Alltagsphänomen ist. Obwohl die größte Bedrohung von der extremen Rechten ausgeht, beobachten wir auch, dass Antisemitismus verschiedene Formen des Extremismus miteinander verbindet.“

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/juden-gewalttaten-antisemitismus-100.html> /
 eingesehen am 27. Juni 2023

https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2022.pdf / eingesehen am 27. Juli 2023

Italien:
**Kampf gegen Antisemitismus
 im italienischen Fußball**

Der italienische Innenminister Matteo Piantedosi kündigte in der letzten Juni-Woche an, mit konkreten Maßnahmen den Kampf gegen Antisemitismus im italienischen Fußball zu verstärken. Im Innenministerium in Rom wurde eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet, die konkrete Maßnahmen vorsieht. Dazu gehört die Einhaltung eines ethischen Verhaltenskodex, der sich an der internationalen Definition von Antisemitismus orientiert. Außerdem werden Maßnahmen wie Spielunterbrechungen oder gar -abbrüche bei antisemitischen Vorfällen genannt. Fußballspielern wird untersagt, das Trikot mit der Nummer 88 zu tragen. Diese Zahl ist ein Symbol für „Heil Hitler“.

<https://www.zdf.de/nachrichten/sport/fussball-italien-rassismus-verbot-trikotnummer-88-100.html> /
 eingesehen am 30. Juni 2023

Bundesweit:
**Jahresbericht der Unabhängigen
 Bundesbeauftragten für Anti-
 diskriminierung**

Bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sind im vergangenen Jahr so viele Anfragen eingegangen wie nie zuvor. Insgesamt hat die Antidiskriminierungsstelle etwa 8.800 Beschwerden bekommen, wie in ihrem Jahresbericht 2022 steht. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von etwa 14 Prozent, verglichen mit Werten vor der Pandemie sogar eine Verdoppelung. Mit einem Anteil von 43 Prozent der Anfragen berichteten Menschen am häufigsten über rassistische Diskriminierung. Bei der Vorstellung des Jahresberichtes führte die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ferda Ataman in Berlin aus, dass sie „mit großer Sorge eine Rückkehr des Ressentiments in politischen Debatten und eine noch nie dagewesene Welle von Hass im Netz“ erlebe. Transfeindlichkeit, Antisemitismus sowie Hass auf Muslime und Roma würden oft geballter auftreten als zuvor. Zugleich betonte Ataman: „Immer mehr Menschen nehmen Diskriminierung nicht hin. Das belegen die Zahlen ganz deutlich. Wir haben deutlich mehr Anfragen, als wir entgegennehmen können. Dass Menschen den Mut haben, über Diskriminierung zu sprechen und sich Hilfe zu holen, verdient unsere Anerkennung. Und es zeigt, dass das Bewusstsein für Antidiskriminierung in der Bevölkerung wächst – ein wichtiges Zeichen gesellschaftlicher Reife und Integration“, sagte Ataman. „Ich will Menschen ermutigen, sich Diskriminierung nicht gefallen zu lassen. Und ich will, dass mehr Menschen wissen, dass Diskriminierung verboten ist. Außerdem will ich das AGG zukunftsfähig machen – zum Beispiel bei Diskriminierungen durch Systeme künstlicher Intelligenz.“

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ist 2006 mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gegründet worden. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen oder antisemitischen Gründen, wegen des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Die ADS berät rechtlich, kann Stellungnahmen einholen und gütliche Einigungen vermitteln. Sie betreibt Forschung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Diskriminierung. Seit 2022 wird die Leitung der Stelle als Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung vom Deutschen Bundestag gewählt.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2023/20230627_Jahresbericht_2022.html / eingesehen am 28. Juni 2023

Jahresbericht 2022 als PDF: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2022.pdf?__blob=publicationFile&v=7 / eingesehen am 27. Juli 2023

Bundesweit:
**Rechtsextreme Ansichten
 in Ostdeutschland**

Fast 35 Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung ist Ethnozentrismus (Werte und die Besonderheiten der eigenen Ethnie werden über die anderer Völker gestellt) in Ostdeutschland weit verbreitet. Eine Befragung zeigt eine hohe Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen. Dies belegt das am 28. Juni vorgestellte Policy Paper „Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie“ des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts (EFBI) der Universität Leipzig. Die Studie entstand in Kooperation mit dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) – einem Verbund aus elf Hochschul- und Forschungsinstituten.

Viele Ostdeutsche fühlten sich von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, erläuterte der Sozialpsychologe und Studienleiter Oliver Decker. Fast zwei Drittel der Ostdeutschen (64,6 Prozent) halten es der Studie zufolge für sinnlos, sich politisch zu engagieren. Mehr als drei Viertel (77,4 Prozent) gehen davon aus, ohnehin keinen Einfluss auf das Regierungshandeln zu haben. Eindeutig sind auch die Werte bei Fragen zur Migration. So stellten sich 41,3 Prozent der Befragten voll oder überwiegend hinter die Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ und 36,6 Prozent hinter den Satz: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ 26,3 Prozent der Befragten stimmten der Aussage voll oder überwiegend zu, Deutschland brauche jetzt eine „einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. 14 Prozent fanden die Aussage richtig: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“. Für knapp neun Prozent ist die „Diktatur die bessere Staatsform“. Auch Antisemitismus ist weit verbreitet: Der Aussage „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“ stimmen über 30 Prozent teilweise oder ganz zu. Jeweils knapp neun Prozent stimmen ganz oder überwiegend zu, wenn es heißt: „Juden haben etwas Eigentümliches an sich und passen nicht zu uns“ oder „Juden arbeiten mehr als andere mit üblen Tricks“. 77,4 Prozent der Befragten sagen: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Und 64,6 Prozent stimmen der Aussage zu: „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“

<https://www.deutschlandfunk.de/viele-ostdeutsche-unzufrieden-mit-der-demokratie-wunsch-nach-starker-partei-104.html> / eingesehen am 30. Juni 2023

EFBI Policy Paper 2023-2: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie als PDF: https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf

Baden-Württemberg:
**Demonstranten gegen
 AfD-Kundgebung in Rottweil**

Mehrere hundert Personen demonstrierten am 29. Juni gegen eine Veranstaltung der AfD in Rottweil. Veranstalter der Demonstration unter dem Motto „Rottweil bleibt bunt und vielfältig“ war das Bündnis für Demokratie und Vielfalt, unterstützt von 26 Parteien, Vereinen und Gruppierungen. Eine der Rednerinnen der Demonstration war die Bundestagsabgeordnete Lena-Anna Weiss (CDU). Sie berichtete von ihren Erfahrungen mit der AfD im Bundestag. „Was ich von der AfD höre, ist immer überspitzt, verfälscht und gegen unsere Demokratie gerichtet“, so die Abgeordnete. Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Daniel Karrais (FDP) bezog deutlich Position zur AfD: „Verfassungsfeindlich, widerwärtig, das ist die AfD“, sagte Karrais, „das ist Höcke, das ist Emil Sänze.“

Redner des Abends waren Parteichef Tino Chrupalla, der Rechtsextremist Björn Höcke und der Europaabgeordnete Maximilian Krahe. O-Ton Chrupalla: „Die anderen Parteien sind vaterlandslose Gesellen, das unterscheidet uns.“ „Vaterlandslose Gesellen“ war im Deutschen Kaiserreich von 1871, teilweise auch noch in der Weimarer Republik, ein Schimpfwort hauptsächlich für Angehörige der sozialistischen Arbeiterbewegung. Höcke schwadronierte vom „Impuls von Sonneberg“, der sich „über die Republik als Befreiungsimpuls“ fortpflanze. Organisator der Kundgebung war der Landtagsabgeordnete Emil Sänze, Co-Landesvorsitzender der baden-württembergischen AfD und Vorsitzender des Kreisverbands Rottweil-Tuttlingen seiner Partei.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gegen-die-afd-1200-machen-sich-fuer-demokratie-stark.6ce34bd2-bb00-45b4-9d87-56aea839176f.html> / eingesehen am 30. Juni 2023

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.hoecke-und-co-in-rottweil-afd-wir-haben-die-schallmauer-durchbrochen.6055deb9-74d0-4266-8763-582060142a6c.html> / eingesehen am 30. Juni 2023

Theo Westermann: Die Vision vom Griff an die Macht. Der Erfolg in Thüringen versetzt die AfD-Spitze in Rottweil in einen Rausch, in: Badische Neueste Nachrichten vom 1. Juli 2023, S. 7

Thüringen:
**Höcke stellt Strafanzeige
 gegen Thüringens
 Verfassungsschutzpräsident**

In einem Radiointerview bezeichnete der Präsident des Amtes für Verfassungsschutz, Stephan Kramer, AfD-Wähler in Bezug auf das Ergebnis der Landratswahlen in Sonneberg als „braunen Bodensatz“. Postwendend stellte der Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag, Björn Höcke, eine Strafanzeige: „Gemäß § 130 StGB macht sich strafbar, wer gegen Teile der Bevölkerung zum Hass aufstachelt und die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe beziehungsweise Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet. Stephan Kramer hat in einem Interview 20 Prozent der Bevölkerung pauschal als „braunen Bodensatz“ verunglimpft. Hier liegt ein eindeutiger Verstoß gegen die erwähnte Strafvorschrift vor. Deswegen habe ich heute gegen ihn Strafanzeige gestellt.“

<https://afd-thl+.de/2023/06/29/bjoern-hoecke-stellt-strafanzeige-gegen-thueringens-verfassungsschutzpraesident/> eingesehen am 30. Juni 2023

Bundesweit:
Weidel im STERN-Interview

„Der Verfassungsschutz ist selbst verfassungsfeindlich“, erklärt die AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Alice Weidel in einem Interview mit der Illustrierten Stern. Aus ihrer Sicht ist der Inlandsgeheimdienst „keine unabhängige Behörde. [...] Die haben nichts Besseres zu tun, als die politische Konkurrenz zu diskreditieren. Das ist kein Verfassungsschutz. Das ist Regierungsschutz.“

O-Ton Weidel: „Auch ich fühle mich politisch verfolgt.“ Auf die Frage „Verteidigen oder kritisieren Sie jetzt die Rechtsextremen in der Partei?“ antwortet Weidel: „Rechtsextreme? [...] Die habe ich jetzt noch nicht entdecken können bei uns.“ Weidel bekennt, „ein gutes Verhältnis, ein Arbeitsverhältnis“ zu dem Rechtsextremisten Björn Höcke zu haben.

„Rechtsextreme? Habe ich bei uns noch nicht entdeckt.“ 60 Minuten über gute Umfragen, Grundrechte und Genickschüsse. Ein Streitgespräch mit AfD-Chefin Alice Weidel, in: Stern vom 29. Juni 2023, S. 33–38

Bundesweit:
**Die „West-Stasi“ und ein
 katholischer Theologe**

„Trotz der Abwege der vom linken Establishment instrumentalisierten Behörde, deren Präsident Haldenwang offen demokratiefeindliche Klimaterroristen in Schutz nimmt, soll die generelle Notwendigkeit eines Verfassungsschutzes nicht geleugnet werden“, meint Felix Dirsch, katholischer Theologe und Politikwissenschaftler. In der rechtsextremen Zeitschrift COMPACT gibt der Lehrstuhlinhaber für Political Theory and Philosophy in Bayern (COMPACT-Angabe) weiter kund: „Als Akteur im politischen Meinungskampf, der die Ansichten von Andersdenkenden an den Pranger stellt und somit erheblich benachteiligt, handelt die Behörde aber außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches. Eine West-Stasi ist überflüssig.“ Dirsch, Mitglied des OMCT-Tempelritterordens, ist der Auffassung, dass „Klima, Gender, Migration“ zur „neuen Trinität“ geworden sind.

Eigenrecherche Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Felix Dirsch: Das Entdeutschungsprogramm, in: COMPACT, Juli 2023, S. 39–41

<http://felix-dirsch+.de/> / eingesehen am 7. Juli 2023

<https://www.tagesstimme+.com/2022/09/04/prof-felix-dirsch-klima-gender-migration-sind-zur-neuen-trinitaet-geworden/> / eingesehen am 7. Juli 2023

Baden-Württemberg:
**Freier Eintritt in die Ausstellung
 der Stauffenberg-Erinnerungs-
 stätte**

Ab 1. Juli ist der Eintritt in die Ausstellung der Stauffenberg-Erinnerungsstätte im Archivbau des Stuttgarter Alten Schlosses frei. „Attentat. Stauffenberg“ ist ein neuer Typus Erinnerungsstätte: Im Zentrum stehen die Biografie des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944. Eine Kunstinstallation setzt sich mit der fehlgeschlagenen Tat, der Dramaturgie der Ereignisse und der Tragödie des Scheiterns auseinander. Die Ausstellung zeigt außerdem einige der seltenen erhaltenen Originalobjekte von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Stücke wie sein Cello, sein Ehrensäbel oder ein Bronzekopf sowie historische Fotos spannen den Bogen von der Kindheit und Jugend in Stuttgart bis zu seinem Tod als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Die Ausstellung verdeutlicht auch, wie unterschiedlich die Person Stauffenbergs und das Attentat in verschiedenen Zeiten, von unterschiedlichen Gruppierungen und in mehreren Ländern bewertet wurden und werden. Medienstationen ermöglichen, die Inhalte der Ausstellung aktiv zu erleben.

<https://www.hdgbw.de/ausstellungen/stauffenberg/> eingesehen am 2. Juli 2023

Index

Institutionen, Parteien, Medien

- Absurd ... 28, 30
 Ad Hominem ... 29
 Ahnenerbe ... 28
 Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus ... 38
 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) ... 43
 Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit (CLAIM) ... 81
 Alternative für Deutschland (AfD) ... 7, 14, 15, 33, 39, 40, 42, 44, 47, 49, 51, 52, 53, 55, 56, 57, 60, 64, 65, 67, 68, 70, 72, 77, 78, 79, 83, 87
 Alvarium ... 82
 Amadeu Antonio Stiftung ... 14, 50, 62
 American Jewish Committee ... 82
 Amnesty International ... 13
 Anwaltschaft Flensburg ... 35
 Amtsgericht Bamberg ... 60
 Amtsgericht Hannover ... 36
 Amtsgericht Plön ... 58
 Anastasia-Bewegung ... 66
 Anticasseurs ... 82
 Anti-Defamation League (ADL) ... 36
 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ... 86
 Arbeiterwohlfahrt (AWO) ... 43
 Arbeitskreis Deutsche Interessen (ADI) ... 8, 10
 Badisches Landesmuseum (BLM) ... 63
 Baise Ma Hache ... 30
 Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA) ... 75
 Baptistenkirche Zuverlässiges Wort ... 77
 Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) ... 57, 58, 59
 Bastards MC ... 30
 Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus ... 81
 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ... 81
 Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (ezra) ... 84
 Bergische Front ... 8
 Bildu ... 31
 Bismarcks Erben ... 78
 Black Metal Legion (BLM) ... 30
 Blood & Honour ... 14
 Branch Davidans ... 37
 Budapester Zeitung ... 44
 Bündiger Bündnis für Demokratie und Vielfalt ... 51, 87
 Bundesgerichtshof (BGH) ... 10, 57, 68, 71
 Bundesinitiative Demokratie leben Wetterau ... 51
 Bundesjustizministerium (BJM) ... 21
 Bundeskriminalamt (BKA) ... 9, 48, 69
 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) ... 85
 Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ... 20
 Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V. (BfG) ... 77
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 51
 Bündnis Deutschland ... 52, 67
 Bureau of Alcohol, Tobacco, Firearms and Explosives (ATF) ... 37
 Bürger in Wut (BIW) ... 52, 67
 Burkhartsvinter ... 29, 30
 Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) ... 57
 Charta 77 ... 65
 Christdemokraten ... 73
 Christhunt Productions ... 28
 Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) ... 44, 46, 66, 79
 Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) ... 7
 Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung) ... 81
 Combat 18 Deutschland ... 14
 COMPACT ... 14, 33, 34, 39, 71, 79, 84, 88
 Conservative Political Action Coalition (CPAC) Hungary ... 44
 Corona-Protestbewegung ... 61, 63
 Darker Than Black Records ... 28
 Dark Fury ... 30
 Das Schwarze Korps ... 59
 Der Freiwillige ... 59
 Der III. Weg ... 42, 45, 48, 56, 65, 82
 Der Schlesier ... 64
 Der Stürmer ... 29, 30
 Der weiße Wolf ... 13
 Deutsche Aktionsgruppen (DA) ... 63
 Deutsche Arbeitsfront (DAF) ... 43
 Deutsche Bürgerinitiative (DBI) ... 35
 Deutsche Kampfsportinitiative (DKI) ... 8
 Deutsche Konservative ... 80
 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) ... 8
 Deutsche National-Zeitung ... 35, 46
 Deutscher Hochleistungs-Kampfkunstverband (DHKKV) ... 7, 9
 Deutsche Rundschau ... 8
 Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) ... 65
 Deutsche Stimme ... 8, 51
 Deutsche Volksunion (DVU) ... 10, 46, 64
 Deutschland-Bewegung ... 7
 DGB-Kreisverband Wetterau ... 51
 Die Härte ... 22

- Die Heimat ... 29, 64, 82
- Die Linke Wetterau ... 51
- Die Österreicher ... 50
- Die Partei Hessen ... 51
- Die Rechte ... 71
- Die Republikaner (REP) ... 7, 8
- Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) ... 50
- Diskotheek Melamare ... 53
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) ... 5
- Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ... 75
- Düsseldorfer Herrenrunde ... 7
- Eingeschenkt TV ... 65
- Einheit und Kampf ... 10
- Ein Prozent e.V. ... 41, 71
- Eiserne Front ... 55
- Eishammer ... 28, 29, 30
- Elliniki Lysi (Griechische Lösung, EL) ... 81
- Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) ... 62, 86
- Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) ... 70
- Ewige Eiche ... 28
- Faithful Word Baptist Church ... 77
- Falange ... 40
- Federal Bureau of Investigation (FBI) ... 37
- Fidesz ... 42, 44
- Flak ... 29, 30
- Förderkreis Freies Deutschland ... 8
- Förderverein Berliner Schloss ... 47
- Forschungsgruppe „Wie Terroristen Lernen“ ... 14
- Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) ... 86
- Fortress Europe ... 39
- Fraktion Identität und Demokratie ... 51
- Frangar ... 30
- Freie Demokratische Partei (FDP) ... 46
- Freie Sachsen ... 73, 85
- Freies Sachsen ... 62
- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) ... 8
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ... 40, 42, 44, 51, 69
- Freilich ... 42
- GefangenenHilfe ... 64
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof ... 13, 15, 34, 46, 57
- Generallandesarchiv Karlsruhe ... 75
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin ... 41
- Generalstaatsanwaltschaft München ... 60
- Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein ... 59
- Gesellschaft zur Verteidigung von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP) ... 70
- Gestapo ... 38
- Goatmoon ... 30
- Grüne Jugend Wetterau ... 51
- Gruppe Ludwig ... 52, 75
- Hak Pao (Schwarzer Panther) ... 7, 9
- Hammerbund ... 28
- Heimat Neumünster ... 53
- Hells Angels ... 75
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) e.V. ... 8
- Hitlerjugend (HJ) ... 49
- Hochschule Düsseldorf, Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) ... 75
- Hunnia-Bewegung ... 42
- Hydra Comics ... 56
- Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ... 62, 71
- Identitäre Bewegung Österreich ... 42, 50, 64, 69, 80
- Identitäre Bewegung Schwaben (IB Schwaben) ... 55
- Info Direkt ... 64
- Infokanal Deutschösterreich ... 64
- Initiative Altstadt ist und bleibt bunt ... 51
- Initiative Omas gegen Rechts ... 51
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ... 84
- Institut für empirische Sozialforschung (IFES) ... 36
- Institut für Staatspolitik (IFS) ... 33, 41, 71
- Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ... 47
- Institut pour la longue mémoire européenne (Iliade) ... 56
- International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA World) ... 58
- Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG) ... 54
- Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) ... 26
- Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires (JNR) ... 65
- Jüdische Kampforganisation (ZOB) ... 38
- Jüdisches Gemeindezentrum Hannover ... 36
- Jüdisches Gemeindezentrum München ... 21
- Jüdisch-Islamische Forschungsstelle (JIF) ... 81
- Junge Alternative (JA) ... 33, 40, 42, 57, 77
- Junge Freiheit (JF) ... 10, 45, 52, 66, 79, 83
- Junge Nationaldemokraten (JN) ... 8
- Junge Nationalisten (JN) ... 29
- Junge Revolution ... 29
- Kameradschaft Rheinhessen ... 71
- Kameradschaft Werra Elbflorenz ... 62
- Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) ... 51
- Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) ... 54

- Königreich Deutschland (KRD) ... 71, 78, 85
 Konzentrationslager Dachau ... 36
 Konzentrationslager Kislau ... 55
 Kopp Verlag ... 78
 Ku-Klux-Klan ... 20
 Landeskriminalamt Berlin ... 21
 Landeskriminalamt Niedersachsen ... 15
 Landeskriminalamt Thüringen (LKA) ... 67
 Landgericht (LG) Dortmund ... 10
 Landgericht (LG) Kiel ... 59
 Landgericht (LG) Stuttgart ... 65
 Landser ... 71
 Legio Hungaria ... 39
 Linksjugend ... 51
 Lukreta ... 51
 Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück ... 58
 MC Bandidos ... 82
 Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie
 - gegen Rechtsextremismus (MOBIT) ... 84
 Moloth ... 29
 Munin Verlag ... 59
 Nachrichten der HNG ... 8
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 (NPD) ... 6, 7, 8, 20, 23, 29, 35, 39, 52, 53, 60, 64, 82
 Nationaler Widerstand Zweibrücken ... 71, 75
 Nationale Sammlungspartei ... 73
 Nationales Einsatzkommando (NEK) ... 8
 Nationale Sozialisten Chemnitz ... 60
 Nationalistische Front (NF) ... 8
 National Socialist Black Metal (NSBM) ... 28
 Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) ... 13,
 17, 20, 52, 69, 74
 Nation & Europa ... 46
 Naturfreunde Altstadt ... 51
 Nemesis ... 51
 New Society 2004 (NS-Boys) ... 60
 Niki (Sieg) ... 81
 Nordfront ... 22
 ‚Nordglanz‘ ... 28, 30
 Northern Fog Records ... 28
 NSDAP/AO ... 35, 36
 Oath Keepers ... 44
 Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf ... 9
 Oberlandesgericht (OLG) Koblenz ... 15
 Oberlandesgericht (OLG) München ... 13, 46
 Oberlandgericht (OLG) Celle ... 35
 Oberverwaltungsgericht (OVG) Nordrhein-
 Westfalen ... 72
 Oberverwaltungsgericht (OVG) Sachsen ... 73
 OMCT-Tempelritterorden ... 88
 Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (Odr)
 ... 46
 Österreichische Volkspartei (ÖVP) ... 40, 64
 Otto Brenner Stiftung ... 54
 Partei Die Finnen ... 73
 Partei Rechtsstaatlicher Offensive ... 52
 Partido Popular (PP) ... 31, 60
 Partido Socialista Obrero Español (PSOE) ... 31, 60
 Patriotische Union ... 15
 Pegida ... 33
 Permafrost ... 30
 Pfeile der Ungarn ... 42
 PODEMOS ... 31
 Prepper ... 50
 Preußische Allgemeine Zeitung ... 47
 Proud Boys ... 44
 PULS 24 ... 69
 QAnon ... 50
 Querdenken... 15, 34, 58, 61, 63, 65
 Rassemblement National (RN) ... 82, 83
 Reichsbanner ... 55
 Reichsbürger ... 14, 15, 16, 34, 36, 39, 40, 45, 48,
 53, 57, 61, 62, 63, 71, 72, 77, 85
 Reiter-Hitler-Jugend (Reiter-HJ) ... 35
 Rote Armee Fraktion (RAF) ... 63
 Runenwacht ... 29, 30
 Sauerländer Aktionsfront (SAF) ... 74
 Schutzstaffel ... 29
 Schwedische Volkspartei ... 73
 Selbstverwalter ... 34, 39, 40, 61, 72, 77, 85
 Sezession ... 40, 49, 56, 60, 80
 Siegener Bärensturm ... 74
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
 ... 43
 Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)
 ... 35
 Sozialistische Reichspartei (SRP) ... 8, 35
 Spartiates (Spartaner) ... 81
 SPD Altstadt ... 51
 SPD Wetterau ... 51
 Staatsanwaltschaft Görlitz ... 77
 Staatsanwaltschaft Karlsruhe ... 77
 Staatsanwaltschaft Stuttgart ... 65
 Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft
 (SWG) ... 76
 Stahlfront ... 28, 30
 Standard ... 10
 Statt-Partei ... 52
 Stauffenberg-Erinnerungsstätte ... 88
 Stiftung Humboldt Forum ... 47
 Störkraft ... 22
 SUMAR ... 31
 Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten)
 ... 74

- Terrorsphäre ... 30
- Thüringer Heimatschutz (THS) ... 20
- Totenburg ... 28
- Troisième Voie ... 65
- Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung ... 86
- Universität Tel Aviv ... 36
- Universität Tübingen ... 81
- Unser Mitteleuropa ... 82
- Vaterländischer Hilfsdienst (VHD) ... 78
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.) ... 47, 48
- Verein für Staatspolitik e.V. ... 33
- Vereinte Patrioten ... 15
- Verein zur Förderung des Rock'n Roll e.V. (VFRR) ... 30
- Verfassunggebende Versammlung (VV) ... 78
- Verfassungsschutz Baden-Württemberg ... 17, 55, 77
- Verfassungsschutz Brandenburg ... 33, 39, 40, 66
- Verfassungsschutz Bund (BfV) ... 16, 33, 41, 66, 71, 77
- Verfassungsschutz Hamburg ... 76
- Verfassungsschutz Niedersachsen ... 63
- Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen ... 7, 9
- Verfassungsschutz Österreich ... 69
- Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz ... 75
- Verfassungsschutz Sachsen ... 65, 85
- Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt ... 33, 57, 71
- Verfassungsschutz Schleswig-Holstein ... 53
- Verfassungsschutz Thüringen ... 20, 87
- Verlag Antaios ... 60
- Verwaltungsgericht Dresden ... 73
- Verwaltungsgericht Köln ... 72, 77
- Verwaltungsgericht Magdeburg ... 33
- Vlaams Belang ... 51
- Volksfreund ... 55
- Volksgerichtshof ... 38
- Volksstimme Österreich ... 50
- VOX ... 31, 60, 83
- Wachbataillon Großdeutschland ... 8
- Wackre Schwaben ... 55
- Wahre Finnen (Perussuomalaiset, PS) ... 73
- Wehrhammer ... 28
- Wehrsportgruppe Schlageter ... 48
- Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann ... 60
- Weißer Rose ... 38
- WerteUnion e.V. ... 44
- White Supremacy ... 74
- Wiking-Jugend (WJ) ... 8
- Wolfsblut ... 29
- Xenocide ... 29
- Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet des BKA (ZMI BKA) ... 69
- Zentrum für Grundrechte ... 44
- Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) ... 84
- Zeugen Jehovas ... 78
- Zuerst! ... 33, 46, 52, 56, 61, 69, 83
- Zukunft Heimat ... 33, 39
- Zur Zeit ... 56, 83

- Orte**
- Afghanistan (AFG) ... 64
 Afrika (AFR/Allgem.) ... 58
 Allensbach (DEU-BW) ... 45
 Altenstadt (DEU-HS) ... 51
 Aragonien (ESP) ... 60
 Ardeatinische Höhlen (ITA) ... 43
 Baden-Württemberg (DEU-BW) ... 28, 29, 33, 34, 45, 48, 54, 55, 57, 62, 63, 68, 71, 75, 77, 78, 81, 87, 88
 Balearen (ESP) ... 60
 Balingen (DEU-BW) ... 30
 Bayern (DEU-BY) ... 34, 36, 40, 60, 69
 Berlin (DEU-BE) ... 6, 28, 35, 41, 45, 47, 48, 49, 61, 63, 65, 76
 Bielefeld (DEU-NW) ... 52
 Bodensee ... 57
 Bonn (DEU-NW) ... 8, 38
 Boxberg-Bobstadt (DEU-BW) ... 15, 30
 Brandenburg (DEU-BB) ... 33, 38, 39, 64, 66, 70
 Brasilien (BRA) ... 29, 70
 Braunschweig (DEU-NI) ... 35, 36
 Bremen (DEU-HB) ... 52, 67
 Bremerhaven (DEU-HB) ... 52
 Budapest (HUN) ... 39, 44
 Bulgarien (BGR) ... 39
 Bundesrepublik Deutschland (DEU) ... 29, 30, 33, 34, 35, 36, 38, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 54, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 64, 65, 66, 67, 69, 70, 71, 74, 76, 77, 78, 81, 82, 84, 85, 86, 87, 88
 Castiglione delle Stiviere (ITA) ... 53
 Ceuta (XC) ... 60
 Chambéry (FRA) ... 82
 Chemnitz (DEU-SN) ... 14, 21, 73
 Dallas (USA-TX) ... 46
 Deutsche Demokratische Republik (DDR) ... 35, 36, 63
 Dithmarschen (DEU-SH) ... 53
 Dresden (DEU-SN) ... 33, 85
 Eberswalde (DEU-BB) ... 6
 Eickenrode (DEU-NI) ... 71
 Eisenach (DEU-TH) ... 13
 Ermreuth (DEU-BY) ... 60
 Esslingen (DEU-BW) ... 29, 63
 Falkensee (DEU-BB) ... 33
 Finnland (FIN) ... 29, 30, 73
 Flensburg (DEU-SH) ... 35
 Frankfurt am Main (DEU-HE) ... 32, 34
 Frankreich (FRA) ... 29, 30, 39, 51, 56, 65, 74, 82
 Freiburg im Breisgau (DEU-BW) ... 38, 68
 Georgensgmünd (DEU-BY) ... 15
 Gera (DEU-TH) ... 7
 Geroa Bai (ESP) ... 60
 Göppingen (DEU-BW) ... 48
 Goslar (DEU-NS) ... 52
 Griechenland (GRC) ... 29, 30, 81
 Großerlach (DEU-BW) ... 30
 Halle (DEU-ST) ... 14
 Hamburg (DEU-HH) ... 48, 67, 76
 Hamm (DEU-NW) ... 10
 Hanau (DEU-HE) ... 14
 Hannover (DEU-NI) ... 64, 74
 Hattingen (DEU-NW) ... 11
 Hegau (DEU-BW) ... 30
 Hessen (DEU-HE) ... 28, 33, 42, 51
 Heusenstamm (DEU-HS) ... 51
 Hohenlohe (DEU-BW) ... 29
 Hoyerswerda (DEU-SN) ... 6, 11, 74
 Hünxe (DEU-NW) ... 6
 Israel (ISR) ... 36, 50, 59, 64
 Italien (ITA) ... 30, 43, 52, 85
 Japan (JPN) ... 29
 Jena (DEU-TH) ... 13
 Kaltenkirchen (DEU-SH) ... 53
 Kanada (CAN) ... 8, 29
 Karlsruhe (DEU-BW) ... 29, 49, 68
 Katalonien (ESP) ... 60
 Kiel (DEU-SH) ... 58
 Koblenz (DEU-RP) ... 6
 Köln (DEU-NW) ... 76
 Konstanz (DEU-BW) ... 45
 Lorient (FRA) ... 82
 Lünen (DEU-NW) ... 79
 Lyon (FRA) ... 82
 Madrid (ESP) ... 40
 Magdeburg (DEU-ST) ... 6
 Mailand (ITA) ... 52
 Mainz (DEU-RP) ... 51
 Mannheim-Schönau (DEU-BW) ... 6
 Marokko (MAR) ... 60
 Marseille (FRA) ... 74
 Marzabotto (ITA) ... 43
 Maulbronn (DEU-BW) ... 68
 Mecklenburg-Vorpommern (DEU-MV) ... 64
 Melilla (XL) ... 60
 Mexico (MEX) ... 29
 Mölln (DEU-SH) ... 6, 11
 Money (USA-MS) ... 41
 Moskau (RUS) ... 33
 München (DEU-BY) ... 14, 36, 52
 Nanterre (FRA) ... 82
 Ness Ziona (ISR) ... 7
 Neumünster (DEU-SH) ... 53

- Niedersachsen (DEU-NI) ... 34, 35, 63, 71
 Norderstedt (DEU-SH) ... 53
 Nordrhein-Westfalen (DEU-NW) ... 28, 48, 50, 64, 74
 Nürnberg (DEU-BY) ... 69
 Oberwart (AUT) ... 75
 Oklahoma City (USA-OK) ... 37
 Österreich (AUT) ... 34, 36, 40, 42, 50, 54, 56, 64, 69, 82
 Paris (FRA) ... 56, 65
 Passau (DEU-BY) ... 64
 Peine (DEU-NS) ... 35
 Petrolina (BRA) ... 70
 Pforzheim (DEU-BW) ... 77
 Polen (POL) ... 29, 30, 37, 39
 Ratingen (DEU-NW) ... 50
 Ravensburg (DEU-BW) ... 33
 Rendsburg (DEU-SH) ... 53
 Reutlingen (DE-BW) ... 15, 34
 Rheinland-Pfalz (DEU-RP) ... 51, 61, 71, 75
 Riesa (DEU-SN) ... 64
 Roßdorf (DEU-HS) ... 42
 Rostock-Lichtenhagen (DEU-MV) ... 6, 11
 Rottenburg am Neckar (DEU-BW) ... 78
 Rottweil (DEU-BW) ... 87
 Rumänien (ROU) ... 35
 Russland (RUS) ... 33, 39, 41, 49, 72
 Saarbrücken (DEU-SL) ... 38
 Saarland (DEU-SL) ... 74
 Saarlouis (DEU-SL) ... 74
 Sachsen-Anhalt (DEU-ST) ... 28, 30, 33, 57, 71
 Sachsen (DEU-SN) ... 28, 30, 34, 51, 62, 64, 65, 73, 85
 Salzburg (AUT) ... 40
 Sant'Anna di Stazzema (TIA) ... 43
 Sao Paulo (BRA) ... 70
 Sarcelles (FRA) ... 82
 Schleswig-Holstein (DEU-SH) ... 13, 48, 53, 58
 Schnellroda (DEU-ST) ... 33, 71
 Schweiz (CHE) ... 34, 39, 45
 Segeberg (DEU-SH) ... 53
 Singen (DEU-BW) ... 29, 30, 45
 Sofia (BGR) ... 39
 Solingen (DEU-NW) ... 6
 Sondershausen (DEU-TH) ... 28
 Sonneberg (DEU-TN) ... 79, 87
 Sotterhausen (DEU-ST) ... 28, 29
 Spanien (ESP) ... 31, 40, 60
 Steinburg (DEU-SH) ... 53
 Stuttgart (DEU-BW) ... 88
 Temeswar (ROU) ... 35
 Thüringen (DEU-TH) ... 14, 28, 33, 60, 64, 79, 84, 87
 Tschechien (CZE) ... 30, 39, 53
 Tübingen (DEU-BW) ... 81
 Türkei (TUR) ... 57
 Uganda (UGA) ... 58
 Ukraine (UKR) ... 29, 30, 41, 50, 63
 Ulm (DEU-BW) ... 38, 68
 Ungarn (HUN) ... 39, 42, 44, 60
 United States of America (USA) ... 29, 33, 36, 37, 41, 44, 46, 49, 67, 77
 Utøya (SWE) ... 28, 67
 Valencia (ESP) ... 60
 Vitkov (CZE) ... 53
 Waco (USA-TX) ... 37
 Warschau (POL) ... 37
 Washington (USA-WA) ... 14, 37
 Westhausen (DEU-BW) ... 30
 Wien (AUT) ... 5, 34, 51, 64
 Wöllstein (DEU-RP) ... 71
 Zinnwald (DEU-SN) ... 73
 Zwickau (DEU-SN) ... 20, 30

Personen

- Abascal, Santiago ... 31, 60
 Abel, Wolfgang ... 52
 Adolf, Thomas ... 75
 Amlinger, Carolin ... 14
 Andre, Marlize ... 58
 Andrino, Manuel ... 40
 Antonio, Amadeu ... 6
 Aras, Muhterem ... 26
 Ataman, Ferda ... 86
 Ayoub, Serge ... 65
 Bachmann, Josef ... 35
 Ballweg, Michael ... 65
 Balzer, Rainer ... 68
 Baron, Anton ... 55
 Baum, Christina ... 77
 B., Christian ... 7, 10
 Behrens, Daniela ... 63
 Benario, Rudolf ... 36
 Benz, Wolfgang ... 78
 Berndt, Hans-Christoph ... 33
 Beyer, Sandro ... 28
 Bhakdi, Sucharit ... 58
 Biden, Joe ... 14, 41
 Birkmann, Sven ... 15
 Bödecker, Ehrhardt ... 47
 Bohm, Ann-Sophie ... 80
 Böhnhardt, Uwe ... 13, 20, 63
 Bolsonaro, Jair ... 70
 Bolz, Eugen ... 71
 Bonavita, Petra ... 32
 Bönisch, Frank ... 6
 Bosch, Alexander ... 13
 Boßdorf, Irmhild ... 51
 Brandt, Tino ... 20
 Brandt, Willy ... 38
 Braun, Hans Peter ... 63
 Braun, Kira ... 74
 Brecht, Bertolt ... 49
 Breivik, Anders ... 28, 67, 75
 Bryant Donham, Carolyn ... 41
 Bryant, Roy ... 41
 Bube, Beate ... 77
 Budahazy, György ... 42
 Carstens, Karl ... 35
 Chrupalla, Tino ... 49, 79, 87
 Conde, Santiago Abascal ... 83
 Conrad, Corinna Mara ... 80
 Cook, David ... 37
 Cortier, Alice ... 51
 Cremer, Claus ... 39, 64
 Curio, Gottfried ... 83
 Decker, Oliver ... 86
 de Rivera, José Antonio Primo ... 40
 Deutsch, Oskar ... 54
 Dias, Adriana ... 70
 Diaz, Yolanda ... 31
 Dirsch, Felix ... 88
 Dittrich, Frank ... 17
 D., Kai ... 20
 Döblin, Alfred ... 49
 Dorado, Marcial ... 31
 Dornbusch, Christian ... 28
 Drewer, Matthias ... 39
 Dutschke, Rudi ... 35
 Ehrt, Julia ... 58
 Elsässer, Jürgen ... 14, 33, 65
 Ernst, Stefan ... 14
 Faeser, Nancy ... 11, 48, 71
 Fahimi, Yasmin ... 43
 Feinberg, Anat ... 26
 Fengler, Gotthold ... 32
 Fiechtner, Heinrich ... 78
 Findeisen-Juskowiak, Johanna ... 57
 Fitzek, Peter ... 71
 Franco, Francisco ... 40
 Frank, Peter ... 46
 Franz, Frank ... 51, 64, 82
 Freisler, Roland ... 38
 Frenz, Wolfgang ... 7
 Frey, Gerhard ... 46
 Friedrich, Hans-Peter ... 13
 Fries, Christian ... 32
 Fritz, Herbert ... 64
 F., Tim ... 60
 Fuchs, Franz ... 75
 Furlan, Marcu ... 52
 Furrer, August ... 55
 Garbe, Detlef ... 78
 Gauland, Alexander ... 15, 49
 Gehrke, Herbert ... 76
 Genç, Hatice ... 6
 Genç, Hülya ... 6
 Genç, Mevlüde ... 10, 11
 Genç, Saime ... 6
 Genest, Andrea ... 58
 Gentile, Carlo ... 43
 Ghandi, Mahatma ... 65
 G., Markus ... 7, 9, 10
 Goebbels, Joseph ... 49
 Goerdeler, Carl Friedrich ... 71

- Goga, Octavian ... 35
 Gögel, Bernd ... 40, 80
 Goldmann, Ernst ... 36
 Görzig, Carolin ... 14
 Grabowski, Florian ... 71
 Graf, Willi ... 38
 Grischkat, Fabian ... 58
 Grünebaum, Sally ... 55
 Grünwald, Gerald ... 35
 Gümpel, Udo ... 43
 Haider, Jörg ... 7
 Hajjawi-Pirchner, Omar ... 50
 Haldenwang, Thomas ... 41, 66, 71, 72, 88
 Hanano, Rima ... 81
 Härle, Carsten ... 51
 Hauke, J. Cash ... 70
 Haverbeck, Ursula ... 7, 52
 Haverbeck, Werner ... 7
 Heidel, Volker ... 35
 Heller, Gustav ... 55
 Helmut, Kohl ... 11
 Hengst, Florian ... 41
 Herrmann, Hajo ... 7
 Herrmann, Joachim ... 40
 Hewicker, Christine ... 36
 Hewicker, Klaus-Dieter ... 36
 Himmler, Heinrich ... 37
 Hitler, Adolf ... 43
 Höchst, Nicole ... 51
 Höcke, Björn ... 7, 14, 33, 72, 79, 80, 87
 Hoffmann, Karl-Heinz ... 60
 Hoffmann, Reimond ... 33, 42
 Hollmann, Jochen ... 71
 Honsik, Gerd ... 64
 Horvat, Erwin ... 75
 Horvat, Karl ... 75
 Huber, Kurt ... 38
 Ince, Gürsün ... 6
 Irving, David ... 7
 Jamel ... 23
 Jebsen, Ken ... 65
 John, Barbara ... 69
 Kaczynski, Theodore John ... 67
 Kahn, Arthur ... 36
 Kahn, Erwin ... 36
 Kaiser, Benedikt ... 40, 60
 Kalbitz, Andreas ... 56
 Karger, Katja ... 43
 Karner, Gerhard ... 50
 Karrais, Daniel ... 87
 Kassidiaris, Ilias ... 81
 Kästner, Erich ... 49
 Kaupert, Simon ... 75
 Kemper, Friedhelm ... 49
 Kerr, Alfred ... 49
 Keuter, Stefan ... 44
 K., Felix ... 7, 10
 Kickl, Herbert ... 42, 44, 69
 Killguss, Hans-Peter ... 28
 Kissel, Günther ... 6
 Klein, Felix ... 59
 Klemm, Paul ... 79
 Koch, Bernd ... 8, 10
 Kohlmann, Karl ... 73
 Kohlmann, Martin ... 73
 Köpper, Jürgen ... 79
 Koresh, David ... 37
 Központ, Alapjogokért ... 44
 Krahl, Maximilian ... 87
 Kramer, Stephan ... 87
 Kranz, Uwe G. ... 66, 67
 Kraske, Michael ... 54
 Kretschmer, Michael ... 73
 Kubitschek, Götz ... 33, 80
 Küpeli, Ismail ... 57
 Kusche, Robert ... 48
 Laabs, Dirk ... 14
 Lamprecht, Thorsten ... 6
 Lang, Ricarda ... 80
 Laschet, Armin ... 83
 Lasker-Schüler, Else ... 49
 Lauterbach, Karl ... 15
 Legrand, Jupp ... 54
 Leidreiter, Piet ... 52, 67
 Le Pen, Marine ... 82, 83
 Lepzien, Hans-Dieter ... 35
 Leuschner, Wilhelm ... 32, 43
 Lichtenfeld, Sven ... 52
 L., Jana ... 14
 L., Markus ... 34
 Lübcke, Walter ... 14
 Maaßen, Hans-Georg ... 44, 66
 Maegerle, Anton ... 26, 27, 47
 Mährholz, Lars ... 65
 Maier, Georg ... 80
 Mandic, Dubravko ... 47
 Marin, Sanna ... 73
 Marum, Ludwig ... 55
 Mattern, Asher ... 81
 McVeigh, Timothy ... 37

- Mechttersheimer, Alfred ... 7
 Megre, Wladimir Nikolaevich ... 66
 Meier, Silvio ... 6
 Meise, Ariane ... 64
 Mende, Erich ... 46
 Méric, Clément ... 65
 Merkel, Angela ... 11, 13, 66
 Merz, Friedrich ... 44
 Merzouk, Nahel ... 82
 Messiha, Jean ... 83
 Meuthen, Jörg ... 80
 M., Florian ... 83
 Micheel, Horst ... 53
 Milam, J. W. ... 41
 Möbus, Hendrik ... 28
 Mohler, Armin ... 7
 Moldt, Dirk ... 63
 Moraes, Alexandre de ... 70
 Morillo, Esteban ... 65
 Müller, Hansjörg ... 33
 Müller, Jörg ... 39
 Müller, Tim ... 78
 Müller, Ursel ... 8
 Münch, Holger ... 48
 Mundlos, Uwe ... 13, 20, 63
 Mundt, Karin ... 53
 Mutzatko, Verena ... 51
 Nachtwey, Oliver ... 14
 Nägele, Benjamin ... 54
 Nepp, Dominik ... 69
 Nerling, Nikolai ... 79
 Neumann, Peter R. ... 15
 Neumärker, Uwe ... 78
 Nieland, Iris ... 51
 Niemann, Holger ... 71
 Nivel, Daniel ... 74
 Nobrega, Onur Suzan ... 14
 Novak, Katalin ... 42
 Núñez Feijóo, Alberto ... 31
 Orbán, Viktor ... 42, 44, 60, 61
 Otte, Paul ... 35
 Ottwalt, Ernst ... 49
 Öztürk, Gülüstan ... 6
 Özüdogru, Abdurrahim ... 69
 Papst Franziskus ... 42
 Paulescu, Nicolae ... 35
 Pazderski, Georg ... 49
 P., Frank ... 50
 Piantedosi, Matteo ... 85
 Pickert, Bernd ... 14
 Plan, Wolfgang ... 15
 Pohl, Jürgen ... 60
 Ponthier, Annick ... 51
 Prantl, Heribert ... 15, 43
 Proch, Mark ... 53
 Purra, Riikka ... 73
 Putin, Vladimir ... 15
 Quent, Matthias ... 14
 Quint, Alex ... 65
 Range, Harald ... 13
 R., Christian ... 8, 10
 Reichel, Werner ... 78
 Reil, Guido ... 51
 Reinecker, Herbert ... 59
 Remer, Otto Ernst ... 8
 Remmele, Adam ... 55
 Reuß, Heinrich XIII. Prinz ... 15, 34, 57
 Roeder, Manfred ... 35, 63
 Roth, Claudia ... 47
 Rutter, Martin ... 34
 Sachse, Wolfgang ... 35
 Sammet, Erwin ... 55
 Sánchez, Pedro ... 31
 Sänze, Emil ... 77, 87
 Sarközi, Peter ... 75
 Schlimme, Hermann ... 43
 Schmidtke, Sebastian ... 51, 64
 Schmitt, Bernd ... 9
 Schmorell, Alexander ... 38
 Schnoor, Herbert ... 9
 Scholl, Hans ... 38
 Schönborn, Meinolf ... 8, 9
 Schönhuber, Franz ... 7
 Sch., Peter ... 74
 Schreiber, Oliver ... 35
 Schuster, Josef ... 59, 80, 85
 S., David ... 71
 Seehofer, Horst ... 61
 Sellner, Martin ... 34, 42, 80
 Sesselmann, Robert ... 79, 80
 Siegmund, Ulrich ... 57
 Şimşek, Enver ... 69
 S., Kevin ... 14
 S., Michael ... 55
 S., Peter ... 74
 Stadelmann, Niklas ... 67
 Stahl, Wolfgang ... 74
 Stauffenberg, Claus Schenk, Graf von ... 71, 88
 Steffen, Wolfgang ... 10
 Stein, Dieter ... 45, 79

- Steinmeier, Frank-Walter ... 11, 61
Stelling, Johannes ... 76
Stenz, Hermann ... 55
Stigas, Vassilis ... 81
Storch, Beatrix von ... 70
Stremmel, Jan ... 16
Strobl, Thomas ... 77
Stroop, Jürgen ... 38
Stübgen, Michael ... 39
Sudholt, Gert ... 7
Sündermann, Helmut ... 7
Süßkind Oppenheimer, Joseph Ben Issachar ... 26
Sütterlin-Waack, Sabine ... 53
Svazek, Marlene ... 40
Szanthó, Miklós ... 44
Tappert, Horst ... 59
Tarrant, Brenton ... 75
Tarrio, Enrique ... 44
Tatarotti, Corinna ... 52
Till, Emmett ... 41
Timke, Jan ... 52, 67
T., Jack ... 37
Trump, Donald ... 14, 37, 44, 61
Tucholsky, Kurt ... 49
Ulfat, Fahimah ... 81
Urban, Anselm ... 77
Venner, Dominique ... 56
Vilimsky, Harald ... 44
Virchow, Fabian ... 75
Voigt, Udo ... 64
Wacker, Otto ... 49
Walk, Detlef ... 71
Weidel, Alice ... 87
Weise, Gottfried ... 7
Weiss, Lena-Anna ... 87
Weißmann, Karlheinz ... 80
Wellems, Hugo ... 76
Winkler, Benjamin ... 62
Witschetzky, Jana ... 51
W., Markus ... 74, 75
Wolfgram, Kurt ... 36
Worch, Christian ... 9, 71
Worch, Karl-Ludwig ... 71
Wüst, Henrik ... 11
Yaşar, İsmail ... 69
Yeboah, Samuel ... 74
Zasowk, Ronny ... 64
Zemmour, Eric ... 82, 83
Zieschang, Tamara ... 71
Zimmermann, Wolfgang ... 26
Zipf, Jonas ... 14
Zschäpe, Beate ... 13, 20, 46, 74
Zündel, Ernst ... 8

Erscheinungsdatum:

Oktober 2023

Impressum:

Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.rechts-geschehen.de

Text / Redaktion:

Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung:

Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Ältere Ausgaben finden sie als PDF-Datei unter www.rechts-geschehen.de.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

